

VANESSA OSGANIAN UND HELMUTH TRISCHLER

**Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin
in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen**

Preprint 16



gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

VANESSA OSGANIAN UND HELMUTH TRISCHLER

**Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin
in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen**

Preprint 16

Das GMPG-Forschungsprogramm untersucht die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung 1948 bis zum Ende der Präsidentschaft Hubert Markls 2002 und verfolgt den Fortgang des Programms »Aufbau Ost« bis in das Jahr 2005.

Vgl. dazu ausführlich die Projektbeschreibung:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschungsprogramm/projektbeschreibung>

Impressum

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Preprint 16

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka

Lektorat: Britta Metzing

Redaktion: Birgit Kolboske

Grafik/Satz: doppelpunkt Kommunikationsdesign

Druck: DIEDRUCKER.DE GmbH & Co. KG

Erscheinungsjahr: 2022

Ort: Berlin

ISSN: 2511-1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren

Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de>

DOI: 10.17617/2.3363237

Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen

1	Einleitung	5
2	Die Allianz als korporative Akteurin im (bundes-)deutschen Wissenschaftssystem	12
2.1	Eine Allianz der Wissenschaftsorganisationen?	12
2.2	Die Herausbildung der »Heiligen Allianz«	16
2.3	Die Allianz zwischen Festigung und Wandel, 1969–1989	28
2.3.1	Formalisierung der internen Zusammenarbeit	28
2.3.2	Institutionalisierung des Präsidentenkreises als wissenschaftspolitisches Beratungsgremium durch die Politik	32
2.3.3	Die ersten Erweiterungen der Allianz – eine Bewährungsprobe für die etablierte Zusammenarbeit?	43
2.4	Veränderungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft und die Reaktionen der Allianz	54
2.4.1	Die Reaktionen der Allianz auf die Wiedervereinigung	54
2.4.2	Von der Überprüfung der Blauen Liste zur Systemevaluation	71
2.4.3	Debatten über das Selbstverständnis der Allianz	80
2.4.4	Beginnende Einbindung weiterer Kooperationspartner*innen	83
2.5	Ausblick – eine neue Allianz nach der Jahrtausendwende?	88
2.5.1	Veränderung der internen Arbeitsweise	88
2.5.2	Erweiterung der Runde	91
2.5.3	Agieren im Licht der Öffentlichkeit	92
3	Betätigungsfelder der Allianz	97
3.1	Der Einfluss der Allianz auf personalpolitische Entscheidungen	97
3.2	Zwischen Konkurrenz und Abstimmung: die Frage nach der Finanzierung von Forschung	106
3.3	Der lange Abschied vom Primat nationaler Wissenschaftspolitik: die Europäisierung der Forschung	116
4	Fazit	129
5	Quellen- und Literaturverzeichnis	144
5.1	Quellenverzeichnis – Archivalien	144
5.2	Literaturverzeichnis	146
6	Personenverzeichnis	165
7	Abkürzungsverzeichnis	167

1. Einleitung

Als die Bundesrepublik im Jahr 2019 das 70-jährige Jubiläum des Grundgesetzes feierte, sah sich auch die Wissenschaft aufgerufen, ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Selbstvergewisserung über die freiheitlichen Grundlagen der Nation zu leisten – und nutzte das Jubiläum mitten in den Debatten um populistische Angriffe auf die Wissenschaft zu einer medialen Offensive für das Prinzip der Freiheit von Forschung und Lehre. Sprachrohr der Wissenschaft war dabei die Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Diese versammelt die maßgeblichen nationalen Wissenschafts- und Forschungsförderungseinrichtungen. Die üblicherweise eher im Verborgenen wirkende Allianz suchte hier für einmal die Öffentlichkeit und drückte alle Knöpfe medialer Aufmerksamkeitskonjunktur. Die Allianz führte im Rahmen ihrer Kampagne *Freiheit ist unser System. Gemeinsam für die Wissenschaft. 70 Jahre Grundgesetz* eine Fülle von Veranstaltungen durch und nutzte dabei auch digitale Formate wie Videointerviews, ja sie betrieb gar einen eigenen Podcast.¹

In einem Abschlussmemorandum der Kampagne legte die Allianz Ende August 2019 schließlich *Zehn Thesen zur Wissenschaftsfreiheit* vor,² in denen sie sich im Sinne einer Selbstverpflichtung zu ihrer Verantwortung bekannte, sowohl »die möglichen Auswirkungen von Forschung mit zu bedenken« als auch »in ihren eigenen Organisationsstrukturen die freie Wissenschaft bestmöglich zu unterstützen und ihrer Bedeutung in einer demokratischen Gesellschaft mehr Gewicht zu verleihen«. Im Gegenzug forderte sie Staat und Gesellschaft auf, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu gewährleisten, damit sich die Wissenschaft gegen Angriffe auf ihre Freiheit zur Wehr setzen könne und für künftige Herausforderungen gestärkt werde. Institutionelle Autonomie und verlässliche Finanzierung als »notwendige Voraussetzungen für freie Wissenschaft« könnten nur »durch eine angemessene Grundfinanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen« sichergestellt werden. Eine verlässliche Finanzierung sei zudem »Grundvoraussetzung für den Ausbau strukturierter und attraktiver Karrierewege in der Wissenschaft«.³

Die Allianz konnte hier an einen bereits länger andauernden Diskurs über einen neuen »Vertrag« zwischen Wissenschaft und Gesellschaft anschließen. Dieser nicht juristisch, sondern metaphorisch als ein »Arrangement von Vertrauen und Kontrolle« zu denkende Gesellschaftsvertrag sollte aus der Sicht der Allianz die Wissenschaft im Wege einer Selbstverpflichtung stärker an den Zielen der Nachhaltigkeit, Partizipation und Responsivität ausrichten, im Gegenzug aber ihre Autonomie gegenüber politischer und gesellschaftlicher Kontrolle stärken.⁴

1 Siehe dafür die eigens eingerichtete Website: Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Freiheit ist unser System. Gemeinsam für die Wissenschaft. 70 Jahre Grundgesetz*. Berlin 2019. URL: <https://wissenschaftsfreiheit.de/>. Zuletzt aufgerufen am 3.3.2022.

2 Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Zehn Thesen zur Wissenschaftsfreiheit. Forschungsorganisationen legen Selbstverpflichtung vor. Pressemitteilung*, 27. 8. 2019.

3 Allianz der Wissenschaftsorganisationen, *Wissenschaftsfreiheit*, 27. 8. 2019.

4 Peter Weingart: Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. In: Barbara Hölscher und Justine Suchanek (Hg.): *Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2011, 45–61, 46; siehe außerdem

Die Trias der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Deutschland ein ebenso traditionsreiches wie hohes Gut, das weit hinter die Anfänge des bundesdeutschen Grundgesetzes zurückreicht. Es wäre jedoch verfehlt – wiewohl es im wissenschaftspolitischen und medialen Diskurs häufig vorkommt –, von der *libertas scholastica* des Spätmittelalters über die aufgeklärte *libertas philosophandi* und die Humboldtsche Universitätsreform bis zur Verankerung der akademischen Lehrfreiheit in der Paulskirchenverfassung und der erweiterten akademischen Freiheit in Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes eine direkte Linie ziehen zu wollen. Zu groß sind die kulturellen und normativen Unterschiede zwischen dem, was in der Vormoderne unter akademischer Freiheit verstanden wurde, und dem umfassenden Schutz der Freiheit der Wissenschaft, wie er im Grundgesetz nicht zuletzt in Reaktion auf die massiven staatlichen Eingriffe in Universität, Lehre und Forschung im Nationalsozialismus festgeschrieben wurde.⁵ Und doch besteht in Deutschland im internationalen Vergleich gerade vor dem Hintergrund der Erfahrung einer interventionistischen nationalsozialistischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik ein besonders stark ausgeprägter, alle gesellschaftlichen Teilsysteme einschließender Konsens, die Wissenschaftsfreiheit als ein zeitloses kulturelles Gut zu begreifen, das geradezu vordemokratisch verankert und damit auch dem liberaldemokratischen Diskussions- und Aushandlungsprozess entzogen ist. Überaus selten wurden – und werden – in der bundesdeutschen Geschichte Stimmen vernehmbar, die diesen Konsens in Frage stell(t)en und eine stärkere staatliche Lenkung oder gar Kontrolle forder(te)n. Der streitbare Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, der 1962 in seiner Festansprache zum 50-jährigen Bestehen der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt der versammelten Community der Luftfahrtforschung vorhielt, sie würde zwar ständig mehr Mittel fordern, sich aber gegenüber staatlicher Einflussnahme völlig verschließen, bildete eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel. Er zeichnete das Bild vom Türschild am Eingang zu den Forschungszentren mit der Aufschrift »Zutritt für staatliche Organe mit Ausnahme des Geldbriefträgers verboten«, um in der ihn kennzeichnenden sprachlichen Pointierung zu demonstrieren, welches Verständnis von Wissenschaft er nicht zu akzeptieren bereit war.⁶ Strauß wandte sich dabei gegen die zwar nicht grundgesetzlich kodifizierte, aber politisch-gesellschaftlich konsentiertere Vorstellung einer Arbeitsteilung, der zufolge der Staat die Pflicht habe, die Wissenschaft mit auskömmlichen Ressourcen auszustatten, während diese ihre Angelegenheiten autonom und selbstverwaltet regelt. Freiheit, Autonomie und Selbstverwaltung sind Leitbegriffe des deutschen Wissenschaftsdiskurses, die kaum je hinterfragt werden und in Konflikten stets von Neuem als argumentative Trumpfkarten ausgespielt werden können.

den vorzüglichen Überblick von Sabine Maasen und Sascha Dickel: Partizipation, Responsivität, Nachhaltigkeit. In: Dagmar Simon et al. (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS 2016, 225–242.

- 5 Vgl. dazu auch Marian Füssel: Von der akademischen Freiheit zur Freiheit der Wissenschaft. *Georgia Augusta* 7 (2010), 22–28; siehe zur Autonomie der Wissenschaft auch Patrick Wagner: *Notgemeinschaften der Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in drei politischen Systemen, 1920 bis 1973*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2021.
- 6 Festrede des Herrn Bundesministers Dr. Franz-Josef Strauß. In: Rückblick auf die 50-Jahrfeier der deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. am 10. Mai 1962 in Bad Godesberg. [Köln 1962], 9–13, 10; zitiert nach Helmuth Trischler: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. Bd. 3. München: Oldenbourg 2004, 117–194, 147.

Auch in den USA bildete sich, ebenfalls in Reaktion auf Entwicklungen während des Zweiten Weltkriegs, ein neuer Konsens zum Verhältnis von Staat beziehungsweise Gesellschaft und Wissenschaft heraus, den der einflussreiche Ingenieur und Wissenschaftsmanager Vannevar Bush 1945 in seinem vielzitierten Bericht an Präsident Franklin D. Roosevelt *Science, the Endless Frontier* auf eine eingängige Formel brachte: Staat und Wissenschaft seien in einem Gesellschaftsvertrag zusammengebunden; der Staat stelle der »Basic Research« umfangreiche Mittel zur Verfügung, während diese im Gegenzug einen stetig fließenden Strom an neuem Wissen liefere, das technische Innovationen, wirtschaftlichen Wohlstand und nationale Sicherheit befördere.⁷ Dieses wechselseitige Verhältnis von Staat und Wissenschaft, das von einem linearen Modell der Innovation ausging, bei dem wissenschaftliches Wissen unmittelbar und direkt in technische Neuerungen mündet,⁸ blieb in den USA über fast ein halbes Jahrhundert hinweg stabil. Es bedeutete unter den Bedingungen des Kalten Krieges freilich, dass sich die Wissenschaft auf die Produktion sicherheitstechnisch relevanten Wissens ausrichtete. Hier wurzelt der *Military-Industrial Complex*, den Präsident Dwight D. Eisenhower bereits in seiner Abschiedsrede an die Nation 1961 kritisch ins Visier genommen hatte und der sich bei näherer Betrachtung als ein *Military-Industrial-Academic Complex* erwiesen hat.⁹ Die militärische Überformung, die in einer Fülle einschlägiger Studien zu den *Cold War Sciences* bestens nachgewiesen worden ist, unterschied das US-amerikanische Wissenschaftssystem fundamental von seinem Pendant in der alten Bundesrepublik, das vor dem Hintergrund der NS-Erfahrung mit einigen wenigen Ausnahmen auf größtmögliche Distanz zum Verteidigungskomplex im Besonderen und zu staatlicher Einflussnahme im Allgemeinen ging.¹⁰

Korporatismus in der deutschen Wissenschaftspolitik

Die tief im historisch-kulturellen Fundament Deutschlands verankerte Idee der Freiheit und Autonomie der Wissenschaft wurde durch eine zeitlich zwar jüngere, aber immerhin bis in das

7 Vannevar Bush: *Science, the Endless Frontier. A Report to the President*. Washington, DC: National Science Foundation 1945, 18; vgl. diesbezüglich außerdem David H. Guston und Kenneth Keniston (Hg.): *The Fragile Contract. University Science and the Federal Government*. Cambridge, MA: The MIT Press 1994; Blanka Vavakova: *The New Social Contract Between Governments, Universities and Society: Has the Old One Failed?* *Minerva* 36/3 (1998), 209–228; Gregg Pascal Zachary: *Endless Frontier. Vannevar Bush, Engineer of the American Century*. New York, NY: Free Press 1997.

8 Aus der Fülle der Literatur zum linearen Modell siehe zuletzt Gregor Lax: *Das »lineare Modell der Innovation« in Westdeutschland. Eine Geschichte der Hierarchiebildung von Grundlagen- und Anwendungsforschung nach 1945*. Baden-Baden: Nomos 2015.

9 Vgl. Stuart W. Leslie: *The Cold War and American Science. The Military-Industrial-Academic Complex at MIT and Stanford*. New York, NY: Columbia University Press 1993.

10 Aus der Fülle der Literatur vgl. Naomi Oreskes und John Krige (Hg.): *Science and Technology in the Global Cold War*. Cambridge, MA: MIT Press 2014; Elena Aronova und Simone Turchetti (Hg.): *Science Studies During the Cold War and Beyond. Paradigms Defected*. New York, NY: Palgrave Macmillan 2016; Audra J. Wolfe: *Freedom's Laboratory. The Cold War Struggle for the Soul of Science*. Baltimore, MD: John Hopkins University Press 2018; zur Bundesrepublik siehe Helmuth Trischler: *Verteidigungsforschung und ziviles Innovationssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Festkörperphysik in Freiburg*. In: Erk Volkmar Heyen (Hg.): *Technikentwicklung zwischen Wirtschaft und Verwaltung in Großbritannien und Deutschland (19./20. Jh.) = Le développement technique entre économie et administration en Grande-Bretagne et Allemagne (19e/20e s.) = Technological development between economy and administration in Great Britain and Germany (19th/20th c.)*. Baden-Baden: Nomos 2008, 187–208; und zur strategischen Forschungsallianz der beiden Außenseiter Bundesverteidigungsministerium und Fraunhofer-Gesellschaft vgl. Helmuth Trischler und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999.

späte 19. Jahrhundert zurückgehende Weichenstellung im Verhältnis von Wissenschaft, Staat und Gesellschaft verstärkt: Wie eine Fülle von Arbeiten zur deutschen Gesellschaftsgeschichte gezeigt haben, bildeten sich im Kaiserreich im Spannungsfeld von autoritärem Staat, aufstrebenden Wirtschaftseliten und liberalem Bildungsbürgertum Formen der korporatistischen Ausgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft heraus. Dominierte im Kaiserreich die autoritäre Variante des Korporatismus, so kam im bundesdeutschen Wiederaufbau nach der Totalitarismuserfahrung des Nationalsozialismus, als die Gleichschaltung aller Verbände und intermediären Organisationen das Extrem einer auf die rassistische Idee der Volksgemeinschaft bezogenen korporativen Ordnung geschaffen hatte, die liberale Variante korporatistischer Interessenregulierung zur Geltung. In der Sozialpartnerschaft von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften wurde die gewachsene Tradition einer engen Kooperation der Arbeitsmarktparteien wiederbelebt, wie sie unter dem Eindruck der Revolution 1918 in Form der Zentralarbeitsgemeinschaft im Stinnes-Legien-Abkommen grundgelegt worden war.¹¹ Die Zentralarbeitsgemeinschaft, der »erste deutsche liberale Makrokorporatismus«, war noch in der frühen Weimarer Republik unter dem geballten Ansturm von Inflation, alliierten Reparationsforderungen, Ruhrbesetzung und Extremismus von links und rechts gescheitert, und der in der Weimarer Verfassung vorgesehene Reichswirtschaftsrat als Wirtschaftsparlament kam über ein vorläufiges Gremium und einige Ausschüsse nicht hinaus.¹² Die Mechanismen korporativer Konfliktregelung wirkten jedoch weiter, ja sie erschienen allen Beteiligten nach dem Nationalsozialismus geradezu unabdingbar. Die koordinierte Marktwirtschaft des vielzitierten Rheinischen Kapitalismus steht in den Debatten um die Spielarten des Kapitalismus dem konkurrenzbasieren angloamerikanischen Modell gegenüber.¹³ Sie kam jenseits von Industrie und Wirtschaft auch in anderen Bereichen von Politik- und Gesellschaftsgestaltung zu breiter Anwendung, wie politikfelderübergreifende Studien nachgewiesen haben.¹⁴

Umso schärfer tritt das gänzliche Fehlen von Arbeiten über korporatistische Elemente der Politikgestaltung im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Technik hervor. Genau hier setzt unsere Studie an, die von der Hypothese ausgeht, dass Staat und Wissenschaft in der Bundesrepublik, häufig gezielt an Parlamenten und Parteien vorbei, die Grundlinien forschungspoliti-

11 Siehe bspw. Gerald D. Feldman und Irmgard Steinisch: *Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1985; Gerald D. Feldman: *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*. New York, NY: Oxford University Press 1993.

12 Vgl. Andrea Rehling: *Konfliktstrategie und Konsenssuche in der Krise. Von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Konzentrierten Aktion*. Baden-Baden: Nomos 2011, 59; zum Verhältnis von Demokratie und Korporatismus im Allgemeinen siehe auch Andrea Rehling: *Demokratie und Korporatismus – eine Beziehungsgeschichte*. In: Tim B. Müller und Adam Tooze (Hg.): *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*. Hamburg: Hamburger Edition 2015, 133–153.

13 Vgl. Werner Abelshausen: *Der »Rheinische Kapitalismus« im Kampf der Wirtschaftskulturen*. In: Volker R. Berghahn und Sigurt Vitols (Hg.): *Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2006, 186–199; Peter A. Hall und David W. Soskice (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press 2001; Michael Spangenberg: *Rheinischer Kapitalismus und seine Quellen in der katholischen Soziallehre*. Münster: Aschendorff Verlag 2011.

14 Vgl. Bernhard Weßels: *Die Entwicklung des deutschen Korporatismus*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27 (2000), 16–21; Christian Kaiser: *Korporatismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine politikfelderübergreifende Übersicht*. Marburg: Metropolis Verlag 2006.

scher Gestaltung korporatistisch aushandelten und dabei von dem gesellschaftsübergreifenden Konsens der Freiheit von Wissenschaft und Forschung ausgehen konnten. Die Ausgangsthese einer korporatistischen Überformung bundesdeutscher Forschungspolitik knüpft dabei an die Charakterisierung Deutschlands als erste postliberale Nation an,¹⁵ und sie macht die Korporatismusdebatte erstmals für das Feld der Wissenschaftspolitik fruchtbar.

Zur Theorie von Kooperation und Konkurrenz

Die Begriffe der Kooperation, der Konkurrenz und der Interaktionsdynamik von Kooperation und Konkurrenz beschreiben das zweite theoretische Konzept neben dem Theorem des Korporatismus, das unsere Studie anleitet. Wir stützen uns dabei auf die Arbeit der Münchner Forschungsgruppe »Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften«, in deren Kontext grundlegende theoretische, konzeptionelle und methodische Überlegungen unserer Studie entstanden sind.¹⁶

Konkurrenz ist ein in modernen Gesellschaften weitverbreiteter Handlungsmodus, der die Verteilung knapper materieller Güter und symbolischer Ressourcen ermöglicht. Wie der Soziologe Georg Simmel bereits an der Wende zum 20. Jahrhundert herausgearbeitet hat, lässt sich Konkurrenz als ein geregelter Wettbewerb um eine Prämie verstehen, nach der zwei oder mehrere Akteur*innen streben.¹⁷ Neben die Konkurrent*innen tritt die Person eines oder einer »Dritten«, wodurch die Konkurrenzkonstellation zu einer Triade erweitert wird. Diese Person vergibt die Prämie und achtet auf die Einhaltung der von ihr gesetzten Spielregeln des Wettbewerbs, die auf moralischen, ethischen, religiösen, sozialen oder rechtlichen Normen basieren, kurzum kulturell fundiert sind.¹⁸ Konkurrenz setzt Knappheit voraus, denn nur wenn die

15 Vgl. Abelshäuser, Der »Rheinische Kapitalismus« im Kampf der Wirtschaftskulturen, 2006, 186–199; Hall und Soskice, *Capitalism*, 2001; Spangenberg, *Rheinischer Kapitalismus*, 2011. Zur korporatistischen Ausprägung der mit der Forschungspolitik eng verknüpften Berufsbildungspolitik siehe Martin Baethge: Staatliche Berufsbildungspolitik in einem korporatistischen System. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 435–469.

16 Die Allianz wird im Rahmen von Teilprojekt 3 der Forschungsgruppe »Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften« (FOR 2553) untersucht. Sprecherin der DFG-Forschungsgruppe ist Kärin Nickelsen (LMU München). Für weitere Informationen siehe die Website der Forschungsgruppe. <https://www.kooperation-und-konkurrenz.geschichte.uni-muenchen.de/index.html>. Zuletzt aufgerufen am 15. 7. 2021; zur Konzeption der Forschungsgruppe und ersten methodischen Zwischenergebnissen vgl. Kärin Nickelsen: Kooperation und Konkurrenz in den Naturwissenschaften. In: Ralph Jessen (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014, 353–379; Kärin Nickelsen und Fabian Krämer: Introduction: Cooperation and Competition in the Sciences. *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften Technik und Medizin* 24/2 (2016), 119–123.

17 In dieser Studie wird eine gendersensible Schreibweise verwendet, sofern Männer und Frauen (und weitere Geschlechtsidentitäten) gemeint sind oder sein können. Bei feststehenden (Gremien)Bezeichnungen hingegen (z. B. Präsidentenkreis) erfolgt aus Gründen der historisch korrekten Begriffsverwendung keine Angleichung an eine geschlechtergerechte Sprache. Gleiches gilt für Zeiten, in denen nachweislich keine Frauen in bestimmten Personenkreisen, also etwa unter den Generalsekretären der Allianz, vertreten waren.

18 Vgl. Georg Simmel: Soziologie der Konkurrenz (1903). In: Heinz-Jürgen Dahme und Otthein Rammstedt (Hg.): *Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986, 173–193; Ralph Jessen (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014; Tobias Werron: Why Do We Believe in Competition? A Historical-Sociological View of Competition as an Institutionalized Modern Imaginary. *Distinktion: Journal of Social Theory* 16/2 (2015), 186–210.

Wünsche eines beziehungsweise einer jeden Einzelnen nicht oder nicht in vollem Maße befriedigt werden können, bilden sich Konkurrenzkonstellationen heraus. Reale Konkurrenz entsteht, wenn die beteiligten Akteur*innen um die Konkurrenzkonstellation wissen und in ihren Werthaltungen die Regeln beziehungsweise Normen des oder der die Prämie nach Leistungskriterien vergebenden Dritten anerkennen. Die Wettbewerbssituation selbst ist zwar geregelt, aber gesellschaftlich wandelbar. Gewinner*innen sind daran interessiert, sich die Prämie dauerhaft zu sichern und eine Fortsetzung des Wettbewerbs zu verhindern, während Verlierer*innen dazu neigen, die Ergebnisse als ungerecht und unsozial zu kritisieren und das Regelwerk in Frage zu stellen. Die Regelsysteme und die darauf basierenden Wettbewerbsordnungen werden daher von den Beteiligten stets neu ausgehandelt. Sie sind kulturell fundiert, werden von gemeinsamen Werten getragen und häufig durch rechtlich kodifizierte Formen zu verstetigen versucht. Das Ensemble von triadischer Wettbewerbskonstellation und gesellschaftlichem Regelsystem lässt sich analytisch als Konkurrenzkultur fassen und in deren Herausbildung und Veränderung deskriptiv abbilden.

Kooperation ist demgegenüber das regelgeleitete Zusammenwirken von zwei oder mehr Akteur*innen, die ein Ziel verfolgen, das sie allein nicht oder nur unter großen Mühen erreichen können. Kooperation basiert auf einer positiven Interdependenz: Akteur*innen können ihr Ziel nur dann erreichen, wenn auch andere ihre Ziele erreichen.¹⁹ Kooperative Handlungen können, müssen aber nicht gemeinsame Arbeitszusammenhänge einschließen. Wie Konkurrenz basiert auch Kooperation auf kulturellen Normen, und wie Konkurrenzkonstellationen sind auch Kooperationskonstellationen instabil und gesellschaftlich wandelbar. Gewinnt eine*r der Akteur*innen den Eindruck, man könne das Ziel auch ohne die anderen erreichen, kann die Kooperation enden oder gar in Konkurrenz umschlagen. Das Ensemble von Akteur*innenkonstellation und gesellschaftlichen Regelsystemen lässt sich analytisch als Kooperationskultur fassen.

Kooperation und Konkurrenz gelten meist als antagonistische Handlungsmuster. Die Dynamik moderner Gesellschaften wird verbreitet auf Wettbewerb zurückgeführt, angestoßen durch die »Gegenwartserfahrung entgrenzter Konkurrenz, ausgreifender Vermarktlichung und fortschreitender Kommodifizierung«.²⁰ Kooperation und Konkurrenz schließen jedoch einander nicht aus, sondern markieren als beziehungsgeschichtliche Phänomene eine spannungsreiche Gleichzeitigkeit, die situativ verschiedene Wirkungen hervorrufen kann. Akteur*innen die miteinander im Wettbewerb stehen, können gute Gründe haben, aus gemeinsamem Interesse heraus zusammenzuarbeiten. Als Hauptmotiv lässt sich dabei das Streben identifizieren, sich Vorteile gegenüber weiteren Konkurrent*innen zu verschaffen, ein strukturierter Handlungsmodus, der mit dem Begriff *Coopetition* beschrieben wird. In analytischer

19 David W. Johnson und Roger T. Johnson: *Cooperation and Competition. Theory and Research*. 2. Auflage. Edina, MN: Interaction Book 1989.

20 Ralph Jessen: Konkurrenz in der Geschichte – Einleitung. In: Ralph Jessen (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014, 7–32, 18.

Perspektive bedeutet dies, dass Konkurrenzkulturen und Kooperationskulturen sich zwar idealtypisch beschreiben lassen, in der gesellschaftlichen Praxis aber stets miteinander verknüpft sind.

In der Wissenschaft geht die Verschränkung von Kooperation und Konkurrenz über die interessengetriebene Zusammenarbeit hinaus. Wissenschaft ist ein Gesellschaftsbereich, in dem Kooperation und Konkurrenz fast unauflöslich miteinander verbunden sind. Welcher Handlungsmodus überwiegt, ist situativ variabel und historisch wandelbar. Die Balance von Kooperation und Wettbewerb muss stets neu austariert werden. Der Wissenschaftssoziologe Robert K. Merton sprach bereits 1942 von »Competitive Cooperation« und bezeichnete wissenschaftliche Akteure als »Compeers« (Competitive Peers), um die Verflechtung beider Handlungsmodi zu markieren.²¹

Die Prämie kann in der Wissenschaft ebenso wie im Wissenschaftsmanagement ganz unterschiedliche Formen annehmen, die von symbolischem Kapital wie etwa öffentliche Reputation oder mediale Aufmerksamkeit über wissenschaftsgeleitete Belohnungen, etwa in Form von Spitzenplatzierungen in Forschungsrankings, bis zu konkreten Ressourcen im Sinne von Personal-, Sach- und Investitionsmitteln reichen. Naturgemäß stehen dabei Letztere im Vordergrund. Durch seine Schlüsselposition bei der Vergabe öffentlicher Mittel für die Forschung rückte seit den 1960er Jahren das Bundesforschungsressort in rasch wachsendem Maße in die Rolle jenes »Dritten«, der im Zentrum des Wettbewerbs stand. Zwar war der Bund nach der Grundgesetzänderung von 1969 gerade im Bereich von Wissenschaft und Forschung nach dem Prinzip des kooperativen Föderalismus nach Art. 91b GG dazu verpflichtet, sich mit den Ländern abzustimmen. De facto aber wurde er im Bereich der Forschungsförderung durch seine überlegene Finanzmacht mehr und mehr zum primären Adressaten des Wettbewerbs der Forschungsorganisationen um die Allokation von Ressourcen.

Nach dieser theoretischen und konzeptionellen Einbettung werfen wir nun einen chronologisch orientierten Blick auf die Herausbildung und den Wandel der Allianz, von deren Anfängen Mitte der 1960er Jahre bis zum Ende der 1990er Jahre. Erkenntnisleitend ist dabei zum einen, welche Rolle die MPG in der Allianz spielte, und zum anderen, wie die MPG die Interaktionsdynamik von Kooperation und Konkurrenz jeweils nutzte, um ihre eigene Position im nationalen Wissenschaftssystem zu sichern beziehungsweise zu verbessern. Wir gehen dabei – dies sei hier nochmals betont – von der These aus, dass die Allianz als »Konsensbildungsmaschinerie« funktional darauf ausgelegt war, durch eine strukturierte Kommunikation und das strategische Teilen von Informationen in wissenschaftsbezogenen Fragen gemeinsame Positionen zu finden und diese, zuvorderst über das Bundesforschungsressort, auf direktem Wege in die politischen Entscheidungsprozesse einzuspeisen.

21 Robert King Merton: The Normative Structure of Science. In: Norman W. Storer (Hg.): *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago, IL: University of Chicago Press 1973, 267–278, 277.

Wir verknüpfen zwei Ansätze. Erstens beleuchten wir in einem institutionsorientierten Zugang die Allianz als korporative Akteurin und ihren Wandel im Kontext der Entwicklungsdynamik des nationalen und europäischen Wissenschaftssystems. Zweitens untersuchen wir anhand thematischer Fallstudien, wie sich die MPG im diskursiven Feld der Allianz jeweils positionierte. Die Fallbeispiele sind dabei so gewählt, dass sie maßgebliche Themen und Diskurse der Forschungspolitik im Untersuchungszeitraum abbilden.

2 Die Allianz als korporative Akteurin im (bundes-)deutschen Wissenschaftssystem

2.1 Eine Allianz der Wissenschaftsorganisationen?

Eigenen Angaben zufolge versteht sich die Allianz heute als »Zusammenschluss der bedeutendsten Wissenschafts- und Forschungsorganisationen in Deutschland«. ²² Zu ihren Mitgliedern zählen – in alphabetischer Reihenfolge – die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Leibniz-Gemeinschaft (WGL), die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der Wissenschaftsrat (WR). Als Organisation ist die Allianz auch heute noch vergleichsweise schwer greifbar, obwohl sie seit der Jahrtausendwende in Einzelfällen mit gezielten Aktionen ins Licht der Öffentlichkeit tritt:

Zu den gemeinsamen Initiativen der Allianz gehören beispielsweise die bereits erwähnte Kampagne *Freiheit ist unser System* ²³ oder Schwerpunktinitiativen zu den Themen »Digitale Information« ²⁴ und »Tierversuche verstehen« ²⁵. Diese Initiativen verfügen zwar über eigene, teils umfangreiche Webauftritte und sogar dazugehörige Twitter-Accounts oder YouTube-Kanäle, jedoch dienen diese in erster Linie der Information über die jeweiligen Inhalte. Trotz solcher öffentlichkeitswirksamen Aktionen geschieht die konkrete Arbeit der Allianz weitgehend im Hintergrund. Ebenso wird ihre Rolle in der Gestaltung der deutschen Wissenschafts-

22 Hochschulrektorenkonferenz: Allianz der Wissenschaftsorganisationen. <https://www.hrk.de/hrk/allianz-der-wissenschaftsorganisationen/>. Zuletzt aufgerufen am 15. 7. 2021.

23 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Freiheit ist unser System. 70 Jahre Grundgesetz – 70 Jahre Freiheit der Wissenschaft. Wissenschaftsfreiheit*. <https://wissenschaftsfreiheit.de/>. Zuletzt aufgerufen am 10. 12. 2021.

24 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Schwerpunktinitiative »Digitale Information«*. Berlin 11. 6. 2008.

25 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *»Tierversuche verstehen« – Allianz der Wissenschaftsorganisationen startet Informationsinitiative zu tierexperimenteller Forschung*. Pressemitteilung, 6. 9. 2016. Diese Initiative verfügt neben einer eigenen Website auch über einen eigenen Twitter-Account (1211 Follower, Stand 18. 8. 2020) und einen Youtube-Kanal (196 Abonnenten, Stand 18. 8. 2020).

und Forschungspolitik nicht thematisiert. Als Organisation verfügt sie noch immer weder über einen festen Mitarbeiter*innenstab noch über eine Geschäftsstelle oder einen eigenen Internetauftritt, auf dem die Informationen über diesen Zusammenschluss der großen deutschen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen gebündelt zu finden sind. Lediglich auf den Websites der Mitgliedsorganisationen finden sich spärliche Informationen, die allerdings kaum über das grundsätzliche Bestehen dieses Zusammenschlusses und seine Zusammensetzung hinausgehen. Aktuelle gemeinsame Verlautbarungen finden sich schließlich auf der Website der jeweils den Vorsitz führenden Mitgliedsorganisation.²⁶ Dieser so zurückhaltende öffentliche Auftritt der Allianz mag durchaus überraschen, vor allem wenn man dies mit anderen einflussreichen Interessensverbänden vergleicht, etwa dem Verband der Automobilindustrie²⁷ oder dem Deutschen Bauernverband.²⁸ Nicht umsonst bezeichnen Kenner*innen die Allianz als »Ritterrunde im Verborgenen«²⁹ oder als »Fürsterrunde [...], die Dinge gerne unter sich ausmacht«.³⁰ Ihre gemeinsamen Aktionen spielen sich zu einem großen Teil weiterhin abseits der Öffentlichkeit ab, was bisweilen auch Kritiker*innen auf den Plan ruft: Die Meinungen bezüglich der Rolle der Allianz gehen weit auseinander.³¹ So attestierte beispielsweise Andreas Sentker den Treffen der Allianz aufgrund fehlender verbindlicher und öffentlichkeitswirksamer Beschlüsse »wenig Wirkung« und bezeichnete einen »gemeinsamen Brief ans Forschungsministerium [als] Gipfelpunkt der Einigkeit«.³² Die kritische Einschätzung des ZEIT-Redakteurs ist sicherlich zu einem gewissen Teil dem hohen Grad an Informalität geschuldet, der die Allianz bis heute kennzeichnet. Dieser informelle Charakter und der zurückhaltende öffentliche Auftritt sollten jedoch mitnichten als Zeichen von Ineffizienz oder Wirkungslosigkeit missverstanden werden – vor allem wenn man bedenkt, dass lange Zeit weniger die Öffentlichkeit als vielmehr die politische Exekutive der primäre Adressat der Allianz war.³³ Dort, im Bereich der Wissenschaftspolitik auf Bundes- wie auch auf Länderebene, kann die Allianz wiederum durchaus auf einige handfeste Erfolge verweisen, etwa auf die Einrichtung des Heisenberg-Stipendienprogramms oder auf das Programm *Möllemann II*.³⁴ Darüber hinaus diente die Alli-

26 Vgl. Wissenschaftsrat – Publikationen. https://www.wissenschaftsrat.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Publikationssuche_Formular.html. Zuletzt aufgerufen am 17. 8. 2020; und Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina: Allianz-Publikationen bis 2015. <https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/allianz-der-wissenschaftsorganisationen/allianz-stellungnahmen-bis-2015/>. Zuletzt aufgerufen am 20. 1. 2021.

27 Verband der Automobilindustrie: Homepages des VDA. <https://www.vda.de/de.html>. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.

28 Deutscher Bauernverband: Homepage. <https://www.bauernverband.de/>. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.

29 Frank van Bebber: Ritterrunde im Verborgenen. *DUZ* 67/2 (2011), 34–37, 34.

30 Christine Prussky: Fürsten unter sich. Noch immer gibt es keine Plattform für wissenschaftliche Integrität. *Die Zeit* 31 (27. 7. 2017), 61.

31 Vgl. dazu auch die Zitate, die Frank van Bebber gesammelt hat: Bebber, Ritterrunde, 2011, 34–37.

32 Andreas Sentker: Krieg im Schrebergarten. Die deutsche Wissenschaft ist heillos zersplittert. Eine nationale Akademie könnte die Kräfte bündeln. *Die Zeit* 7 (5. 2. 2004). https://www.zeit.de/2004/07/Dt__Nationalakademie/komplettansicht?print. Zuletzt aufgerufen am 17. 8. 2020.

33 Vgl. auch Bebber, Ritterrunde, 2011, 34–37, 35.

34 Vgl. Rainer Klofat: Herrenhaus der Wissenschaft. *Rheinischer Merkur Christ und Welt* 46 (15. 11. 1991), 24.

anz weniger als Stimme der Wissenschaft gegenüber der Öffentlichkeit, sondern sie fungierte (und fungiert noch heute) in erster Linie als internes Abstimmungsgremium der Wissenschaftsorganisationen.

Gerade im Bundesforschungsministerium³⁵ weiß man um die Bedeutung der korporatistischen Vorabstimmung mit der Allianz im Rahmen des so genannten Präsidentenkreises. Nicht umsonst etablierte sich bereits in den 1960er Jahren unter Minister Stoltenberg ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Ministerium und der Allianz.

In diesem Präsidentenkreis, der in seiner Anfangszeit auch als Kaminrunde bekannt war,³⁶ kommen die Präsident*innen beziehungsweise Vorsitzenden der Allianz-Organisationen mit dem Minister beziehungsweise der Ministerin des Bundesforschungsressorts und den dort tätigen Staatssekretär*innen sowie im Einzelfall einzelnen Abteilungsleiter*innen zusammen. Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit der Allianz vom BMBF und der daraus resultierenden hierarchischen Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik kann der Präsidentenkreis gewissermaßen als Treffen mit einem externen Verhandlungs- und Kooperationspartner gleichermaßen betrachtet werden. Zu diesen Zusammenkünften lädt seit jeher das Ministerium ein, und es stellt auch die Tagesordnung auf, wobei die Wissenschaftsorganisationen zumindest einzelne Ergänzungen und Vorschläge einbringen können. Nichtsdestotrotz kommt auch der Allianz eine bedeutende Rolle bei diesen Arbeitstreffen zu, da sie als wissenschaftspolitisches Beratungsgremium fungiert, das insbesondere auch der informellen Vorabstimmung zwischen den Wissenschaftsorganisationen und dem BMBF über strukturelle Veränderungen oder künftige politische Schwerpunktsetzungen dient.

Bei den Sitzungen der Allianz hingegen, die mittlerweile viermal jährlich stattfinden, sind nur die Wissenschaftsorganisationen, vertreten durch ihre Präsident*innen beziehungsweise Vorsitzenden und ihre Generalsekretär*innen beziehungsweise Geschäftsführer*innen, zugegen. Die Treffen dieses heute aus zehn Organisationen bestehenden Gremiums sind in hohem Maße vertraulich, und so dringen im Allgemeinen keine Informationen darüber nach außen. Eigenen Angaben zufolge tauschen sich die Mitgliedsorganisationen darin zu »Fragen der Wissenschaftspolitik, der Forschungsförderung und der strukturellen Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems« aus.³⁷ Die Allianz ist dabei das zentrale Gremium der Konsensfindung und Konfliktregelung unter den Wissenschaftsorganisationen, deren jeweilige Interessen in vielen Bereichen durchaus divergieren. Erörtert werden folglich primär Belange,

35 Im Folgenden wird einheitlich von Bundesforschungsministerium gesprochen und die dem jeweiligen Zeitpunkt korrekte Abkürzung (BMwF, BMFT, BMBF, etc.) verwendet, da das Ressort im Untersuchungszeitraum mehrfach die Bezeichnung, den Zuschnitt und auch die Abkürzung wechselte. Sofern es sich um generelle Aussagen, beispielsweise zum Verhältnis zwischen Ministerium und Allianz, handelt, die einen größeren Zeitraum umfassen, wird die aktuelle Abkürzung BMBF verwendet.

36 Vgl. dazu Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 90.

37 Allianz der Wissenschaftsorganisationen, Website.

die alle Wissenschaftsorganisationen gleichermaßen betreffen oder die zumindest für sie von maßgeblichem Interesse sind.³⁸

Ziel der Besprechungen in der Allianz ist es erstens, sich gegenseitig über wichtige Aktivitäten zu informieren. Zweitens geht es den Teilnehmer*innen darum, gemeinsame Positionen zu finden und so gegenüber den politischen Akteur*innen geschlossen Stellung beziehen zu können. Trotz aller Heterogenität eint die Mitgliedsorganisationen ihre Finanzierung durch die öffentliche Hand. Daher ist es für sie von besonderer Bedeutung, »ihre budgetären Interessen gegenüber der politischen Seite untereinander [...] ab[zu]stimmen«. ³⁹ Kurzum lässt sich die Allianz der Wissenschaftsorganisationen sicherlich als Interessensgemeinschaft, vielleicht auch als Lobbyorganisation oder »Pressure Group«⁴⁰ der einflussreichsten nationalen Wissenschaftsorganisationen verstehen, die im Zentrum des Spannungsverhältnisses von Kooperation und Konkurrenz agiert. Interessanterweise und wohl auch bezeichnenderweise hat sich die Allianz stets vehement gegen die Wahrnehmung als Lobbyeinrichtung der bundesdeutschen Forschung gewehrt, wobei das stetige Anreden gegen den meist impliziten, selten expliziten Vorwurf des Lobbyismus einen neuralgischen Punkt in ihrem Selbstverständnis markiert.

Trotz (oder vielleicht sogar gerade wegen) des hohen Maßes an Informalität, das die Sitzungen der Allianz über einen sehr langen Zeitraum kennzeichnete, ist sie ein instruktiver Analysegegenstand, aus dem ein tieferes Verständnis erwachsen kann, wie erstens die Interaktionsdynamik von Kooperation und Konkurrenz in der Wissenschaft beschaffen war, wie zweitens Forschungspolitik in Deutschland im korporatistischen Zusammenspiel politischer und wissenschaftlicher Akteur*innen gestaltet wurde und wie sich drittens das Machtgefüge im Binnenraum der Forschungsorganisationen entwickelte, welche Positionen die einzelnen Allianz-Mitglieder innerhalb dieses durchaus hierarchisch geordneten Gefüges einnahmen und wie sich diese im Untersuchungszeitraum – auch infolge der Erweiterung der Allianz – veränderten. Gezeigt wird im Folgenden unter anderem, wie die Zusammenarbeit der einzelnen Wissenschaftsorganisationen auf der Leitungsebene konkret organisiert wurde und welche Faktoren und Prozesse sich stabilisierend oder destabilisierend auf kooperative Verbände im Bereich des Wissenschaftsmanagements auswirkten. Außerdem lässt sich nachvollziehen, welche Bedeutung die einzelnen Wissenschaftsorganisationen und die Politik ihren jeweiligen Zusammenkünften beimaßen. Der Fokus liegt dabei primär auf der Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Position innerhalb der Allianz.

38 Vgl. Klofat, Herrenhaus, 15. 11. 1991, 24; Bebbler, Ritterrunde, 2011, 34–37.

39 Schreiben von D. Simon an G. Schettler vom 1. 9. 1989, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 11.

40 Klofat, Herrenhaus, 15. 11. 1991, 24.

2.2 Die Herausbildung der »Heiligen Allianz«

Wenngleich es schon in den späten 1940er Jahren vereinzelte Treffen zwischen den Präsidenten der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen gegeben hatte, wandelte sich die Dynamik insbesondere bedingt durch wissenschaftspolitische Initiativen des Bundes in den 1950er Jahren grundlegend.⁴¹ So wurde im Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen (BMA) unter Franz Josef Strauß (CSU) geschaffen, womit sich der Bund faktisch – wenn auch zunächst nur in einem kleinen, aber dafür umso prestigeträchtigeren Bereich – in der Forschungsförderung zu engagieren begann.⁴²

Der Einstieg des Bundes in die Forschungs- und Technologiepolitik

Laut Grundgesetz unterlag die Forschungsförderung der Kulturhoheit der Länder und lag somit außerhalb des Einflussbereichs des Bundes. Dies galt nach dem 1949 geschlossenen Königsteiner Staatsabkommen auch für die Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung. Wenngleich die Ländergemeinschaft einem möglichen Eindringen des Bundes in die Domäne der Forschungspolitik zunächst äußerst skeptisch, gar ablehnend gegenüberstand, so konnte der Bund diese Front doch durch verschiedene Sonderzuschüsse allmählich aufweichen.⁴³ Dabei profitierte der Bund gleich in doppelter Weise von der sich in Relation zum Bund verschlechternden Finanzlage der Bundesländer. Denn neben der geschlossenen Opposition der Bundesländer gegen das Eindringen des Bundes in Bildung und Wissenschaft waren auch die Autonomiebestrebungen der wissenschaftlichen Selbstverwaltung zunächst ein Hindernis für eine Kompetenzerweiterung des Bundes im Bereich der Forschung, die dieser seit den frühen 1950er Jahren anstrebte.⁴⁴ Doch auch den Wissenschaftsorganisationen, allen voran der MPG und der DFG, war an einem sicheren und stetig wachsenden Budget gelegen, und so setzten sich insbesondere Politiker, die zugleich Senatsmitglieder der MPG waren, dafür ein, dass die Mittel des so genannten Juliusturms in Form von Sonderzuschüssen ab 1957 der Forschung zuteil kamen.⁴⁵

41 Vgl. Jaromír Balcar: *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/57 bis 1972*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 102–103.

42 Vgl. Dietmar Braun: *Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum »kooperativen Staat«*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1997, 222–232; Joachim Radkau: Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 33–63, 33–37; Peter Weingart und Niels C. Taubert: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 11–29, 11–15; Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler: Einleitung: Entwicklungslinien der Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 13–20.

43 Vgl. Braun, *Steuerung*, 1997, 215–222.

44 Vgl. Braun, *Steuerung*, 1997, 222–232; Radkau, *Forschungspolitik*, 2006, 33–63, 37–52.

45 Vgl. dazu insbesondere die Ausführungen in Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 2020, 60–85; Olaf Bartz: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007, 18–23; vgl. darüber hinaus auch Braun, *Steuerung*, 1997, 215–222; Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten*

Diese Sonderzuschüsse des Bundes und die Förderung einzelner Forschungsprojekte, etwa in der MPG, durch das BMA^t verstetigten sich in den folgenden Jahren. So wurde der Bund durch eine »Politik der goldenen Zügel« als indirekter Finanzier der Forschung immer wichtiger.⁴⁶ Folglich erscheint es wenig überraschend, dass der Bund neben einer finanziellen Beteiligung insbesondere auch auf einen Kompetenzzuwachs im Bereich der Forschungspolitik hoffte. Der ehrgeizige Atomminister Strauß strebte bereits ein Jahr nach der Gründung seines Ministeriums den Ausbau der (und damit faktisch die Zuständigkeit für die) Energie- und Forschungspolitik an, was ihm jedoch verwehrt bleiben sollte. Erst unter seinem Nachfolger, dem Quereinsteiger Siegfried Balke, konnte das Ministerium seine Zuständigkeiten um den Bereich der Weltraumforschung erweitern, was in der Retrospektive als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Bundesressort für Forschung angesehen werden kann.⁴⁷ Anders als Strauß fuhr Balke hinsichtlich einer möglichen Ausweitung seines Ressorts nicht zweigleisig und favorisierte eindeutig den Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik. So verwies er in Vorträgen und Publikationen immer wieder – direkt und indirekt – auf die Notwendigkeit eines Forschungsministeriums, um so insbesondere den Bundeskanzler, aber auch die Öffentlichkeit davon zu überzeugen. Balke war bewusst, dass die Schaffung eines Bundesforschungsressorts gegen den Widerstand der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen ein schwieriges Unterfangen sein würde. Deshalb bemühte er sich bereits 1961 darum, die Präsidenten von MPG, DFG und WRK in verschiedenen Einzelgesprächen für seine Pläne zu gewinnen.⁴⁸

Eine weitere wichtige Weichenstellung im Hinblick auf die wissenschaftspolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik war der Einstieg des Bundes in die Großforschung und die damit verbundene Gründung von Forschungszentren, die vor allem auf dem Gebiet der Kernforschung tätig waren.⁴⁹ Der enorme und rasch wachsende Mittelbedarf der Großforschungszent-

außeruniversitären Forschung. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 111–120; Andreas Stucke: *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums.* Frankfurt am Main: Campus Verlag 1993, 54–62.

- 46 Vgl. Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 2020, 66–85; Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 18–23; Braun, *Steuerung*, 1997, 215–222.
- 47 Vgl. Braun, *Steuerung*, 1997, 225–232; Robert Lorenz: *Siegfried Balke. Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik in der Ära Adenauer.* Stuttgart: ibidem 2010, 77–91; Johannes Weyer: *Space Policy in West Germany 1945–1965: Strategic Action and Actor Network Dynamics.* In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions.* Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 333–356; Johannes Weyer: *Die Raumfahrtspolitik des Bundesforschungsministeriums.* In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland.* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 64–91; Helmuth Trischler: *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft.* Frankfurt am Main: Campus Verlag 1992.
- 48 Vgl. Lorenz, *Siegfried Balke*, 2010, 91–96; Robert Lorenz: *Siegfried Balke – Spendenportier und Interessenpolitiker.* In: Robert Lorenz und Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 175–205, 194–195; Karin Orth: *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968.* Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2011, 100–116; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 62–67; Thomas Stamm: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965.* Köln: Wissenschaft und Politik 1981, 225–252.
- 49 Vgl. Gerhard A. Ritter: *Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick.* München: C. H. Beck 1992, 56–77; Margit Szöllösi-Janze: *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen 1958–1980.* Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 21–24; Szöllösi-Janze und Trischler, *Einleitung*, 1990, 13–20.

ren begann die finanziellen Möglichkeiten der Länder zu überfordern, und er manövrierte den Bund in eine Position, die dessen Beteiligung an der Forschungsförderung unverzichtbar machte; wobei finanzielle Beteiligung mit dem Anspruch auf politische Teilhabe einherging. Diese sich verändernden Konstellationen begünstigten schließlich, im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren, die Herausbildung der Allianz als Gremium des regelmäßigen Austauschs und der Abstimmung zwischen den staatlich geförderten Forschungseinrichtungen.

Die Gründung des Wissenschaftsrats als Katalysator der Formierung der Allianz

Bereits einige Jahre zuvor hatten sich die Kontakte zwischen den drei größten Wissenschaftsorganisationen der jungen Bundesrepublik intensiviert. Hintergrund waren die Erwägungen von Bund und Ländern über die Gründung des Wissenschaftsrats. Erste Überlegungen zur Schaffung eines Zentralrats, wie er intern zunächst betitelt wurde, hingen dabei eng mit dem eben erwähnten indirekten Einstieg des Bundes in die Forschungsförderung zusammen. Die allgemeine Befürchtung, die Bundesrepublik könnte auf technologischem Gebiet gegenüber der UdSSR ins Hintertreffen geraten, und die Angst vor einem Nachwuchsmangel in den entscheidenden Fächern trugen maßgeblich zu dieser Entwicklung bei.⁵⁰ Angestoßen wurde die Debatte im Frühjahr 1956 schließlich von Seiten der Länder, insbesondere vom damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner.

In der Folge brachten sich die Wissenschaftsorganisationen, allen voran DFG und WRK,⁵¹ aktiv in die Planungen ein.⁵² Dabei sollte dieser Zentralrat, so die Vorstellung von DFG und WRK, gewissermaßen als Instanz dienen, durch die dem Bund ein gewisses Mitspracherecht bei der Mittelzuteilung eingeräumt wurde. Seit dem Sommer 1956 standen die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen diesbezüglich nicht nur in engem Austausch untereinander, sondern unterhielten auch einen regen Kontakt zu den Verantwortlichen aus der Politik, um auf die Ausgestaltung eines solchen Zentralrats Einfluss zu nehmen.⁵³ Auch in der Presse und gegenüber der Fachöffentlichkeit äußerten die Präsidenten der beiden Wissenschaftsorganisationen ihren

50 Vgl. Winfried Benz: Der Wissenschaftsrat. In: Christian Flämig et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. 2. Auflage. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1667–1687; Stamm, *Staat*, 1981, 195–201.

51 Die Präsidenten der beiden Wissenschaftsorganisationen stimmten sich im Verlauf des Gründungsprozesses eng miteinander ab und kommunizierten ihre Zusammenarbeit auch gegenüber den Vertretern des Bundes und der Länder. Die MPG schien in dem Abstimmungsprozess der Wissenschaftsorganisationen zu diesem Zeitpunkt noch eine vergleichsweise geringe Rolle zu spielen und brachte sich in viele der Absprachen nicht aktiv ein. Vgl. die Hinweise auf die Kooperation zwischen DFG und WRK bspw. in einem Schreiben von G. Hess an A. Hennig vom 8. 12. 1956, DFGA, AZ 6, Bd. 1; Schreiben von G. Hess an G. A. Zinn vom 25. 2. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1; interne Notiz der DFG über eine Besprechung zwischen G. Hess und H. Coing am 6. 4. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1; Schreiben von G. Hess an H. Coing vom 21. 6. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

52 Vgl. zur Entstehungsgeschichte des Wissenschaftsrates Bartz, *Wissenschaftsrat, 2007*, 23–36; Olaf Bartz: *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung, Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975*. Dissertation. Universität zu Köln 2006, 41–55; Benz, *Wissenschaftsrat*, 1996, 1667–1687, 1667–1670; Stamm, *Staat*, 1981, 202–219; Andreas Stucke: Der Wissenschaftsrat. In: Svenja Falk et al. (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: Springer VS 2006, 248–255, 249–250; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 50–54; Kurt Zierold: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag 1968, 533–539.

53 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Senates der DFG am 22. 10. 1956, DFGA, AZ 6, Bd. 1; Schreiben von G. Hess an W. Hoegner vom 6. 6. 1956, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

Wunsch zur Errichtung eines Zentralrats.⁵⁴ Ihre Bemühungen sollten schließlich von Erfolg gekrönt sein; so konnten sie unter anderem den Bundespräsidenten von ihren Plänen überzeugen, der sich daraufhin ebenfalls für die Errichtung eines solchen Zentralrats starkmachte.⁵⁵ Auffallend ist, dass sich die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen bei den Ministerpräsidenten der Länder insbesondere dafür einsetzten, eine Mitfinanzierung der Forschung durch den Bund zuzulassen, ohne diesem den alleinigen Einfluss auf die Forschungssteuerung zu gewähren. Als Abstimmungsgremium zwischen Bund, Ländern und Wissenschaft sollte dabei der Zentralrat dienen.⁵⁶

Im Jahr 1957 schließlich übernahm die Bundesregierung die Federführung im Gründungsprozess des Wissenschaftsrats. Mit den Ministerpräsidenten der Länder einigte sie sich darauf, eine sechsköpfige Arbeitsgruppe einzusetzen, die einen Entwurf für ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern erarbeiten sollte, das die Arbeit des Wissenschaftsrats regelte.⁵⁷ Während es den Wissenschaftsorganisationen im Vorfeld der Planungen gelungen war, sich Gehör bei den politischen Akteuren zu verschaffen, wurden sie bei den konkreten Planungen zunächst weitgehend übergangen.⁵⁸ Es gelang DFG-Präsident Gerhard Hess dennoch, in den Besitz einer Abschrift des Entwurfs über das Verwaltungsabkommen zu gelangen, die er sofort an seinen WRK-Kollegen Helmut Coing weiterleitete – mit der Anmerkung, dass »viele Artikel und Ziffern einfach unannehmbar« seien.⁵⁹ Unterstützung erhielten die Wissenschaftsorganisationen durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dessen Vorsitzender Ernst H. Vits sich zugleich auch als Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstags sowie des Bundesverbands der Deutschen Industrie äußerte.⁶⁰

Zur letzten Sitzung des Unterausschusses »Wissenschaftsrat« wurden schließlich – auf Initiative des Kanzleramts – Vertreter derjenigen Wissenschaftsorganisationen eingeladen, die über die Nominierung der Wissenschaftlichen Kommission entscheiden sollten. Die DFG und die WRK waren jeweils mit ihrem Präsidenten vertreten, während die MPG ihren Vizepräsidenten und ein weiteres Vorstandsmitglied zu dieser Sitzung entsandte.⁶¹ Die Präsidenten von DFG und WRK sprachen sich im Vorfeld der Sitzung über ihre gemeinsame Agenda ab, und in der DFG

54 Das geht aus einem internen Vermerk der DFG hervor: Interner Vermerk der DFG zu Änderungen an einem Manuskript für eine Forschungssendung vom 11. 12. 1956, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

55 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 23–36.

56 Schreiben von G. Hess an A. Hennig vom 8. 12. 1956, DFGA, AZ 6, Bd. 1. Dieses Schreiben verfasste Hess eigenen Angaben zufolge »im Einvernehmen mit Herrn Coing«.

57 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Senats der DFG am 22. 2. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

58 Vgl. auch Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 23–36; Stamm, Staat, 1981, 202–219.

59 Schreiben von G. Hess an H. Coing vom 21. 6. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1. Vgl. zu den Kritikpunkten am Entwurf auch Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Senats der DFG am 5. 7. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

60 Entwurf eines Schreibens von E. H. Vits an G. Hess vom 10. 7. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

61 Teilnehmerliste der Besprechung über Fragen des Deutschen Wissenschaftsrats am 18. 7. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

wurde ein ausführlicher Notizzettel mit den gewünschten Änderungen am Entwurf des Verwaltungsabkommens angefertigt.⁶² Letztlich wurden in dieser Sitzung lediglich einige kleinere Änderungen gebilligt, die hauptsächlich vom Bund angeregt worden waren. Folglich kann angenommen werden, dass die Hoffnungen der Wissenschaftsvertreter in dieses Treffen nicht erfüllt wurden; unter anderem konnten sie ihren Wunsch nicht durchsetzen, auf die Nominierung der Vertreter*innen des öffentlichen Lebens Einfluss zu nehmen.

Dennoch lässt sich festhalten, dass die Wissenschaftsorganisationen nun die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft in nicht unerheblichem Maße mitgestalten konnten.⁶³ Schließlich hatten MPG, DFG und WRK das gemeinsame Vorschlagsrecht für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats und konnten so über die Besetzung eines entscheidenden Gremiums zur Abstimmung zwischen Vertreter*innen von Bund, Ländern und Wissenschaft entscheiden. Einen ersten Entwurf mit insgesamt 16 Personen hierfür legte die WRK bereits im Juli 1957 ihren Verhandlungspartnern vor.⁶⁴ Im September verständigte sich die DFG schließlich ihrerseits auf eine Vorschlagsliste,⁶⁵ die neben den 16 nummerierten Vorschlägen noch 13 weitere Namen umfasste, um dem Wunsch des Bundespräsidenten nach einer gewissen Wahlfreiheit zu entsprechen.⁶⁶ Trotz der gewünschten »Mitverantwortung«, die Theodor Heuss bei der Auswahl der Nominierten übernehmen wollte, um nicht bloß ein »Funktionär fremder [...] Vorschläge«⁶⁷ zu sein, wich die Berufung lediglich in vier Fällen von der zunächst von der DFG bevorzugten Liste ab,⁶⁸ wobei mit Otto Hahn und Adolf Butenandt zwei hochkarätige Mitglieder der MPG und Nobelpreisträger ihrerseits darum baten, trotz ihrer Nominierung von der Berufung in den Wissenschaftsrat aufgrund vielfältiger anderer Verpflichtungen abzusehen.⁶⁹

Heuss' Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten folgten bei der Ernennung neuer Mitglieder stets der durch die Wissenschaftsorganisationen vorgeschlagenen Reihung der Nominierten, was vom großen Einfluss der späteren Allianz auf die Zusammensetzung der Wissenschaft-

62 Interne Notizen der DFG für die Sitzung am 18.07.1957 (Wissenschaftsrat) vom 17.7.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

63 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 23–36; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 54–62.

64 Das Schreiben der WRK an die DFG enthält auch eine angehängte Vorschlagsliste. Schreiben von J. Fischer an G. Hess vom 22.7.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

65 Diese wich in nur zwei Fällen vom ursprünglichen Vorschlag der HRK ab.

66 Schreiben von G. Hess an die Mitglieder des Senates und des Präsidiums der DFG vom 26.09.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1. Zum Wunsch nach Wahlfreiheit vgl. den entsprechenden Hinweis in der internen Notiz der DFG über ein Gespräch mit den Herren Bleek und Bott am 14.10.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

67 Wissenschaftsrat: *Wissenschaftsrat*, 1957–1982. Köln 1983, 8.

68 Vgl. ausführlich zur Mitgliederfindung für den WR Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 36–44; Benz, *Wissenschaftsrat*, 1996, 1667–1687, 1670–1676.

69 Schreiben von O. Hahn an T. Heuss vom 1.11.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1; Schreiben von A. Butenandt an G. Hess vom 04.11.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1; Schreiben von G. Hess an T. Heuss vom 11.11.1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

lichen Kommission des Wissenschaftsrats zeugt.⁷⁰ In diesem Zusammenhang hat Olaf Bartz treffend darauf hingewiesen, dass zahlreiche Mitglieder der ersten Wissenschaftlichen Kommission zuvor (oder zeitgleich) in wichtigen Leitungsfunktionen des Wissenschaftsmanagements tätig waren und sich so ein »Verfahren der mehrfachen Quotierung und Repräsentation« erkennen lässt.⁷¹ Vier der 16 Mitglieder waren (ehemals) Präsidenten von DFG und WRK,⁷² während einige weitere Mitglieder aus dem Senat der DFG rekrutiert wurden, was mit der wissenschaftspolitischen Rolle der DFG als wichtigste Forschungsförderungsorganisation und der damit verbundenen Fach- und Sachkenntnis ihrer Senatsmitglieder zu erklären ist.⁷³

In dieser Episode zeigte sich, wie eng die Wissenschaftsorganisationen, insbesondere auf der Leitungsebene, bereits miteinander verbunden waren. Dass dies auch künftig so bleiben sollte, war dem maßgeblichen Einfluss der sich herausbildenden Allianz in personalpolitischen Fragen geschuldet, der in Bezug auf den Wissenschaftsrat schon im Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern festgeschrieben war. Da der Bundespräsident eine gemeinsame Vorschlagsliste der drei Wissenschaftsorganisationen erwartete, rückten diese in der Folge enger zusammen und etablierten ihre Gesprächsrunde, die später als »Heilige Allianz« bekannt werden sollte.

Ein erstes solches Treffen lässt sich auf den 22. Januar 1958 datieren, als sich die Teilnehmer unter anderem über ihre künftige Zusammenarbeit austauschten und weitere Formalitäten zur internen Organisation des Wissenschaftsrats klärten. Während der Kontakt in der Gründungsphase des WR hauptsächlich zwischen den Präsidenten von DFG und WRK bestand, nahmen an diesem Gespräch nicht nur der Präsident der MPG, sondern auch die Generalsekretäre aller drei Organisationen teil.⁷⁴ Mit diesem Sechserkreis war gewissermaßen der Grundstein für die Bildung der Allianz der Wissenschaftsorganisationen gelegt, wenngleich die Absprachen zwischen den Mitgliedern dieser »Proto-Allianz« zunächst noch recht unregelmäßig stattfanden.

Die Gründung des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung

Ein weiteres wichtiges Momentum, das maßgeblich zur Entstehung der »Heiligen Allianz« beitrug, lässt sich in der Gründung des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung (BMwF) erkennen. Wie bereits erwähnt, hatte Atomminister Siegfried Balke 1961 Fühlung zu den Präsidenten der drei einflussreichsten Wissenschaftsorganisationen aufgenommen, um bei ihnen um Unterstützung für seinen Plan zur Konzeption eines Forschungsressorts zu werben.

70 Vgl. Benz, *Wissenschaftsrat*, 1996, 1667–1687, 1670–1672.

71 Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 42; vgl. auch Wagner, *Notgemeinschaften*, 2021, 422–424.

72 Die amtierenden Präsidenten der DFG (Gerhard Hess) und der WRK (Gerd Tellenbach) waren ebenso Mitglieder wie ihre Amtsvorgänger Ludwig Raiser (DFG-Präsident 1952–1955) und Helmut Coing (WRK-Präsident 1956–1957). Außerdem war auch Otto Hahn als Präsident der MPG nominiert worden, der allerdings den Bundespräsidenten persönlich darum gebeten hatte von seiner Berufung Abstand zu nehmen.

73 Vgl. dazu auch Wagner, *Notgemeinschaften*, 2021, 356–357.

74 Vertraulicher Vermerk der WRK über ein Treffen von DFG, MPG und WRK am 22. 1. 1958, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

Da die Allianz zu diesem Zeitpunkt noch weit von ihrer Institutionalisierung entfernt war und man bestenfalls von einer Art »Proto-Allianz« sprechen kann, erfolgte die Kontaktaufnahme des Ministeriums zu den Wissenschaftsorganisationen jeweils separat.⁷⁵ Der Präsident der MPG schilderte gegenüber den Senatsmitgliedern, dass die Frage, »ob in Deutschland ein besonderes Forschungsministerium benötigt wird oder nicht«, sehr weitreichende Konsequenzen für die gesamte bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft nach sich ziehen würde, weswegen unter den drei Organisationen »Einigkeit anzustreben sei.«⁷⁶ In der Folge intensivierten die Wissenschaftsorganisationen auf Betreiben des MPG-Präsidenten Butenandt ihren Kontakt und stimmten sich in diesem Punkt eng miteinander ab.⁷⁷ Nur wenige Wochen nachdem die Präsidenten sich in den entscheidenden Gremien ihrer eigenen Organisationen der Unterstützung für ein konzertiertes Handeln rückversichert hatten, wandten sie sich in gemeinsamen Schreiben an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten – einen weiteren Monat später und damit kurz nach der Bundestagswahl auch an die Parteivorsitzenden. Hier bezogen Butenandt, Hess und Leussink Stellung zur Frage der Notwendigkeit eines Forschungsressorts. Sie beriefen sich insbesondere auf die Forschungsfreiheit und forderten, in Fragen der Forschungsförderung von der Politik angehört zu werden.⁷⁸ Wenngleich diese Aktion nicht, wie es bislang häufig dargestellt worden ist, der »erste [...] Schritt [...] auf dem Weg zu einer Allianz«⁷⁹ war, war sie für deren Entstehung und Festigung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die drei großen bundesgeförderten Wissenschaftsorganisationen waren durch die Bemühungen des Bundes, seine Kompetenz im Bereich der Forschungspolitik auszubauen, enger zusammengerückt und hatten bereits in den späten 1950er Jahren sporadische Besprechungen abgehalten. Obwohl sich in den Archiven der drei Mitglieder dieser »Proto-Allianz« kein eindeutiger Beleg zu einem Treffen im Sommer 1961 finden lässt, ist dennoch davon auszugehen, dass sich die Präsidenten darüber persönlich ausgetauscht hatten. Für den Herbst lassen sich dann aber weitere Treffen rekonstruieren. In diesen sprachen sich Leussink, Hess und Butenandt auch über ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf ein Forschungsförderungsgesetz ab.⁸⁰

75 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP.

76 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 145.

77 Vgl. dazu auch Peter Karlson: *Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1990, 257; Edmund Marsch: Adolf Butenandt als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1960–1972. Zum 100. Geburtstag am 24. März 2003. In: Eckart Henning (Hg.): *Dahlemer Archivgespräche*. Bd. 9. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 2003, 134–145, 140–141.

78 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP. Das Schreiben der Präsidenten ist abgedruckt in Westdeutsche Rektorenkonferenz: Schreiben der Präsidenten der MPG, DFG und WRK an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder vom 11. 08. 1961. In: Empfehlungen, Entschlüsse und Nachrichten vom Präsidenten mitgeteilt (= Schwarze Hefte) (1962), H. 10, 16–17.

79 Stamm, *Staat*, 1981, 238. Diesem Urteil schloss sich unter anderem auch Karin Orth an, vgl. Orth, *Autonomie*, 2011, 112.

80 Ein Treffen diesbezüglich fand am 25. 09. 1961 statt. Interner Vermerk der MPG zur Presseerklärung der WRK vom 15. 2. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 239. Thomas Stamm konnte in seiner Darstellung ein weiteres Treffen der drei Präsidenten für den 18. 10. 1961 rekonstruieren – allerdings ohne Angabe einer Quelle. Vgl. Stamm: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung*, S. 239. In den Akten, die für die vorliegende Untersuchung gesichtet wurden, konnte kein Beleg für den Termin Oktober gefunden werden. Jedoch ist die Überlieferung aller drei beteiligten Wissenschaftsorganisationen in diesem Zeitraum keineswegs lückenlos.

Erweiterung der Allianz um den Wissenschaftsrat

Wenngleich der Vorstoß zur Gründung eines Forschungsressorts zunächst überraschenderweise abgewendet schien, da Adenauerin seinem vierten Kabinett entgegen Balkes Wunsch kein solches Ministerium geschaffen hatte, beschlossen die Wissenschaftsorganisationen, »die damit zusammenhängenden Probleme weiter zwischen Forschungsgemeinschaft, Rektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft und dem Präsidenten [sic!] des Wissenschaftsrats« zu diskutieren.⁸¹ Zum Jahreswechsel 1961/1962 wurde also der Kreis der Teilnehmer um den Vorsitzenden des Wissenschaftsrats erweitert. Mit Ludwig Raiser wurde kein Unbekannter in die Runde aufgenommen, denn er hatte zwischen 1951 und 1955 die DFG geleitet und war damit Gerhard Hess' direkter Amtsvorgänger. Raisers wissenschaftspolitisches Geschick, seine Erfahrung in Führungspositionen des Wissenschaftsmanagements und das damit verbundene hohe Ansehen, das er unter seinen Kollegen genoss, trugen sicherlich maßgeblich dazu bei, dass die Kooptation des Wissenschaftsrats in die junge Allianz ohne größere Diskussionen vonstattenging.⁸² Wenngleich der Wissenschaftsrat anfangs nicht in alle Beratungen einbezogen wurde – einige gemeinsame Verlautbarungen in diesem Zeitraum, etwa gegenüber der Kultusministerkonferenz, wurden nur zwischen WRK, MPG und DFG abgestimmt⁸³ –, beschlossen die vier Organisationen, sich grundsätzlich »in regelmäßigen Abständen« zu treffen, »um wissenschaftspolitische Grundsatzfragen zu diskutieren«.⁸⁴ Ihr Entschluss, enger miteinander zu kooperieren und ihre Interessen zu koordinieren, kann demnach als Reaktion der Wissenschaftsorganisationen auf die Expansion des Bundes im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik verstanden werden.⁸⁵ Damit war 1962 die Allianz der Wissenschaftsorganisationen geboren, wenngleich sie zu diesem Zeitpunkt noch ein Kind ohne Namen war.

Als schließlich nach der Kabinettsumbildung Ende 1962 doch ein Bundesforschungsministerium geschaffen wurde, in dem das frühere Ressort für Atomkernenergie aufging, hatte sich die Zusammenarbeit der Wissenschaftsorganisationen bereits bewährt. Die Allianz-Mitglieder zeigten sich zunächst nicht erfreut über die nun geschaffenen Tatsachen,⁸⁶ arrangierten sich allerdings relativ schnell mit der Situation und bemühten sich um Kontakte zum neuen Ressort.⁸⁷ Sie erkannten rasch, dass die Freiheit der Forschung von politischen Lenkungsansprü-

81 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 145.

82 Schließlich war Raiser von den Allianz-Mitgliedern selbst für die erste wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats vorgeschlagen worden, die überdies einer Wahl Raisers zum Vorsitzenden des WR aufgeschlossen gegenüberstanden. Siehe zur Person Raisers bspw. die Ausführungen in Wagner, *Notgemeinschaften*, 2021, 305–306.

83 Protokoll der 42. Sitzung des Senates vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP. Außerdem wurden die Nominierungen für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission des WR gemäß dem Verwaltungsabkommen ebenfalls im Dreierkreis (unter Exklusion des WR) besprochen.

84 Protokoll der 41. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 92.

85 Uwe Schimank: Politische Steuerung und Selbstregulation des Systems organisierter Forschung. In: Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1995, 101–139, 106–111.

86 Stamm, *Staat*, 1981, 245–247.

87 Protokoll der 44. Sitzung des Senates vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP. Vgl. außerdem Orth, *Autonomie*, 2011, 113–115, 155–156; Stamm, *Staat*, 1981, 244–251.

chen nicht – wie zunächst erwartet – unmittelbar bedroht war.⁸⁸ Deshalb wählten die Selbstverwaltungsorganisationen den korporatistischen Weg einer wechselseitigen Abstimmung anstelle einer offenen Konfrontation mit der Bundespolitik.

Die Bundespolitik reagierte ebenfalls auf die Herausbildung und Konsolidierung der Allianz und bemühte sich ihrerseits um einen Austausch mit den Präsidenten.⁸⁹ Die Wissenschaftsorganisationen profitierten dabei von der bereits zu einem gewissen Grad gefestigten Position der Allianz im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik. Bereits vor der Gründung des BMWF hatten sich die Präsidenten in forschungspolitischen Fragen mit anderen Ressorts, darunter das Bundesatomministerium und das Bundesverteidigungsministerium, ebenso wie mit den Ministerpräsidenten der Länder ausgetauscht und so bereits den korporatistischen Weg der Interessensvermittlung etabliert.⁹⁰ Der Allianz kam dabei das strukturelle Expertisegefälle zwischen der Wissenschaft und der Politik in inhaltlichen Fragen der Forschung und Forschungsförderung zugute. Da politische Programme oder Instrumente für die Forschungsförderung auf Bundesebene noch weitgehend fehlten, war das Bedürfnis der Politik nach einer engen Abstimmung mit der Wissenschaft groß. Durch das geschlossene Auftreten der Präsidenten der Selbstverwaltungsorganisationen, das sich schon gegen Ende der 1950er Jahre abzeichnen begonnen hatte, konnte die Allianz ihr politisches Umfeld aktiv mitgestalten und auf die Ausgestaltung der deutschen Forschungspolitik markanten Einfluss nehmen.⁹¹

Obwohl die Herausbildung der Allianz als Abstimmungsgremium der großen Wissenschaftsorganisationen von den staatlichen Akteuren nicht intendiert worden war, arrangierte sich die Politik rasch mit der neuen Situation und erkannte die Vorteile einer koordinierten Einbindung der Wissenschaft in die Gestaltung der Forschungspolitik.

Die Etablierung des Präsidentenkreises

Hans Lenz, der erste Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, hatte bereits nach seiner Amtsübernahme den Kontakt zu den Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen gesucht, sich gelegentlich mit ihnen ausgetauscht und sich generell um ein gutes Verhältnis bemüht.⁹² Sein Nachfolger in der Großen Koalition (1965–1969), Gerhard Stoltenberg, intensivierte die Beziehungen seines Hauses mit den Selbstverwaltungsorganisationen, um mit ihnen

88 Vgl. Orth, *Autonomie*, 2011, 155–156; Stamm, *Staat*, 1981, 232–252; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 62–67.

89 Vgl. Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 405–406.

90 Siehe die entsprechenden Hinweise auf solche Gespräche bspw. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 14. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 240; Aktenvermerk über eine Besprechung beim BMVg am 5. 6. 1962, AMPG, III. Abt., Rep. 84-2, Nr. 6812, fol. 3–7.

91 Vgl. Braun, *Steuerung*, 1997, 222–234; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 54–67.

92 Protokoll der 44. Sitzung des Senates vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP; Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 14. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 240; vgl. Zierold: *Forschungsförderung*, S. 533–535.

»in regelmäßigem Abstand [...] über Probleme der Wissenschaft zu sprechen.«⁹³ Der Minister schätzte dabei insbesondere den »ausführlichen Meinungs­austausch«, den er mit den Präsidenten pflegte, wenngleich die Gespräche zu dieser Zeit eher in »zwangloser Folge« stattfanden.⁹⁴ Mit der Einführung und Fortführung dieser Konsultationen festigte Stoltenberg die bereits bestehenden korporatistischen Strukturen in der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik. Gleichzeitig schuf er mit den Kaminrunden, wie die Zusammenkünfte des Präsidentenkreises lange bezeichnet wurden, auch erstmals einen informellen Rahmen für diesen Austausch.⁹⁵ Diese informelle Natur der Gespräche sollte für eine lange Zeit das maßgebende Charakteristikum und die Stärke des Präsidentenkreises bleiben.⁹⁶ Insbesondere der Allianz war an dieser Informalität der gemeinsamen Gespräche gelegen, weswegen sie trotz ihres hohen Interesses an den internen Ergebnisvermerken des Ministeriums zu den Kaminrunden zögerte, deren obligatorische Übersendung an alle Teilnehmer der Besprechungen einzufordern.⁹⁷

Die Herausbildung der Allianz und ihre Etablierung als wissenschaftspolitisches Beratungsgremium fallen damit in eine Zeit, in der das politische Denken in der Bundesrepublik von einer Phase der Planungseuphorie und dem Wunsch nach einer engeren Verzahnung von Wissenschaft und Politik gekennzeichnet war. Gesamtgesellschaftliche Probleme sollten mithilfe wissenschaftlicher Politikberatung gelöst werden.⁹⁸ Der »kurze Sommer der konkreten Utopie« einer verwissenschaftlichten Politik ging in den frühen 1970er Jahren schon wieder zu Ende;⁹⁹ aber auch danach wurden Expert*innen und Wissenschaftler*innen von verschiedenen Ressorts, ebenso wie vom Parlament,¹⁰⁰ zu Rate gezogen, und wissenschaftliche Erkenntnisse hiel-

93 Protokoll der 52. Sitzung des Senates vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 359.

94 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 14. 2. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 123.

95 Vgl. Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 87–92; Bernhard Weßels: Die deutsche Variante des Korporatismus. In: Max Kaase und Günther Schmid (Hg.): *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*. 2. Auflage. Berlin: edition sigma 1999, 87–114, 87–96.

96 Vgl. Katja Patzwaldt und Kai Buchholz: Politikberatung in der Forschungs- und Technologiepolitik. In: Svenja Falk et al. (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 460–471, 463; Schimank, *Steuerung*, 1995, 101–139, 130–132.

97 Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602, fol. 84.

98 Vgl. Orth, *Autonomie*, 2011, 155–165; Wilfried Rudloff: Einleitung: Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen. In: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hg.): *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Berlin: Duncker & Humblot 2004, 13–57, 13–17; Uwe Schimank: Planung – Steuerung – Governance: Metamorphosen politischer Gesellschaftsgestaltung. *Die Deutsche Schule: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis* 101/3 (2009), 231–239, 232–234; Elke Seefried: Experten für die Planung? »Zukunftsforscher« als Berater der Bundesregierung 1966–1972/73. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 109–152, 111–116; Helmuth Trischler: Planungseuphorie und Forschungssteuerung in den 1960er Jahren in der Luft- und Raumfahrtforschung. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 117–139, 117–119.

99 Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000, 362–401.

100 Beispielsweise in Form von Enquete-Kommissionen beispielsweise zu Fragen der zukünftigen Kernenergie-Politik (1979–1983) oder zu Chancen und Risiken der Gentechnologie (1984–1987).

ten Einzug in die Ausarbeitung politischer Programme.¹⁰¹ So lässt sich in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren sowohl eine Verwissenschaftlichung der Politik als auch gleichzeitig eine Politisierung der Wissenschaft feststellen, die sich in einer immer engeren Kopplung dieser Bereiche manifestierte. Damit ging sowohl ein quantitativer Anstieg wissenschaftlicher Politikberatung einher als auch in der Folge eine zunehmende Institutionalisierung dieser Beratungsformate, die insbesondere im nächsten Kapitel untersucht wird.¹⁰²

Der Einbindung wissenschaftlichen Wissens kommt dabei eine legitimatorische Funktion zu, indem sie für eine Rationalisierung politischer Entscheidungen sorgt. Den Wissenschaftler*innen und Wissenschaftsmanager*innen ermöglicht die Einbindung in Prozesse politischer Entscheidungsfindung, diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Beides zeugt von einer engen wechselseitigen Verknüpfung von Wissenschaft und Politik, die als Ressourcen füreinander fungieren können, wenngleich sie ihren eigenen systeminternen Logiken folgen.¹⁰³

Die begriffliche Verfestigung der (Heiligen) Allianz

Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, als sich langsam eine gewisse Routine der Besprechungen sowohl im Kreis der Wissenschaftsorganisationen als auch im Verhältnis zur Politik einzuspielen begann, lässt sich auch die Einführung der Bezeichnung »Heilige Allianz« beziehungsweise »Allianz« beobachten. Im Kreis der Wissenschaftsorganisationen sprach man zwar offiziell von »Besprechungen der Präsidenten und des Vorsitzenden sowie der Generalsekretäre der Wissenschaftsorganisationen«,¹⁰⁴ doch gleichzeitig bürgerte sich im internen Sprachgebrauch der wesentlich kürzere Name »Heilige Allianz« ein.¹⁰⁵

101 So flossen die Ergebnisse der vom Bundesminister für Justiz und dem Bundesminister für Forschung und Technologie einberufene Arbeitsgruppe »In-Vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie« (1984-1985) in die Ausarbeitung des Embryonenschutzgesetzes ein. Siehe Alexander Bogner: Politikberatung im Politikfeld der Biopolitik. In: Svenja Falk et al. (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 483-495, 486.

102 Vgl. Ulla Foemer: *Zum Problem der Integration komplexer Sozialsysteme am Beispiel des Wissenschaftsrats*. Berlin: Duncker & Humblot 1981, 47-57; Rudloff, Politikberatung, 2004, 13-57, 16-17; Wilfried Rudloff: *Does Science Matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des »Bildungsboom«*. FÖV Discussion Papers, 19. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung 2005, 1-19; Peter Weingart: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 12/3 (1983), 225-241; Peter Weingart: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Studienausgabe. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2005, 11-35.

103 Vgl. zum Ressourcenbegriff Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 32-51; Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 11-46, 11-18; Mitchell G. Ash: Reflexionen zum Ressourcenansatz. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmalz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 535-553; vgl. überdies Pierre Bourdieu: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA Verlag 1992, 49-81.

104 Dies kann man den Überschriften der Ergebnisvermerke in diesem Zeitraum entnehmen, siehe z. B. Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 11. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602, fol. 219. Vgl. im Allgemeinen die Ergebnisvermerke der Allianz-Sitzungen im entsprechenden Zeitraum, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602; AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 603; DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a; AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1.

105 Schreiben von C. H. Schiel an A. Hocker vom 5. 5. 1965, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1.

Angeblich wurde der Name vom Präsidenten der MPG, Adolf Butenandt, geprägt, der mit einem gewissen Augenzwinkern äußerte, es sei dann wohl die »Heilige Allianz«, die einen Missstand korrigieren müsse, auf den man ihn zuvor angesprochen hatte.¹⁰⁶ Der Rekurs auf die 1815 von Russland, Preußen und Österreich gegründete Heilige Allianz, die sich trotz aller Unterschiede in politischer und konfessioneller Orientierung zu gegenseitiger Loyalität und Kooperation verpflichtet hatte, war dabei kein Zufall, sondern Programm.¹⁰⁷ Er spiegelt das Selbstverständnis der beteiligten Akteure und deren (wissenschafts-)politischen Gestaltungsanspruch wie auch den Anspruch, Konkurrenz hintanzustellen und stattdessen einvernehmlich gemeinsame Interessen zu vertreten.

Schon früh nach dem erstmaligen Auftauchen der Bezeichnung setzte sich diese Betitelung der gemeinsamen Treffen auch in der jeweils institutsinternen Aktenablage durch.¹⁰⁸ Bei der terminlichen Vorabstimmung der Sitzungen oder der inhaltlichen Sitzungsplanung sprach man ab 1965 überwiegend von der »Heiligen Allianz«.¹⁰⁹ Dabei lässt sich mitunter ein selbstironischer Unterton erkennen, etwa als die Sitzungsteilnehmer im Januar 1969 den krankheitsbedingt verhinderten Vorsitzenden des Wissenschaftsrats mit dem folgenden Telegramm bedachten: »Die Mitglieder der Unheiligen Allianz vermissen Sie sehr [...] und wünschen gute Besserung.«¹¹⁰ Im Jahr 1970 schließlich wurde erstmals ein von der WRK versendeter Ergebnisvermerk offiziell als Ergebnisniederschrift einer »Sitzung der Allianz« überschrieben.¹¹¹ In den Protokollen konnte sich diese Bezeichnung zwar nicht sofort durchsetzen, doch spätestens ab Mitte der 1970er Jahre hatte sich die Betitelung als »Sitzungen der (Heiligen) Allianz« auch für die – inzwischen nur noch jeweils intern angefertigten – Vermerke etabliert.¹¹²

106 Vgl. Klofat, Herrenhaus, 15. 11. 1991, 24.

107 Vgl. Elisabeth Fehrenbach: *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress*. 5. Auflage. München: Oldenbourg 2008, 126–135; Wolfram Pyta: Idee und Wirklichkeit der »Heiligen Allianz«. In: Frank-Lothar Kroll (Hg.): *Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1996, 315–345.

108 Darauf deuten zumindest die Rücken der Aktenordner hin, in denen die entsprechenden Unterlagen abgeheftet wurden. So trägt im Archiv der MPG bspw. schon der Aktenordner, dessen Laufzeit 1966 beginnt, den Titel »Heilige Allianz«, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 603. Auch Wissenschaftsrat und DFG hatten diese Bezeichnung für die Aktenablage gewählt, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a; AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1. Natürlich kann die Beschriftung der Ordner auch im Nachhinein erfolgt sein, allerdings erscheint dies insbesondere bei der DFG eher unwahrscheinlich, da sich die Betitelung der Ordnerücken dort im Verlauf des Untersuchungszeitraum wandelt. Die Bezeichnung »Heilige Allianz« findet sich dort nur bis 1976, anschließend wird – weniger pathetisch – von Allianz-Sitzungen oder Präsidentenbesprechungen gesprochen.

109 Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz mit dem Präsidium der DFG am 14. 10. 1966, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1; Schreiben von C. H. Schiel an K.-G. Hasemann vom 4. 8. 1966, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1. Auch in den Vermerken zu den Allianz-Sitzungen findet sich die Selbstbezeichnung vereinzelt im Fließtext, siehe bspw. Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 11. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602, fol. 222.

110 Telegramm von A. Butenandt an H. Leussink vom 20. 1. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 603, fol. 606.

111 Ergebnisvermerk der WRK über die Sitzung der Allianz am 11. 4. 1970, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a.

112 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 5. 2. 1975, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 2; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 21. 10. 1974, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 2.

Die Akten der Allianz legen nahe, dass der Terminus zunächst als Selbstbezeichnung entstand, sich innerhalb kürzester Zeit dann jedoch auch als Fremdbezeichnung durchsetzte. So bezeichnete man auch im Bundesforschungsministerium die Kaminrunden ab 1967 intern häufig als Zusammenkünfte der »Heiligen Allianz« mit dem Minister.¹¹³

2.3 Die Allianz zwischen Festigung und Wandel, 1969–1989

2.3.1 Formalisierung der internen Zusammenarbeit

Nachdem sich die Allianz als solche in der Selbst- und Fremdwahrnehmung begrifflich stabilisiert hatte, setzte in den 1970er Jahren auch in ihrer Arbeitsweise schrittweise eine Festigung ein, wenngleich sie lange Zeit ein vergleichsweise informelles Gremium bleiben sollte. Diese Verstetigung spiegelt sich auch in der Aktenüberlieferung der beteiligten Wissenschaftsorganisationen wider: Für die Zeit vor 1967 kann die Quellenlage als vergleichsweise dünn gelten, da viele Treffen der Allianz – trotz der Einsichtnahme in die Überlieferung der vier Gründungsmitglieder – lediglich mithilfe von Einladungsschreiben oder des Schriftverkehrs zwischen den Mitgliedern im Nachgang der Sitzungen, teilweise gar nur durch kurze handschriftliche Hinweise zu einem anberaumten Termin rekonstruiert werden können.¹¹⁴ Dies änderte sich für den Zeitraum zwischen 1967 und 1970, als die jeweils sitzungsleitende Wissenschaftsorganisation einen zentralen Ergebnisvermerk anfertigte und diesen im Nachgang an die übrigen Sitzungsteilnehmer versendete. Diese Praxis wurde jedoch nach dem Juli 1970 – aus bislang unerfindlichen Gründen – eingestellt. Für die Treffen der Allianz zwischen Dezember 1970 und Juli 1973 kann in den Archiven des Wissenschaftsrats, der MPG und der DFG nur vereinzelt auf (interne) Sitzungsvermerke zurückgegriffen werden;¹¹⁵ ab November 1973 nimmt deren Anzahl in den verschiedenen Archiven wieder zu. Obwohl der Bestand interner Ergebnisprotokolle zwischen 1970 und 1973 ähnlich lückenhaft ist wie in der Anfangszeit der Allianz, lassen sich die abgehaltenen Treffen aufgrund erster zögerlicher Formalisierungsprozesse doch zuverlässiger rekonstruieren. Ab etwa 1970 etablierte sich das Prinzip des rotierenden Sitzungsvorsitzes. So lud reihum – allerdings ohne festgelegte Reihenfolge – je ein Mitglied zu den gemeinsamen Terminen ein und sammelte Vorschläge für die Tagesordnung. Die Sitzungen wurden in den folgenden Jahren zunehmend akribisch vorbereitet: Meist wurde schon auf der jeweiligen Sitzung festgelegt, wer die Organisation des kommenden Treffens übernehmen würde. Mit gewissem Vorlauf kümmerte sich die vorsitzende Organisation dann zunächst um die Terminfindung und stimmte diese mit den Sekretariaten der Präsidenten und Vorsitzenden der Mitgliedsorganisationen ab. Anschließend erhielten die Teilnehmer eine schriftliche Einladung, die oft schon einen ersten Entwurf einer Tagesordnung enthielt. In der Folge sammelten die Wissenschafts-

113 Interner Vermerk des BMWF zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 13. 1. 1967, BArch, B 138/6536.

114 Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass es weitere, hochgradig informelle Treffen der Allianz-Mitglieder gab, zu denen keine Unterlagen existieren und die folglich nicht in die vorliegende Auswertung einbezogen werden können.

115 Die Überlieferung des vierten Gründungsmitglieds, der HRK, beginnt im hauseigenen Archiv erst im Jahr 1979.

organisationen je intern in Rücksprache mit ihren Mitarbeiter*innen in unterschiedlichen Abteilungen Themen, die im Kreise der Teilnehmer besprochen werden sollten, und übermittelten diese Vorschläge an den Vorsitzenden des Treffens. Der Generalsekretär der vorsitzenden Organisation sammelte diese Themenwünsche gemeinsam mit seinem engsten Mitarbeiter*innenstab und erstellte schlussendlich die finale Tagesordnung, die wiederum den anderen Teilnehmern zugesandt wurde.

Ergebnissicherung durch Protokollführung

Ein weiteres Kennzeichen für die einsetzende Formalisierung in der Zusammenarbeit der Allianz sind die bereits erwähnten Sitzungsvermerke. Gerade in der Anfangszeit der 1960er Jahre fertigten die Teilnehmer auch deshalb nur äußerst selten Niederschriften ihrer gemeinsamen Gespräche an, weil die hochgradig informellen Treffen häufig am Rande anderer Termine oder in Form eines gemeinsamen Essens stattfanden. Eine formelle Protokollführung während des Gesprächs war also schlichtweg fehl am Platz oder nicht möglich. Zudem können die Führungspersonen der Allianz in ihrer Gründungsphase als außerordentlich gut untereinander vernetzt und miteinander bekannt gelten. Nicht selten waren sie in ähnlichen Funktionen in mehreren der Wissenschaftsorganisationen tätig und hatten demzufolge Verständnis für die Anliegen ihrer Kollegen. Das vielfach bestehende Vertrauensverhältnis zwischen den Teilnehmern in Kombination mit der hohen Informalität der Besprechungen ließ es nicht nötig erscheinen, Protokoll zu führen.

Die Situation sollte sich 1967 schließlich ändern, als die MPG im Nachgang des Februar-Treffens der Allianz den übrigen Teilnehmern ein Ergebnisprotokoll zukommen ließ.¹¹⁶ Offenbar gab es weder im Vorfeld noch im Nachgang dieser Sitzung eine größere Diskussion über diese Änderung in der internen Arbeitsweise. Ferner schienen die übrigen Allianz-Mitglieder willens, dieses Prozedere fortzuführen – wenngleich keine festgeschriebene Pflicht zur Protokollierung bestand.¹¹⁷ Was genau diesen Sinneswandel der Allianz hinsichtlich der Niederschrift zentraler Punkte auslöste, ist nicht klar. Ein Jahr zuvor war es in den Positionen der Generalsekretäre von MPG und WR zu einem personellen Wechsel gekommen: Friedrich Schneider, zuvor Generalsekretär des Wissenschaftsrats, wechselte in gleicher Position in die MPG, während Karl-Gotthart Hasemann dessen Position im WR übernahm.¹¹⁸ Diese veränderte Akteurskonstellation

116 Ergebnisvermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 18. 2. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602, fol. 345.

117 Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 4. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602, fol. 362. Allerdings sind nicht zu allen Sitzungen im Zeitraum zwischen 1967 und 1970 Vermerke vorhanden, was die Vermutung nahelegt, dass die vorsitzende Organisation nicht verpflichtend ein Protokoll führen musste. Zur Sitzung am 20. 1. 1969 konnte beispielsweise in den Archiven der teilnehmenden Wissenschaftsorganisationen kein Vermerk ausfindig gemacht werden.

118 Vgl. zum Werdegang Schneiders bspw. Alexander Busch: *Friedrich Schneider – Generalsekretär des Wissenschaftsrates. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider*, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5, 1982, 41–45; Reimar Lüst: *In Commemoration of Friedrich Schneider. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider*, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5. München 1982, 11–15.

mag eine Rolle gespielt haben, zumal MPG-Generalsekretär Ballreich zuvor krankheitsbedingt lange Zeit ausgefallen war.

Der Entschluss zur Protokollführung hebelte nicht etwa das zuvor etablierte Vertrauensverhältnis der Mitglieder aus; schließlich verfasste in den kommenden drei Jahren je nur die vorsitzende Organisation einen Ergebnisvermerk, der allen Teilnehmern zugesandt und unverändert bestätigt wurde.¹¹⁹ Vielmehr zollte die Allianz den sich verändernden Rahmenbedingungen Tribut, da die Zahl der pro Sitzung besprochenen Themen wuchs und sich allgemein wiederkehrende Besprechungspunkte finden lassen. Somit garantierte das gemeinsame Ergebnisprotokoll gewissermaßen die Nachvollziehbarkeit der getroffenen Vereinbarungen. Nichtsdestotrotz zeigt sich darin erstmals eine gewisse Institutionalisierung der Zusammenarbeit, wobei die Informalität noch lange das kennzeichnende Element der Allianz bleiben sollte.

So plötzlich, wie die Protokollführung begonnen wurde, so rasch wurde sie – nach nur drei Jahren – wieder eingestellt. Im Nachgang der Juli-Sitzung 1970 wurde von der DFG zum vorerst letzten Mal ein zentraler Ergebnisvermerk herumgeschickt, bevor diese Praxis offenbar mit dem Dezember-Termin zum Erliegen kam. Erneut kann über die Beweggründe nur spekuliert werden, doch hatte es auf der Juli-Sitzung des Jahres von Seiten der WRK zum ersten Mal Einspruch gegen eine Formulierung des zentralen Ergebnisvermerks gegeben.¹²⁰ In der Folge stiegen die Wissenschaftsorganisationen wieder auf interne, nur für den engsten Mitarbeiter*innenkreis bestimmte und damit inoffizielle Ergebnisvermerke um. Deren Anfertigung oblag meist dem jeweiligen Generalsekretär und war somit hochgradig von dessen persönlicher Einschätzung der Diskussion geprägt.

Im Rückschluss bedeutete das aber auch, dass die Sitzungen der Allianz keine offiziellen Ergebnisse hatten, die festgehalten wurden, was den Charakter der Allianz als informellen Club – trotz ihrer zunehmend professionellen Sitzungsvorbereitung – über lange Zeit erhalten sollte. Die Entwicklung der Zusammenarbeit verlief also keineswegs linear in Richtung einer stärkeren Formalisierung, vielmehr gab es auch bewusste Entscheidungen, derselben entgegenzuwirken und somit die etablierte Form der Kooperation zu wahren – möglicherweise mit dem Ziel, die Kooperation (wieder) zu stabilisieren und etwaiges Konfliktpotential im Vorhinein zu beseitigen.

Sitzungshäufigkeit

Andere Formalisierungsprozesse konnten (und mussten) indes nicht aufgehoben werden, so etwa die zunehmende Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte. Während sich einzelne Treffen der »Proto-Allianz« in den späten 1950er Jahren nur durch mehr oder minder zufällige Erwäh-

119 Für diesen Zeitraum lassen sich auch keine internen Ergebnisvermerke in den Unterlagen der Allianz in den Archiven der Wissenschaftsorganisationen finden. Das legt nahe, dass man sich beim Festhalten der Besprechungsergebnisse auf die vorsitzende Organisation verließ und dieser auch das nötige Maß an Objektivität zutraute.

120 Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 13. 7. 1970, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1.

nungen in der Korrespondenz rekonstruieren lassen, änderte sich dies mit der Entstehung der Allianz als Kreis der vier einflussreichsten westdeutschen Wissenschaftsorganisationen zur Jahreswende 1961/62.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ANZAHL DER JÄHRLICHEN TREFFEN DER ALLIANZ ZWISCHEN 1960 UND 2000



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis der Unterlagen zu den einzelnen Treffen in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis und AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen.

Dabei zeigen sich in den ersten knapp zehn Jahren ihres Bestehens deutliche Ausschläge nach oben wie nach unten. So gab es 1967 sogar fünf Allianz-Sitzungen, während 1965 und 1970 immerhin je vier Zusammenkünfte stattfanden. Für die Jahre 1971 und 1972 hingegen lässt sich nur jeweils ein Treffen des Gremiums belegen. Im Jahr 1973 nahm die Sitzungshäufigkeit der Allianz sprunghaft zu und pendelte sich vorerst auf recht hohem Niveau ein, bis sie 1976 mit sieben Terminen ihr Maximum erreichte. In den darauffolgenden Jahren stellte sich schließlich eine gewisse Regelmäßigkeit mit drei bis vier Besprechungen jährlich ein, die bis Ende der 1980er Jahre Bestand hatte. Seit diesem Zeitpunkt kam die Allianz jährlich mindestens dreimal zusammen. Das Fehlen signifikanter Ausschläge nach unten, mit zwei oder weniger Zusammenkünften,¹²¹ kann ebenso wie die Etablierung einer gewissen Konstanz der Treffen über das Jahr hinweg als wichtiges Zeichen einer Institutionalisierung des Gremiums seit Mitte der 1970er Jahre gewertet werden.¹²²

121 Ausschläge nach oben, so etwa 1977 und 1989 mit je sechs Treffen, lassen sich in diesem Zeitraum weiterhin beobachten. Allerdings zeugt dies lediglich davon, dass die Allianz in diesen Jahren einen erhöhten Gesprächs- und Klärungsbedarf hatte, der sich vor allem auf externe Umstände zurückführen lässt.

122 So lässt sich feststellen, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum gemittelt durchschnittlich ein Treffen pro

Die Allianz hatte sich als Forum des gegenseitigen Austauschs und der Abstimmung gemeinsamer Interessen bewährt und wurde für die Mitgliedsorganisationen zu einem verbindlichen Termin. Anders als in der Gründungsphase wurden die Treffen inzwischen bewusst als Arbeits-sitzungen in den Räumlichkeiten der jeweils vorsitzenden Wissenschaftsorganisation abgehalten. So wurden diese häufig mit einem gemeinsamen Abendessen am Vorabend kombiniert, das in der Regel in den Privaträumen eines der Beteiligten stattfand. Dies ermöglichte den Teilnehmern, sich persönlich besser kennenzulernen, und stärkte auf diese Weise zugleich die Kooperationsbeziehungen zwischen den Führungspersönlichkeiten.

Betrachtet man die Allianz unter der Perspektive der Formalisierung ihrer Zusammenarbeit, zeigt sich ein ambivalentes Bild. So lassen sich einerseits Praktiken nachweisen, die deutlich auf eine Institutionalisierung hindeuten, wie etwa das Versenden formeller Einladungen, das Aufstellen von Tagesordnungen, das (wenn auch nur interne) Festhalten der Ergebnisse und schließlich die zunehmende Sitzungsregelmäßigkeit. Andererseits gab es in den 1970er Jahren auch Tendenzen, die zumindest darauf hindeuten, dass eine zu starke Formalisierung der Allianz verhindert werden sollte. Den Allianz-Mitgliedern war vor allem daran gelegen, ihre gut eingespielte Zusammenarbeit in ihrem informellen Club so gut es ging zu bewahren. Daraus erklärt sich das Zusammenspiel von Institutionalisierungstendenzen und dem Festhalten an informellen Praktiken.

2.3.2 Institutionalisierung des Präsidentenkreises als wissenschaftspolitisches Beratungsgremium durch die Politik

Nimmt man hingegen den Präsidentenkreis in den Blick, zeichnet sich ein anderes Bild ab. Dies ist unter anderem darin begründet, dass die Treffen des Präsidentenkreises der Abstimmung mit einem externen Verhandlungspartner dienten, zu dem die Wissenschaftsorganisationen in finanzieller Hinsicht in einem Abhängigkeitsverhältnis standen. Folglich fanden die Kaminrunden bei aller Vertraulichkeit der Gespräche nie auf einer vergleichbar persönlichen Ebene statt wie die Treffen der Allianz.

Hinsichtlich der Sitzungshäufigkeit lässt sich – ähnlich wie bei der Allianz – beobachten, dass diese bis etwa Mitte der 1970er Jahre starken Schwankungen unterlag. Da der Präsidentenkreis ausschließlich vom Bundesforschungsministerium organisiert und veranstaltet wurde, hing es sehr stark vom jeweiligen Minister (und gegebenenfalls von dessen Staatssekretär*innen) ab, ob und in welchem Rahmen diese Treffen stattfanden. Dieser Befund trifft insbesondere auf die ersten rund zehn Jahre seines Bestehens zu, da die Beratungen des Ministeriums mit der Allianz in diesem Zeitraum noch nicht institutionalisiert waren. Folglich oblag es der Politik zu entscheiden, wie häufig man sich mit den Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen traf. Mitte der 1970er Jahre begann sich schließlich eine gewisse Regelmäßigkeit von zwei bis drei

Quartal stattfand, wobei die meisten Sitzungen im ersten, zweiten und letzten Quartal zu verzeichnen sind.

ÜBERSICHT ÜBER DIE ANZAHL DER JÄHRLICHEN ZUSAMMENKÜNFTE DES PRÄSIDENTENKREISES ZWISCHEN 1965 UND 2000



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis der Unterlagen zu den einzelnen Zusammenkünften in AMPG, II. Abt., Rep.57, DFGA, AZ 02219-04, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis und BArch, B 196.

Terminen des Präsidentenkreises pro Jahr einzustellen, die bis 1990 Bestand hatte und sich erst im Zuge des erhöhten Abstimmungsbedarfs zwischen Politik und Wissenschaft während der Wiedervereinigung verändern sollte.

Die in der Graphik dargestellten Sitzungen des Präsidentenkreises wurden mithilfe überlieferter Einladungsschreiben, Tagesordnungen, interner Notizen oder Ergebnisvermerke rekonstruiert.¹²³ Das Fehlen archivalischer Spuren, beispielsweise für die Jahre 1970 und 1972, ist jedoch keineswegs mit einem vollständigen Ausbleiben der Kontakte zwischen Ministerium und Wissenschaftsorganisationen gleichzusetzen; vielmehr zeugt dies von der sich wandelnden Natur der Kaminrunden. Bereits vor Stoltenbergs Amtsübernahme und der anschließend einsetzenden Professionalisierung der Beratungsgespräche mit den Allianz-Präsidenten waren seine Vorgänger im Forschungs- wie auch im Atomministerium um gute Kontakte zu den Wissenschaftsorganisationen bemüht – wenngleich in einem anderen, weniger verbindlichen Rahmen. Besonders deutlich zeigt sich die Veränderung bei Stoltenbergs Nachfolger, Hans Leussink. Ein Blick in die Graphik der Sitzungstermine des Präsidentenkreises könnte fälschlicherweise die Vermutung nahelegen, Leussink habe keinen Wert auf den Rat der Allianz gelegt. Stattdessen wichen die etwas formelleren Gespräche des Präsidentenkreises in diesem Zeitraum höchst informellen Treffen, über deren Regelmäßigkeit nur schwer Aussagen getroffen werden kön-

¹²³ Diese Unterlagen finden sich vor allem in den Beständen des BMFT (BArch, B 196), des BMWF (BArch, B 138) und des Bundeskanzleramts (BArch, B 136) im Bundesarchiv in Koblenz.

nen. Schließlich war Leussink zuvor als Präsident der WRK (1960–1962) und Vorsitzender des Wissenschaftsrats (1965–1969) selbst langjähriges Mitglied der Allianz gewesen und verfügte daher über äußerst enge Kontakte in die Wissenschaftsorganisationen, die er auch nach Übernahme des Ministeramts pflegte.¹²⁴ Darüber hinaus band der neue Minister die Allianz mitunter sogar eng in das wissenschaftspolitische Tagesgeschäft ein. Die Präsidenten begleiteten ihn unter anderem 1970 auf eine Reise in die Sowjetunion und übernahmen damit auch repräsentative Aufgaben.¹²⁵ Nach Leussinks Ausscheiden aus dem Ministerium wichen die informellen Zusammenkünfte aufgrund der fehlenden persönlichen Verbindung schließlich wieder stärker formalisierten Besprechungen.

Zunächst kamen die Konsultationen zwischen Politik und Wissenschaft kurzzeitig zum Erliegen, bevor nach der Aufteilung der Ressortzuständigkeiten zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) in letzterem beschlossen wurde, den Gesprächskreis wiederzubeleben.¹²⁶ In den mit harten Bandagen geführten Abgrenzungsverhandlungen um wissenschaftspolitische Zuständigkeiten bemühte sich die Spitze des BMFT um den Schulterchluss mit den Präsidenten der Forschungseinrichtungen. Die Allianz wurde zu einer wichtigen Ressource des Ressorts für forschungspolitischen Einfluss. Zwar konnte das BMFT nicht umhin, bis auf weiteres die Spitze des BMBW zu den Gesprächen mit den Präsidenten einzuladen. Diese sollte aber gezielt nicht in die Sitzungsvorbereitung einbezogen werden, sondern als Gast gleichsam nur am Katzentisch sitzen. Und in der Tat wurde das BMBW in einem schleichenden Prozess mehr und mehr aus dem Dialog mit den Allianz-Organisationen ausgeschlossen.

Für das BMFT fungierte die Allianz nicht nur in der Konkurrenz gegenüber dem BMBW, sondern auch in der Auseinandersetzung mit den Ländern um forschungspolitische Gestaltungsmacht als wichtige Legitimationsressource. Als 1974 heftig um die weichenstellende Ausbalancierung der Machtpositionen in der zu schließenden Rahmenvereinbarung Forschungsförderungen wurde, legte der Bundesforschungsminister größten Wert darauf, sich der Rückendeckung der Präsidenten der Allianz-Organisationen zu versichern, sollte es zu einem Showdown mit den Ländern kommen. Der *casus belli* war dabei die Frage, ob der Bund in strittigen Fragen von seiner Mehrheitsentscheidungskompetenz Gebrauch machen könnte oder den Ländern eine Art Vetorecht zubilligen würde. Der Minister war bereit, bis zum Äußersten zu gehen, sollten die Länder das Mehrheitsentscheidungsrecht des Bundes nicht anerkennen. Er nehme

124 Vgl. Christina Gillessen: Hans Leussink – Seiteneinsteiger für (fast) unlösbare Aufgaben. In: Robert Lorenz und Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 402–409, 402–403.

125 Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart-Untertürkheim, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 13; vgl. auch Orth: *Autonomie und Planung*, S. 165–173.

126 Ein erstes Treffen, auf dem die Wissenschaftsorganisationen in erster Linie über die Konsequenzen der Aufteilung der Ressortzuständigkeiten informiert wurden, fand am 6. 2. 1973 im Ministerium statt. Interner Vermerk des WR über die Sitzung zwischen BMBW, BMFT und Allianz am 6. 2. 1973, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1; Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung der Sitzung zwischen BMBW, BMFT und Allianz am 6. 2. 1973, BArch, B 196/16341.

»lieber einen vertragslosen Zustand in Kauf« als eine Regelung, die Mehrheitsentscheidungen nicht zulasse. Auf explizite Nachfrage des Ministers versicherten ihm die Präsidenten unisono ihre volle Unterstützung für ein solches Vorgehen. Deutlicher konnten sie den forschungspolitischen Schulterschluss mit dem Bund nicht zum Ausdruck bringen.¹²⁷

Das BMFT verband den Neustart der Gespräche mit den Präsidenten zudem mit der Suche nach einem passenden Namen für diese Konsultationen. Denn die Bezeichnung der Wissenschaftsorganisationen als »Heilige Allianz« hielt die stramm sozialdemokratisch gesonnene Führung des Ressorts nicht mehr für adäquat. Der ernsthaft ventilerte Namensvorschlag »Elferrat« wurde »wegen der unvermeidlichen Karnevals-Assoziation« bald verworfen, ebenso die Alternative »Sechserkreis«; stattdessen einigte man sich auf die Bezeichnung »Präsidentenkreis«.¹²⁸ Das erste inhaltliche Treffen fand im März 1974 in der Wohnung von Forschungsminister Horst Ehmke statt.¹²⁹ Wenngleich der Minister dafür einen privaten Rahmen wählte und das Gespräch mit der Einladung »zu einem Glas Wein« verbinden wollte,¹³⁰ um die informelle Natur der Zusammenkünfte zu wahren, bereitete man sich im Ministerium akribisch auf das Treffen und mögliche Gesprächspunkte vor.¹³¹ Nach Willy Brandts Rücktritt als Kanzler bildete dessen Nachfolger Helmut Schmidt das Kabinett um und ernannte Hans Matthöfer zum neuen Forschungsminister. Dieser entschloss sich dazu, das bereits von seinem Vorgänger anberaumte Treffen im Juli 1974 in einem formelleren Rahmen in den Räumen des Ministeriums zu veranstalten.¹³² Auch die Vorbereitung des Gesprächs wurde weiter intensiviert: Die jeweiligen (Unter)Abteilungsleiter hatten seitenlange Sprechzettel zu den verschiedenen Gesprächsthemen anzufertigen. Über dieses Gespräch wurde außerdem – erstmals nach einer mehrjährigen Pause – wieder ein ausführliches Protokoll geführt, das im Nachgang im BMFT zirkulierte.¹³³ Damit knüpfte das Ressort an die unter Stoltenberg etablierte Praxis an und professionalisierte die (internen) Arbeitsabläufe zunehmend.

Auch in der Allianz nahm die Vorbereitung auf die Gespräche des Präsidentenkreises eine große Rolle ein und wurde gar zu einem regelmäßigen Tagesordnungspunkt in den Bespre-

127 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 9. 7. 1974, BArch, B 196/16341.

128 Interner Vermerk des BMFT zur Einladung der Hl. Allianz vom 1. 2. 1974, BArch, B 196/16341.

129 Entwurf des BMFT für die Einladung der Hl. Allianz zur Sitzung des Präsidentenkreises am 12. 3. 1974, BArch, B 196/16341. Die Sitzung fand dann allerdings am 13. und nicht wie zuerst geplant am 12. 3. statt.

130 Entwurf des BMFT für die Einladung der Hl. Allianz zur Sitzung des Präsidentenkreises am 12. 03. 1974, BArch, B 196/16341.

131 Vgl. die entsprechenden Vermerke zu verschiedenen Themen, von denen man erwartete, dass sie zur Sprache kommen würden. Bspw. Interner Vermerk von AL 2 zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 13. 3. 1974, BArch, B 196/16341; Interner Vermerk von H.-H. Haunschild zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 13. 3. 1974, BArch, B 196/16341.

132 Entwurf des BMFT für die Einladung zur Sitzung des Präsidentenkreises am 9. 7. 1974, BArch, B 196/16341; Schreiben von O. Mohr an H. Matthöfer vom 10. 6. 1974, BArch, B 196/16341.

133 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 9. 7. 1974, BArch, B 196/16341.

chungen der Wissenschaftsorganisationen.¹³⁴ Dabei wurden die vom Ministerium angekündigten Themen zunächst detailliert im internen Rahmen besprochen und es wurde überlegt, welche Wünsche, Anliegen oder auch Kritik man dem Minister gegenüber zur Sprache bringen wollte. Mitunter wurden sogar komplette Allianz-Sitzungen der Vorbereitung des Präsidentenkreises gewidmet oder nur für diesen Zweck anberaumt, was davon zeugt, welch großen Stellenwert die Wissenschaft dem gemeinsamen Termin mit dem Minister einräumte.¹³⁵

Ziel der Vorbereitung war es dabei, die teils divergierenden Vorstellungen »soweit das zweckmäßig erscheint, aufeinander abzustimmen«¹³⁶ und das gemeinsame Vorgehen bei Bedarf zu koordinieren.¹³⁷ Denn anders als in den internen Sitzungen der Allianz, in denen offen und teils heftig diskutiert wurde und »Spannungen aus[ge]halten« werden mussten,¹³⁸ sollte die Wissenschaft im Dialog mit der Politik mit einer Stimme sprechen und eine kohärente Position vertreten.¹³⁹ Als sich DFG-Präsident Seibold Mitte der 1980er Jahre in einem gemeinsamen Gespräch mit Minister Riesenhuber gegen die »Ausführungen der MPG gewandt« hatte,¹⁴⁰ ließ eine baldige, von der MPG initiierte interne Aussprache nicht lange auf sich warten. Bereits in der darauffolgenden Allianz-Sitzung brachte Heinz A. Staab das Thema zur Sprache und bat darum, in Zukunft die »Bestrebungen der MPG gegenüber Minister Riesenhuber zu unterstützen«; bei wichtigen Fragen sei es geboten, »zusammenzustehen« und sich vorab im Kreis der Allianz abzustimmen.¹⁴¹

Freilich war nicht jede Allianz-Organisation in der Lage, die Sanktionierung von Widerspruch gegen ihre jeweilige Position durchzusetzen, wie ein vergleichender Blick auf eine andere Epi-

134 Siehe bspw. Vermerk über die Sitzung der Heiligen Allianz am 26. 2. 1974, DFGA, AZ 02219-04 Bd. 1a; Vermerk über die Sitzung der »Heiligen Allianz« am 27. 11. 1974, DFGA, AZ 02219-04 Bd. 1a; Vermerk über die Sitzung der »Heiligen Allianz« am 2. 9. 1975, DFGA, AZ 02219-04 Bd. 2.

135 Gerade in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren fanden viele Sitzungen der Allianz ausschließlich zur Vorbereitung des Präsidentenkreises statt. Dieser Umstand blieb den Teilnehmern freilich nicht verborgen, vielmehr regte sich ein gewisser Unmut darüber, und man einigte sich darauf, die Eigenständigkeit der Allianz-Gespräche wieder stärker in den Vordergrund zu rücken und auch unabhängig vom Präsidentenkreis zusammenzukommen. Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13; Interner Vermerk der DFG zur Tagesordnung der Allianz am 20. 1. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13.

136 Schreiben von J. Speer an die Allianz vom 18. 1. 1973, AdWR, 6.2. – Allianz-Sitzungen, Bd. 1.

137 Zum Wunsch nach einer internen Vorabstimmung siehe bspw. Schreiben von G. zu Putlitz an die Allianz vom 12. 1. 1982, AdWR, 6.2. – Allianz-Sitzungen, Bd. 3; Interner Vermerk des WR zur Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AdWR, 6.2. – Allianz-Sitzungen, Bd. 11; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 13. 7. 1994, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 18. Auch gegenüber der Konferenz der Akademien, die 1989 um Aufnahme in die Allianz suchte, wurde der Punkt der Vorabstimmung gemeinsamer Interessen gegenüber der Politik als eine Kernaufgabe der Allianz definiert, Schreiben von D. Simon an G. Schettler vom 1. 9. 1989, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 11.

138 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 8.

139 Interner Vermerk der AGF über die Sitzung der Allianz am 25. 1. 1982, BArch B 388/1. Gänzlich verhindern ließen sich von der gemeinsamen Linie abweichende Äußerungen jedoch nicht, da sich die Allianz nicht als Instanz zur vollständigen Disziplinierung divergierender Einzelinteressen verstehen wollte. Vgl. dazu auch interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

140 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 2. 1986, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 9.

141 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 2. 1986, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 9.

sode zeigt: Als sich etwa fünf Jahre zuvor MPG-Präsident Reimar Lüst und sein DFG-Kollege Eugen Seibold in Anwesenheit des Forschungsministers über die Qualität der in den Großforschungszentren betriebenen wissenschaftlichen Arbeit ausließen,¹⁴² hatte Gisbert zu Putlitz, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der AGF und ebenfalls Gesprächsteilnehmer, gegen dieses Verhalten keinerlei Handhabe, da die AGF erst wenige Jahre zuvor überhaupt in den Kreis der Allianz aufgenommen worden war. Hier wird das Hierarchiegefälle in der Allianz deutlich: Im Konfliktfall konnte sich die MPG darauf verlassen, dass ihre Stimme besonderes Gehör fand.

Wahrnehmung der Allianz im Bundesforschungsministerium

Die Große Koalition bedeutete einen Einschnitt in der Entwicklung der Allianz. Erstmals fanden die Besprechungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit statt, wenn auch ohne festen Rhythmus. Bundesforschungsminister Stoltenberg lag sehr daran, mit den Präsidenten der Allianz einen kontinuierlichen Dialog »über Probleme der Wissenschaft« zu führen.¹⁴³ Die Konsultationen galten unter den Teilnehmern als »ausführlicher Meinungsaustausch«, der regelmäßig fortgesetzt werden sollte.¹⁴⁴ Auch Stoltenbergs Vorgänger, Hans Lenz, hatte ebenso wie die ehemaligen Atomminister Franz Josef Strauß und Siegfried Balke den Kontakt zu den Wissenschaftsorganisationen gesucht und gepflegt.¹⁴⁵ Doch nun wandelte sich der Charakter des Dialogs von Politik und Wissenschaft grundlegend. Mit der Etablierung regelmäßiger Gespräche mit den Wissenschaftsorganisationen schuf Stoltenberg ein institutionelles Framing für einen personalisierten, von Vertrauen geprägten Austausch mit den Spitzenvertretern der Wissenschaft über Grundfragen der Forschungsförderung. Auf diesem Wege wurden die Positionen und Interessen der einflussreichsten Wissenschaftsorganisationen in die politische Entscheidungsfindung einbezogen und die bereits bestehenden korporatistischen Strukturen in der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik gefestigt.¹⁴⁶

Vertrauen ist ein Schlüsselbegriff für das Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der Allianz. Vertrauen war die maßgebliche Ressource sowohl für den Forschungsminister und seine leitenden Beamt*innen als auch für die Präsidenten der Forschungsorganisationen in ihren suchend-sondierenden Gesprächen, in denen gemeinsame Positionen in Sachfragen der Forschungsförderung und in anstehenden wissenschaftspolitischen Entscheidungen ausgelotet werden konnten. Im geschützten Raum eines von Vertrauen geprägten Dialogs konnten die Spitzenverantwortlichen von Wissenschaft und Politik abseits medialer Aufmerksamkeit auf informellem Wege Positionen ventilieren, Meinungen äußern und vor allem Informa-

142 Gedächtnisprotokoll von G. zu Putlitz über die Sitzung des Präsidentenkreises am 11. 6. 1981, BAArch, B 388/1.

143 Protokoll der 52. Sitzung des Senates vom 14. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 52.SP, fol. 359.

144 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 14. 2. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 133.

145 Protokoll der 44. Sitzung des Senates vom 13. 3. 1963 in Freiburg im Breisgau, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP; Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 14. 5. 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 240; siehe auch Zierold, *Forschungsförderung*, 1968, 533–535.

146 Vgl. Braun, *Steuerung*, 1997, 222–234; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 54–67.

tionen gewinnen, die auf formellem Wege nicht zu erhalten waren. Nicht von ungefähr ist der Begriff des Vertrauens eine Akteurskategorie, die in den Quellen zur Allianz überaus präsent ist und den korporatistischen Dialog innerhalb des Präsidentenkreises bestimmte. Mit der Schlüsselressource des Vertrauens korrespondierte die Informalität des Dialogs.

Die Informalität sollte daher auch in den folgenden Jahren noch das maßgebende Charakteristikum des Präsidentenkreises bleiben.¹⁴⁷ Dies trifft in hohem Maße auf Hans Leussinks Amtszeit als Wissenschaftsminister (1969–1972) zu, doch lässt sich dieses Charakteristikum auch bei seinen Nachfolgern finden. So vermerkte im Jahr 1974 ein Mitarbeiter des zwei Jahre zuvor geschaffenen BMFT für seinen Minister Horst Ehmke, dass es sich bei dem Präsidentenkreis um »einen informellen Gesprächskreis« handele, den man in leicht veränderter Form wiederbeleben wolle.¹⁴⁸ In seiner Einladung an die Präsidenten betonte der Minister, er sehe die gemeinsamen Gespräche als Möglichkeit, »in einem vertraulichen Kreis Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik zu besprechen«.¹⁴⁹ Auch unter Ehmkes Nachfolgern Hans Matthöfer und Volker Hauff wurden die Konsultationen mit den Präsidenten fortgesetzt und erlebten so aufgrund ihrer Regelmäßigkeit auch über personelle Wechsel im Ministerium hinweg eine allmähliche Institutionalisierung: Im Jahr 1978 lobte Hauff das »große [...] Erfahrungspotential« der Präsidenten, das Einzug in die »Ausgestaltung der Forschungspolitik« halten würde, und betonte, ihm sei – ebenso wie seinen Vorgängern – sehr daran gelegen, weiterhin »forschungspolitisch interessante Fragen von übergreifender Bedeutung« in diesem Rahmen zu erörtern.¹⁵⁰ Neben einer thematischen Eingrenzung zeigt sich an diesen Formulierungen erstmals – wenn auch tentativ – eine gewisse Verbindlichkeit der gemeinsamen Besprechungen, da diese direkt in die politischen Entscheidungen einfließen sollten.

Eine Vertrauensbasis zu schaffen, erfordert Zeit und eine gewisse Konstanz der personalen Beziehungen. Die häufigen Wechsel an der Spitze des Bundesforschungsministeriums in den langen 1970er Jahren wirkten dem entgegen. Kaum war ein Minister im Amt und hatte die Gelegenheit, über einige Kaminrunden hinweg sowohl die informelle Arbeitskultur der Allianz als auch deren Präsidenten näher kennenzulernen, schon wurde er wieder abgelöst. Dies änderte sich erst, als mit dem Regierungswechsel von 1982 Heinz Riesenhuber das Ressort übernahm und für mehr als ein Jahrzehnt bekleidete. Und doch stabilisierten sich in der Phase der sozialliberalen Koalition (1969–1982) die wechselseitigen Beziehungen dadurch, dass die leitenden Ministerialbeamten des Ressorts die Allianz als verlässlichen Partnerin im forschungspolitischen Dialog kennen- und schätzen lernten. Dabei waren sich diese stets der hohen Dialogmacht der Präsidenten bewusst. Sie legten daher im Vorfeld der Präsidentenkreis-Sitzungen Wert darauf, eher »allgemeine Themenkomplexe zur Verbesserung des gegenseitigen Mei-

147 Vgl. Patzwaldt und Buchholz, Politikberatung, 2006, 460–471, 463; Schimank, Steuerung, 1995, 101–139, 130–132.

148 Interner Vermerk des BMFT für die Einladung des Präsidentenkreises vom 1. 2. 1974, BAArch, B 196/16341.

149 Entwurf eines Einladungsschreibens für die Sitzung des Präsidentenkreises am 12. 3. 1974, BAArch, B 196/16341.

150 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 17. 4. 1978, BAArch, B 136/33238.

nungsaustausches und des Klimas« auf die Tagesordnung zu setzen als Themen, »an deren Beratung die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen ein besonderes Interesse« hatten.¹⁵¹ Genau diese Zielsetzung verfolgten freilich die Präsidenten ihrerseits, und in diesem Spannungsfeld sollte sich die Interaktionsdynamik von Allianz und BMFT in den folgenden Jahrzehnten entwickeln.

Wie sehr die Allianz gegen Ende der langen 1970er Jahre im Bundesforschungsministerium geschätzt – und gefürchtet – wurde, zeigt sehr anschaulich die Episode eines neuerlichen Ministerwechsels im Jahr 1980: Der mit dem Feld der Wissenschafts- und Technologiepolitik völlig unvertraute Andreas von Bülow wurde vor seinem ersten Treffen mit dem Präsidentenkreis überaus aufwändig gebrieft. Die Ministerialen gaben sich größte Mühe, ihren neuen Minister von der hohen Bedeutung der Allianz als »informelles Beratungsgremium« seines Hauses zu überzeugen.¹⁵² Gleichzeitig sensibilisierten sie ihn dahingehend, sich von den mächtigen Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen in wichtigen Fragen gleichsam nicht über den Tisch ziehen zu lassen. Dieser Spagat bedurfte sorgfältig austarierter Formulierungen. Man kann den zahlreichen Schriftsätzen, die in diesem Zusammenhang angefertigt wurden, geradezu das Bestreben der Ressortbeamten entnehmen, ihren unerfahrenen Minister dialogfähig zu machen, ohne ihm das Gefühl zu geben, bevormundet zu werden. Und wir halten fest, dass die Allianz beziehungsweise der Präsidentenkreis hier erstmals explizit als »Beratungsgremium« bezeichnet wurde, dessen Expertise in forschungspolitischen Fragen regelmäßig zu Rate gezogen werden sollte.

Eine ähnliche, zugleich aber noch deutlichere Aufgabenbeschreibung des Präsidentenkreises findet sich zwei Jahre später, als mit dem Ende der sozialliberalen Koalition ein erneuter Ministerwechsel anstand. Hier taten sich die Ministerialen insofern sehr viel leichter, als mit dem Chemiker Heinz Riesenhuber ein Mann in das Ressort einzog, der sich bereits aus der Opposition heraus als erfahrener Experte für das Feld der Forschungspolitik und ebenso meinungs- wie entscheidungsstarker Politiker profiliert hatte. Intern wurde der Präsidentenkreis nun explizit als ein »seit 1972 bestehendes informelles Beratungsgremium des BMFT« charakterisiert, »das etwa zweimal pro Jahr« tage.¹⁵³ Diese Wertschätzung der gemeinsamen Termine unterstrich Riesenhuber dann auch bei seiner ersten Sitzung des Präsidentenkreises, als er der Allianz die Rolle als Gremium der »Spitzenberatung« zuwies, das »die grundsätzlichen Auffassungen der großen Wissenschaftsorganisationen in die Forschungspolitik« einbrachte.¹⁵⁴

Im Verlauf der langen 1970er Jahre hatte sich also die Wahrnehmung des Präsidentenkreises massiv gewandelt und seine Bedeutung als Element korporatistischer Politikgestaltung war

151 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 25. 11. 1974, BArch, B 136/33238.

152 Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 18. 12. 1980, BArch, B 196/19557.

153 Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 16. 11. 1982, BArch, B 196/51378.

154 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 11. 1982, BArch, B 136/33238.

enorm gestiegen. Er wurde von einem lockeren Gesprächsforum, das von Stoltenberg gelegentlich zum »Meinungsaustausch«¹⁵⁵ geladen worden war, zum institutionalisierten, hauseigenen »Beratungsgremium des BMFT«,¹⁵⁶ dessen Empfehlungen Eingang in die forschungspolitischen Programme des Ministeriums fanden. Die Politik räumte den Präsidenten der Allianz gewissermaßen eine Deutungshoheit in wissenschaftspolitischen Fragen ein – zumindest was die Perspektive der Wissenschaftsorganisationen anbelangte.¹⁵⁷ Dieser korporatistische Einschluss der Expertise der Allianz-Mitglieder in die forschungspolitische Entscheidungsfindung wertete deren ohnehin hohes Ansehen noch weiter auf und festigte so auch ihre Stellung an der Spitze des bundesdeutschen Wissenschaftssystems.

Bei einer kurzen Zwischenbilanz der Allianz-Sitzungen und der Treffen des Präsidentenkreises fällt auf, dass beide Formate eine Formalisierung und Institutionalisierung ihrer Zusammenarbeit erlebten. Ein Kipppunkt in diesem Prozess liegt in der Mitte der 1970er Jahre, als es vermehrt formelle Einladungen, vorab festgelegte Besprechungspunkte und interne Ergebnisnotizen durch die Teilnehmer gab.

Festzuhalten ist dabei, dass insbesondere innerhalb der Allianz diese Institutionalisierung nicht linear verlief, sondern es teilweise sogar gezielte Gegenmaßnahmen aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gab. Dies lässt sich nicht im selben Umfang für die Treffen des Präsidentenkreises feststellen, wenngleich auch hier verschiedentlich Versuche unternommen wurden, die Informalität und damit auch den geringen Grad an Verbindlichkeit der Ergebnisse der Beratungen zu bewahren. Ausschlaggebend für die rascher voranschreitende Institutionalisierung des Präsidentenkreises war die Tatsache, dass es sich für beide Seiten gewissermaßen um ein Treffen mit einem externen Verhandlungspartner handelte, der zudem aus einem anderen gesellschaftlichen Teilbereich kam und daher anderen systemimmanenten Logiken zu folgen hatte. Hierfür waren eine frühzeitige Koordination und Abstimmung der gemeinsamen Interessen der Wissenschaftsorganisationen ebenso unumgänglich wie eine detaillierte Vorbereitung auf Seiten des Ministeriums und eine Fixierung der zentralen Übereinkünfte für beide Seiten. Nachdem die Allianz bereits in den späten 1960er Jahren erfahren hatte, dass das Ministerium im Nachgang der gemeinsamen Gespräche interne Ergebnisprotokolle anfertigte, scheiterten die Präsidenten zunächst mit ihren Bemühungen, diese Notizen regelmäßig zu erhalten.

155 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 14. 2. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 133.

156 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 11. 1982, BArch, B 196/51378.

157 Darauf deutet beispielsweise auch das Bekenntnis Riesenhubers hin, der durch die Beratungen im Präsidentenkreis die »grundsätzlichen Auffassungen der großen Wissenschaftsorganisationen« repräsentiert sah. Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 11. 1982, BArch, B 136/33238. Und nicht nur im BMFT wurde den Präsidenten der Allianz diese Rolle zugeschrieben, ähnlich liest sich auch die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden und späteren Kanzlers Helmut Kohl, der sein Treffen mit den Präsidenten der Allianz als Beginn seines Dialogs mit »der Wissenschaft« betrachtete und ihnen darüber hinaus die Möglichkeit eröffnete, ihre Anregungen zur forschungspolitischen Schwerpunktsetzung in seine Regierungserklärung einfließen zu lassen. Interner Vermerk der AGF über ein Treffen der Allianz mit Helmut Kohl am 21. 4. 1982, BArch, B 388/1.

Das lag auch am eher zurückhaltenden Vorgehen der Allianz, da intern Bedenken gehegt wurden, ein Beharren auf diesen Vermerken werde die Gespräche in »eine so offizielle Atmosphäre rücken«, dass man das Ziel der Zusammenkünfte nicht mehr erreichen könnte.¹⁵⁸ In der Anfangszeit war folglich die Informalität der Kaminrunden den Teilnehmern wichtiger als ein zirkulierendes Sitzungsprotokoll, das die Ergebnisse der gemeinsamen Gespräche offiziell festhielt. Doch die bereits beschriebene, auf verschiedenen Ebenen einsetzende Professionalisierung der Zusammenkünfte des Präsidentenkreises führte schließlich dazu, dass beginnend mit der November-Sitzung 1987 auch die Präsidenten und Vorsitzenden der Wissenschaftsorganisationen einen vom Ministerium angefertigten Ergebnisvermerk zugesandt bekamen.¹⁵⁹

Asymmetrie der Macht und Verflechtung auf verschiedenen Ebenen

Die Beziehungen zwischen dem Bundesforschungsministerium und der Allianz sind äußerst komplex, was sich vor allem mit dem dieser Studie zugrundeliegenden Fokus auf der Interaktionsdynamik von Kooperation und Konkurrenz zeigt: Erstens tritt die Bundespolitik, vorrangig vertreten durch das Forschungsressort, als zentraler Geldgeber für die verschiedenen Wissenschaftsorganisationen und für spezielle Forschungsbereiche auf. In der triadischen Konkurrenzkonstellation nach Georg Simmel lässt sich das Ministerium demnach als der »Dritte« verstehen, der über die Vergabe der begehrten – in diesem Falle meist monetären – Prämien entscheidet.¹⁶⁰ Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, dass das Verhältnis zwischen den Teilnehmern der Gespräche des Präsidentenkreises von einer Asymmetrie der Macht geprägt ist.

Bedingt durch den kooperativen Föderalismus auf dem Gebiet der Forschungspolitik muss sich das Bundesforschungsministerium die Rolle des Dritten mit den Bundesländern teilen, die ebenfalls ein wichtiger Geldgeber für die Wissenschaft sind. Diese eng miteinander verflochtenen Zuständigkeiten in Fragen der Finanzierung fungieren dabei als Garant einer vergleichsweise hohen Autonomie der Wissenschaftsorganisationen, wie bereits Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank insbesondere in ihrer Arbeit zur Akteurskonstellation im Sektor der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung und in jüngster Vergangenheit Jaromír Balcar in seiner ausführlichen Studie zur Max-Planck-Gesellschaft in ihrer Wachstumsphase überzeugend herausgearbeitet haben.¹⁶¹ So verstand es die MPG auf besonders elegante Weise, ihre beiden wichtigsten Finanziers situationsbedingt gewissermaßen gegeneinander auszuspielen, um

158 Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1968, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a.

159 Dieser offizielle Vermerk war dabei kürzer als die intern zirkulierende Version, die auch den Verlauf der Diskussion wiedergab. Siehe Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 4. 11. 1987, BArch, B 196/103439; Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 4. 11. 1987, BArch, B 196/103439. Über die erstmalige Zusendung dieses Vermerks, ebenso wie über die Kürzung, informiert auch der interne Schriftverkehr des Ministeriums, siehe Notiz von J. Rembser an H. Riesenhuber vom 6. 1. 1988, BArch, B 196/103439.

160 Vgl. Simmel, Konkurrenz, 1986, 173–193; Tobias Werron: Form und Typen der Konkurrenz. In: Karin Bürkert et al. (Hg.): *Auf den Spuren der Konkurrenz. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Münster: Waxmann 2019, 17–44; Tobias Werron: *Zur sozialen Konstruktion moderner Konkurrenzen. Das Publikum in der »Soziologie der Konkurrenz«*. Workingpaper des Soziologischen Seminar, 5. Luzern: Universität Luzern 2009.

161 Siehe Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 2020; Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990.

ihre eigenen Interessen zu wahren. Die föderative Verflechtung führt, zweitens, zu einer Konkurrenz zwischen Bund und Ländern, die sich um politische Einflussmöglichkeiten entspinnt und in der wiederum die Wissenschaftsorganisationen gemeinsam als der Dritte auftreten, der symbolisches Kapital und öffentliche Reputation zuteilt.¹⁶²

Darüber hinaus agiert das Forschungsministerium in verschiedenen weiteren kompetitiven Settings, etwa mit den anderen Fachressorts, in denen es um mediale Aufmerksamkeit oder politischen Einfluss geht.¹⁶³ In diesen Konkurrenzsituationen kann die Allianz, drittens, als Kooperationspartnerin des BMFT auftreten, wozu auch die Lagesondierungen im Rahmen des Präsidentenkreises dienen können. Ausschlaggebend für eine Zusammenarbeit dieser ungleichen Partner*innen ist dabei die Existenz eines gemeinsamen Ziels, das nicht selten die Erhöhung des Budgets für Wissenschaft und Forschung im Speziellen und damit einhergehend die Stärkung des Politikfelds im Allgemeinen war. Zu wissen, dass die Präsidenten der Allianz die gemeinsam getroffenen Entscheidungen, etwa hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Forschungspolitik, mittragen, konnte in der Konkurrenz mit den anderen Ministerien ein Vorteil sein, insbesondere wenn die Wissenschaftsorganisationen in einer solchen Konstellation auch öffentlich Stellung bezogen.¹⁶⁴ Im Gegenzug gewährte das Forschungsministerium der Allianz die Möglichkeit, sich an der korporatistischen Aushandlung der Grundlinien staatlicher Wissenschafts- und Forschungspolitik zu beteiligen und diese so aktiv zu beeinflussen. Mit Mitchell Ash gesprochen dienen Wissenschaft und Politik im Präsidentenkreis einander wechselseitig als Ressourcen, die in übergeordneten oder parallellaufenden Konkurrenzen genutzt und zum eigenen Vorteil eingesetzt werden können.¹⁶⁵ Dabei ist allerdings das BMFT der fokale Akteur, der die Tagesordnung weitgehend bestimmt und zudem entscheidet, ob und wann ein Treffen stattfindet. Somit bleibt die Kooperationsbeziehung zwischen diesen ungleichen Partner*innen in hohem Maße asymmetrisch, was vor allem durch die politische Macht des BMFT und seine finanziellen Ressourcen bedingt ist. Schließlich fehlte der Allianz trotz der beobachteten, in den 1970er Jahren einsetzenden Institutionalisierung des Präsidentenkreises und dessen nicht abzustreitender Rolle als bedeutende konsultative Gesprächsrunde eine Art institutionelle Absicherung als Basis für eine Einflussnahme im Vorfeld der Ausarbeitung wissenschaftspolitischer Programme jenseits appellatorischer Empfehlungen.¹⁶⁶ Es oblag daher allein dem Minister und seinen Spitzenbeam*innen zu bestimmen, bei welchen Themen die

162 Vgl. Helmuth Trischler: Koordinierte Kooperation und Konkurrenz. Staatliche Forschungsförderung im Spannungsfeld von Bundes- und Länderkompetenzen. In: Daniela Hettstedt, Thomas Raithel und Niels Weise (Hg.): *Im Spielfeld der Interessen. Das bundesdeutsche Atom- und Forschungsministerium zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, 1955–1972*. Göttingen: Wallstein Verlag, im Erscheinen.

163 Vgl. Patrick Hintze: *Kooperative Wissenschaftspolitik. Verhandlungen und Einfluss in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern*. Wiesbaden: Springer VS 2020, 351–354.

164 Vgl. Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 415–418.

165 Vgl. dazu ausführlicher Ash, *Wissenschaft und Politik*, 2002, 32–51; Ash, *Wissenschaft und Politik*, 2010, 11–46.

166 Vgl. Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 414–424.

Allianz zu Rate gezogen wurde und in welchem Umfang Wünsche, Anregungen und Kritik von Seiten der Allianz letztlich in politische Entscheidungen einfließen.

Diese Asymmetrie wirkte sich auch auf die interne Wahrnehmung der Zusammenarbeit aus, weshalb sich die Gesprächskultur in der Allianz grundlegend von derjenigen im Präsidentenkreis unterschied. Bereits 1968, als die Wissenschaftsorganisationen von der internen Protokollführung des Ministeriums Kenntnis erhielten, trieb sie die Sorge um »einen Informationsvorsprung« um, den die Vertreter der Politik dadurch gegenüber den Selbstverwaltungsorganisationen erlangen würden.¹⁶⁷ Man wollte gegenüber dem Kooperationspartner keinesfalls ins Hintertreffen geraten oder gar in den folgenden Gesprächen überrumpelt werden. Ferner dienten die Vorbesprechungen des Präsidentenkreises in der Allianz der Abstimmung gemeinsamer Anliegen, um sich im anschließenden Ministergespräch nicht gegenseitig zu widersprechen und so die eigene Position zu schwächen.¹⁶⁸ Nicht selten berieten die Wissenschaftsorganisationen im Vorfeld der Konsultationen mit dem Ministerium über eine gemeinsame argumentative Strategie.¹⁶⁹ Hier wird deutlich, dass sich die Kooperation mit dem BMFT, welche die Allianz erfolgreich etablieren und schrittweise institutionalisieren konnte, deutlich von ihrer internen Zusammenarbeit unterschied.

2.3.3 Die ersten Erweiterungen der Allianz – eine Bewährungsprobe für die etablierte Zusammenarbeit?

Das asymmetrische Machtverhältnis zwischen Staat und Wissenschaft zeigte sich in den frühen 1970er Jahren sehr deutlich: Der Forschungsminister war seit jeher Gastgeber der Sitzungen des Präsidentenkreises; folglich legte er die Termine fest, entschied über deren Häufigkeit und den Rahmen der Treffen und lud die übrigen Teilnehmer zu den Sitzungen ein. Die Tagesordnung wurde ebenfalls größtenteils durch das Ministerium aufgestellt, wobei die Wissenschaftsorganisationen die Möglichkeit hatten, eigene Vorschläge einzubringen.¹⁷⁰

167 Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1968, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a.

168 Vgl. zum Gedanken der gemeinsamen Abstimmung im Vorfeld des Präsidentenkreises exemplarisch Schreiben von J. Speer an die Allianz vom 18. 1. 1973, AdWR, 6.2. – Allianz-Sitzungen, Bd. 1; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 10. 6. 1982, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 6; Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung des Präsidentenkreises am 23. 2. 1987, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 644; Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 1. 2. 1991, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 10.

169 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13.

170 Die bestimmende Rolle des Ministeriums in Hinblick auf die zu besprechenden Diskussionspunkte wird beim Blick auf die angekündigten Tagesordnungen für die Sitzungen des Präsidentenkreises deutlich. Vgl. hierzu die entsprechenden Unterlagen für die unterschiedlichen Sitzungen bspw. in BArch, B 196 oder AMPG, II. Abt., Rep. 57. Als sich die Allianz Mitte der 1990er Jahre beim Aufstellen der Tagesordnung plötzlich vom Forschungsministerium übergangen fühlte, wurde dieses Thema in der folgenden Sitzung des Präsidentenkreises angesprochen und schließlich wurde das Vorschlagsrecht der Allianz für Besprechungspunkte vom Minister bestätigt. Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 7. 6. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 621; Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 7. 6. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1399.

Auch die grundsätzliche Zusammensetzung des Präsidentenkreises oblag, insbesondere in dessen Anfangszeit, allein dem Ministerium. So beschloss Horst Ehmke 1974 nicht nur grundsätzlich, »die bisherige Hl. Allianz als informelle[n] Gesprächskreis« wieder zu beleben,¹⁷¹ sondern im Zuge dessen auch um zwei neue Teilnehmer zu erweitern. Dazu vermerkte er in einem Entwurf zum Einladungsschreiben für das erste Treffen seiner Amtszeit:

Mir liegt daran, in einem kleinen und vertraulichen Kreis Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik zu besprechen. Anknüpfend an eine frühere Übung möchte ich dazu in unregelmäßigen Abständen die Präsidenten bzw. Vorsitzenden der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, des Wissenschaftsrats, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen bitten.¹⁷²

Ehmke schuf mithin ohne vorherige Absprache mit den bisherigen Teilnehmern neue Tatsachen, indem er den Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft und den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen in die gemeinsamen Besprechungen inkludierte. Dies war insofern heikel, als die beiden Forschungsorganisationen bis dato nicht Teil der Gespräche gewesen waren. Entsprechend zurückhaltend verhielten sich die Allianz-Mitglieder gegenüber AGF und FhG als neuem Verhandlungspartnerinnen und luden sie vorerst nicht zu ihren internen Besprechungen ein. Denn auf die Zusammensetzung der Allianz hatte das Ministerium keinen direkten Einfluss, wenngleich insbesondere die Einbindung der AGF in dieses Gremium durchaus in seinem Interesse gelegen hätte.¹⁷³

Exkurs: die Gründung der AGF

Bereits in den 1960er Jahren hatte der Bund die Großforschungseinrichtungen als wichtiges Instrument entdeckt, um in der noch immer von den Ländern dominierten Wissenschafts- und Forschungspolitik Fuß zu fassen. Im Jahr 1968 machte der Bund schließlich den Vorschlag, seine Beteiligung an diesen Großforschungszentren auf 90 Prozent zu steigern. Wenngleich diese Finanzierungsform erst 1975 durch die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung rechtlich untermauert wurde, etablierte sich ab 1969 der bis heute gültige Finanzierungsschlüssel 90:10. Diese stärkere finanzielle Einbindung in die Großforschung verband der Bund mit dem Anspruch auf eine erhöhte Einflussnahme, etwa in der Planung und Steuerung der dort betriebenen Forschung. Diese Entwicklung rief schließlich die Zentren auf den Plan, die sich zuvor lediglich zu einem lockeren und informellen Arbeitsausschuss formiert hatten, sich nun aber veranlasst sahen, das Zusammenwirken von Staat und Großforschung neu zu justieren und so

171 Interner Vermerk des BMFT bezüglich der Einladung für die Hl. Allianz vom 1. 2. 1974, BArch, B 196/16341.

172 Entwurf eines Einladungsschreibens zum Präsidentenkreis vom 13. 03. 1974, BArch, B 196/16341.

173 Vgl. dazu Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 155–156, 302–310.

ihre wissenschaftliche Autonomie zu bewahren. So trafen sich die administrativen und wissenschaftlichen Leiter der Großforschungseinrichtungen zu einer mehrtägigen Klausursitzung in der Nähe von Karlsruhe. In diesem Rahmen beschlossen die zehn versammelten Zentren¹⁷⁴ die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) und legten deren Aufgabenstellung fest. Darüber hinaus einigten sie sich auf die so genannten Dobeler Thesen, die als Leitlinien für das Verhältnis zwischen Staat und Großforschung gedacht waren und deren gefestigtes Selbstverständnis widerspiegeln.¹⁷⁵ Das BMBW unter Minister Leussink zeigte sich zunächst vergleichsweise wenig erfreut über die Gründung der AGF, da ihm nicht an einem gemeinsamen und damit schlagkräftigeren Auftritt der Großforschung gelegen war. Entsprechend erfuhr die junge Arbeitsgemeinschaft zunächst keine Unterstützung in ihrem Bestreben, stärker in die Gestaltung der Bildungs- und Forschungspolitik – und damit auch in die Allianz – einbezogen zu werden, wie sie es in ihren Dobeler Thesen gefordert hatte.¹⁷⁶ Doch trotz dieser anfänglichen Ablehnung fand sich das BMBW allmählich mit der Existenz des Dachverbands ab und kam so auch dessen Wunsch nach Einbindung in die verschiedenen wissenschaftspolitischen Beratungsgremien nach, was sich unter anderem an der offiziellen Einladung zu den Besprechungen des Präsidentenkreises zeigt.

Hinsichtlich des Vorschlagsrechts für den Wissenschaftsrat einigte man sich 1970 zwischen AGF, BMBW und WR zunächst auf einen Kompromiss: So erhielt die AGF zwar formal kein offizielles Vorschlagsrecht, jedoch durfte sie – vorerst einmalig – den vorschlagsberechtigten Institutionen gegenüber drei Wunschkandidaten benennen, denen diese anschließend zustimmen. Zwei dieser Kandidaten, Michael Kaufmann und Karl Heinz Beckurts, wurden 1971 durch den Bundespräsidenten in den Wissenschaftsrat berufen.¹⁷⁷ Als die Aufgaben des Wissenschaftsrats 1975 modifiziert wurden, stärkte die Bundespolitik auch die Position der AGF. Sie wurde nun offiziell in den Kreis der Organisationen mit Vorschlagsrecht für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats aufgenommen.¹⁷⁸

174 Diese umfassten das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), die Kernforschungsanlage Jülich (KFA), die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (GKSS), das Hahn-Meitner-Institut (HMI), das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY), das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) und die Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI).

175 Vgl. Dieter Hoffmann und Helmuth Trischler: Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive. In: Jürgen Mlynek und Angela Bittner (Hg.): *20 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft*. Bonn: Helmholtz-Gemeinschaft 2015, 9–47, 13–21; Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 131–154.

176 Margit Szöllösi-Janze hat darauf hingewiesen, dass der Wunsch teilweise missverstanden wurde, da er in den Thesen nicht ganz eindeutig formuliert worden war. So wollte die AGF ebenfalls das Vorschlagsrecht für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission des WR erhalten. Die Formulierung weckte beim BMBW allerdings den Eindruck, als wolle die AGF einen direkten Platz im WR für sich reservieren. Vgl. dazu Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 156–160.

177 Vgl. Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 161–163.

178 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat, 2007*, 123–127; Hans Christian Röhl: *Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre rechtlichen Determinanten*. Baden-Baden: Nomos 1994, 11.

Debatten über die Erweiterung der Allianz um die AGF

Dieser Beschluss hatte für die Allianz zur Folge, dass sie sich nun mit der AGF abstimmen musste. Die Allianz verhielt sich jedoch weiterhin äußerst zurückhaltend und beschränkte den Kontakt zur AGF in dieser Sache auf das Notwendigste. So berieten die drei vorschlagsberechtigten Wissenschaftsorganisationen WRK, DFG und MPG zunächst getrennt in ihren jeweiligen Unterausschüssen über mögliche Vorschläge. Eine erste Vorschlagsliste wurde mit einer Übersicht über die freiwerdenden Plätze von der DFG, welche die Federführung innehatte, an die anderen beiden Organisationen versandt. Nachdem sich die Unterausschüsse jeweils auf mögliche Kandidat*innen verständigt hatten, besprachen sich die Präsidenten und Generalsekretäre in der Allianz und einigten sich schließlich auf eine gemeinsame Dreierliste pro freiwerdendem Platz. Schlussendlich übernahm dann die DFG die Abstimmung dieser Namensliste mit den Vorschlägen der AGF.¹⁷⁹

Man kann sich leicht vorstellen, dass dieses Prozedere aufwändig war, insbesondere wenn die Vorschläge von AGF und Allianz nicht übereinstimmten, was erneute Beratungen erforderte. Einigen Allianz-Mitgliedern wurde bald bewusst, dass dieses Vorgehen auf Dauer wenig praktikabel war. Als es in der April-Sitzung 1976 um die Nominierungen für den Wissenschaftsrat ging, merkte MPG-Präsident Reimar Lüst an, man »müsste« diesbezüglich noch »Herrn Beckurts verständigen und um Zustimmung bitten«.¹⁸⁰ Die Formulierung deutet darauf hin, dass die Abstimmung der Vorschlagsliste mit der AGF als lästige Erschwernis der bis dato eher informellen Absprachen wahrgenommen wurde. Der in diesem Zusammenhang vorgebrachte Vorschlag von DFG-Präsident Heinz Maier-Leibnitz, »ob man in Zukunft nicht Herrn Beckurts als Gast, und zwar persönlich und nicht als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen[,] zu den Sitzungen der Allianz einladen solle«,¹⁸¹ kann als Versuch verstanden werden, das Verfahren auf pragmatischem Wege zu vereinfachen, ohne die Aufnahme der AGF in die Allianz zu präjudizieren.

Der Beckurts eingeräumte Gaststatus war in hohem Maß an dessen Person gebunden. Als Kernphysiker und einflussreicher Wissenschaftsmanager hatte er sich ein hohes wissenschaftliches Renommee erarbeitet. Nicht umsonst hatten die Allianz-Mitglieder nur wenige Jahre zuvor zugestimmt, dass Beckurts als Mitglied des Wissenschaftsrats nominiert (und schließlich auch durch den Bundespräsidenten ernannt) wurde.¹⁸² Trotz weiterhin in der Allianz bestehender Vorbehalte – sowohl gegen die AGF als wenig handlungsfähiger Zusammenschluss im Allgemeinen als auch gegen die Qualität der Forschung in einigen Großforschungseinrichtungen im

¹⁷⁹ Aktenvermerk über die Sitzung der Allianz am 05. 11. 1975, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 2.

¹⁸⁰ Aktenvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 26. 4. 1976, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 2.

¹⁸¹ Aktenvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 26. 4. 1976, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 2.

¹⁸² Vgl. bspw. Bernd-A. Rusinek: *Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996, 739–754; Max Syrbe: Zum Gedenken an Professor Karl Heinz Beckurts. *Physikalische Blätter* 42/10 (1986), 357.

Speziellen – beschlossen sie nun, Beckurts *ad personam* zu den gemeinsamen Sitzungen einzuladen.¹⁸³

Die übrigen Teilnehmer saßen dagegen *ex officio* in der Allianz, was dem Vorsitzenden der AGF weiterhin standhaft verwehrt bleiben sollte. Während in den Allianz-Einladungen alle übrigen Teilnehmer in ihrer Funktion als Präsident, Vorsitzender oder Generalsekretär angeschrieben wurden, erhielt Beckurts diese Schreiben als Privatperson – eine Bezugnahme auf sein Amt innerhalb der AGF oder der KFA Jülich sucht man vergeblich.¹⁸⁴ Diesen Gaststatus gewährte man Beckurts auch für die folgenden Treffen, ehe die Einladungen zu den Sitzungen im Herbst 1976 an ihn in seiner Funktion als Vorsitzender der AGF gerichtet wurden. Ob damit auch die formelle Mitgliedschaft in der Allianz verbunden war, ist fraglich. Jedenfalls schien die Allianz auch in den folgenden Monaten noch uneins über die Einbindung der AGF in ihre Angelegenheiten, denn das Thema wurde in der April-Sitzung des darauffolgenden Jahres offenbar kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt.¹⁸⁵ Die Tatsache, dass Beckurts terminlich verhindert war, nutzte eines der Mitglieder – von wem der Anstoß konkret kam, konnte nicht rekonstruiert werden¹⁸⁶ – als Gelegenheit, nochmals grundsätzlich den Status der AGF in der Allianz zu diskutieren. Vermutlich war der bevorstehende Wechsel im Amt des Vorsitzenden der AGF der Grund, warum dessen Einbindung in die Belange der Allianz erneut kritisch reflektiert wurde. Die DFG hielt als Ergebnis fest:

Nach ausführlicher Besprechung der Frage, ob und wie eine Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen an den Zusammenkünften der Allianz in Zukunft stattfinden solle, einigte man sich darauf, daß die AGF als Institution nicht eingeladen werden soll. – Soweit Probleme der Energieforschung die Anwesenheit von Herrn Beckurts wünschenswert erscheinen lassen, soll dieser eine persönliche Einladung von Fall zu Fall erhalten.¹⁸⁷

Folglich hatte sich die Allianz in Abwesenheit des AGF-Vorsitzenden dazu entschlossen, ihre schrittweise Öffnung gegenüber der Arbeitsgemeinschaft mit einem Schlag wieder zurückzunehmen. Offenbar mißfiel es mindestens einem der Allianz-Mitglieder, dass deren Gaststatus sich beinahe unbemerkt in eine informelle Aufnahme verwandelt hatte. In Anlehnung an

183 Vgl. Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 154–156, 302–318.

184 Einladung von P. Kreyenberg zur Sitzung der Allianz am 31. 5. 1976, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 2.

185 Zumindest wurde der Besprechungspunkt nicht im vorher versendeten Einladungsschreiben angekündigt. In den Unterlagen im Archiv der DFG findet sich im Einladungsschreiben nur ein handschriftlicher Vermerk, der darauf hindeutet, dass dieses Thema kurzfristig und nach Versendung der Einladung vorgeschlagen wurde. Vgl. Einladung von C. H. Schiel zur Sitzung der Allianz am 1. 4. 1977, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 3.

186 Im Protokoll des Wissenschaftsrates zu dieser Sitzung der Allianz, bleibt das Thema unerwähnt. Dies legt die Vermutung nahe, dass es nicht der WR war, der diesen Besprechungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt hatte, sonst wäre dessen Diskussion im internen Protokoll sicherlich mehr Beachtung geschenkt worden. Vgl. Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 1. 4. 1977, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 2.

187 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 1. 4. 1977, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 3.

Pierre Bourdieus Theorie der Machtmechanismen lässt sich dabei eine Konstellation festhalten, in der die Allianz zwischen der persönlichen und fachlichen Autorität von Karl Heinz Beckurts und der funktionalen Amtsautorität des AGF-Vorsitzenden unterschied.¹⁸⁸ Mit der Rückkehr zum Ausschluss der AGF aus ihrem kooperativen Setting hielt sie sich gewissermaßen eine Hintertür offen, sollte der neue Vorsitzende nicht ihren Anforderungen entsprechen. Denn eine Einbindung in die Belange der Allianz war zugleich mit der Erwartung verknüpft, dass jedes Mitglied bereit und imstande war, sich für die gemeinsamen Ziele einzusetzen.

Das Verhältnis der Allianz zur AGF blieb auch unter Beckurts' Nachfolgern Herwig Schopper und Gisbert zu Putlitz diversen Schwankungen unterworfen. Der turnusgemäße Wechsel im Amt des Vorsitzenden stellte die Beziehungen auch in den 1980er Jahren noch auf eine harte Probe. So vermerkte zu Putlitz in einer internen Notiz zu einem gemeinsamen Termin der Allianz beim Bundespräsidenten im Januar 1981, bei dem es um die Nominierung neuer Mitglieder für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats ging, er habe die »von den Herren Lüst, Turner und Seibold benutzte Unterlage [...] nicht in Besitz gehabt«.¹⁸⁹ Damit sah er sich zu Beginn seiner Amtszeit mit einer ähnlichen Dynamik wie seine Vorgänger konfrontiert: Die Gründungsmitglieder der Allianz ließen ihn zunächst ihre »beträchtlichen Vorbehalte gegen die Forschungszentren«¹⁹⁰ spüren.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Allianz ihre Vorbehalte nicht nur im internen Kreis äußerte, sondern diese auch in Besprechungen mit Vertreter*innen der Politik zum Ausdruck brachte. War die eben geschilderte Episode noch eine subtile Form der Ausgrenzung, wurde der AGF ihre prekäre Position immer dann wesentlich deutlicher vor Augen geführt, wenn die Konkurrenz um Ressourcen im Vordergrund stand: Als im Präsidentenkreis Mittelkürzungen im Budget des BMFT diskutiert wurden, nutzte MPG-Präsident Reimar Lüst die Gelegenheit, im Konzert mit seinem DFG-Kollegen »in ein allgemeines Geheul über die Qualität der Großforschungszentren auszubrechen«, so der konsternierte zu Putlitz.¹⁹¹ Im Ernstfall drohender finanzieller Einschränkungen überwog die Mittelkonkurrenz das andernorts betonte Kooperationsgebot. Dies wirkte sich destabilisierend auf die noch vergleichsweise wenig gefestigte Zusammenarbeit mit der AGF aus. Deren Finanzierung erfolgte – im Unterschied zu DFG und MPG – zu 90 Prozent aus den Mitteln des Bundes. Dadurch war auch die Bindung der AGF an die Bundespolitik besonders eng – das weckte Misstrauen bei den übrigen Wissenschaftsorganisationen.¹⁹² In der Folge musste sich die AGF zunächst mit ihrer Rolle als Juniorpartnerin in

188 Vgl. Bourdieu, *Mechanismen*, 1992, 49–81.

189 Gesprächsnotiz von G. zu Putlitz über ein Treffen mit dem Bundespräsidenten am 12. 1. 1981, BArch, B 388/1.

190 Aktennotiz von G. zu Putlitz über die Sitzung der Allianz am 4. 3. 1981, BArch, B 388/1.

191 Gedächtnisprotokoll von G. zu Putlitz über die Sitzung des Präsidentenkreises am 11. 6. 1981, BArch, B 388/1.

192 Vgl. Hoffmann und Trischler, *Helmholtz-Gemeinschaft*, 2015, 9–47, 18–24; Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 259–282; Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft*, 1990, 302.

der Allianz arrangieren, der es nicht möglich war, gegen die oftmals geschlossene Front der Gründungsmitglieder anzukommen.

Dass Ausgrenzung und Konflikt langfristig destabilisierend wirken mussten, erkannten aber auch die etablierten Allianz-Mitglieder – zuvorderst die MPG. Zu Beginn der 1980er Jahre galt die AGF im BMFT längst als etablierte Säule des bundesdeutschen Forschungssystems. Wollte man im Dialog mit dem Bundesforschungsressort die Vertreter der Politik nicht vor den Kopf stoßen, galt es, die Großforschung nicht auszugrenzen, sondern zu integrieren. Um die angespannte Situation zu entschärfen, lud Reimar Lüst daher Gisbert zu Putlitz zu einem vertraulichen Gespräch, in dem er zunächst einmal die hierarchischen Positionen in der deutschen Wissenschaftslandschaft in unmissverständlicher Deutlichkeit absteckte:

Einleitend zu diesem Gespräch äußert Herr Lüst seine Bedenken und Befürchtungen, daß zwischen Großforschung und Max-Planck-Gesellschaft eine Art Konkurrenz entstünde, die beiden nicht dienlich sei. Die Sonderstellung der Max-Planck-Gesellschaft müsse doch in jedem Fall anerkannt werden.¹⁹³

Für die MPG lag das Ziel des Gesprächs also in erster Linie darin, die eigene »Sonderstellung« als unhinterfragte Tatsache zu festigen, um auf dieser Basis Kooperationsangebote zu unterbreiten. In der AGF war man sich der Bedeutung eines kooperativen Verhältnisses zur MPG als einem der tonangebenden Mitglieder der Allianz durchaus bewusst, und zu Putlitz beeilte sich daher, »die Sonderstellung und die Sonderrechte der MPG« anzuerkennen. Allerdings werde, so seine Beschwörung der Solidarität, eine Demontage der Großforschung durch die MPG »letztlich auf diese zurückwirke[n], weil [...] eine Schwächung des Rufes der Großforschung klarerweise auf den Minister [...] zurückschlagen müsse, der auch das Budget der MPG und der DFG zu verteidigen habe«, woraus er das Fazit zog: »Hier säßen wir also vielleicht mehr in einem Boot als manchmal bedacht würde.«¹⁹⁴

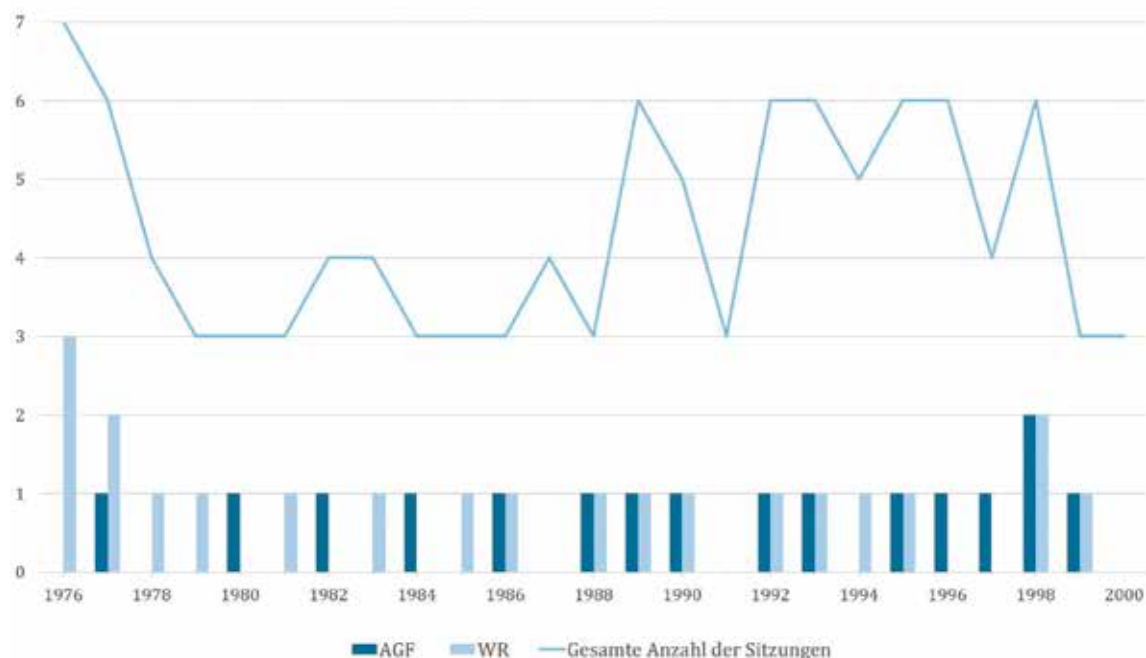
Ob dieses Gespräch der Auslöser für eine stärkere Einbindung der AGF in die Allianz war, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Beobachten lassen sich allerdings ab etwa 1982 verschiedene einschließende Momente gegenüber der AGF.

Blickt man etwa auf die Sitzungsvorsitze der Allianz-Beratungen, zeigt sich die Veränderung in der Position der AGF innerhalb des Gremiums sehr deutlich: Hatte die AGF in den 1970er Jahren nur einen gemeinsamen Termin veranstaltet, leitete sie in den 1980er Jahren durchschnittlich alle zwei Jahre eine Sitzung. Hinsichtlich der Gesamtzahl der jährlichen Zusammenkünfte mag das zunächst marginal erscheinen. Vergleicht man die Daten allerdings mit den Sitzungs-

193 Aktennotiz von G. zu Putlitz zu einem Gespräch mit Reimar Lüst und Dietrich Ranft (MPG) am 21. 1. 1982, BArch, B 388/1.

194 Aktennotiz von G. zu Putlitz zu einem Gespräch mit Reimar Lüst und Dietrich Ranft (MPG) am 21. 1. 1982, BArch, B 388/1.

VERGLEICH ZWISCHEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER GROßFORSCHUNGSEINRICHTUNGEN (AGF) UND DEM WISSENSCHAFTSRAT (WR) HINSICHTLICH DES VORSITZES BEI TREFFEN DER ALLIANZ ZWISCHEN 1976 UND 2000



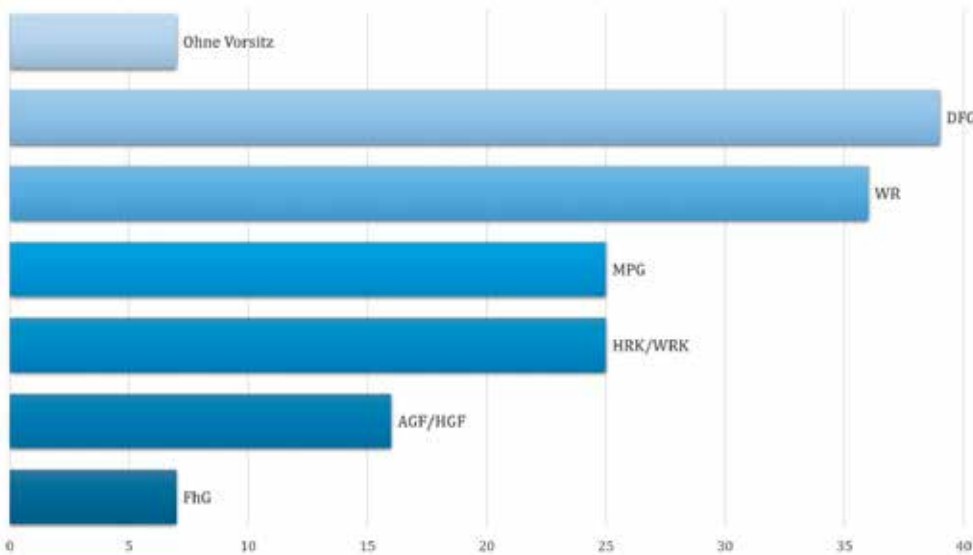
Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis der Unterlagen zu den einzelnen Treffen in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, DFGA, AZ 0224 und AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis.

vorsitzen einzelner Gründungsmitglieder, zeichnet sich ein anderes Bild ab. Auffallend ist zunächst die Diskrepanz in den 1970er Jahren. Der Wissenschaftsrat, eines der etablierten Mitglieder der Allianz, übernahm in diesem Zeitraum mindestens eine, häufig sogar zwei Sitzungen im Jahr. In den frühen 1980er Jahren gleichen sich die Balken von AGF und WR hingegen allmählich an.

Gerade vor dem Hintergrund, dass der WR mit insgesamt 35 Sitzungsvorsitzen in der Zeit zwischen 1962 und 2000 nach der DFG, die 37 Sitzungen vorstand, nahezu die meisten Treffen der Allianz leitete, zeugt diese Entwicklung davon, dass die AGF innerhalb der Allianz zumindest in diesem Punkt ihre Position festigen konnte. Denn durch die Übernahme von Sitzungsvorsitzen war die AGF in der Lage, inhaltliche Schwerpunkte für die Treffen zu setzen und ihre Standpunkte prominent einzubringen.

Zudem wurde die AGF mehr und mehr in die Ausarbeitung von gemeinsamen Stellungnahmen einbezogen, wodurch es ihr möglich war, den Interessen der Großforschung in den kooperativen Bemühungen mehr Gewicht zu verleihen und diese auch gegenüber der Politik sichtbarer zu machen. Dabei bewährte sich die AGF in der Allianz als kompetente Partnerin, was dazu

ÜBERBLICK ÜBER DIE GESAMTE ANZAHL AN SITZUNGSVORSITZEN ALLER MITGLIEDSORGANISATION BEI DEN SITZUNGEN DER ALLIANZ ZWISCHEN 1961 UND 2000



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis der Unterlagen zu den einzelnen Treffen in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, DFGA, AZ 0224 und AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis.

führte, dass ihr in den frühen 1990er Jahren sogar die Federführung bei der Koordination gemeinsamer Aktionen und Verlautbarungen anvertraut wurde.¹⁹⁵

Einschließen statt ausgrenzen: die Fraunhofer-Gesellschaft in der Allianz

Als sich die AGF schrittweise als Mitglied der Allianz zu etablieren begann, erfuhr das Gremium eine zusätzliche Erweiterung, deren Dynamik sich stark von der Einbindung der AGF unterschied: Im Juni 1980 nahm erstmals der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Heinz Keller, an einer Allianz-Besprechung teil. Angestoßen wurde die Diskussion darüber vermutlich durch eine Anfrage des DAAD, der um Aufnahme in die Allianz gebeten hatte. Erörtert wurde der Themenkomplex nicht in der regulären Sitzung, sondern in wesentlich informellerem Rahmen beim anschließenden gemeinsamen Abendessen. Folglich können über den Verlauf der Unterhaltung aufgrund fehlender Notizen oder Mitschriften nur Vermutungen angestellt werden. Das Resultat war jedoch eindeutig: Der DAAD wurde nicht, wie sein Präsident wünschte, Mitglied der Allianz; stattdessen wurde der Präsident der FhG persönlich durch den Präsidenten der MPG, Reimar Lüst, zum nächsten Termin eingeladen – und dies obwohl oder gerade weil

¹⁹⁵ Interner Vermerk über die Sitzung der Allianz vom 24. 6. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 612, fol. 56. So beispielsweise im Bereich Tierschutz, bei dem sich die Allianz unter Federführung der AGF im Herbst 1992 mit einem Memorandum und einem Begleitschreiben an die Ministerpräsidenten der Bundesländer, verschiedene Bundesminister und die Vorsitzenden entsprechender Ausschüsse im Bundestag wandte, um eine Verschärfung der Richtlinien für Tierversuche im Zuge der Novellierung des Tierschutzgesetzes zu verhindern.

nicht die MPG, sondern die AGF diese Sitzung leitete.¹⁹⁶ Die zur Sitzungsvorbereitung versandte Unterlage mit der Ankündigung der Tagesordnung erhielt Keller freilich noch nicht. Vermutlich sollte das Angebot, an den Sitzungen der Allianz teilzunehmen, nicht auf formellem Weg, sondern eher über den Brief eines Kollegen oder, noch informeller, telefonisch erfolgen. Da Lüst die Einladung aussprach, kann angenommen werden, dass dieser auch die Initiative ergriffen und die Einbindung von Fraunhofer vorgeschlagen hatte. Jedenfalls war damit die Aufnahme der FhG in die Allianz beschlossene Sache, denn Keller wurde auch zu den folgenden Sitzungen geladen.¹⁹⁷

Im Präsidentenkreis war die FhG bereits seit 1974 festes Mitglied. Als Bundesforschungsminister Ehmke die Wiederbelebung des Gremiums in Angriff nahm, inkludierte er wie bereits erwähnt nicht nur den Vorsitzenden der AGF, sondern auch den Fraunhofer-Präsidenten.¹⁹⁸ Im Unterschied zur AGF erhielt die FhG im folgenden Jahr allerdings nicht das Vorschlagsrecht für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats. So konnte die Allianz ungebunden darüber entscheiden, inwieweit sie bereit war, ihre Kontakte zu Fraunhofer zu vertiefen. Es kann angenommen werden, dass sich die Beziehungen im Zuge der regelmäßig stattfindenden Treffen mit dem BMFT intensivierten, doch erst sechs Jahre später entschloss sich die Allianz zur Aufnahme Kellers in ihren Kreis. Die Einbindung der AGF hatte bei verschiedenen Gelegenheiten für Spannungen auf beiden Seiten gesorgt, weswegen die Gründungsmitglieder vor einer erneuten Erweiterung zunächst abwarteten, wie sich das Zusammenspiel der Wissenschaftsorganisationen entwickeln würde.

Dieser Lern- und Erfahrungsprozess gestaltete sich aus der Perspektive der Allianz ganz offensichtlich positiv, denn die Aufnahme der FhG lief, verglichen mit der AGF-Aufnahme, wesentlich weniger spannungsreich und nahezu geräuschlos ab. Über einen möglichen Gaststatus wurde im Vorfeld nicht diskutiert; stattdessen wurde der FhG-Präsident von Beginn an offiziell als Vertreter seiner Organisation eingeladen.¹⁹⁹ Auch lassen sich keine öffentlichen Attacken von Seiten der etablierten Allianz-Mitglieder gegen die neu aufgenommene Institution finden.

Die Gründe für die vergleichsweise problemlose Integration der FhG sind vielfältig. So musste die Allianz in diesem Fall nicht auf externen Druck von Seiten des Bundesforschungsministeriums reagieren, sondern konnte unbedrängt und organisch eine von Vertrauen geprägte personale und funktionale Beziehung zu den Spitzen der FhG aufbauen. Zudem unterschied sich deren wissenschaftliche Ausrichtung mit ihrem Fokus auf der anwendungsorientierten und industrienahen Forschung grundlegend von derjenigen der übrigen Allianz-Mitglieder. Die feh-

196 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 30.6.1980, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 3.

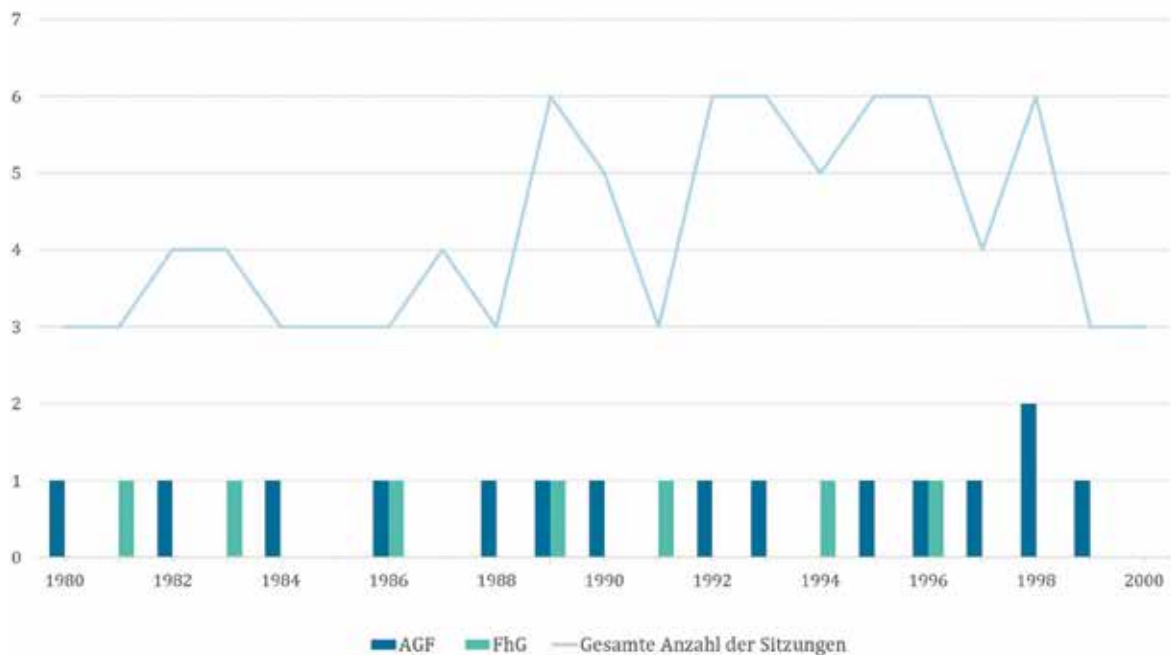
197 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 21.11.1980, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 5; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4.3.1981, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 5.

198 Entwurf eines Einladungsschreibens zum Präsidentenkreis vom 13.3.1974, BArch, B 196/16341.

199 Einladung von R. Lüst zur Sitzung der Allianz am 21.11.1980, DFGA, AZ 00219-04, Bd. 5.

lende Konkurrenzkonstellation am Anbietermarkt wissenschaftlicher Leistungen erleichterte die Kooptation der FhG in die kooperative Kultur der Allianz. Auch trieb die Fraunhofer-Gesellschaft ihre Einbindung in die Allianz weit weniger offensiv und ambitioniert voran als die AGF: Bis zur Jahrtausendwende übernahm sie lediglich sieben Sitzungsvorsitze und damit deutlich weniger als alle übrigen Mitglieder.

VERGLEICH ZWISCHEN DER FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT (FHG) UND DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER GROBFORSCHUNGSEINRICHTUNGEN (AGF) HINSICHTLICH DES VORSITZES BEI TREFFEN DER ALLIANZ ZWISCHEN 1980 UND 2000



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis der Unterlagen zu den einzelnen Treffen in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, DFGA, AZ 0224 und AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis.

In sozialen Organisationen ist der Normalmodus nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit. Formal gleichgestellte Akteur*innen sind in der sozialen Praxis selten gleich, zumal in von Macht geprägten Organisationen. Das gilt auch für die Allianz, in der sich AGF und FhG bis weit in die 1980er Jahre hinein – und darüber hinaus – in der Rolle von Juniorpartnerinnen befanden.²⁰⁰ Das zeigte sich schon, wie erwähnt, in der personellen Repräsentation: Während die Gründungsmitglieder jeweils mit zwei Personen in den gemeinsamen Besprechungen vertreten waren, war von AGF und FhG nur der Vorsitzende beziehungsweise Präsident zu den Sitzungen geladen. Ihre Geschäftsführer waren – anders als die Generalsekretäre von MPG, DFG, WR und WRK – keine Mitglieder der Allianz und blieben bei den Beratungen außen vor. Wie wir im Fol-

²⁰⁰ Auf die Ungleichheit hatte bereits Rainer Klofat 1991 hingewiesen, vgl. Klofat, Herrenhaus, 15. 11. 1991, 24.

genden sehen werden, blieb das machtpolitische Gefälle zwischen Gründungs- und Neumitgliedern auch in den 1990er Jahren noch in erheblichem Maße erhalten, ehe es sich nach der Jahrtausendwende zunehmend nivellieren sollte.

2.4 Veränderungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft und die Reaktionen der Allianz

Im Verlauf der langen 1970er Jahre hatte sich die Allianz als zentrales wissenschaftspolitisches Abstimmungsgremium der einflussreichsten, bundesgeförderten Wissenschaftsorganisationen etablieren und zugleich ihre Rolle als enge Gesprächspartnerin der Politik festigen können.

Im Zuge der Wiedervereinigung erfuhr die Allianz nun eine weitere Bedeutungsaufwertung, da sie von politischer Seite in verschiedene wegweisende Verhandlungsprozesse zur Zukunft der ostdeutschen Forschungslandschaft eingebunden wurde. Arbeitsanfall und Abstimmungsbedarf wuchsen und mit ihnen die Anzahl der Zusammenkünfte des Präsidentenkreises, die auf vier jährliche Termine anwuchs. Zugleich traf sich die Allianz in diesem Zeitraum auch verstärkt außerhalb der etablierten Kaminrunden mit zentralen Akteur*innen aus Wissenschaft und Politik, um über die Gestaltung der Forschungslandschaft im vereinten Deutschland zu debattieren und die Perspektive der großen westdeutschen Wissenschaftsorganisationen in den Transformationsprozess einzubringen.²⁰¹ Dies zeugt, ebenso wie die Zunahme bilateraler Gespräche der einzelnen Wissenschaftsorganisationen mit dem BMFT,²⁰² vom gestiegenen Abstimmungsbedarf zwischen Wissenschaft und Politik.

Die tiefgreifenden Veränderungen im deutschen Wissenschaftssystem durch die Wiedervereinigung sollten das Binnenverhältnis in der Allianz maßgeblich beeinflussen und das Gremium auf eine veritable Bewährungsprobe stellen, die schließlich in einen handfesten Konflikt zwischen den Kooperationspartner*innen mündete.

2.4.1 Die Reaktionen der Allianz auf die Wiedervereinigung

Bereits gegen Ende des Jahres 1989 wuchs in den westdeutschen Wissenschaftsorganisationen das Interesse an ihren ostdeutschen Pendanten beträchtlich, und so nahmen beispielsweise

201 Hinweise auf ein entsprechendes Gespräch der Allianz mit den Regierungschefs von Bund und Ländern am 21. 12. 1989 finden sich z. B. im internen Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 21. 12. 1989, in DFGA, AZ 02219-04, Bd. 12. Ebenso fand im Dezember 1989 ein Gespräch der Allianz mit der BLK zu Fragen der Forschungsförderung statt, vgl. den internen Vermerk des BMFT zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 5. 3. 1990, BACh, B196/103447. Außerdem nahm die Allianz auch am Treffen des BMFT mit der DDR-Delegation am 3. 7. 1990 teil, Vermerk des BMFT über das Gespräch mit Vertretern der DDR und Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft am 3. 7. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 337.

202 Vgl. zur Zunahme bilateraler Gespräche Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 197–211.

Rektor*innen ostdeutscher Hochschulen bereits an Sitzungen der WRK teil.²⁰³ Doch während rasch klar war, dass sich die turbulente Situation für die DFG und die WRK vergleichsweise einfach durch eine Erweiterung ihres Mitgliederkreises lösen ließe, deutete sich bereits im Frühjahr 1990 an, dass sich die Lage für die außeruniversitäre Forschung – insbesondere für die FhG und die MPG – grundlegend anders darstellte.²⁰⁴ Denn von beiden Wissenschaftsorganisationen erwartete das BMFT, dass sie sich an der »Neuordnung von FuE-Strukturen in der DDR«,²⁰⁵ vor allem hinsichtlich der Zukunft der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), aktiv beteiligen würden. Die MPG begann zwar, auf Präsidentenebene Beratungen mit der AdW über eine mögliche Zusammenarbeit der beiden Organisationen zu führen, und regte so zumindest den Ausbau der bis dato eher punktuellen Beziehungen an; doch verhielt sie sich im Allgemeinen eher zurückhaltend.²⁰⁶ So erklärte der scheidende Präsident Heinz A. Staab auf einer Festversammlung der MPG in Lübeck, dass diese einem institutionellen Engagement »im Bereich der Akademie der Wissenschaften« äußerst skeptisch gegenüberstehe.²⁰⁷ In ähnlicher Weise äußerte sich bei dieser Gelegenheit sein Nachfolger, Hans Zacher,²⁰⁸ der auf der abschließenden Pressekonferenz noch deutlichere Worte fand. Seine Anmerkung, dass gewisse Bereiche der Geisteswissenschaften in der DDR einer »Wüste« gleichen würden,²⁰⁹ wurde rasch zum geflügelten Wort und prägte, auch aufgrund der überspitzten Darstellung in der Presse, lange den Diskurs.²¹⁰

Wesentlich proaktiver agierte hingegen die Fraunhofer-Gesellschaft, womit sie gewissermaßen ihrem institutionellen Profil als junge und dynamische Wissenschaftsorganisation gerecht wurde.²¹¹ Bereits in den ersten Monaten des Jahres 1990 brachte sie auf Basis zweier Gespräche mit dem DDR-Minister für Wissenschaft und Technik, Peter-Klaus Budig, ein breit angelegtes Kooperationsprogramm auf den Weg, das unter anderem Wissenschaftler*innen-Austauschprogramme, Workshops, Fortbildungslehrgänge, gemeinsame Verbundprojekte und Patenschaften für DDR-Institute vorsah.²¹² Tempo und Intensität des Engagements der FhG waren

203 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 158–160.

204 Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung des Präsidentenkreises (TOP DDR) am 5. 3. 1990, BAArch, B 196/103447.

205 Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung des Präsidentenkreises (TOP DDR) am 5. 3. 1990, BAArch, B 196/103447.

206 Vgl. zur Rolle der MPG in dieser Phase insbesondere Mitchell G. Ash: *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Vereinigung 1989–1995*. Berlin: GMPG-Preprint 2020, 50–278.

207 Heinz A. Staab: Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 53–63, 61.

208 Vgl. Hans F. Zacher: Herausforderungen an die Forschung. Ansprache des neuen Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 63–68, 66.

209 Anlage zum Ergebnisprotokoll der Sitzung der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion des Wissenschaftlichen Rates vom 2. 10. 1990 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821, fol. 24 verso.

210 Für eine ausführliche Analyse des Diskurses siehe Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 2020, 62–73.

211 Vgl. hierzu und im Folgenden insbesondere Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 194–203; vgl. außerdem Renate Mayntz: *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 123–124.

212 Bericht des BMFT zur deutsch-deutschen Zusammenarbeit bei den Wissenschaftsorganisationen vom 20. 2. 1990, BAArch,

sowohl wissenschaftlich als auch persönlich motiviert. So lag ihrem Präsidenten, Max Syrbe, als gebürtigem Ostdeutschen daran, den Umbau der Forschungslandschaft in der DDR aktiv mitzugestalten. Zugleich erhoffte sich Fraunhofer, in fachlicher Hinsicht vom Potential industrienaher Forschung in der DDR profitieren zu können.²¹³

Im Zuge der intensivierten Kooperation hatten die Zentralverwaltung und die Institutsleitungen von Fraunhofer zudem in Abstimmung mit ihren Zuwendungsgebern und dem Ministerium für Forschung und Technologie der DDR damit begonnen, die ostdeutsche Forschungslandschaft im Hinblick auf Einrichtungen zu überprüfen, die möglicherweise übernommen werden könnten. Bereits im August 1990 lag ein internes Papier vor, das die Integration von insgesamt 14 Einrichtungen empfahl, darunter neun Akademie-Institute, drei Kombinat-Institute und ein privates Institut.²¹⁴ Einen Monat später stellte Syrbe das Konzept in einem bilateralen Termin bei Minister Riesenhuber vor und verkündete die Pläne auch in der Presse.²¹⁵ Doch war das ehrgeizige Vorhaben von Fraunhofer zuvor nicht im Kreise der Allianz abgestimmt worden. Folglich fühlten sich die Präsidenten und Vorsitzenden der übrigen Wissenschaftsorganisationen überrumpelt, was MPG-Präsident Zacher schließlich dazu bewog, sich mit mahnenden Worten an seine Kollegen zu wenden: Die »öffentliche Erklärung der Fraunhofer-Gesellschaft« habe »beträchtliche Unruhe geschaffen«, weshalb er dringend darum bitte, »weitere Schritte dieser Art« zu unterlassen, bis die Kooperationspartner*innen »in der Allianz erneut darüber sprechen konnten«.²¹⁶ Zacher störte sich insbesondere daran, dass die Stellungnahme von Fraunhofer der Evaluation des Wissenschaftsrats vorgegriffen hatte und sich in der Folge die Anfragen bei der MPG bezüglich ihres Vorgehens auf dem Gebiet der DDR gehäuft hatten.²¹⁷ Die FhG hatte also die Allianz-Kooperationspartner*innen unwillentlich unter einen enormen »Zeit- und Liquidationsdruck« gesetzt,²¹⁸ während zugleich durch die fehlende allianzinterne Abstimmung eine gewisse »Gefahr des Auseinanderdriftens der Haltung der Wissenschaftsorganisationen« zu bestehen schien, wie Zacher in einem persönlichen Schreiben an Syrbe betonte.²¹⁹ Unter inhaltlichen Gesichtspunkten gab es hingegen keine grundsätzlichen Einwände gegen die Pläne von Fraunhofer.²²⁰ Wie sich in der Oktober-Sitzung der Allianz heraus-

B 196/103447; Schreiben von D. Schnabel (FhG) an G. Ziller (BMFT) vom 23.2.1990, BArch, B 196/103447.

213 Vgl. zur Wissenschaft in der DDR bspw. die Darstellung von Jürgen Kocka: *Wissenschaft und Politik in der DDR*. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 435–459.

214 Ausarbeitung der FhG »zur Ausdehnung der FuE-Aktivitäten der Fraunhofer-Gesellschaft auf das Gebiet der heutigen DDR« vom 20.8.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 165.

215 Vgl. etwa Fraunhofer-Gesellschaft. 14 Institute in der DDR. Staat und Wirtschaft lassen mehr forschen. *Handelsblatt* 186 (26.9.1990), 20.

216 Schreiben von H. F. Zacher an Allianz vom 7.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 163.

217 Schreiben von H. F. Zacher an Allianz vom 7.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 163.

218 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 22.10.1990, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4.

219 Schreiben von H. F. Zacher an M. Syrbe vom 10.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 164.

220 Schreiben von H. F. Zacher an M. Syrbe vom 10.9.1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 164.

kristallisierte, teilten sowohl die HRK²²¹ als auch die DFG die von Zacher geäußerten Bedenken, was den Zeitpunkt des Vorgehens betraf.²²² In der Diskussion konnte man sich schließlich darauf einigen, dass zwar jede Wissenschaftsorganisation weiterhin verschiedene Konzepte entwickeln könne, diese aber in Zukunft »nicht nach außen« getragen werden sollten, um so den Primat der Evaluation des Wissenschaftsrats zu wahren.²²³ Obwohl das »Vorpreschen« der FhG zunächst die Befürchtung einer »Filet-Metzgerei« ausgelöst hatte,²²⁴ entbrannte in der Folge kein scharfer Verteilungskampf um die ostdeutschen Forschungseinrichtungen. Vielmehr zeigte sich in dieser latenten Situation eines Umschlagens von Kooperation in Konkurrenz die große Stärke der Allianz: Die kontinuierlich geführten internen Gespräche ermöglichten einen offenen und durchaus kontroversen Austausch von Positionen, erlaubten zugleich aber die Harmonisierung der divergierenden Interessen.

Der Wissenschaftsrat im Wiedervereinigungsprozess: Auftrag und Evaluation

Dem Wissenschaftsrat kam in der Zeit der Wiedervereinigung eine herausragende Rolle zu. Auf Anregung von BMFT und BMBW wurde bereits im Januar 1990 eine Arbeitsgruppe namens »Deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen« eingesetzt, in der west- und ostdeutsche Wissenschaftler*innen zusammenarbeiteten.²²⁵ Schon der Name der Arbeitsgruppe deutet an, dass man im Wissenschaftsrat – zumindest zu dem Zeitpunkt, als die Arbeitsgruppe gegründet wurde – noch erwartete, dass die Wiedervereinigung ein langwieriger Prozess werden würde, der schließlich im Neuaufbau einer gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft münden sollte.²²⁶ Diese Einstellung spiegelt sich deutlich in den im Juli 1990 veröffentlichten *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit*. Das darin angekündigte und häufig zitierte Versprechen, auch das westdeutsche Wissenschaftssystem einer eingehenden Prüfung zu unterziehen,²²⁷ sollte der Wissenschaftsrat jedoch nicht halten können, was insbesondere der Dynamik des Vereinigungsprozesses geschuldet war. Denn obwohl

221 1990 hatte sich die WRK aufgrund der Wiedervereinigung und des Beitritts von Hochschulen aus den Neuen Bundesländern in Hochschulrektorenkonferenz (HRK) umbenannt.

222 Interessant ist, dass sogar Zacher den Entwurf der FhG in inhaltlichen Gesichtspunkten für »sehr interessant« hielt und die Meinung vertrat, dass die MPG »in der Sache davon lernen« könne. Schreiben von H. F. Zacher an M. Syrbe vom 10. 9. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 610, fol. 164. Siehe außerdem zur Diskussion in der Allianz: Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1990, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 10; Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1990, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1990, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 12.

223 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1990, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4.

224 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 22. 10. 1990, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4.

225 Sechs der insgesamt 18 Mitglieder kamen aus der ehemaligen DDR, darunter auch der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Außerdem durften mit Hans Joachim Meyer (Bildung und Wissenschaft) und Frank Terpe (Forschung und Technologie) zwei Minister der ehemaligen DDR als Gast an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilnehmen. Auf bundesdeutscher Seite waren Minister für Bildung und Wissenschaft sowie für Forschung und Technologie neben vier Länderministerien als reguläre Mitglieder in der AG vertreten.

226 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 158–162; Mayntz, *Deutsche Forschung*, 1994, 72–74.

227 Vgl. Wissenschaftsrat: *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Drucksache 9847/90. Berlin 6. 7. 1990, 6.

die Politik ihm, verglichen mit den übrigen Allianz-Mitgliedern, eine herausgehobene Rolle in der Gestaltung der gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft einräumte, wurde sein Handeln maßgeblich von zahlreichen externen Faktoren und Akteur*innen beeinflusst.²²⁸

Bereits im Frühjahr 1990 nahm der Vereinigungsprozess enorm Fahrt auf, und der Beitritt der DDR auf Grundlage des damaligen Art. 23 GG wurde immer konkreter. In der Folge erschien es den (wissenschafts-)politischen Akteur*innen, vor allem auf westdeutscher Seite, nicht erstrebenswert, separate DDR-Strukturen zu bewahren.²²⁹ So entschied sich die DFG nach ihrer Senatssitzung im April, ihr Wirken auf das Gebiet der DDR auszuweiten, um so die Gründung einer Parallelgesellschaft zu vermeiden.²³⁰ Auch im BMFT kristallisierte sich bald eine vergleichbare Einstellung heraus. Im Vorfeld des für den 3. Juli terminierten Gesprächs zwischen Allianz, Vertretern der Industrie, einer Delegation der DDR und seinem Haus wandte sich Bundesforschungsminister Riesenhuber an die Mitglieder des Präsidentenkreises und skizzierte seine Erwartungen:

Als Ergebnis des Gesprächs würde ich ideal finden, wenn breiter Konsens über folgende Thesen erreicht werden könnte:

1. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wird es eine einheitliche deutsche Forschungslandschaft geben, die in ihren Strukturen und Grundwerten der im jetzigen Bundesgebiet entspricht.
2. [...] Spezifische Sonderstrukturen für das Gebiet der DDR wird es – nach einer unvermeidlichen, aber hoffentlich kurzen Übergangs- und Anpassungszeit – nicht mehr geben. Vielmehr wird es nur eine DFG, eine MPG, eine FhG usw. geben.²³¹

Am Vortag des anberaumten Termins mit den ostdeutschen Vertretern signalisierte die Allianz in einer Sitzung des Präsidentenkreises ihre Zustimmung zu Riesenhubers Plänen.²³² Trotz bleibender Vorbehalte der ostdeutschen Delegation um Forschungsminister Frank Terpe einigte man sich auf das Ziel, »eine einheitliche Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland« zu schaffen, deren künftige Struktur an die »Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutsch-

228 Vgl. zum gebrochenen Versprechen des WR insbesondere Marie-Christin Schönstädt: »Eine neue, gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt«. Über ein implizites Versprechen des Wissenschaftsrates infolge der »Wende«. In: Jan-Hendryk de Boer (Hg.): *Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2019, 392–405.

229 Vgl. dazu auch Renate Mayntz: Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 20/1 (1992), 64–82, 73–75.

230 Vgl. dazu Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 2020, 34–35; Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 159–161; Hans-Georg Wolf: *Organisationsschicksale im deutschen Vereinigungsprozess*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996, 47–51.

231 Schreiben von H. Riesenhuber an Präsidentenkreis und Industrievertreter vom 28. 6. 1990, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 276 [Hervorhebungen im Original].

232 Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 2. 7. 1990, BArch, B 196/103448; s. hierzu auch Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 2020, 39.

land heute« angepasst werden sollte.²³³ Als »zentrale Aufgabe« betrachteten die Gesprächsteilnehmer »die Einpassung der in der Akademie der Wissenschaften [...] der DDR zusammengefaßten Einrichtungen in eine solche Forschungslandschaft«.²³⁴ Das machte es überdies erforderlich, »leistungsfähige« Einrichtungen zu identifizieren, was schließlich den Wissenschaftsrat als zuständigen Akteur für diese Aufgabe ins Spiel brachte und bereits in der anschließenden Presseerklärung öffentlichkeitswirksam festgehalten wurde.²³⁵ Im August erhielt der Wissenschaftsrat schließlich durch Art. 38 des Einigungsvertrags den offiziellen Auftrag zur Evaluation der öffentlich getragenen wissenschaftlichen Einrichtungen in der DDR, die bis Jahresende 1991 abgeschlossen sein sollte.²³⁶ Damit räumte die Politik dem Wissenschaftsrat eine bedeutende Rolle in der Neuorganisation und Gestaltung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern ein.²³⁷ Der Auftrag war dabei auf die Evaluation der außeruniversitären Forschung beschränkt, da Hochschulforschung der Zuständigkeit der Länder unterlag.²³⁸ Der Wissenschaftsrat setzte jedoch neben dem aus neun Arbeitsgruppen bestehenden Evaluationsausschuss auch einen Strukturausschuss ein, dessen 16 Arbeitsgruppen die Hochschulen besuchen sollten, um eine für die Empfehlungen zur außeruniversitären Forschung notwendige Einschätzung der »Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten« der einzelnen Fächer zu erlangen.²³⁹ Zudem sollte der Strukturausschuss den Um- und Ausbau der Hochschulen je fachspezifisch begleiten und überregional koordinieren.²⁴⁰

Um angesichts der schieren Größe des Verfahrens den Überblick zu behalten,²⁴¹ waren in den verschiedenen Arbeitsgruppen der beiden Ausschüsse rund 500 Sachverständige tätig, während

233 Bundesministerium für Forschung und Technologie: *Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft*. Pressemitteilung. Bonn 3. 7. 1990.

234 Bundesministerium für Forschung und Technologie, *Weichenstellung*, 3. 7. 1990.

235 Bundesministerium für Forschung und Technologie, *Weichenstellung*, 3. 7. 1990. Die Idee, den Wissenschaftsrat mit der Evaluation zu beauftragen, wurde dabei bereits im Frühjahr 1990 von der Kultusministerkonferenz (KMK) entwickelt. Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 160; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 109–110; Peter Kreyenberg: Die Rolle der Kultusministerkonferenz im Zuge des Einigungsprozesses. In: Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 191–204; Andreas Stucke: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51/92 (1992), 3–14, 10.

236 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 158–164; Ariane Brill: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017, 33–37; Mayntz, *Forschung*, 1992, 64–82, 64–72; Mayntz, *Deutsche Forschung*, 1994, 91–104; Wolf, *Organisationsschicksale*, 1996, 51–61.

237 Vgl. Ariane Neumann: *Die Exzellenzinitiative. Deutungsmacht und Wandel im Wissenschaftssystem*. Wiesbaden: Springer VS 2015, 164–172; Röhl, *Wissenschaftsrat*, 1994, 196–201.

238 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 158–177; Friedhelm Neidhardt: *Institution, Organisation, Interaktion. Funktionsbedingungen des Wissenschaftsrats*. *Leviathan* 40/2 (2012), 271–296, 280–282; Gerhard Neuweiler: *Der Wissenschaftsrat nach 1990*. In: Lothar Mertens (Hg.): *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?* Berlin: Duncker & Humblot 2001, 263–276, 265–268.

239 Neuweiler, *Wissenschaftsrat*, 2001, 263–276, 267.

240 Vgl. Wilhelm Krull: Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In: Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 205–225, 205–206.

241 Schließlich mussten über 130 Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) und ihrer Schwesterorganisationen begutachtet werden.

gleichzeitig die Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats personell erweitert wurde.²⁴² Im Zuge seiner Evaluationstätigkeit versendete der WR bereits ab Juli 1990 Fragebögen an die AdW-Institute und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der DDR. Diese dienten als Grundlage für die ab September startenden Begehungen der Institute. Der Wissenschaftsrat folgte damit einem Vorgehen, das sich bei der Begutachtung der Blaue-Liste-Institute vielfach bewährt hatte.²⁴³ Die Evaluationen konnten größtenteils im Laufe des Jahres 1991 fertiggestellt werden und mündeten in die *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin*, die 1992 in zehn Bänden publiziert wurden.²⁴⁴

Kritik an den Empfehlungen des Wissenschaftsrats

In seinen Stellungnahmen sprach sich der Wissenschaftsrat dafür aus, mehr als 30 ehemalige Akademie-Institute in die Blaue Liste (BL) einzugliedern, was zu ersten Spannungen in der Allianz führte. Für die Allianz-Mitglieder galt die Blaue Liste als Konglomerat unzusammenhängender Institute, deren überregionale Bedeutung und gesamtstaatliches wissenschaftliches Interesse, das der gemeinsamen Förderung durch Bund und Länder zugrunde lag, zumindest in Teilen fragwürdig erschienen.²⁴⁵ Doch gerade die Heterogenität der Blauen Liste sollte nun den Fortbestand positiv evaluierter Akademie-Institute ermöglichen, die sich nicht in die Profile von FhG, MPG oder AGF einpassen ließen.²⁴⁶

Das überproportionale Wachstum der Blauen Liste durch die Wiedervereinigung weckte in der Allianz starke Bedenken. Sie favorisierte stattdessen eine Überführung der ehemaligen Akademie-Institute in die Universitäten.²⁴⁷ Einmal mehr war es Reimar Lüst, dem die Aufgabe zufiel, die Position der Allianz öffentlich zu formulieren. In einem Artikel in der FAZ warnte er, die Blaue Liste könne sich auf Bestreben der Politik als neue Säule der Forschungsförderung etablieren. Da diese im Gegensatz zu MPG oder FhG allerdings über keine handlungsfähige Selbst-

242 Trotz entsprechender Bemühungen des Wissenschaftsrates rekrutierten sich die Sachverständigen größtenteils aus der ehemaligen Bundesrepublik. Ostdeutsche oder ausländische Wissenschaftler*innen waren nur in geringem Umfang vertreten. Vgl. Benz, Wissenschaftsrat, 1996, 1667–1687, 1682–1683; Wilhelm Krull: Neue Strukturen für Wissenschaft und Forschung. Ein Überblick über die Tätigkeit des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51 (1992), 15–28, 16–17; Mayntz, *Deutsche Forschung*, 1994, 137–145; Dieter Simon: Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärtsgewandte Rückschau. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51/92 (1992), 29–36, 29–31.

243 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 164–171; Mayntz, *Deutsche Forschung*, 1994, 137–145. – Im Anschluss an die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung hatten sich Bund und Länder 1977 darauf geeinigt, 46 Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung gemeinsam zu fördern. Die Liste war auf blauem Papier gedruckt worden, wodurch der Name »Blaue-Liste-Institute« entstand.

244 Vgl. Wissenschaftsrat: *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin*. 10 Bde. Köln 1992.

245 Vgl. zu dieser Wahrnehmung Reimar Lüst: Blaue Listen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (27. 3. 1993), 44.

246 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 164–171; Brill, *Blauen Liste*, 2017, 37–43; Wilhelm Krull und Simone Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation der deutschen Wissenschaftsorganisationen. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 200–235, 204–206; Mayntz, *Deutsche Forschung*, 1994, 198–207.

247 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 16. 9. 1991, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 11; siehe dafür auch Hintze: Kooperative Wissenschaftspolitik, S. 109–115.

verwaltung mit Exekutivgewalt verfügte, wäre sie starken staatlichen Steuerungseingriffen unterworfen. Dies wiederum könnte schlimmstenfalls einen Angriff auf das höchste Gut der Wissenschaftsorganisationen bedeuten: ihre Autonomie.²⁴⁸ Ihre diesbezüglich in den internen Gesprächen geäußerten Befürchtungen sah die Allianz durch den Wissenschaftsrat allerdings nicht berücksichtigt.²⁴⁹

Die Vorbehalte der Allianz gegen das Anwachsen der Blauen Liste wurden auch aus der Konkurrenz um finanzielle Mittel gespeist.²⁵⁰ In Zeiten knapper finanzieller Ressourcen trat die Blaue Liste unweigerlich als Konkurrent der Allianz auf – zumal ihr Fördervolumen von Bundesseite durch ihr rasantes Wachstum das der DFG und der FhG übertraf und sogar den Vorjahreswert der MPG überschritt. In der Allianz wurden daher Stimmen laut, die dem Wissenschaftsrat vorwarfen, mit seinen Empfehlungen eine »Wettbewerbsverzerrung« auszulösen, unter der letztlich die Qualität der Forschung erheblich leide.²⁵¹

ÜBERSICHT ÜBER DEN ANTEIL DES BUNDES AN DER GEMEINSAMEN FÖRDERUNG VON MPG, DFG, BLAUER LISTE UND FhG ZWISCHEN 1965 UND 2000



Quelle: Eigene Visualisierung basierend auf einer systematischen Auswertung der entsprechenden Angaben aus den Bundesberichten Forschung für die Jahre 1965 bis 2000.

248 Vgl. Lüst, Blaue Listen, 27. 3. 1993, 44.

249 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 16. 9. 1991, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13; Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 16. 9. 1991, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 11.

250 Interner Vermerk der DFG zur Sitzung der Allianz am 16. 9. 1991, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13.

251 Martin Schneider: Eine Ordnung für die Blaue Liste? Die fünfte Säule staatlicher Forschungsförderung wird neu bewertet. *Süddeutsche Zeitung* (30. 4. 1992), 67.

Doch nicht nur die *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin* stießen in der Allianz auf Widerspruch. Auch gegen die ebenfalls 1992 veröffentlichten *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin* regte sich Kritik, die sich insbesondere gegen das allgemeine Vorgehen des Wissenschaftsrats richtete.²⁵² Anders als bei der außeruniversitären Forschung waren diese Empfehlungen zwar nicht aus einer offiziellen Evaluation heraus entstanden, doch ähnelte sich das generelle Vorgehen des Wissenschaftsrats dabei in vielen Bereichen. Daher festigte sich der Eindruck eines quasievaluativen Verfahrens, der durch die zeitliche Nähe der beiden Publikationen und die zahlreichen konkreten Vorschläge zur Zukunft einzelner Hochschulen verstärkt wurde. Daran störte sich insbesondere die für die universitären Belange zuständige HRK, was zu teils heftigen Debatten in der Allianz führte. HRK-Präsident Hans-Uwe Erichsen warf seinem WR-Kollegen Dieter Simon vor, bei seinen Empfehlungen einem rein »etatistische[n] Ansatz« zu folgen, der aus Sicht der Hochschulen untragbar und »nicht akzeptabel« sei.²⁵³ Umgekehrt störte sich der Wissenschaftsrat an dem vom HRK-Präsidium empfohlenen Verfahren zur Vorbereitung von Struktur- und Personalentscheidungen in den neuen Ländern, die nach Einschätzung der HRK größtenteils auf Ebene der einzelnen betroffenen Universitäten anzusiedeln seien.²⁵⁴ Die Kontroverse zwischen den beiden Rechtswissenschaftlern spitzte sich in den folgenden Wochen weiter zu und wurde sogar öffentlich in der Presse ausgetragen. So beschuldigte Erichsen den Wissenschaftsrat, in die Zuständigkeitsbereiche der Länder hineingreifen zu wollen. Darüber hinaus warnte er davor, der Wissenschaftsrat würde sich zur »zentrale[n] Wissenschaftsplanungsinstanz« hochstilisieren wollen.²⁵⁵ Simon konterte diese Vorwürfe im Dezember in einem ausführlichen Artikel in der FAZ, in dem er die HRK unter anderem mit dem Vorwurf konfrontierte, ihre Kritik sei primär von finanziellen Eigeninteressen geprägt. Auch andere Allianz-Mitglieder, insbesondere die MPG, bedachte Simon mit mahnenden Worten.²⁵⁶

Das Ausmaß, das die Kontroverse zwischen HRK und Wissenschaftsrat im Laufe des Jahres 1991 angenommen hatte, wurde in der ersten Allianz-Sitzung des Folgejahres intensiv besprochen. Nach längeren Diskussionen einigte man sich schließlich darauf, künftig öffentliche Angriffe aufeinander zu unterlassen, um »weiteren Schaden zu vermeiden«.²⁵⁷ Einmal mehr wog das Kooperationsgebot der Allianz schwerer als unterschiedlich gelagerte Interessen.

252 Vgl. Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin*. 4 Bde. Köln 1992.

253 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 22. 5. 1991, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4.

254 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 22. 5. 1991, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13.

255 Kurt Reumann: »Wir haben die Nazis und Kommunisten überlebt, jetzt drohen wir am Wissenschaftsrat zu scheitern«. Polemik im Streit um die Universitäten in Rostock und Greifswald. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. 7. 1991), 4.

256 Vgl. Dieter Simon: Dompteur im Zoo der Forschungslobby. Über die bisherige und die zukünftige Rolle des Wissenschaftsrates. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 301 (30. 12. 1991), 23–24.

257 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4; siehe auch interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 59.

Doch ungeachtet aller internen Beschwichtigungsversuche verstärkte sich in der Allianz das Unbehagen über die schleichende Bedeutungszunahme des Wissenschaftsrats. Dieser betrachtete sich selbst angesichts der hohen Akzeptanz, auf die seine Empfehlungen zur außeruniversitären Forschung in der Politik gestoßen waren, als einen der Gewinner des Evaluationsverfahrens,²⁵⁸ während die übrigen Allianz-Mitglieder die interne Kräftebalance bedroht sahen. So notierte die MPG in einem internen Papier mit spürbarem Missfallen, der Wissenschaftsrat habe »ein völlig neues Gewicht in der deutschen wissenschaftspolitischen Landschaft erlangt«, was sich in einer neuen Qualität seiner Steuerungskompetenzen ausdrücke.²⁵⁹ Der Wissenschaftsrat übernehme »zunehmend die Rolle eines Moderators im bisher recht ungleichgewichtigen Dialog zwischen Politik und Wissenschaft über die großen Orientierungslinien der Wissenschaften auf dem Weg [...] ins 21. Jahrhundert hinein«. ²⁶⁰ Für die MPG barg dieses Vorgehen

unvermeidbar [...] Risiken. Zu hinterfragen ist dabei weniger, ob es eines solchen Moderators zwischen Politik und Wissenschaft über heutige und künftige Leitlinien der Wissenschaftsstruktur und -politik bedarf, sondern, ob diese Funktion von der tatsächlich dazu geeigneten Institution übernommen wurde, und wenn ja, ob diese auf die erforderliche Kompetenz sowie auf eine breite Repräsentanz aller Beteiligten verweisen kann.²⁶¹

Offenbar fühlten sich die übrigen Allianz-Mitglieder in der Entscheidungsfindung in wichtigen wissenschaftspolitischen Fragen durch die neue Rolle des Wissenschaftsrats zunehmend übergangen. Doch anders als in den internen Gesprächen der Allianz konnten sie ihre institutionellen Einzelinteressen nicht in gebührendem Maße in den Wissenschaftsrat – der zwar auch als kooperatives Gremium, jedoch primär als Mittler zwischen Wissenschaft und Politik diente – einbringen. Somit entwickelte sich zwischen dem Wissenschaftsrat und den übrigen Mitgliedern der Allianz gewissermaßen eine Konkurrenz um wissenschaftspolitischen Einfluss und politisches Mitspracherecht. Diese veränderte Wahrnehmung des Wissenschaftsrats als Konkurrent statt als Kooperationspartner wirkte sich destabilisierend auf das sorgfältig ausartete Binnenverhältnis der Allianz aus.²⁶²

258 Vgl. Simon, Quintessenz, 1992, 29–36, 31.

259 Interner Vermerk der MPG zur Entwicklung der öffentlich getragenen außeruniversitären Forschung in Deutschland seit 1990 vom 25. 3. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 87.

260 Interner Vermerk der MPG zur Entwicklung der öffentlich getragenen außeruniversitären Forschung in Deutschland seit 1990 vom 25. 3. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 89.

261 Interner Vermerk der MPG zur Entwicklung der öffentlich getragenen außeruniversitären Forschung in Deutschland seit 1990 vom 25. 3. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 89.

262 Vgl. bspw. die WR-interne Schilderung über das Abschiedessen Simons im Kreis der Allianz, bei dem die Spannungen offen zutage traten. Interner Vermerk des WR zur Sitzung der Allianz am 11. 1. 1993, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 13.

Konflikt statt Konsens: die Causa Neuweiler

In dieser angespannten Situation übernahm im Januar 1993 der Münchner Zoologe Gerhard Neuweiler den Vorsitz des Wissenschaftsrats. Neuweiler, der ab 1988 Mitglied und ab 1992 Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats gewesen war,²⁶³ trat den neuen Posten mit dem Vorsatz an, das Reformwerk seines Amtsvorgängers fortzuführen.²⁶⁴ Wenngleich der von der Allianz so ungeliebte Vorschlag einer Evaluation des westdeutschen Wissenschaftssystems seit Ende 1992 vorerst nicht mehr offiziell zur Debatte stand,²⁶⁵ preschte Neuweiler wiederholt mit öffentlichkeitswirksamen Vorschlägen für konkrete und weitreichende Veränderungen vor. So sprach er sich unter anderem mehrfach für die Abschaffung der Habilitation aus und plädierte für eine Verlagerung sämtlicher praxisorientierter Studiengänge – einschließlich der Lehrerbildung – an die Fachhochschulen sowie für eine grundlegende Reform des Hochschulsystems.²⁶⁶

Auch allianzintern verschärften sich die Spannungen. Bereits in der zweiten Sitzung, an der Neuweiler als Vorsitzender teilnahm, kam es zu einem heftigen Zerwürfnis: Die Vertreter des Wissenschaftsrats lehnten es ab, einen gemeinsamen Brief der Allianz an den Bundesforschungsminister zu unterzeichnen, und plädierten stattdessen dafür, diesen nicht abzusenden, um ihren Empfehlungen in Sachen der europäischen Förderung der Grundlagenforschung nicht vorzugreifen. Doch die übrigen Wissenschaftsorganisationen wollten mit ihrer gemeinsamen Stellungnahme keinesfalls länger warten. Trotz zunächst weiterer Einwände der Delegierten des Wissenschaftsrats verständigte man sich schließlich darauf, den Brief nur im Namen der Präsidenten und Vorsitzenden von AGF, DFG, FhG, MPG und HRK zu versenden.²⁶⁷

Hinzu kamen Differenzen bezüglich der Forschungsprospektion, die Neuweiler qua Amt vor seinen Kollegen zu vertreten hatte.²⁶⁸ Die Allianz stand dem Thema grundsätzlich äußerst skeptisch gegenüber, da sie darin eine akute Gefahr für die Autonomie der Wissenschaft sah. Die Forschungsorganisationen störten sich insbesondere an der Überlegung des Wissenschaftsrats,

263 Vgl. Wissenschaftsrat: *50 Jahre Wissenschaftsrat. Dokumentation der 50-Jahr-Feier am 5. September 2007 im Deutschen Historischen Museum Berlin*. Köln 2008, 76, 112.

264 Vgl. bspw. Angela Lindner: Mit Stichwort Leistung in die Reform. *DUZ* 3 (1993), 4.

265 Siehe Mechthild Küpper: »Wenn es kein Eigentor ist, dann ist es Heuchelei«. Interview mit Dieter Simon, dem scheidenden Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, über Reformen, Studiengebühren und andere Lebenslügen der Bildungspolitik. *Der Tagesspiegel* (21. 1. 1993), 17. Zur Zurückhaltung der Allianz hinsichtlich einer möglichen Evaluation des Westens vgl. bspw. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 190–193; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 109–115.

266 Vgl. bspw. Georg Kursell: »Eine verzwickte hochinteressante Situation«. *DUZ*-Interview mit dem neuen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Professor Gerhard Neuweiler, über die Perspektiven seines Amtes. *DUZ* 5 (1993), 20–21; Gerhard Neuweiler: Wer hindert uns an einer Hochschulreform? *Gewerkschaftliche Monatshefte* 44/11 (1993), 692–702; Beleidigter Stolz. *Der Spiegel* 5 (30. 1. 1994), 190.

267 Vgl. zur Diskussion zwischen dem WR und dem Rest der Allianz die entsprechenden Schilderungen bspw. interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 5. 5. 1993, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 17; Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 5. 5. 1993, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 6.

268 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 192.

für diese Aufgabe eine neue Einrichtung zu schaffen.²⁶⁹ Sie bevorzugten stattdessen, die DFG, die »von der wissenschaftlichen Community in Deutschland als unabhängig und interessenneutral in Sachen Forschungsförderung akzeptiert sei«,²⁷⁰ mit dieser Aufgabe zu betrauen. Überdies fühlten sich die übrigen Allianz-Mitglieder bei der Vorbereitung und Ausarbeitung der Empfehlungen in dieser so »grundsätzlichen Angelegenheit« durch den Wissenschaftsrat übergangen.²⁷¹

Doch nicht nur in inhaltlichen Fragen spitzte sich das angespannte Verhältnis zwischen dem Wissenschaftsrat und den übrigen Wissenschaftsorganisationen zu. Vielmehr regte sich auch gegen Neuweilers Person und sein forschendes Auftreten in der Öffentlichkeit Unmut. Denn der Zoologe hatte sich während seiner bisherigen Amtszeit nicht mit öffentlicher und teils scharfer Kritik an seinen Kollegen zurückgehalten und damit gegen die ungeschriebenen Regeln der Konsenskultur verstoßen.²⁷²

Von einem Vortrag Neuweilers auf der Fachhochschulrektorenkonferenz im Jahr 1993 berichtete die *DUZ* (Deutsche Universitätszeitung) beispielsweise Folgendes:

Klare Worte gefunden hat einmal mehr der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Gerhard Neuweiler. [...] Die Blaue Liste verteidigte er [...] gegen »herbe und unseriöse« Angriffe aus der westdeutschen Wissenschaft, »insbesondere von der HRK, DFG und der Max-Planck-Gesellschaft«. Der Vorwurf, in den neuen Ländern gebe es zuviele Blaue Liste Institute [sic!] sei »falsch«. [...] Eine auch nur marginale Eingliederung der BL-Forschungsaktivitäten in die Universitäten, so Neuweiler, wäre »schlichtweg unmöglich«, habe sich doch in drei Jahren keine Universität gemeldet, die auch nur eine Arbeitsgruppe hätte übernehmen wollen. [...] Von den westdeutschen Herren wird aus durchsichtigen Gründen ein eigenes Wahrnehmungsproblem zu einem allgemeinen Strukturproblem hochgejubelt.²⁷³

Damit trug Neuweiler den allianzinternen Dissens über die Empfehlungen zur außeruniversitären Forschung beziehungsweise über die Zukunft der Blauen Liste in die Öffentlichkeit. Dieses so unübliche Vorgehen bewog mit Reimar Lüst ein ehemaliges langjähriges Mitglied der Allianz dazu, sich mit mahnenden Worten an Neuweiler zu wenden und ihn auf die Umgangsformen dieses kooperativen Gremiums hinzuweisen:

269 Vgl. Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zu einer Prospektion für die Forschung*. Drucksache 1645/94. Berlin 8. 7. 1994, 39.

270 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz vom 1. 9. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 614.

271 Besonders deutlich wird dieser Punkt in der Schilderung der DFG: Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 1. 9. 1993, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 17.

272 Vgl. Konrad Adam: Der Einjährige. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 16 (20. 1. 1994), 27; Mechthild Küpper: Ein Sonntagskind des Föderalismus. Der einstige Vorsitzende Gerhard Neuweiler gratuliert dem Wissenschaftsrat zum vierzigsten Geburtstag und wünscht ihm mehr Schärfe. *Süddeutsche Zeitung* (29. 9. 1997), 34.

273 Rainer Dettmar: Haltet den Dieb. *DUZ* 21 (1993), 4.

[A]us der DUZ 21/1993 kam mir eine Notiz mit Ihrem Bild zu Gesicht, in dem [sic!] Sie zitiert werden im Zusammenhang mit der Blauen Liste. Wenn die Zitate stimmen sollten, fände ich es schlimm, wie Sie mit den Kollegen in der Allianz umgehen. Ich gehöre ja nicht dazu, deswegen schreibe ich Ihnen. [...] Alles in allem ist mir diese Art der Wissenschaftspolitik des Wissenschaftsrats unverständlich. Denn sie ist kurzfristig und berücksichtigt weder das Verhältnis von Bund und Ländern noch die legitimen Interessen der Mitglieder der Allianz. Es war immer eine Aufgabe des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates[,] hier einen Ausgleich zu finden.²⁷⁴

Doch zum Zeitpunkt von Lüsts Schreiben hatte die Allianz bereits ihrerseits auf die Situation reagiert und neue Tatsachen geschaffen, allerdings zunächst hinter verschlossenen Türen: Im Spätsommer stand turnusgemäß die Nominierung der Mitglieder für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats auf der Tagesordnung der vorschlagsberechtigten Organisationen. Bereits im Vorfeld erhielt die Allianz Kenntnis von einer informellen Vorabsprache, nach der die Wissenschaftliche Kommission sich bereits darauf geeinigt hätte, Neuweiler wiederum als Vorsitzenden zu wählen.²⁷⁵ Jedoch lief Neuweilers zweite Amtszeit im Wissenschaftsrat im Januar 1994 aus, was in dieser Sache ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellen sollte. Denn bei den allermeisten der bisherigen Nominierungen für den Wissenschaftsrat war die Allianz dem Prinzip der einmaligen Wiederwahl gefolgt, das die Dauer der Mitgliedschaft im Wissenschaftsrat auf sechs Jahre begrenzte. Neuweiler gehörte dem Gremium bereits seit 1988 an, folglich hatte er diese Obergrenze bereits erreicht. Jedoch handelte es sich bei dem Grundsatz der einmaligen Wiederwahl lediglich um eine nicht offizielle Übereinkunft unter den vorschlagsberechtigten Mitgliedern der Allianz, die nicht im für den Wissenschaftsrat grundlegenden Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates schriftlich fixiert worden war. Nichtsdestoweniger waren die vorschlagsberechtigten Organisationen diesem Prinzip in den rund 35 Jahren des Bestehens des Wissenschaftsrats weitestgehend treu geblieben.²⁷⁶ Insgesamt hatte es in der Vergangenheit nur fünf Ausnahmen gegeben: So waren »aus besonderen Erwägungen« in den 1960er und frühen 1970er Jahren die Amtszeiten der beiden Gründungsmitglieder Gerhard Hess und Ludwig Raiser ebenso wie die der ehemaligen Vorsitzenden Hans Leussink und Reimar Lüst de facto um je ein weiteres Jahr verlängert worden.²⁷⁷ Die letzte Amtszeitverlängerung hatte in großem zeitlichen Abstand zu den vorherigen Verlängerungen Neuweilers direkten Amtsvorgänger, Dieter Simon, betroffen und war insbesondere der außergewöhnlichen Situation rund um die Wiedervereini-

274 Schreiben von R. Lüst an G. Neuweiler vom 30. 11. 1993, DA GMPG, Barcode 108244.

275 Zur informellen Vorabsprache im Wissenschaftsrat siehe den entsprechenden Hinweis im internen Vermerk der MPG über die Sondersitzung der verkleinerten Allianz am 1. 9. 1993, DA GMPG, BC 108244.

276 Vgl. hierzu und im Folgenden auch Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 190–193.

277 Interner Vermerk der MPG zur Nomination für die Wissenschaftliche Kommission des WR vom 22. 9. 1993, DA GMPG, BC 108244. Ausschlaggebend für die Verlängerung von Lüsts Amtszeit war ein Wechsel im Amt des Generalsekretärs im Jahr 1971.

gung geschuldet gewesen.²⁷⁸ Der Vorschlag einer dritten Amtszeit Simons war dabei von DFG-Präsident Hubert Markl und damit aus den Reihen der Allianz gekommen.²⁷⁹

In Neuweilers Fall entstand der Wunsch nach einer Verlängerung seiner Amtszeit nicht in der Allianz selbst. Er wurde vielmehr von außen an sie herangetragen, was sich – in Kombination mit der angespannten Grundsituation – keineswegs förderlich auswirken sollte. Denn die vorschlagsberechtigten Organisationen vermuteten, dass die Initiative gar direkt auf Neuweiler selbst zurückzuführen sei, dessen Vorschlag lediglich durch »allgemeines Kopfnicken« zugestimmt worden wäre,²⁸⁰ was ihre Vorbehalte nur verstärkte.

Die vorschlagsberechtigten Organisationen beschlossen, diese durchaus heikle Frage in einem persönlichen Gespräch zu klären, und so lud der Präsident der DFG, dem die Federführung in dieser Angelegenheit oblag, die Präsidenten und Generalsekretäre von MPG und HRK ebenso wie den neuen Vorsitzenden der AGF zu einer informellen Vorbesprechung im Vorfeld der am selben Tag stattfindenden Allianz-Sitzung ein. Im Einladungsschreiben bemerkte die DFG bereits, es seien »einige grundsätzliche Fragen« in dieser verkleinerten Runde zu klären.²⁸¹ Im Anhang versendete sie ausführliche Aufzeichnungen, die deutlich auf den »Grundsatz der einmaligen Wiederbenennung« hinwiesen, womit sie den rechtlichen Rahmen für die von ihr bevorzugte Entscheidung absteckte.²⁸² Auch unter den übrigen Teilnehmern dieser Sondersitzung fand Neuweiler keine Fürsprecher. Vielmehr störten sich alle an den zunehmenden Alleingängen des Wissenschaftsrats, die das Kooperationsgebot der Allianz offen in Frage stellten, und so einigten sie sich, »Neuweiler nicht erneut zu nominieren«.²⁸³ In der anschließenden Allianz-Sitzung teilten sie dies den beiden Vertretern des Wissenschaftsrats mit und beriefen sich dabei in erster Linie auf »prinzipielle [...] Gründe«, die einer erneuten Nominierung Neuweilers entgegenstünden.²⁸⁴ Doch damit nicht genug: Sie ließen den Wissenschaftsrat wissen, sie würden in Zukunft unter Ausschluss seiner Vertreter über die Nominierungen beraten.

Deutlicher hätte die »verkleinerte Allianz« nicht zum Ausdruck bringen können, dass es ihr weit über das Prinzip der einmaligen Wiederwahl hinaus darum ging, dem Wissenschaftsrat seine Grenzen aufzuzeigen. Vor allem war sie nicht mehr bereit, dessen Einmischung in die

278 Vertrauliche Aufzeichnung der DFG zur Nomination für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats vom 26. 7. 1993, DA GMPG, BC 108243.

279 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 2. 7. 1990, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 12.

280 Interner Vermerk der MPG über die Sondersitzung der verkleinerten Allianz am 1. 9. 1993, DA GMPG, BC 108244.

281 Schreiben der DFG an MPG, HRK und AGF bzgl. der Nominierungen für den WR vom 26. 7. 1994, DA GMPG, BC 108244.

282 Vertrauliche Aufzeichnung der DFG zur Nomination für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats vom 26. 7. 1993, DA GMPG, BC 108244.

283 Interner Vermerk der MPG über die Sondersitzung der verkleinerten Allianz am 1. 9. 1993, DA GMPG, BC 108244.

284 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 1. 9. 1993, DA GMPG, BC 108243. Auch die DFG hielt fest, dass »prinzipielle [...] Erwägungen« der Entscheidung zugrunde lagen. Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 1. 9. 1993, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 17.

Frage der Nominierungen und damit in ihren Zuständigkeitsbereich zu dulden. Neuweiler war vom geschlossenen Vorgehen seiner Kollegen »enttäuscht und persönlich betroffen«, und auch sein Generalsekretär, Winfried Benz, erschien »sehr verbittert«, weswegen insbesondere der MPG im Nachgang daran gelegen war, klarzustellen, dass ihre Haltung »nichts mit der Person Neuweiler« zu tun habe.²⁸⁵

Welche Rolle schlussendlich Neuweilers Person bei der Entscheidung über die verweigerter Nominierung gespielt hat, lässt sich anhand der Quellen nur mutmaßen. Nicht abzustreiten ist, trotz aller Beteuerungen der MPG, dass in der Allianz ein gewisses Unbehagen über das in Teilen forsche Auftreten des WR-Vorsitzenden in der Öffentlichkeit herrschte. Doch ungleich schwerer wogen die vermehrten Alleingänge des Wissenschaftsrats, die einer Attacke auf das Kooperationsgebot gleichkamen. Denn schon bei den Evaluationen im Zuge der Wiedervereinigung hatten die übrigen Wissenschaftsorganisationen den Eindruck gewonnen, der Wissenschaftsrat habe ihre Bedenken bei der Ausarbeitung seiner Empfehlungen und Stellungnahmen nicht angemessen berücksichtigt. Dieses Muster wiederholte sich unter Neuweilers Vorsitz, wie auch an den Diskussionen über die Empfehlungen zur Prospektion in der Forschung deutlich wurde. Nimmt man also das komplexe kooperative Geflecht der Wissenschaftsorganisationen auf ihrer Leitungsebene in den Fokus, wird deutlich, dass der Konflikt, der sich um Neuweilers verweigerter Wiederwahl entspannt, weniger als Zeichen einer generellen Reformunwilligkeit im Wissenschaftssystem interpretiert werden sollte.²⁸⁶ Vielmehr waren die Befürchtungen, dass das kooperative Gefüge der Allianz durch die nicht abgestimmten Alleingänge des Wissenschaftsrats aus dem Gleichgewicht geraten würde, konstitutiv für das Handeln der Allianz. Insbesondere die Zweifel der übrigen Allianz-Mitglieder, ob der Wissenschaftsrat ihre Interessen und Perspektiven auch weiterhin in die Ausarbeitung seiner Empfehlungen einbinden würde, und das daraus resultierende Konkurrenzgefühl in Fragen der Politikberatung können aus institutionengeschichtlicher Sicht als Ursache für das Aufbrechen dieses Konflikts betrachtet werden.

Rund drei Wochen nachdem die Allianz dem Wissenschaftsrat ihre Entscheidung in der Causa Neuweiler verkündet hatte, versuchte der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, Helmut Gabriel, noch einmal, die vorschlagsberechtigten Organisationen umzustimmen. Sowohl die gesamte Wissenschaftliche Kommission als auch die Verwaltungskommission würden dringend eine neuerliche Nominierung befürworten, um so »Arbeitsfähigkeit und [...] Wirkungsmöglichkeiten« des Gremiums zu bewahren.²⁸⁷ Der Vorstoß erzielte ebenso wenig Wirkung wie ein von den beiden Mitgliedern der Verwaltungskommission des

285 Interner Vermerk der MPG über die Sondersitzung der verkleinerten Allianz am 1. 9. 1993, DA GMPG, BC 108244.

286 Diese Deutung findet sich in Bartz: Wissenschaftsrat, S. 193. Obwohl Bartz darauf hinweist, dass »ein komplexeres Bündel aus Interessenlagen und persönlichen Animositäten« zur Verweigerung der Nominierung Neuweilers führte, schließt er trotzdem damit, »dass allzu radikale Reformvorschläge offenkundig nicht opportun waren«, was in der Interpretation dieser – für die Allianz – einmaligen Geschehnisse nicht gerecht wird.

287 Schreiben von H. Gabriel an W. Frühwald, H. Zacher, H.-U. Erichsen und J. Treusch vom 22. 9. 1993, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 17.

WR Fritz Schaumann (Staatssekretär im BMBW) und Diether Breitenbach (Minister für Wissenschaft und Kultur im Saarland) anberaumtes Treffen mit den Präsidenten der vorschlagsberechtigten Organisationen.²⁸⁸ Obwohl die Allianz zusicherte, noch einmal über den Vorgang zu beraten, blieb sie letztlich bei ihrer Entscheidung.²⁸⁹ So übernahm im Januar 1994 schließlich der Mathematiker Karl-Heinz Hoffmann das Amt des Vorsitzenden im Wissenschaftsrat, wohl infolge eines koordinierten, gemeinsamen Überzeugungsversuchs der vorschlagsberechtigten Organisationen.²⁹⁰

Gerhard Neuweiler holte indes resigniert zu einem verbalen Rundumschlag auf die Allianz aus, wodurch der Konflikt schließlich in die Öffentlichkeit getragen wurde. Nur wenige Tage nach der Wahl seines Nachfolgers gab er der Süddeutschen Zeitung ein Interview, in dem er seinem Unmut unmissverständlich Luft machte. Auf die Frage, warum die Allianz seine Wiederwahl in den Wissenschaftsrat verhindert habe, antwortete er ohne Umschweife:

Die Allianz ist mit vielem, was der Wissenschaftsrat 1993 empfohlen hat, nicht einverstanden, beispielsweise mit den Blaue-Liste-Instituten, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Der Wissenschaftsrat hat im Zuge der Wiedervereinigung eine ganze Reihe von neuen Blaue-Liste-Instituten eingerichtet, die damit in der außeruniversitären Forschungslandschaft ein sehr viel stärkeres Gewicht bekommen haben. Die anderen Wissenschaftsorganisationen betrachten diese Entwicklung mit gewisser Sorge. [...] Letztlich geht es aber wohl auch um die Machtbalance innerhalb der Wissenschaftspolitik. Ich persönlich vermute, daß die Allianz ihre Interessen im Wissenschaftsrat nicht genügend repräsentiert sieht und unter Führung der DFG die Chance genutzt hat, dem Wissenschaftsrat eins auszuwischen. Denn seit der Wiedervereinigung ist der Einfluß des Rates gestiegen.²⁹¹

Im weiteren Verlauf des Interviews bemängelte Neuweiler noch die »kleinkarierte Haltung« seiner Kollegen, die er als allgemeinen Beweggrund für ihr geschlossenes Vorgehen gegen ihn ausmachte, und beschuldigte sie, ihre Aktion »überfallartig inszeniert« zu haben.²⁹²

Neuweiler mag mit seiner unverblümt formulierten Einschätzung zumindest in Teilen richtiggelegen haben. Die Tatsache, dass ein frisch ausgeschiedenes Mitglied der Allianz in der Presse so deutliche Worte fand und seine Kollegen direkt angriff, war jedoch nicht nur ein offener

288 Interner Vermerk der MPG über ein Gespräch bzgl. der Nomination für den Wissenschaftsrat am 30.9.1993, DA GMPG, BC 108244.

289 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 13.10.1993, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 17.

290 Dies deutet zumindest die Notiz der MPG an, dass es einer koordinierten Aktion bedürfe, um »die in Frage kommenden Kandidaten für einen Vorsitz« zu überreden. Vgl. Interner Vermerk der MPG über die Sondersitzung der verkleinerten Allianz am 1.9.1993, DA GMPG, BC 108244.

291 Petra Meyer: Waren Sie zu kritisch, Herr Neuweiler? *Süddeutsche Zeitung* 24 (31.1.1994), 36.

292 Meyer, Waren Sie zu kritisch, 31.1.1994, 36.

Affront, sondern auch ein massiver Bruch des auf personalem Vertrauen und strikter Vertraulichkeit gegenüber der Öffentlichkeit basierenden Arbeitsstils der Allianz. Auch wenn es in der Vergangenheit bereits kleinere Kontroversen gegeben hatte, die zumindest teilweise in der Presse ihren Widerhall gefunden hatten, stellten Neuweilers Äußerungen eine völlig neue Qualität des Abweichens von der *Raison d'être* der Allianz dar.²⁹³ Wesen und Erfolg der Allianz als korporatistische Institution basierten darauf, dass die Mitglieder ihre wissenschaftspolitischen Interessen in einem geschützten Kommunikationsraum aushandelten, der strukturell von der Öffentlichkeit abgeschottet war. Neuweilers öffentlich geführte Attacke bedeutete daher nichts weniger als eine existenzgefährdende Bedrohung der Allianz, der *volens nolens* wiederum im öffentlichen Raum zu begegnen war.

Es kennzeichnet die Arbeitsweise der Allianz – und ihre informelle Hierarchie –, dass diese Aufgabe einmal mehr dem Altpäsidenten der MPG und Doyen der bundesdeutschen Wissenschaft, Reimar Lüst, zukam, der sie freilich nicht *ad institutionem*, sondern *ad personam* wahrnahm. Nur wenige Tage nach Neuweilers Interview konterte Lüst in Form eines Gastbeitrags in der ZEIT. Da Neuweiler zum wiederholten Male die ungeschriebenen Regeln der Allianz gebrochen hatte, hielt sich nun auch Lüst, der mittlerweile Präsident der AvH war, keineswegs mit persönlicher Kritik zurück:

Von Diskussionen hielt [...] der bisherige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, der Zoologe Gerhard Neuweiler, wenig. Öffentlich bekannt geworden ist er vor allem in der vergangenen Woche, als er sich über den Undank der Welt und »die Kleinkariertheit der Wissenschaftsorganisationen« beklagte. Das Großkarierte an ihm war, daß er zum Dialog mit anderen Wissenschaftsorganisationen kaum zur Verfügung stand. Er glaubte mehr an die Durchschlagskraft verbaler Rundumschläge. Nun wird ihn der Wissenschaftsrat künftig entbehren müssen. [...] Nun klagt er, daß er nicht wieder für den Wissenschaftsrat nominiert wurde, nachdem seine zweite Amtsperiode abgelaufen war – obwohl das die Regel ist. Vielmehr sei sein Abgang »überfallartig inszeniert« worden. Als wäre nicht ausführlich darüber geredet worden, ob Neuweiler entgegen der Regel Vorsitzender bleiben könne. Und wenn es keinen Grund gab, die bestehenden Regeln zu durchbrechen? Gewiß, es gab Kontroversen [...]. Deswegen wurde noch kein Vorsitzender geköpft.²⁹⁴

Lüst wusch seinem Kollegen also öffentlich den Kopf. Insbesondere aber ging es ihm darum, Schaden von der institutionell verfassten deutschen Wissenschaft abzuwenden. Neuweiler wurde von Lüst gleichsam unehrenhaft aus dem Kreis der Wissenschaftsorganisationen ent-

293 Das Interview war außerdem nicht der einzige Bericht über Neuweilers unfreiwilliges Ausscheiden, vgl. etwa Thomas Gehringer: Er will vor allem die Kontinuität wahren. *Der Tagesspiegel* (2. 2. 1994); Stolz, 30. 1. 1994, 190; Manfred Ronzheimer: Mut zur wahren Reform. Interview mit Gerhard Neuweiler, dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates von 1993. *DUZ* 3 (1994), 14–15.

294 Reimar Lüst: Brüderliche Härte. Zum Abschied des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates. *Die Zeit* 6 (4. 2. 1994).

lassen, denn wer »seine Person über die ihn tragenden Institutionen stellt und in Kauf nimmt, daß sie Schaden leiden«, dürfe »keine unüblichen Treuebekundungen erwarten«.²⁹⁵

Die Allianz blieb indessen ihrer Linie treu und schwieg – zumindest in der Öffentlichkeit. Intern berieten die »Hauptangeklagten«,²⁹⁶ also die Präsidenten und der Vorsitzende der vorschlagsberechtigten Organisationen, nach dem öffentlichen Angriff Neuweilers im Frühjahr 1994 noch einmal über die gesamte Angelegenheit. Sie bekräftigten schlussendlich ihre Entscheidung, am Grundsatz der einmaligen Wiederwahl für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats festzuhalten, was eine Wiederwahl Neuweilers zum Vorsitzenden ausschloss.²⁹⁷ Darüber hinaus einigten sie sich darauf, »die unterschiedlichen Interpretationen zwischen Wissenschaftsrat und den anderen Wissenschaftsorganisationen [...] nicht weiter zu erörtern«.²⁹⁸ Durch den Verzicht auf weitere interne Diskussionen versuchte die Allianz, das damit verbundene Konfliktpotential zu neutralisieren und den erlittenen Schaden einer öffentlich ausgetragenen Kontroverse zu minimieren.

2.4.2 Von der Überprüfung der Blauen Liste zur Systemevaluation

Die Wiedervereinigung und die Einpassung der ostdeutschen Forschungslandschaft hatten den wissenschaftspolitischen Akteur*innen in den seit den 1980er Jahren schwelenden Debatten um notwendige Reformen und ungelöste Probleme im westdeutschen Wissenschaftssystem eine kurze Verschnaufpause verschafft.²⁹⁹ Denn auch wenn der Wissenschaftsrat zunächst davon ausgegangen war, durch die Wiedervereinigung würde sich »auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance« bieten, »selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung« bedürften,³⁰⁰ kam es zunächst nicht zu einer Überprüfung und Neustrukturierung des westdeutschen Wissenschaftssystems.

Das vorläufige Ausbleiben der Evaluation im Westen bedeutete allerdings keineswegs, dass den Akteur*innen in Wissenschaft und Politik die Probleme unbekannt gewesen wären. So rückten beispielsweise die Großforschungseinrichtungen in den 1980er Jahren ins Zentrum der Debatten um Innovationsfähigkeit und Marktorientierung der außeruniversitären Forschung.³⁰¹ Bereits 1984 bündelte der Bericht der Bundesregierung über *Status und Perspektiven der Großforschungseinrichtungen* die Kritik der Wettbewerbsschwäche sowie der mangelnden

295 Lüst, Härte, 4. 2. 1994.

296 Schreiben von H. F. Zacher an W. Frühwald vom 9. 2. 1994, AMPG, II. Abt., Rep 57, Nr. 616, fol. 106.

297 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 2. 3. 1994, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 6; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 2. 3. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1401, fol. 16.

298 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 2. 3. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1401, fol. 16.

299 Vgl. Krull und Sommer, Systemevaluation, 2006, 200–235, 200–204.

300 Wissenschaftsrat, *Perspektiven*, 6. 7. 1990, 6.

301 Vgl. Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 171–174.

Orientierung der dort betriebenen Forschung an den Interessen der Industrie.³⁰² Sowohl in der Allianz als auch im Präsidentenkreis wurde über die Kritik des Berichts beraten, und bereits ein Jahr später versuchte die AGF, sich im Konzert der außeruniversitären Forschungseinrichtungen neu zu positionieren.³⁰³

Trotz vielfältiger Reformbemühungen verebbte die Kritik an der Großforschung in den folgenden Jahren nicht, wenngleich sie durch die Wiedervereinigung kurzzeitig in den Hintergrund rückte.³⁰⁴ Hinsichtlich der Übernahme ostdeutscher Forschungseinrichtungen spielten die Großforschungseinrichtungen – insbesondere im Vergleich mit der Blauen Liste und der Fraunhofer-Gesellschaft – eine eher zweitrangige Rolle. Lediglich drei neue Zentren wurden in den neuen Bundesländern gegründet, die allerdings das Spektrum der Großforschung in Deutschland maßgeblich erweiterten.³⁰⁵ Das änderte an der grundsätzlichen öffentlichen Wahrnehmung der Großforschungseinrichtungen als »morsche Kähne« im deutschen Forschungssystem jedoch wenig,³⁰⁶ was umso schwerer wog, als die stetig steigenden Budgets der Großforschungseinrichtungen einen großen Teil des BMFT-Haushalts absorbierten. Gerade in Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen erschien es daher dringend geboten, diese Probleme anzugehen.³⁰⁷ In den frühen 1990er Jahren gab das BMFT zwei Gutachten in Auftrag, die zahlreiche Kritikpunkte an den Großforschungseinrichtungen bündelten. Die Gutachten hoben erneut insbesondere die fehlende Marktorientierung und Anwendungsrelevanz hervor, so dass eine Neuausrichtung der Forschungstätigkeit zunehmend unausweichlich schien.³⁰⁸

Doch waren die Großforschungseinrichtungen keineswegs die einzigen Sorgenkinder der Wissenschaft: Auch Hochschulen und Universitäten mussten sich mit Vorwürfen von Ineffizienz und mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit auseinandersetzen. Bereits Mitte der 1980er Jahre hatten sich die Stimmen gemehrt, die für mehr Konkurrenz – etwa um finanzielle Mittel, Studierende und Reputation – im westdeutschen Hochschulsystem plädierten, um so dessen Leistungsfähigkeit zu steigern.³⁰⁹ Bestehende strukturelle und vor allem auch finanzi-

302 Vgl. Deutscher Bundestag: *Bericht der Bundesregierung zur zukünftigen Entwicklung der Großforschungseinrichtungen*. Drucksache 10/1327. Bonn 16. 4. 1984; Deutscher Bundestag: *Ergänzende Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung zur zukünftigen Entwicklung der Großforschungseinrichtungen – Drucksache 10/1327*. Drucksache 10/1771. Bonn 20. 7. 1984.

303 Vgl. dazu Hoffmann und Trischler, Helmholtz-Gemeinschaft, 2015, 9–47, 23–24.

304 Vgl. Helmuth Trischler: *Großforschung und Großforschungseinrichtungen*. In: Peter Frieß und Peter M. Steiner (Hg.): *Deutsches Museum Bonn. Forschung und Technik in Deutschland nach 1945*. München: Deutscher Kunstverlag 1995, 112–123.

305 Vgl. Hoffmann und Trischler, Helmholtz-Gemeinschaft, 2015, 9–47, 25–30.

306 Konrad Adam: *Morsche Kähne*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (19. 2. 1991), 33.

307 Vgl. dazu auch Sabine Helling-Moegen: *Forschen nach Programm. Die programmorientierte Förderung in der Helmholtz-Gemeinschaft: Anatomie einer Reform*. Marburg: Tectum 2009, 93–100.

308 Vgl. Helling-Moegen, *Forschen nach Programm*, 2009, 101–103; Hoffmann und Trischler, Helmholtz-Gemeinschaft, 2015, 9–47, 25–23.

309 Vgl. Dorothee Wilms: *Thesen zu einer Hochschulpolitik für die 90er Jahre*. *Mitteilungen des Hochschulverbands* 31/6 (1983), 306; Wissenschaftsrat (Hg.): *Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem*. Köln 1985.

elle Probleme, die sich etwa aus der seit den 1970er Jahren konstant hohen Zahl an Studierenden ergaben, wurden durch die deutsche Einheit weiter verschärft.³¹⁰

Debatten um die Blaue Liste

Zu den strukturellen Problemen zählte aus der Perspektive der verkleinerten Allianz das rasante Wachstum der Blauen Liste.³¹¹ Reimar Lüst, der als AvH-Präsident offiziell kein Allianz-Mitglied mehr war, trug diese Bedenken 1993 in die Öffentlichkeit, als er sich in der FAZ offen gegen eine Etablierung der BL als neue Säule in der Forschungsförderung aussprach.³¹² Erneut sah sich die Allianz in einem Dissens mit dem Wissenschaftsrat, der im Zuge der Wiedervereinigung den Auftrag erhalten hatte, »zur künftigen Struktur und inhaltlichen Ausrichtung der Blauen Liste« Stellung zu nehmen, und ihr einen »festen Platz unter den gemeinsam von Bund und Ländern geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen« attestiert hatte.³¹³ Doch damit nicht genug: Der Wissenschaftsrat regte eine Stärkung ihrer wissenschaftlichen Selbstverwaltung an, was den internen Bestrebungen der 1991 gegründeten lockeren »Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste« durchaus entgegenkam.³¹⁴ Die junge AG hatte nach ihrer Gründung mit vielen unterschiedlichen Problemen zu kämpfen. So fehlten ihr beispielsweise jegliche Durchgriffsmöglichkeiten auf die rechtlich selbstständigen Mitgliedsinstitute, und ihr finanzieller Handlungsspielraum war stark eingeschränkt. Darüber hinaus mangelte es ihr an öffentlicher Sichtbarkeit, weswegen sie im Wissenschafts- und Forschungssystem kaum als eigenständige Akteurin wahrgenommen wurde. Dass man sich intern trotz ausführlicher Diskussionen nicht auf eine Koordinierung der Zusammenarbeit einigen konnte, trug ein Übriges dazu bei. Erst die Empfehlungen des Wissenschaftsrats führten zu einem Umdenken, wobei insbesondere die neu gegründeten Institute in den neuen Bundesländern die Initiative ergriffen. Nachdem ein interner Grundsatzausschuss im November 1994 mit der Erarbeitung einer neuen Satzung betraut worden war, konnte dieser nur ein knappes halbes Jahr später seine Arbeitsergebnisse auf der Mitgliederversammlung der AG präsentieren. Dort stimmten die Mitglieder schließlich für die Gründung eines eingetragenen Vereins, der unter dem Namen Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) firmieren sollte. Ein Ziel der WBL war es, ihre Kontakte zu den etablierten Wissenschaftsorganisationen zu stärken und weiter auszubauen, weshalb die Geschäftsstelle in Bonn angesiedelt werden sollte. Doch auch wenn man intern auf

³¹⁰ Vgl. Manfred Bierwisch: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß – Versuch einer Bilanz. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 485–507; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 203–208; Alexander Mayer: *Universitäten im Wettbewerb. Deutschland von den 1980er Jahren bis zur Exzellenzinitiative*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2019, 109–118; Margit Szöllösi-Janze: »Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche!« Der Exzellenzwettbewerb zwischen den deutschen Universitäten in historischer Perspektive. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14 (2011), 49–73, 65–69; Margit Szöllösi-Janze: Archäologie des Wettbewerbs. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69/2 (2021), 241–276, 246–257.

³¹¹ Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 13. 12. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 615.

³¹² Vgl. Lüst, *Blaue Listen*, 27. 3. 1993, 44.

³¹³ Wissenschaftsrat: *Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste*. Drucksache 1342/93. Wiesbaden 12. 11. 1993, 2.

³¹⁴ Vgl. zur Gründung der AG Blaue Liste insbesondere Brill, *Blauen Liste*, 2017, 23–30; Wolfgang Paulig: Forschungseinrichtungen der »Blauen Liste«. In: Christian Flämig et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1325–1338, 1332–1333.

eine Einladung in den Kreis der Allianz hoffte, hielt sich die WBL in den folgenden Jahren mit Vorstößen in diese Richtung zurück, denn die in der Allianz herrschenden Vorbehalte gegen die Wissenschaftsgemeinschaft waren den zentralen Akteuren in der Blauen Liste keineswegs unbekannt.³¹⁵ Zunächst bemühte man sich – mit durchwachsenem Erfolg – darum, den Dialog mit den übrigen Wissenschaftsorganisationen zu intensivieren.³¹⁶ Doch vor allem MPG und FhG verhielten sich zunächst äußerst zurückhaltend, und ihre Präsidenten blieben den Jahrestagungen der WBL trotz persönlicher Einladungen fern. Doch immerhin zeigten sich die DFG, die HRK und die kürzlich umbenannte HGF den Bemühungen der WBL gegenüber aufgeschlossener.³¹⁷ Insbesondere DFG-Präsident Wolfgang Frühwald sprach sich für eine Förderung der Kooperationen zwischen den Universitäten und den Einrichtungen der WBL sowie für eine Öffnung der DFG für deren Institute aus, was in der Forschungsgemeinschaft jedoch nicht unumstritten war.³¹⁸

In seiner Empfehlung zur Neuordnung der Blauen Liste hatte sich der Wissenschaftsrat auch für eine Fortführung der regelmäßigen externen Begutachtung der einzelnen Mitgliedsorganisationen ausgesprochen und angeboten, diese Aufgabe zu übernehmen.³¹⁹ Den Auftrag zu dieser erneuten Evaluation aller 82 Einrichtungen der Blauen Liste erhielt der Wissenschaftsrat schließlich 1994 von der BLK.³²⁰ Im Januar 1995 begann er mit der Durchführung der Einzelsevaluierungen und drängte die Zuwendungsgeber von Beginn an auf eine rasche Umsetzung seiner Empfehlungen.³²¹ Damit sollte die Forschungsförderung in der Blauen Liste flexibilisiert, die Qualität der Blauen Liste gesichert und zugleich Spielraum für die Aufnahme neuer forschungsstarker Einrichtungen geschaffen werden. In der Tat schieden aufgrund mangelnder Ergebnisse zwischen 1998 und 2000 insgesamt sechs Einrichtungen aus der gemeinsamen Förderung durch Bund und Länder aus. Eine negative Evaluation zog, anders als noch in den 1980er Jahren, nun auch weitreichende Konsequenzen nach sich.³²²

315 Zur Zurückhaltung der Allianz hinsichtlich einer möglichen Einbeziehung der AG Blaue Liste in ihren Kreis, siehe exemplarisch den internen Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 9. 1. 1995, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7. Auch nach der Gründung der WBL blieb die Allianz als Zusammenschluss weiterhin sehr zurückhaltend, vgl. Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 7. 6. 1995, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19

316 Vgl. dazu bspw. die Information, die der Präsident der WBL seinem Kollegen Zacher zukommen ließ, in welchem er ihn über die Gründung der WBL informierte und um ein Gespräch und Unterstützung bat. Schreiben von I. Hertel an H. Zacher vom 28. 4. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1406, fol. 48.

317 Zur Aufnahme der Gespräche mit der in ihrer Gründung befindlichen WBL siehe etwa interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 17. 3. 1995, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 18.

318 Vgl. Brill, *Blauen Liste*, 2017, 44–67; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 137–139.

319 Vgl. Wissenschaftsrat, *Empfehlungen zur Neuordnung*, 12. 11. 1993.

320 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 204–206; Brill, *Blauen Liste*, 2017, 68–73; Krull und Sommer, *Systemevaluation*, 2006, 200–235, 202–206.

321 Sogar in den Pressemitteilungen erwähnte der Wissenschaftsrat diesen Hinweis explizit, vgl. bspw. Wissenschaftsrat: *Wissenschaftsrat verabschiedet weitere drei Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste*. Pressemitteilung 19/97. Berlin 14. 11. 1997; Wissenschaftsrat: *Wissenschaftsrat verabschiedet weitere fünf Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Listen*. Pressemitteilung 13/97. Berlin 15. 7. 1997.

322 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 204–206.

Die Systemevaluation der bundesdeutschen Forschung

Nicht umsonst beschreibt Olaf Bartz die 1990er Jahre für den Wissenschaftsrat als ein »Jahrzehnt der Evaluation« – ein Befund, der gleichermaßen für das deutsche Wissenschafts- und Forschungssystem zutreffend erscheint.³²³ Den Auftakt dafür bildeten die umfassenden Evaluationen des Wissenschaftsrats im Zuge der Wiedervereinigung, die in der Langzeitperspektive erhebliche Rückwirkungen auf das westdeutsche Wissenschaftssystem haben sollten. Denn durch die umfassenden Begutachtungen der ostdeutschen außeruniversitären Forschung begann sich die Überprüfung der wissenschaftlichen Leistung einzelner Einrichtungen zu etablieren, wovon auch die erneute Begutachtung aller Institute der Blauen Liste in den 1990er Jahren zeugt.³²⁴ Daneben führte der Wissenschaftsrat auf Bitten von Bund und Ländern in diesem Zeitraum auch Querschnittsstudien zu einzelnen Forschungsfeldern durch, so etwa zur Umweltforschung oder zur Materialforschung.³²⁵ Für die Erarbeitung dieser Stellungnahmen weitete der Wissenschaftsrat seinen Blick und bezog Einrichtungen unterschiedlicher Forschungsorganisationen ein, um auf diese Weise Empfehlungen zu strukturellen Fragen und übergeordneten Aspekten geben zu können.³²⁶

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung markierte die so genannte Systemevaluation, die im Dezember 1996 von den Regierungschef*innen von Bund und Ländern auf den Weg gebracht wurde.³²⁷ Die Überlegung, alle gemeinschaftlich nach Art. 91b GG geförderten Forschungseinrichtungen mit einem Fokus auf das Gesamtsystem zu evaluieren, wurde durch den auf Bitte der Ministerpräsident*innen der Länder von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) angefertigten Bericht zu den Bund-Länder-Finanzströmen bereits ein Jahr zuvor angeregt.³²⁸ Die 1970 gegründete und 1975 um die Aufgabe der Forschungsförderung erweiterte BLK war bis 2007 das zentrale Koordinierungs- und Entscheidungsgremium der Regierungschef*innen des Bundes und der Länder in wissenschaftspolitischen Fragen, bevor sie von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) abgelöst wurde. Die Politik verband mit der Evaluation das Ziel einer Flexibilisierung der Förderinstrumente, eines Ausbaus der Anwendungsorientierung der Forschung und darauf auf-

323 Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 204; Auch Manfred Popp diagnostizierte den 90er Jahren eine »Evaluitis« und sprach zugleich von einem »Jahrzehnt der Evaluierung«, Manfred Popp: Erste Schritte in die Programmorientierte Förderung – Ein Abenteuerbericht. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 12/1 (2003), 51–55, 51.

324 Vgl. dazu auch Stefan Kuhlmann: Leistungsmessung oder Lernmedium? Evaluation in der Forschungs- und Innovationspolitik. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 12/1 (2003), 11–19, 11; Martina Röbbcke und Dagmar Simon: *Zwischen Reputation und Markt. Ziele, Verfahren und Instrumente von (Selbst)Evaluationen außeruniversitärer, öffentlicher Forschungseinrichtungen*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1999, 7–16.

325 Vgl. Wissenschaftsrat: *Wissenschaftsrat verabschiedet umfassende Stellungnahme zur Umweltforschung*. Pressemitteilung 10/94. Köln 26. 5. 1994; Wissenschaftsrat: *Wissenschaftsrat verabschiedet umfassende Stellungnahme zur Materialforschung in Deutschland*. 7/96. Köln 29. 1. 1996.

326 Vgl. dazu bspw. Wissenschaftsrat (Hg.): *Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland*. 2 Bde. Köln 1994; siehe zu diesem Thema auch Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 208–209.

327 Vgl. Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 116–120; Krull und Sommer, *Systemevaluation*, 2006, 200–235, 202–206.

328 Bericht der BLK zum Thema »Bund-Länder-Finanzströme« vom 25. 9. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 624, fol. 10.

bauend insbesondere einer Stärkung des deutschen Forschungssystems im internationalen Wettbewerb.³²⁹ Gegenstand der Begutachtung sollten nicht einzelne Institute oder Forschungsfelder sein, sondern das Wissenschafts- und Forschungssystem in seiner Gesamtheit und damit auch dessen Governance, Strukturen und Arbeitspraktiken, weshalb sich rasch die Bezeichnung als Systemevaluation durchsetzte.³³⁰

Die in der Allianz zusammengeschlossenen Wissenschaftsorganisationen begannen sich früh – noch vor der offiziellen Ankündigung zur Durchführung der Systemevaluation – mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die MPG nahm dabei eine Vorreiterrolle ein, da sie sich in ihren Senatsitzungen ausführlich mit diesem Themenkomplex beschäftigte und ihre Überlegungen bereits im Februar 1996 in die Beratungen der Allianz einbrachte.³³¹ Sie war es auch, die wenige Monate später zu einer ganztägigen Sondersitzung einlud.³³² In den gemeinsamen Gesprächen zeigte sich zunächst eine gewisse Skepsis, zumal es von Seiten der Politik noch keinerlei Informationen über den Ablauf und die Zielsetzung des Verfahrens gab.³³³ Doch das kooperative Gremium sollte seine Einstellung bald ändern: Da die Defizite des Forschungssystems den Mitgliedern der Allianz nur allzu gut bekannt waren, kam man in der Sondersitzung überein, dass es zuvorderst die Aufgabe der Allianz sei, »eine Planskizze für ein neues System« zu entwickeln.³³⁴

Schon zuvor hatte die MPG die Initiative ergriffen und eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit dem Thema der Evaluation auseinandersetzen sollte. Denn in dieser Frage sah sich die MPG

329 Folglich spielten auch die noch immer schwelende Frage nach der Notwendigkeit und Daseinsberechtigung der Blauen Liste als eigene Säule in der Forschungsförderung ebenso wie die in den frühen 1990er Jahren vom BMFT in Auftrag gegebenen Gutachten zu den Großforschungseinrichtungen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Vgl. zu den Zielen der Systemevaluation Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: *BLK Jahresbericht 1999*. Bonn 2000, 39.

330 Olaf Bartz und Patrick Hintze haben darauf hingewiesen, dass dieser Terminus insbesondere durch die MPG geprägt wurde, da sie diesen in ihrer internen Kommunikation schon 1996 verwendete. Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 207; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 116. In der Allianz wurde hauptsächlich von der Evaluierung der außeruniversitären Forschung gesprochen. Vgl. bspw. Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 6. 2. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1410, fol. 20. Nichtsdestoweniger verwendeten die einzelnen Mitglieder ab 1996, darunter insbesondere DFG und MPG, auch vereinzelt den Begriff der Systemevaluation, bis sich dieser Terminus schließlich 1999 auch offiziell durchgesetzt hatte. Vermerk von W. Frühwald über ein Gespräch mit F. E. Weinert vom 23. 7. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 22. 9. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 634. Zur internen Verwendung des Begriffs in der MPG siehe bspw. Protokoll der 144. Sitzung des Senates vom 22. 11. 1996 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 144.SP, fol. 180 verso.

331 Schreiben von H. F. Zacher an K. Fleischmann vom 23. 1. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1409, fol. 3; auch im Entwurf für die Tagesordnung zur Sitzung, wurde vermerkt, dass die MPG (neben dem WR) diesen TOP vorgeschlagen hatte, vgl. Schreiben von K. Fleischmann an die Mitglieder der Allianz vom 30. 1. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1409, fol. 36.

332 Schreiben von H. F. Zacher an die Mitglieder der Allianz vom 7. 3. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19; Schreiben von H. F. Zacher an die Mitglieder der Allianz vom 19. 4. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 20. 3. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19.

333 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 20. 3. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19.

334 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 1. 6. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1411, fol. 2. Eine ähnliche Schilderung findet sich auch im internen Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 1. 6. 1996, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 8.

in einer Vorreiterrolle, hatte sie doch durch eine Reform ihres Fachbeiratswesens eine intern organisierte wissenschaftliche Qualitätskontrolle auf den Weg gebracht.³³⁵ Auch wenn diese Reform vor allem auch mit dem Ziel verbunden war, den Einfluss der Politik weiterhin gering zu halten, konnte die MPG reklamieren, ihre langjährigen Erfahrungen mit internen Evaluationsverfahren in die gemeinsamen Überlegungen einzubringen und auf diese Weise die Genese der Systemevaluation aktiv zu beeinflussen. Einmal mehr suchte die MPG dabei insbesondere den Schulterschluss mit der DFG und stimmte sich eng mit ihr ab.³³⁶ Gemeinsam schlug man der BLK eine Begutachtung durch eine internationale Evaluationskommission vor und kam damit dem Angebot des Wissenschaftsrats zuvor, die Evaluation zu übernehmen.³³⁷ Die BLK folgte der Empfehlung und setzte im September 1997 eine zehnköpfige Kommission unter dem Vorsitz von Richard Brook, Leiter des britischen Engineering and Physical Sciences Research Council, ein.³³⁸ Diese machte es sich in der Folge zur Aufgabe, nicht nur die beiden Wissenschaftsorganisationen hinsichtlich ihrer Strukturen und ihrer Leistungsfähigkeit im deutschen Forschungssystem zu bewerten, sondern auch die Universitäten in ihre Analyse einzu beziehen, und traf darauf aufbauend Aussagen zur Ausrichtung des gesamten deutschen Wissenschaftssystems.³³⁹

Entsprechend ihrer breiten Interpretation der Aufgabenstellung kam die Evaluationskommission auch zu weitgreifenden Empfehlungen. So attestierte sie dem System mangelnde Beweglichkeit und ein hohes Maß an Inflexibilität, und sie bemängelte die Schwäche der Universitäten im Vergleich mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, was wiederum die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems negativ beeinflusste. Auch hinsichtlich der Nachwuchs- und Frauenförderung, des einrichtungsübergreifenden Wettbewerbs und der staatlichen Rahmenbedingungen konstatierte der Bericht erhebliche Defizite. Hinzu kamen ferner konkrete Befunde und Empfehlungen zu DFG und MPG, aber auch zu den Universitäten.³⁴⁰

Da insbesondere die allgemeinen und übergreifenden Aspekte alle Mitglieder der Allianz gleichermaßen betrafen, ist es keine Überraschung, dass die Arbeit der Kommission in den

335 Interne Notiz der MPG zu TOP 2a »Evaluation/Initiative der Allianz« für die Sitzung der Allianz am 4. 9. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 625, fol. 3.

336 Schreiben von R. Grunwald an B. Bludau vom 5. 6. 1996, DA GMPG, BC 108645; Vermerk von W. Frühwald über ein Gespräch mit F. E. Weinert vom 23. 7. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19; Vermerk von F. E. Weinert über ein Gespräch mit W. Frühwald am 23. 7. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 625, fol. 68; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19.

337 Protokoll der MPG zur 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Evaluation am 17. 7. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 625, fol. 69–71.

338 Die Brook-Kommission nahm im Februar 1998 ihre Arbeit auf und legte ihren Bericht am 25. 05. 1999 der BLK vor. Materialien für die Sitzung des Senats der MPG am 10. 6. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 633, fol. 23.

339 Vgl. Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 122–128; Krull und Sommer, *Systemevaluation*, 2006, 200–235, 208–212.

340 Vgl. *Forschungsförderung in Deutschland*. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. Hannover: Scherrer 1999, 15–50.

gemeinsamen Gesprächen breit diskutiert wurde.³⁴¹ Auch in den einzelnen Wissenschaftsorganisationen wurden die Empfehlungen ausführlich besprochen. Die MPG setzte in ihrem Wissenschaftlichen Rat eine eigene Arbeitsgruppe ein, und auch die DFG band ihre Gremien in die Bewertung der Vorschläge ein.³⁴² Darauf aufbauend bereiteten die beiden Wissenschaftsorganisationen zunächst jeweils separate Stellungnahmen vor,³⁴³ gingen schließlich aber mit einer gemeinsamen Verlautbarung zu den Empfehlungen an die Öffentlichkeit.³⁴⁴

In etwa zeitgleich mit der Brook-Kommission nahm im Februar 1998 eine weitere internationale Evaluationskommission ihre Arbeit auf, deren Untersuchungsgegenstand die Fraunhofer-Gesellschaft war.³⁴⁵ Die achtköpfige Kommission bestand neben zwei niederländischen Gutachtern größtenteils aus Vertretern der deutschen Wirtschaft, darunter Vorstandsmitglieder der Esprit Telecom, des VDI, der BASF AG, der Daimler-Benz AG und der Siemens AG. Der gemeinsame FhG-Ausschuss der Zuwendungsgeber hatte im Vorfeld so genannte *Terms of Reference* formuliert, die der Kommission als Leitlinien für ihre Begutachtung dienen sollten.³⁴⁶ In ihrem Abschlussbericht über die Systemevaluation der Fraunhofer-Gesellschaft, der bereits im November 1998 vorgelegt werden konnte, orientierten sich die Kommissionsmitglieder explizit an den fünf in den *Terms of Reference* definierten Themenfeldern. Dabei kam die Kommission zu dem Schluss, dass die FhG mit »ihrer klaren Mission« einer an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichteten Forschung ein »unverzichtbares Element der deutschen Forschungslandschaft« darstelle.³⁴⁷ Zugleich stellte sie aber eine grundsätzliche Reformbedürftigkeit des deutschen Systems fest und bekräftigte damit die politische Forderung nach der zeitgleich ablaufenden Systemevaluation.³⁴⁸ Die FhG zeigte sich grundsätzlich zufrieden mit den durchaus positiven Ergebnissen der Evaluation, die ihre Position gegenüber den politischen Verhandlungspartnern stärkte, insbesondere hinsichtlich der gewünschten Flexibilisierung in der Ver-

341 Dies geht u. a. aus den Tagesordnungen und den Protokollen der Allianzsitzen hervor. Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 1. 6. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 634, fol. 64–69; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 22. 9. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 634, fol. 45–51.

342 Interner Vermerk zur Vorbereitung von TOP 4 für die Sitzung der Allianz am 22. 9. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 634, fol. 146–147; Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 22. 9. 1999, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 15.

343 Stellungnahme der DFG zum Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der DFG und MPG vom 28. 10. 1999, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 22; Stellungnahme der MPG zum Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der DFG und MPG aus dem Dezember 1999, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 22.

344 Gemeinsame Stellungnahme der Präsidenten der DFG und der MPG zum Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der DFG und MPG, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 22. Zum Vorgehen von MPG und DFG siehe auch interner Vermerk zur Vorbereitung von TOP 4 für die Sitzung der Allianz am 22. 9. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 634.

345 Vgl. Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 128–132; Krull und Sommer, Systemevaluation, 2006, 200–235, 208–212.

346 Systemevaluierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Bericht der Evaluierungskommission. November 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 633, fol. 42–44.

347 Systemevaluierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Bericht der Evaluierungskommission. November 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 633, fol. 44.

348 Systemevaluierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Bericht der Evaluierungskommission. November 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 633, fol. 38–71.

gütung ihrer Mitarbeiter*innen. Zugleich setzte sich Fraunhofer konstruktiv mit den Anregungen der Kommission auseinander und bemühte sich in der Folge um die Erhöhung der eigenen internationalen Vernetzung und die Erweiterung des Forschungsportfolios im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.³⁴⁹

Folgen der Systemevaluation

Die Begutachtungen und Empfehlungen des Wissenschaftsrats und der internationalen Kommissionen im Rahmen der Systemevaluation können als maßgebliche Weichenstellungen für das deutsche Wissenschaftssystem auf dem Weg in das neue Jahrtausend betrachtet werden. Seither erfuhren insbesondere das Wettbewerbsparadigma und der Wunsch nach einer hohen Effizienz (und mitunter Anwendungsorientierung) der Forschung eine Stärkung, was von den verschiedenen wissenschaftspolitischen Akteur*innen auf unterschiedliche Weise umgesetzt wurde.³⁵⁰ Die Aufwertung des internen und externen Wettbewerbs als wissenschaftlicher Handlungsmodus ging mit einer Intensivierung der intra- und interinstitutionellen Kooperation einher.³⁵¹ Einmal mehr zeigt sich, wie intensiv Kooperation und Konkurrenz miteinander verbunden waren und wie sich die Dynamik ihrer Interaktion durch forschungspolitische Steuerungsimpulse verstärken konnte.

Zudem manifestierten sich in dieser Scharnierphase noch einmal die Unterschiede in der Organisationsfähigkeit der einzelnen Wissenschaftsorganisationen. So war es MPG, DFG und FhG möglich, die Begutachtungsverfahren aktiv zu beeinflussen und zu prägen, wenngleich die Systemevaluation auch für sie einschneidende Veränderungen mit sich brachte.³⁵² Drastischer waren zunächst die unmittelbaren Auswirkungen der Systemevaluation für HGF und WGL, die sich beide schon zu Beginn des Jahrzehnts mit heftiger Kritik konfrontiert gesehen hatten und deren Existenzberechtigung mitunter offen in Frage gestellt wurde. Entsprechend bemühten sich beide Wissenschaftsorganisationen bereits vor und während der Evaluation um eine umfassende Reorganisation ihrer internen Strukturen, um ihre wissenschaftliche Autonomie zu stärken.

349 Vgl. Krull und Sommer, Systemevaluation, 2006, 200–235, 208–212. Zu den hier nicht thematisierten Systemevaluierungen der Helmholtz-Gemeinschaft und der Leibniz-Gemeinschaft, sowie zu den daraus resultierenden forschungspolitischen Konsequenzen, siehe Brill, *Blauen Liste*, 2017, 68–86; Helling-Moegen, *Forschen nach Programm*, 2009, 113–150; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 131–150; Hoffmann und Trischler, Helmholtz-Gemeinschaft, 2015, 9–47, 25–40; Krull und Sommer, Systemevaluation, 2006, 200–235, 220–233.

350 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 206–208.

351 Vgl. Thomas Heinze und Natalie Arnold: Governanceregimes im Wandel. Eine Analyse des außeruniversitären, staatlich finanzierten Forschungssektors in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60/4 (2008), 686–722, 714–715; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 116–149.

352 So fusionierte die FhG auf Initiative des BMFT mit der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD), die bis dato Mitglied der HGF gewesen war. Solche Neuzuordnungen und direkten Eingriffe in die Wissenschaftsorganisationen sollten die große Ausnahme bleiben, und sie waren, wie in diesem Falle, mit enormen forschungspolitischen Verwerfungen verbunden; siehe dazu Helmut Trischler: Problemfall – Hoffnungsträger – Innovationsmotor: Die politische Wahrnehmung der Vertragsforschung in Deutschland. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 236–267.

Für alle Wissenschaftsorganisationen gleichermaßen bedeutend war allerdings die sich verändernde Governance in der Forschungslandschaft. Periodische Evaluationen gewannen ebenso an Gewicht wie Zielvereinbarungen mit der Politik – mit erheblichen Konsequenzen für die Balance von Zentralität und Dezentralität. Insbesondere die regelmäßige Begutachtung der Qualität der Forschung in den Instituten und Zentren führte zu einem gesteigerten Wettbewerb um wissenschaftliche Reputation und finanzielle beziehungsweise personelle Ressourcen, wodurch sowohl der Handlungsdruck als auch die operativen Aufgaben des Controllings in die Wissenschaftsorganisationen hinein verlagert wurden.³⁵³ In der Hierarchie der Institutionen wuchsen Größe und Einfluss der Dach- und Trägerorganisationen auf Kosten von deren Instituten beziehungsweise Mitgliedseinrichtungen. Das Parkinsonsche Gesetz des bürokratischen Wachstums findet hier einmal mehr seine Bestätigung, und es deckt sich mit den Befunden der einschlägigen Governanceforschung, die insbesondere die steigende Bedeutung der Forschungsplanung durch die Aufsichtsorgane der Wissenschaftsorganisationen betont.³⁵⁴

Diese grundlegenden Veränderungen im deutschen Wissenschaftssystem wurden verschiedentlich auch in der Allianz thematisiert. Dabei debattierten die Präsidenten, Vorsitzenden und Generalsekretär*innen der Wissenschaftsorganisationen in den ausgehenden 1990er Jahren auch über die Zukunft des Wissenschaftssystems, da sich der Wissenschaftsrat ab 1997 dieses Themas annahm und die Erarbeitung einer Stellungnahme vorbereitete,³⁵⁵ nachdem der ehrgeizige Plan der Allianz, in diesem Rahmen eine »Planskizze für ein neues System« zu entwerfen, im Sommer 1996 keine konkreten Ergebnisse erbracht hatte.³⁵⁶

2.4.3 Debatten über das Selbstverständnis der Allianz

Wie geschildert, erfuhr das deutsche Wissenschaftssystem, also das unmittelbare Wirkungsfeld der Allianz-Mitglieder, im Verlauf der 1990er Jahre tiefgreifende Veränderungen, die sich

353 Vgl. Heinze und Arnold, *Governanceregimes im Wandel*, 2008, 686–722, 113–114.

354 Einen guten Überblick über diese Entwicklungen und den Stand der Forschung bietet Dorothea Jansen: Von der Steuerung zur Governance. Wandel der Staatlichkeit? In: Dagmar Simon, Andreas Knie und Stefan Hornborstel (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 39–50; Dorothea Jansen: Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe »Governance der Forschung«: Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung. In: Dorothea Jansen (Hg.): *Neue Governance für die Forschung. Tagungsband anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Forschergruppe »Governance der Forschung«, Berlin, 14.–15. März 2007*. Baden-Baden: Nomos 2009, 131–143. Der Befund des bürokratischen Wachstums gilt dabei auch für die Dachorganisationen WGL und HGF, deren Institute bzw. Zentren weiterhin rechtlich selbstständig sind. Vgl. dazu Natalie Arnold und Thomas Groß: Die Entscheidungsstrukturen der Leibniz-Gemeinschaft. Ein Beitrag zur Governance-Diskussion im Forschungsbereich. *Wissenschaftsrecht* 38 (2005), 238–263; Natalie Arnold: The Application of the Concept of Governance to the Structures of German Extra-University Research Organizations from a Legal Perspective. In: Dorothea Jansen (Hg.): *New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*. Dordrecht: Springer 2007, 177–185; Thomas Groß und Natalie Arnold: *Regelungsstrukturen der außeruniversitären Forschung. Organisation und Finanzierung der Forschungseinrichtungen in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2007, 131–133.

355 Vgl. zur Arbeit des Wissenschaftsrats ausführlicher Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 218–220; vgl. auch die Stellungnahme Wissenschaftsrat: *Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland*. Drucksache 4594/00. Berlin 7. 7. 2000.

356 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 1. 6. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1411, fol. 2.

in der Organisation und Struktur der einzelnen Institutionen niederschlugen. Dies wiederum zeitigte deutliche Rückwirkungen auf die Allianz als bis dato hochgradig informelles Beratungsgremium. So begannen in diesem Zeitraum erstmals intensive Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis dieses lockeren Zusammenschlusses.

Eine erste Diskussion über diesen Themenkomplex wurde bereits Mitte der 1980er Jahre von der AGF angestoßen, einer der beiden jüngeren Mitgliedsorganisationen. Ausschlaggebend für diesen Vorstoß war dabei wohl unter anderem der Wunsch der AGF, gegenüber Wirtschaft und Politik »gemeinsam [...] ihre Stimme zu Gehör« zu bringen.³⁵⁷ Insbesondere DFG und MPG verwahrten sich jedoch gegen Bestrebungen, die Allianz als die Stimme der Wissenschaft nach außen zu etablieren. Es sei gerade der Vorteil der Allianz, »daß man ganz frei miteinander sprechen [könne] und auch bei Nichtübereinstimmung nach außen im Handeln frei« sei. In dieser Phase wogen die Einzelinteressen noch schwerer als der Wunsch nach einem gestärkten gemeinsamen Auftreten gegenüber der Politik. In der Folge blieben daher konkrete Veränderungen aus, die zu einer »weiteren institutionellen Verfestigung« der Allianz hätten führen können.³⁵⁸

Im Zuge der Neuordnung der gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft nach der Wiedervereinigung wurde die Frage nach der Rolle und dem Selbstverständnis der Allianz drängender. Angestoßen wurde die Diskussion zunächst von der Konferenz der Akademien, die sich darum bemühte, in die Allianz aufgenommen zu werden. Folglich war die Allianz gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen, wer Mitglied ihres Gremiums sein durfte und auf welcher Grundlage diese Entscheidung beruhte. Schließlich verständigte man sich intern darauf, dass sich die Mitglieder über ihre »faktische Wichtigkeit für die Wissenschaftspolitik«³⁵⁹ definieren und zu den »Big Shots«³⁶⁰ im deutschen Forschungssystem zählen sollten. Gegenüber der Konferenz der Akademien begründete man die Ablehnung ihres Gesuchs damit, dass sich in dieser Runde lediglich diejenigen überregionalen Wissenschaftsorganisationen versammelten,

welche in direktem Kontakt mit den politischen Instanzen unseres Landes stehen und daher sinnvollerweise ihre wissenschaftspolitischen und budgetären Interessen gegenüber der politischen Seite untereinander harmonisieren und abstimmen müssen.³⁶¹

357 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 8. 10. 1986, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 9. Das folgende Zitat Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 8. 10. 1986, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 9.

358 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 8. 10. 1986, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 2.

359 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 28. 6. 1989, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 11.

360 Handschriftliche Notiz der HRK zu TOP »Erweiterung der Allianz« aus der Sitzung der Allianz am 28. 6. 1989, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 4.

361 Schreiben von D. Simon an G. Schettler vom 1. 9. 1989, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 11.

Mit dieser recht vage gehaltenen und damit in der Praxis geschmeidig einsetzbaren Definition der Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Allianz war das Thema gegenüber Externen zunächst einmal geklärt.

Intern trieb jedoch die Klärung ihres Selbstverständnisses und ihrer hochgradig informellen Organisationsform die Allianz in den 1990er Jahren weiter um. Gleich mehrere Mitglieder warfen die Frage auf, ob es nicht »generell einer stärkeren Institutionalisierung« und damit auch eines Sekretariats und eines offiziellen »Sprecher[s]« bedürfe.³⁶² In einer Sitzung vom November 1992 wurde diesem Themenkomplex gar ein eigener Tagesordnungspunkt gewidmet.³⁶³ Dort sollte geklärt werden, ob man die Allianz künftig weiter als »lockeren Verbund« und »beruflichen Freundeskreis« oder doch als »Lobby-Einrichtung, die mit einer Stimme spreche« verstehen sollte.³⁶⁴ Interessanterweise war es der Generalsekretär der MPG, Wolfgang Hasenclever, der sich unzufrieden über das zu schwache gemeinsame Auftreten der Wissenschaftsorganisationen äußerte. Doch die Mehrheit der Teilnehmer schloss sich ihm nicht an; vielmehr verwiesen insbesondere die Präsidenten der vier Gründungsmitglieder auf »die erfolgreichen Aktionen der vergangenen zwei Jahre« und betonten, man solle die »Vielfalt der Organisationen und Meinungen« in der Allianz als Chance verstehen.³⁶⁵ Vor allem die HRK äußerte Bedenken, eine Institutionalisierung der Allianz könne auf lange Sicht zu einer »Disziplinierung« der jeweiligen Partikularinteressen führen und es nicht mehr ermöglichen, bei Dissens je getrennt zu agieren.³⁶⁶ Abschließend verständigte man sich darauf, die Allianz solle weiterhin primär der »Ermittlung gemeinsamer Interessen der Wissenschaft gegenüber Öffentlichkeit und Politik« dienen und »nicht in Richtung einer formalen Organisation« verändert werden.³⁶⁷ Trotz der intensiven Diskussion und zunächst durchaus divergierender Meinungen (auch innerhalb der Mitgliedsorganisationen) einigten sich die Beteiligten, dass »die Verhältnisse [...] in jeder Hinsicht so bleiben, wie sie sind«, wie MPG-Präsident Hans Zacher resümierte.³⁶⁸

Im Frühjahr 1996, knapp vier Jahre nach dieser ausführlichen Debatte, brachte die HRK das Thema erneut zur Sprache. Ihr ging es dabei vor allem um einen befürchteten »Bedeutungsabbau« der Allianz, der sich darin äußerte, dass wiederholt Mitglieder bei Terminen gefehlt und

362 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

363 Zum Ablauf der Sitzung und der Diskussion siehe die entsprechenden Vermerke bspw. in AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 6, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 12; DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15; AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1398 und AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 613.

364 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 12.

365 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1398, fol. 221.

366 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

367 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 6; interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

368 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 12.

die Sitzungen der Allianz offenbar nicht für alle höchste Priorität hätten.³⁶⁹ Ausgehend von dieser Kritik plante die Allianz, eine außerordentliche Sitzung unter Vorsitz der MPG zu veranstalten, »um das Thema ›Strategien in und für die Allianz‹ zu diskutieren«. ³⁷⁰ Doch die dafür anberaumte Sitzung fiel unter anderem aufgrund von terminlichen Schwierigkeiten kürzer als ursprünglich geplant aus. Zudem verlagerte sich der Schwerpunkt auf eine Diskussion über die Evaluation der Forschungsorganisationen und die Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, während der Tagesordnungspunkt zum Selbstverständnis in den Hintergrund rückte.³⁷¹ Erst ein kritisches Schreiben von WR-Generalsekretär Winfried Benz führte dazu, dass dieses Thema in der November-Sitzung 1996 erneut angegangen wurde.³⁷² In dieser Sitzung plädierten insbesondere die Vertreter von Wissenschaftsrat und Fraunhofer-Gesellschaft für eine stärkere Strukturierung der Zusammenarbeit, während DFG und MPG weiterhin auf die Autonomie der Mitgliedsorganisationen pochten.³⁷³ Auch dieser Vorstoß blieb ohne spürbare Auswirkungen auf die Allianz als Organisation; man einigte sich lediglich darauf, dass man intern »offen diskutieren«, dabei aber unterschiedliche Positionen und »Spannungen« aushalten müsse.³⁷⁴

2.4.4 Beginnende Einbindung weiterer Kooperationspartner*innen

Nicht nur das Wissenschaftssystem war in den 1990er Jahren einem tiefgreifenden Wandel unterworfen, auch die Allianz selbst erlebte in diesem Zeitraum Veränderungen. So wurde der Teilnehmerkreis 1998 offiziell um die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) erweitert – die heutige Leibniz-Gemeinschaft, die sich bis 1997 Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) nannte. Bereits zwei Jahre zuvor, im Dezember 1996, hatte das BMBF entschieden, künftig auch deren Präsidenten zu den Sitzungen des Präsidentenkreises einzuladen. Dieser Schritt wurde in der Allianz im Zuge der gemeinsamen Vorbereitung des Präsidentenkreises diskutiert, und es wurde beschlossen, gegen das Einbeziehen der WBL in die Gespräche mit dem Ministerium keine Einwände zu erheben, ohne dass dies die gleichzeitige Aufnahme der WBL in die Allianz bedeuten würde.³⁷⁵ Anders als bei ihrer ersten Erweiterung in den 1970er Jahren sah sich die Allianz nicht von der Politik gezwungen, die WBL auch in ihre internen Abstimmungen einzubinden. Dies könnte erklären, warum sie sich ohne größere Diskussionen mit der Teilnahme der WBL am Präsidentenkreis arrangierte, obwohl die Blaue

369 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 6. 2. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 16.

370 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 6. 2. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1410, fol. 18A.

371 Zum Ablauf der Sitzung und der Diskussion siehe die entsprechenden Vermerke bspw. in AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 8; DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19; AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 624, fol. 10 und AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1411.

372 Schreiben von W. Benz an W. Frühwald vom 8. 11. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1414, fol. 19–20; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1414, fol. 11A.

373 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19.

374 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 8.

375 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 12. 12. 1996, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 11.

Liste und ihre Institutionen noch wenige Jahre zuvor von verschiedenen Mitgliedern heftig attackiert worden waren.

Für knapp zwei Jahre ruhte diese Angelegenheit, bis sich Ingolf Hertel, der Präsident der inzwischen umbenannten Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), an seinen Kollegen Hubert Markl wandte und diesen darum bat, »bei speziellen Anlässen, welche die Leibnizgemeinschaft [sic!] direkt mitbetreffen«, ³⁷⁶ in die Beratungen der Allianz eingebunden zu werden. Auch an andere Mitglieder der Allianz hatte sich Hertel mit seinem Anliegen gewandt. ³⁷⁷ Die Allianz verständigte sich telefonisch zunächst darauf, den WGL-Präsidenten als Gast zur Besprechung des zweiten Tagesordnungspunkts zur Juni-Sitzung der Allianz einzuladen. ³⁷⁸ Vor Eintritt in die eigentlich für diese Sitzung festgelegte Tagesordnung erörterte die Allianz die Frage nach einer grundsätzlichen Einbeziehung der WGL in die gemeinsamen Gespräche. Überraschenderweise einigten sich die Teilnehmenden rasch und einvernehmlich, offenbar sogar ohne relevante Gegenargumente, darauf, Hertel die Mitgliedschaft in ihrem Gremium anzubieten. ³⁷⁹ Anders als im Falle der AGF in den 1970er Jahren wurde der Präsident der WGL nicht zunächst als Gast, sondern unmittelbar als vollwertiges Mitglied in die Allianz integriert, wenn er auch als einziger Vertreter seiner Institution eingeladen wurde. Was die Mitgliedsorganisationen letztlich zu der so reibungslos verlaufenden Aufnahme der WGL bewog, geht aus den Unterlagen nicht abschließend hervor, da die Vorabstimmung über diesen außerordentlichen Tagesordnungspunkt und die damit verbundene Vorbereitung der Entscheidung größtenteils im Vorfeld telefonisch erfolgt waren. Fest steht jedoch, dass diese Entscheidung in gewissem Maße schlichtweg als Anerkennung der wissenschaftspolitischen Realität verstanden werden muss, die der zunehmenden Bedeutung der WGL (auch in finanzieller Hinsicht) als vierte Säule der außeruniversitären Forschung geschuldet war. ³⁸⁰ Möglicherweise spielte es

376 Hertel bezog sich in diesem Fall auf die Planungen eines Büros der deutschen Wissenschaft im Rahmen der EXPO 2000. Schreiben I. Hertel an H. Markl vom 1. 6. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1417, fol. 132.

377 Entsprechenden Hinweise auf die Kontaktaufnahme mit Klaus Landfried und Detlev Ganten finden sich im Schreiben von I. Hertel an H. Markl vom 1. 6. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1417, fol. 132. Der interne Sitzungsvermerk des Wissenschaftsrats zur Allianz-Sitzung gibt außerdem Aufschluss darüber, dass auch der Vorsitzende des Wissenschaftsrats im Vorfeld eine schriftliche Anfrage Hertels erhalten hat: Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15.

378 Hertel wurde dazu eingeladen, der Sitzung ab 13:00 Uhr beizuwohnen. Die reguläre Allianz-Sitzung begann bereits um 12:00 Uhr, was den Allianz-Mitgliedern die Möglichkeit verschaffte, andere Tagesordnungspunkte vorzuziehen und auch noch einmal persönlich über die Einbindung der WGL zu diskutieren. Schreiben von H. Markl an I. Hertel vom 10. 6. 1998, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 20.

379 So schreibt die HRK in ihrem internen Sitzungsvermerk bspw. von »einstimmig[em] Einvernehmen«, die DFG von »Übereinstimmung«, und die MPG betont, dass »alle Vertreter der Forschungsorganisationen ihre Zustimmung« gegeben hätten. Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, AdHR, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 13; Siehe dazu auch die entsprechenden Notizen in Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 20; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1417, fol. 122. Lediglich im Vermerk des Wissenschaftsrats, in welchem diese Einigung als »Wunder« beschrieben wird, deutet sich an, wie außergewöhnlich die Situation auch einigen Beteiligten erscheinen musste. Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15.

380 Vgl. zur Etablierung der WGL bspw. Wissenschaftsrat: *Systemevaluation der Blauen Liste*. Drucksache 4703/00. Leipzig 17. 11. 2000; Brill, *Blauen Liste*, 2017, 44–86; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 137–145.

auch eine Rolle, dass Hertel nur kurze Zeit später als Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin in die Politik wechselte. Zudem konnte die Allianz einer Erweiterung ihres Kreises erfahrungsgestützt mit größerer Gelassenheit entgegensehen als noch zwei Jahrzehnte zuvor. Die Erfahrungen mit der Einbindung der AGF und der Fraunhofer-Gesellschaft hatten gezeigt, dass eine Erweiterung nicht, wie in der Anfangszeit befürchtet, zu einer Destabilisierung des Gremiums führen musste.

Die Aufnahme der WGL war nicht die erste Erweiterung in den 1990er Jahren: Bereits im März 1995 wurden die AvH und der DAAD in die Beratungen des Präsidentenkreises eingebunden. Die Präsidenten der beiden Wissenschaftsorganisationen waren schon zuvor zu Gesprächen mit dem für sie zuständigen Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geladen worden. Nach der Zusammenlegung von BMBW und BMFT zum Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie im Jahr 1994 erschien es allen Beteiligten als beste Lösung, auch die Präsidenten von AvH und DAAD zum nun gemeinsamen Präsidentenkreis einzuladen.³⁸¹ Deren amtierende Präsidenten Theodor Berchem (DAAD) und Reimar Lüst (AvH) waren in früheren Funktionen selbst langjährige Mitglieder der Allianz gewesen. Die Allianz insistierte aber darauf, dass deren Aufnahme in den Präsidentenkreis »keine Einbindung in die Allianz an und für sich« bedeutete.³⁸²

Der restriktive Kurs der Allianz speiste sich nach wie vor aus der Befürchtung, durch eine institutionelle Überdehnung an Effizienz zu verlieren. Sie lehnte daher auch in dieser Situation das insbesondere vom DAAD schon seit den frühen 1980er Jahren mehrfach an sie herangetragene Aufnahmegesuch neuerlich ab.³⁸³ Der formale Ausschluss aus der Allianz bedeutete jedoch keinesfalls, dass es mit den beiden »internationalen« Wissenschaftsorganisationen keinen informellen Austausch gegeben hätte. Das personelle Netzwerk der Forschungsorganisationen war eng geflochten und garantierte auf der Ebene der Spitzenfunktionäre eine enge Zusammenarbeit auch jenseits formaler Barrieren, vor allem wenn eine Kooperation funktional geboten schien. So wurden die beiden »internationalen« Wissenschaftsorganisationen beispielsweise 1992 in die Ausarbeitung einer öffentlichkeitswirksamen Stellungnahme der Allianz gegen Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit einbezogen. Im Laufe der 1990er Jahre wurden die Kontakte dann weiter intensiviert: 1994 wurden DAAD und AvH (ebenso wie je ein Vertreter des Stifterverbands und der KoWi) erstmals offiziell zu einer Besprechung mit den Allianz-Mitgliedern geladen; intern sprach man von einer »erweiterten Allianz«.³⁸⁴ In diesem Treffen verständigte man sich darauf, einen regelmäßigen, aber eher unverbindlichen Meinungsaustausch zu etablieren, der trotz »unterschiedlicher Interessen der Organisationen« in erster Linie

381 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 9. I. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1405, fol. 22; Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 9. I. 1995, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7.

382 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 9. I. 1995, DFGA, AZ 00219-04, Bd. 18.

383 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 5. 3. 1980, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 4.

384 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der erweiterten Allianz am 8. II. 1994, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7.

der »Information und Koordination« dienen sollte.³⁸⁵ In den beiden Folgejahren fanden mehrere Treffen der »Internationalen Allianz« statt, zu deren festem Teilnehmerkreis neben den Allianz-Mitgliedern auch DAAD und AvH gehörten.³⁸⁶ Vereinzelt wurden die beiden Wissenschaftsorganisationen sogar zu regulären Terminen der Allianz eingeladen, etwa wenn es um die Vorabstimmung der gemeinsamen Interessen im Vorfeld des Präsidentenkreises ging.³⁸⁷ AvH und DAAD wurden erst ab 2007 offiziell als Mitglieder der Allianz geführt.³⁸⁸ Dem ging aber eine lange Phase der informellen Zusammenarbeit voraus, in der die beiden international ausgerichteten Förderinstitutionen von den persönlichen Kontakten ihrer Führungskräfte ebenso wie von deren wissenschaftspolitischer Erfahrung profitierten.

Das jüngste Mitglied, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, wurde 2008 nach ihrer Ernennung zur Nationalen Akademie der Wissenschaften in den Kreis der Allianz aufgenommen.³⁸⁹ Durch die Teilung Deutschlands hatten zwischen der Leopoldina und der Allianz für lange Zeit keine engen Beziehungen bestanden, was sich auch nach der Wiedervereinigung nur schrittweise änderte. Die Initiative zu einer stärkeren Einbindung ging dabei von der Politik aus. Das BMFT ventilierte hier einmal mehr den Weg über den Präsidentenkreis: Leopoldina-Präsident Benno Parthier sollte »als Gast [...], und zwar entweder ständig oder im Einzelfall oder befristet für die – schwierige – Neugestaltungsphase« zu den Sitzungen des Präsidentenkreises eingeladen werden, wobei das Ministerium sich zunächst der Zustimmung der Allianz versichern wollte.³⁹⁰ In der anschließenden November-Sitzung des Präsidentenkreises einigte man sich freilich lediglich auf eine Sondersitzung, zu der »repräsentative Persönlichkeiten aus der

385 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der erweiterten Allianz am 8. 11. 1994, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7.

386 Vgl. hierfür die internen Sitzungsvermerke zu den Treffen der Internationalen Allianz bspw. Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Internationalen Allianz am 16. 5. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 622, fol. 171; Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Internationalen Allianz am 6. 11. 1995, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Internationalen Allianz am 20. 5. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1416, fol. 345.

387 So wurden die Vertreter der beiden Wissenschaftsorganisationen bspw. zu den Sitzungen der Allianz am 07. 06. 1995 und am 23. 11. 1998 eingeladen. Schreiben von W. Frühwald an die Mitglieder der Allianz, T. Berchem und R. Lüst vom 25. 11. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19; Schreiben von J. Lange an die Mitglieder der Allianz vom 18. 11. 1998, DA GMPG, BC 108649; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung von Allianz und Präsidentenkreis am 23. 11. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1419, fol. 1.

388 Im November desselben Jahres werden sie in einem gemeinsamen Positionspapier der Allianz erstmals als Mitglieder der Allianz aufgeführt. Siehe Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Strategische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft*. Berlin 12. 11. 2007.

389 Am 14. Juli 2008 wurde die Leopoldina offiziell zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt. Vgl. Präsidium der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.): *Festakt zur Ernennung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zur Nationalen Akademie der Wissenschaften. Ceremony to Mark the Nomination of the German Academy of Sciences Leopoldina to the National Academy of Sciences*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2009; Volker ter Meulen (Hg.): *Jahrbuch der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina* 2008. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2010, 245. 2009 unterzeichnete die Leopoldina dann erstmals gemeinsam mit den übrigen Allianz-Mitgliedern eine gemeinsame Stellungnahme. Vgl. Alexander von Humboldt-Stiftung et al.: *Open Access und Urheberrecht: Kein Eingriff in die Publikationsfreiheit*. Gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsorganisationen, 25. 3. 2009.

390 Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung des Präsidentenkreises am 12. 11. 1990 zu TOP 3b) Einbeziehung von Prof. Parthier in den Präsidentenkreis, BArch, B 196/103449.

Wissenschaft in den neuen Ländern« eingeladen werden sollten.³⁹¹ Eine grundsätzliche oder gar längerfristige Einbindung der Leopoldina lehnte die Allianz offenbar ab. Doch anders als etwa die Konferenz der Akademien bemühte sich die Leopoldina in dieser Phase auch von sich aus nicht um eine engere Anbindung an die Allianz oder gar um eine Aufnahme. Stattdessen beschloss der Senat der Leopoldina 1992, die Leopoldina müsse »als älteste deutsche Akademie [...] eine eigenständige Besonderheit bleiben«, die sich »weder an die ›Konferenz der Akademien‹ noch an die ›Allianz‹ binden« solle.³⁹² Folglich blieb das wechselseitige Verhältnis auch in den kommenden Jahren eher oberflächlich, wenngleich die persönlichen Verflechtungen zunahmen: Parthier war von 1991 bis 1997 Mitglied des Wissenschaftsrats und ab 1991 ständiger Gast im Senat der MPG.³⁹³

Auf der inhaltlichen Ebene hatte sich die Allianz ohnehin mit Akademiefragen zu beschäftigen, dies umso mehr, als es um die Errichtung einer nationalen Akademie ging. Diesen Plänen, die vor allem von politischer Seite vorangetrieben wurden, stand die Allianz zunächst mit einem gewissen Maß an Skepsis gegenüber.³⁹⁴ Hier begegnet uns für einmal eine explizite Konkurrenzkonstellation: Die Allianz-Mitglieder befürchteten, sowohl in der wissenschaftlichen Politikberatung als auch in der internationalen Repräsentanz an Boden zu verlieren. Intern wurde die Gefahr von »Überlappungen« beschworen; käme es zu einer Nationalakademie, drohe gar der Verlust ihres Kernarbeitsfelds der Gestaltung von Wissenschaftspolitik im Dialog mit dem politischen System.³⁹⁵ Die Allianz-Mitglieder wollten das Entstehen einer direkten Konkurrenz vermeiden und verhindern, dass sie – im Falle der Gründung einer nationalen Akademie – zukünftig in ihren angestammten Aufgabenbereichen übergangen würden. Daher betonten sie intern wie auch gegenüber externen Gesprächspartner*innen immer wieder den Mehrwert einer pluralistischen Verfasstheit des deutschen Wissenschaftssystems.³⁹⁶ Dieses Thema blieb für weitere zehn Jahre gewissermaßen ungeklärt, weswegen sich die Allianz weiterhin zurückhielt und die Initiativen der Politik abwartete. Als schließlich mit der Ernennung der Leopoldina zur Nationalakademie neue Tatsachen geschaffen wurden, kam die Allianz nicht umhin, darauf entsprechend zu reagieren und den Präsidenten ebenso wie seine Generalsekretärin zu den gemeinsamen Gesprächen einzuladen. Dies führte 2008 schließlich zur bislang letzten Erweiterung des Gremiums.

391 Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 12. 11. 1990, BArch, B 196/103449.

392 Benno Parthier (Hg.): *Jahrbuch 1992. Leopoldina*. Halle an der Saale: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina 1993, 87.

393 Protokoll der 127. Sitzung des Senates vom 8. 3. 1991 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 127.SP. Ausführlicher zur Einladung Parthiers und anderer Vertreter der ostdeutschen Wissenschaft als Gäste in den Senat der MPG siehe Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 2020, 85–86.

394 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 7. 6. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 621, fol. 21–31.; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 649, fol. 282–285; Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 20.

395 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 9. 3. 1998, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15.

396 Vgl. beispielsweise das Standpunktepapier der DFG: Interner Vermerk der DFG zum Thema »Wissenschaftliche Politikberatung«, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 20.

2.5 Ausblick – eine neue Allianz nach der Jahrtausendwende?

Die Jahrtausendwende kann als tiefgreifende Zäsur für die Geschichte der Allianz der Wissenschaftsorganisationen betrachtet werden. Seither zeigt die Allianz in vielen Belangen ein anderes Gesicht als in früheren Jahrzehnten. Sie hat sich in ihrem Selbstverständnis, ihrer Organisationsform und ihrer Arbeitskultur erheblich verändert. Dieser Prozess des Wandels ist heute, im Jahr 2022, noch längst nicht abgeschlossen. Mitten im Geschehen fehlt einstweilen die zeitliche und soziale Distanz, um auf die Frage, in welche Richtung die Dynamik des Wandels die Allianz und mit ihr das »Rheinische Modell« korporatistischer Wissenschaftspolitik führen wird, eine fundierte, gleichsam evidenzbasierte Antwort geben zu können. Doch lässt der kritisch geschärfte Blick auf jüngste Entwicklungen seit der Jahrtausendwende Reaktionsdynamiken auf forschungspolitische Herausforderungen erkennen, deren Muster uns aus der Analyse der historischen Entwicklung der Allianz vertraut erscheinen.

2.5.1 Veränderung der internen Arbeitsweise

Nicht nur Historiker*innen als professionelle Expert*innen für menschliche Zeitwahrnehmungen, sondern auch Individuen und Gesellschaften allgemein strukturieren temporalen Wandel entlang von Dekaden. Dass die erste Dekade des 21. Jahrhunderts mit einem neuen Millennium zusammenfiel, verstärkte die Neigung vieler gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen, eine Zäsur zu setzen und die eigene Position vor dem Hintergrund eines offenen Zukunftsraums zu hinterfragen. Dies gilt auch für die Allianz, die das Jahr 2000 nutzte, um kritische Überlegungen zur Effizienz des eigenen Handelns auf die Tagesordnung zu setzen.

Wie wir im vorangegangenen Kapitel herausgearbeitet haben, hatte sich die Allianz bereits in früheren Jahrzehnten immer wieder mit der Frage nach der geeigneten Organisationsform für ihre Zusammenarbeit auseinandergesetzt. Jedoch konnten und wollten sich die Mitglieder nicht dazu durchringen, ihren »gut funktionierenden Club«³⁹⁷ einer strafferen Formalisierung zu unterziehen, weshalb die Diskussionen meist ohne spürbare Auswirkungen verhallten.

Dies sollte sich mit der Jahrtausendwende schrittweise ändern, als der Präsident der WGL, Frank Pobell, dieses Thema erneut in die gemeinsamen Beratungen einbrachte und mit dem Wunsch verband, die Allianz möge zukünftig als institutionelles »Sprachrohr der deutschen Wissenschaft« fungieren.³⁹⁸ Obwohl nicht alle Mitglieder diesen ehrgeizigen Wunsch Pobells uneingeschränkt teilten, war auch jenen, die sich in der Vergangenheit vehement gegen jede Form der Institutionalisierung ausgesprochen hatten, inzwischen bewusst geworden, dass ihr Gesprächskreis »zunehmend wichtiger« geworden war, und dazu zählte insbesondere auch die

397 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

398 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 12. 1. 2000, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15.

MPG.³⁹⁹ Es war Hubert Markl, MPG-Präsident und langjähriges Allianz-Mitglied,⁴⁰⁰ der in dieser Diskussion vorschlug, »über eine organisatorische Unterstützung« nachzudenken, etwa in Form eines eigenen Sekretariats, das die Geschäfte der Allianz führen und koordinieren sollte.⁴⁰¹

Erstmals in der Geschichte der Allianz mündete die Debatte um eine Änderung ihrer Arbeitsweise in konkrete Schritte hin zu einer Reform. Man kann begründet darüber spekulieren, ob eine Ursache für diese Neuerung darin lag, dass der Impuls von der MPG kam, die sich bis dato stets gegen solche Veränderungen ausgesprochen hatte. Jedenfalls wurden die Generalsekretär*innen damit beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten und dabei die jeweiligen Interessen organisationsübergreifend zu berücksichtigen und konsensual abzustimmen.⁴⁰² Diese verständigten sich darauf, einerseits die »auf Erfahrungsaustausch und Abstimmung angelegte lockere Struktur der Allianz [...] in ihrer Bandbreite zwischen aktuellem Austausch bis hin [sic!] zur Vorbereitung gemeinsamer Stellungnahmen zu wichtigen Fragen in der Öffentlichkeit« zu erhalten, andererseits aber die Vorbereitung der Sitzungen zu verbessern.⁴⁰³ Dies bedeutete zunächst die Einführung eines jährlichen Rotationsprinzips in der Sitzungsvorbereitung, wobei bereits auch eine stärkere Strukturierung der Tagesordnungen angeregt wurde.⁴⁰⁴ Der von DFG-Generalsekretär Reinhard Grunwald ausgearbeitete Entwurf zur verbesserten Vorbereitung der Allianz-Sitzungen wurde im Vorfeld des Termins im April 2000 den übrigen Sitzungsteilnehmer*innen zugeleitet, wobei seine Gesprächspartner*innen, Barbara Bludau (MPG) und Winfried Benz (WR), eine Vorabversion erhielten. In einer internen Notiz vermerkte die Generalsekretärin der MPG, aus ihrer Perspektive könne dem Vorschlag »grundsätzlich zugestimmt werden«; sollte von Seiten des Präsidenten mehr »Verfahrensfreiheit« gewünscht sein, könnte man es bezüglich des Sitzungsvorsitzes »beim jetzigen Verfahren (pro Sitzung ein Wechsel)« belassen.⁴⁰⁵ Doch sahen weder Hubert Markl noch seine Kollegen ein Problem in der Formalisierung der Zusammenarbeit durch einen jährlich wechselnden Vorsitz und stimmten dem

399 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 12. 1. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 636, fol. 3.

400 Markl kann wie kaum ein anderer der zu diesem Zeitpunkt anwesenden Präsidenten und Vorsitzenden als Kenner der Allianz gelten. Vor seiner Wahl zum Präsidenten der MPG war er von 1977 bis 1983 Vizepräsident der DFG und von 1986 bis 1991 schließlich ihr Präsident. In der Funktion des Präsidenten gehörte Markl dem Kreis der Allianz an, aber auch in seiner vorangehenden Zeit als Vizepräsident war er sicherlich gut über die Tätigkeit der Allianz informiert. Ab 1996 war Markl als Präsident der MPG nun wieder Mitglied der Allianz. Er konnte so die Arbeit der Allianz aus unterschiedlichen Organisationen heraus und in unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung aktiv mitgestalten.

401 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 12. 1. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 636, fol. 3.

402 Wie aus der Ergebnisnotiz dieses Gesprächs hervorgeht, nahmen wohl nur die Generalsekretär*innen der Mitgliedsorganisationen teil. Entwurf eines Schreibens von R. Grunwald an die Mitglieder der Allianz vom 5. 4. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57 Nr. 1423, fol. 37. Dies deutet daraufhin, dass von FhG, HGF und WGL niemand an der Besprechung teilgenommen hat, da deren Geschäftsführer auch nicht zu den Sitzungen der Allianz eingeladen wurden. Erst seit 2006 gibt es in der WGL den Posten des Generalsekretärs bzw. der Generalsekretärin. Zur Einführung des Postens des Generalsekretärs bei der WGL vgl. Brill, *Blauen Liste*, 2017, 82–86, 121.

403 Entwurf eines Schreibens von R. Grunwald an die Allianz vom 5. 4. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1424, fol. 547.

404 Entwurf eines Schreibens von R. Grunwald an die Allianz vom 5. 4. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1424, fol. 547.

405 Handschriftliche Notiz von B. Bludau auf dem Entwurf eines Schreibens von R. Grunwald an die Allianz vom 5. 4. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1424, fol. 548.

Entwurf in vollem Umfang zu.⁴⁰⁶ Die DFG erklärte sich dazu bereit, als erste Organisation den Sitzungsvorsitz zu übernehmen.⁴⁰⁷

Rund ein Jahr später begann die DFG mit der Anfertigung eines zentralen Ergebnisprotokolls, das im Nachgang der Sitzung an die übrigen Teilnehmenden versandt wurde. Dies war gewissermaßen ein Novum in der rund 40-jährigen Geschichte der Allianz, da in der Vergangenheit bewusst kein offizielles Protokoll geführt worden war.⁴⁰⁸ Zwar waren in der Anfangszeit der Allianz in den 1960er Jahren Ergebnisvermerke an die übrigen Sitzungsteilnehmer versandt worden;⁴⁰⁹ diese Praxis ging im institutionellen Gedächtnis der Allianz jedoch verloren. Folglich wurde die offizielle Protokollführung nun als tiefgreifende Veränderung der etablierten Arbeitsweise wahrgenommen.

Ein offizielles Protokoll bedeutet eine schriftliche Fixierung der Sitzungsergebnisse und garantiert deren nachträgliche Überprüfbarkeit. Auch hinsichtlich der Effizienz der Sitzungen für deren Vor- und Nachbereitung ist ein Ergebnisprotokoll vorteilhaft. Doch für die Allianz, deren Kennzeichen die hochgradige Informalität und die Vertraulichkeit der Ergebnisse waren, brachte ein offizielles Ergebnisprotokoll einschneidende Veränderungen. Nicht von ungefähr äußerten sich einige der Wissenschaftsorganisationen, insbesondere aus dem Kreis der Gründungsmitglieder, zunächst skeptisch, zumal diese Veränderung der Arbeitskultur im Vorfeld nicht abgesprochen oder von den Mitgliedern gebilligt worden war.⁴¹⁰

In der Folge begannen sämtliche Allianz-Mitglieder mit der internen Prüfung der Ergebnisprotokolle und brachten in vielen Fällen nachträgliche Änderungswünsche ein, da sie ihre Partikularinteressen schriftlich berücksichtigt sehen wollten. Die Änderungen wurden anschließend von der vorsitzenden Wissenschaftsorganisation in das Protokoll eingearbeitet,

406 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 10. 4. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1422, fol. 40A–45.

407 Zunächst wurde vereinbart, dass die DFG den Vorsitz für ein Jahr übernehmen sollte. Letztlich wurden daraus zwei Jahre, denn erst Anfang Mai 2002 übernahm die HGF den Vorsitz von der DFG. Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 10. 12. 2001, DFGA, AZ 0224, Bd. 18; interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 10. 4. 2000, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15.

408 Entsprechende Hinweise auf diese bewusste Entscheidung finden sich bspw. im internen Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 7. 2002, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 792, fol. 69; interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 13. 2. 2002, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15; interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 10. 12. 2001, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17.

409 Diese Praxis lässt sich für einen relativ kurzen Zeitraum, nämlich 1967 bis 1970 nachweisen. Für die Zeit vor 1967 ist die Quellenlage allgemein vergleichsweise dünn, was sicherlich auch durch die hohe Informalität der Besprechungen begründet war. Dennoch lässt sich feststellen, dass die Wissenschaftsorganisationen bis 1967 zumindest vereinzelt interne Vermerke anfertigten. 1967 erfolgte dann relativ abrupt der Wechsel hin zu zentralen Ergebnisvermerken, die zwischen den Teilnehmern zirkulierten.

410 Siehe die entsprechenden Hinweise im internen Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 7. 2002, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 792; Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 13. 2. 2002, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15; Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 10. 12. 2001, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17.

eine Endfassung kompiliert und diese wiederum den übrigen Mitgliedern zur finalen Prüfung (meist in der nächsten Allianz-Sitzung) vorgelegt.⁴¹¹

2.5.2 Erweiterung der Runde

Mit ihrem Entschluss zur Protokollführung führte die DFG eine weitere Neuerung ein: Sie zog mit Jens-Peter Gaul einen Schriftführer zu den Allianz-Sitzungen hinzu.⁴¹² In der MPG sorgte man sich zwar um die »Vertraulichkeit der Beratungen«.⁴¹³ Letztlich intervenierte allerdings keines der Allianz-Mitglieder gegen diese neue Praxis. Die HGF sah im Vorgehen der DFG gar eine willkommene Chance, endlich ein seit Jahrzehnten verfolgtes Ziel zu realisieren. Im Februar 2002 wagte ihr Präsident Walter Kröll in bilateralen Gesprächen mit seinen Kollegen einen neuerlichen Vorstoß, bezüglich einer Teilnahme seines Geschäftsführers an den Besprechungen der Allianz vorzufühlen. Dass sich Kröll zunächst an die MPG wandte, ist wenig überraschend, da diese, ebenso wie die DFG, in vielen Belangen der Allianz den Ton angab. Nach wie vor herrschte in der MPG wegen der Tragweite einer solchen Entscheidung ein gewisses Maß an Zurückhaltung, weswegen man Kröll empfahl, diesen Punkt im nächsten gemeinsamen Gespräch zu erörtern.⁴¹⁴ Obgleich die Einschätzung der übrigen Allianz-Mitglieder auf der vorliegenden Quellenbasis nicht mit Sicherheit rekonstruiert werden kann, liegt die Vermutung nahe, dass manche Mitglieder die Teilnahme des HGF-Geschäftsführers weniger skeptisch sahen. So waren FhG und HRK bereits Mitte der 1990er Jahre dazu übergegangen, den damaligen Geschäftsführer der HGF – sicherlich auch aufgrund seiner engen Einbindung in die Belange der Allianz – zu den von ihnen organisierten Sitzungen einzuladen, bis sich die DFG vehement gegen diese schleichende Erweiterung der Allianz ausgesprochen hatte. Dass nun also die DFG, die sich in der Vergangenheit in besonderem Maße für das Prinzip der persönlichen Mitgliedschaft und damit auch gegen die Einbindung der Geschäftsführer eingesetzt

411 So wurde das »Protokoll der letzten Sitzung« häufig als separater Punkt in die Tagesordnung der Allianz-Sitzungen aufgenommen. Ergebnisvermerk der HGF über die Sitzung der Allianz am 18. 11. 2002, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17.

412 Vgl. die Anwesenheitsliste im Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 13. 2. 2002, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17. Für die Dezember-Sitzung gibt es im Ergebnisvermerk der DFG und auch in internen Vermerken der Wissenschaftsorganisationen keine Übersicht über die Teilnehmer*innen. Allerdings vermerkte der Generalsekretär der HRK am Ende seines internen Sitzungsvermerks zur Dezember-Sitzung, dass ein Protokollführer anwesend gewesen wäre; interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 10. 12. 2001, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17. Außerdem unterzeichnete Jens-Peter Gaul den entsprechenden Entwurf für das Ergebnisprotokoll der Sitzung am 10. 12. 2001 und versendete diesen im Nachgang der Sitzung an die übrigen Mitglieder der Allianz. Schreiben von J. P. Gaul an die Allianz vom 20. 12. 2001, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17; Ergebnisvermerk der DFG über die Sitzung der Allianz vom 10. 12. 2001, DFGA, AZ 0224, Bd. 18. Jens-Peter Gaul war zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der DFG und dort verantwortlich für den Bereich »Gremien«. 2002 wechselte er innerhalb der DFG in den Bereich »Perspektiven der Forschung«. 2007 verließ er die DFG, um die Leitung der KoWi zu übernehmen. Seit 2016 ist er Generalsekretär der HRK. Vgl. den Lebenslauf auf der Website der Hochschulrektorenkonferenz: Dr. Jens-Peter Gaul, Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz seit 11. Januar 2016. <https://www.hrk.de/hrk/geschaeftsstelle/jens-peter-gaul/>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.

413 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 7. 2002, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 792, fol. 70.

414 Vgl. zur Anfrage Krölls bei der MPG die entsprechende Notiz im internen Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 7. 2002, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 792, fol. 70.

hatte, durch die Einladung eines Protokollführers ihrerseits einen »Präzedenzfall«⁴¹⁵ für die Erweiterung des Mitgliederkreises geschaffen hatte, spielte der HGF in die Karten. Kröll konnte davon ausgehen, aus dieser Richtung keinen Gegenwind mehr zu bekommen.

Ob das Anliegen auf der Juli-Sitzung dezidiert besprochen wurde, ist unklar, da der Punkt weder auf der Tagesordnung noch in einer separaten Notiz der teilnehmenden Wissenschaftsorganisationen vermerkt ist. Doch die Bemühungen der HGF waren dieses Mal von Erfolg gekrönt: Beginnend mit dem Juli-Termin – und damit dem ersten unter Vorsitz der HGF – begleitete der Geschäftsführer, Enno Aufderheide, seinen Präsidenten zu sämtlichen Allianz-Sitzungen.⁴¹⁶

In Verbindung mit der oben dargestellten Aufnahme von DAAD, AvH, WGL und schließlich Leopoldina wuchs das Gremium auf zehn Mitgliedsorganisationen mit rund 20 teilnehmenden Personen an, was in Teilen auch die voranschreitende Formalisierung der internen Abläufe erklärt: Abstimmungen oder Terminfindungen in einem so großen Kreis benötigen eine entsprechende Koordination. Informelle Absprachen beim gemeinsamen Abendessen in der privaten Residenz eines der Mitglieder sind bei diesem Umfang nur noch schwer vorstellbar. Allein ob ihrer Größe bekam die Allianz des 21. Jahrhunderts ein neues Gesicht.

2.5.3 Agieren im Licht der Öffentlichkeit

Nicht nur die interne Arbeitsweise der Allianz, ihre Zusammensetzung und ihr Selbstverständnis haben sich seit der Jahrtausendwende grundlegend gewandelt; auch die Wahrnehmung ihrer Rolle in der Repräsentation und Interessenvertretung der deutschen Wissenschaft und ihres Verhältnisses zur Öffentlichkeit hat sich stark verändert: Seit den 2000er und insbesondere seit den 2010er Jahren agiert sie weit stärker als zuvor im Licht der Öffentlichkeit und tritt dort sichtbar als wissenschaftspolitische Akteurin auf. Damit reagiert sie auf die sich rasant wandelnden Bedingungen der modernen Wissens- und Mediengesellschaft und auf das damit verbundene rasante Wachstum der Nachfrage nach Information, Wissen und Orientierung.⁴¹⁷ Zugleich verstärkt sich die Medialisierung der Gesellschaft, die sich unter anderem durch eine Zunahme medienvermittelter kommunikativer Akteur*innen und Institutionen auszeichnet.⁴¹⁸

415 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 7. 2002, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 792, fol. 70.

416 Vgl. bspw. die Übersicht der Teilnehmer im Ergebnisvermerk der HGF über die Sitzung der Allianz am 22. 7. 2002, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17; Ergebnisvermerk der HGF über die Sitzung der Allianz am 18. 11. 2002, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 17.

417 Vgl. Patrick Donges: *Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 19–26.

418 Vgl. dazu Patrick Donges und Otfried Jarren: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer 2017, 8–13; Donges, *Medialisierung*, 2008, 33–49; Ulrich Saxer: *Mediengesellschaft: Verständnisse und Mißverständnisse*. In: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur*

Diese Entwicklung prägte die Allianz-Mitglieder seit den frühen 2000er Jahren immer stärker: So wuchsen die Abteilungen für Public Relations in den Wissenschaftsorganisationen personell an, passten ihr Kommunikationsverhalten den Erfordernissen der Mediengesellschaft an und entwickelten entsprechende Informationsangebote, etwa für Pressevertreter*innen oder die interessierte Öffentlichkeit.⁴¹⁹ Der Prozess der Medialisierung der Wissenschaft machte auch vor dem exklusiven Kreis der Allianz nicht Halt. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch zahlreiche personelle Veränderungen an der Spitze der Mitgliedsorganisationen in den Jahren 1998 bis 2003.⁴²⁰

Auch für die Intensivierung der Verflechtung von Wissenschaft und Öffentlichkeit brachte die Jahrtausendwende eine Zäsur, die sich insbesondere in der vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft angestoßenen Gründung der Initiative Wissenschaft im Dialog (WiD) im Jahr 2000 zeigte.⁴²¹ Es ist hier nicht der Raum, um die sowohl initiiierende und fördernde als auch kritisierende Rolle der Allianz in Bezug auf die Aktivitäten von Wissenschaft im Dialog zu analysieren. An der als gemeinnützige GmbH organisierten Gemeinschaftsinitiative der deutschen Wissenschaftsorganisationen waren jedenfalls, mit Ausnahme von AvH und DAAD, alle Allianz-Mitglieder beteiligt.⁴²² Wichtig ist es zu betonen, dass die Initiative die Weichen in Richtung einer medialen Öffnung der Allianz stellte. Zudem kann man den Allianz-Mitgliedern nicht vorwerfen, sich mit der Rolle stiller Teilhaber beziehungsweise zahlender Mitglieder zufriedengegeben zu haben. Im Gegenteil, ab den frühen 2000er Jahren verging kaum eine Allianz-Sitzung, in der die WiD-Aktivitäten nicht auf der Tagesordnung standen. Eifrig wurde Bericht erstattet, intensiv diskutiert und engagiert evaluiert; Schwerpunktsetzungen wurden verschoben und einzelne Aktionen kritisch unter die Lupe genommen. Kurzum, die öffentliche Kommunikation von Wissenschaft entwickelte sich nach der Jahrtausendwende zu einem der

politischen Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998, 52–73; Otfried Jarren: Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel. In: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998, 74–94; Otfried Jarren: »Mediengesellschaft« – Risiken für die politische Kommunikation. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 41–42 (2001), 10–19.

419 So überlegte die Allianz beispielsweise im Jahr 2002, wie man die öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaft und Forschung erhöhen und verbessern könnte. Vermerk der HGF über die Sitzung der Allianz am 24. 3. 2003, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 792, fol. 50.

420 Lediglich bei der DFG (und beim DAAD, wenn man auch die jüngeren Mitglieder einbezieht) gab es in diesem Zeitraum weder im Amt des Präsidenten noch des Generalsekretärs einen Wechsel.

421 Zum Spektrum der Aktivitäten siehe die Selbstdarstellung *Wissenschaft im Dialog: 10 Jahre Wissenschaft im Dialog*. Berlin 2009; Vgl. außerdem zu WiD Manfred Erhardt: Die freundliche Dampfwalze. In: Katja Kohlhammer (Hg.): *Joachim Treusch – Das Gehirn von Jülich*. Leinfelden-Echterdingen: Konradin Medien 2005, 30–31; Reiner Korbmann: Der Weckruf für die Wissenschaftskommunikation – 20 Jahre PUSH. Interview mit einem der Väter von PUSH, Prof. Joachim Treusch. *Wissenschaft kommuniziert*, 20. 5. 2019. <https://wissenschaftskommuniziert.wordpress.com/2019/05/20/der-weckruf-fuer-die-wissenschaftskommunikation-20-jahre-push/>. Zuletzt aufgerufen am 8. 7. 2021; Joachim Treusch: Nur wer sich öffnet, kann sich behaupten. *Frankfurter Allgemeine* (2. 12. 2008). <https://www.faz.net/aktuell/wissen/50-jahre-nuw-wissenschaftsgeschichte-nur-wer-sich-oeffnet-kann-sich-behaupten-1741080.html>. Zuletzt aufgerufen am 21. 12. 2021.

422 Vgl. Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft et al.: Memorandum »Dialog Wissenschaft und Gesellschaft«. *Dialog Wissenschaft und Gesellschaft. Symposium »Public Understanding of the Sciences and Humanities – International and German Perspectives*, 27. 5. 1999. Bonn 1999, 58–61.

wichtigsten Aktionsfelder der Allianz. Bei Durchsicht der Sitzungsprotokolle der Allianz fällt auf, dass die Max-Planck-Gesellschaft sich anfänglich ebenso wie die Mehrheit der Allianz-Organisationen reserviert bis skeptisch gegenüber dem Vorschlag der Gründung einer eigenen Service-GmbH der Wissenschaftsorganisationen zeigte. Sie wandelte sich jedoch, wie Joachim Treusch und Manfred Erhardt als deren Hauptinitiatoren erfreut feststellten, rasch »vom Saulus zum Paulus«, auch wenn MPG-Präsident Hubert Markl großen Wert darauf legte, die GmbH-Struktur vorerst auf drei Jahre zu befristen.⁴²³

Am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends manifestierte sich die Öffnung der Allianz gegenüber der Gesellschaft dann ganz handfest in einer Serie von Hochglanzbroschüren. Unter dem Motto »Wir erforschen« präsentierte sich die Allianz als kohärenter Anbieter von Forschungsleistungen in den fünf Wissenschafts- und Technikfeldern Energie, Kommunikation, Sicherheit, Gesundheit und Mobilität. Einmal mehr manifestiert sich in diesem Versuch, die Öffentlichkeit für die Ergebnisse und Erkenntnisse der deutschen Spitzenwissenschaft zu interessieren, der korporatistische Modus von Wissenschaftspolitik, denn sowohl der Zeitpunkt der Veröffentlichung als auch das Themenspektrum der Reihe war auf die Hightech-Strategie 2020 des BMBF ausgerichtet.⁴²⁴

Seit dieser Broschürenreihe hat die Allianz kontinuierlich öffentlichkeitswirksame Initiativen und Aktionen durchgeführt, um ihre Anliegen einem breiteren Publikum zu vermitteln. Diese Schwerpunktinitiativen, beispielsweise zu den Themen »Digitale Information«⁴²⁵ oder »Tierversuche verstehen«,⁴²⁶ verfügen über eigene Websites mit vielfältigen Informationen und sind auch in den sozialen Medien vertreten. Den vorläufigen Höhepunkt markiert dabei die einleitend erwähnte, groß angelegte Kampagne *Freiheit ist unser System*⁴²⁷ aus dem Jahr 2019: Über ein halbes Jahr lang organisierten die Mitgliedsorganisationen unter anderem in Berlin, Bonn, Halle und München öffentliche Vorträge, Podiumsdiskussionen und Thementage zur Wissenschaftsfreiheit. Auch im World Wide Web stellte die Allianz ein ansprechendes Angebot zur Verfügung: Sie veröffentlichte unter anderem einen Podcast mit zehn Folgen, in dem

423 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 16. 11. 1999, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 15.

424 Siehe Allianz der Wissenschaftsorganisationen (Hg.): *Wir erforschen: Energie*. Broschüre. München 2010. <https://www.mpg.de/9048584/allianzbroschuere-energie.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022; Allianz der Wissenschaftsorganisationen (Hg.): *Wir erforschen: Kommunikation*. Broschüre. München 2011. <https://www.mpg.de/9048375/allianzbroschuere-kommunikation.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022; Allianz der Wissenschaftsorganisationen (Hg.): *Wir erforschen: Sicherheit*. Broschüre. München 2011. <https://www.mpg.de/9048463/allianzbroschuere-sicherheit.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022; Allianz der Wissenschaftsorganisationen (Hg.): *Wir erforschen: Gesundheit*. Broschüre. München 2011. <https://www.mpg.de/9048639/allianzbroschuere-gesundheit.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022; Allianz der Wissenschaftsorganisationen (Hg.): *Wir erforschen: Mobilität*. Broschüre. München 2012. <https://www.mpg.de/9048419/allianzbroschuere-mobilitaet.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.

425 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen, *Schwerpunktinitiative*, 11. 6. 2008.

426 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen, *Tierexperimentelle Forschung*, 6. 9. 2016. Diese Initiative verfügt neben einer eigenen Website auch über einen eigenen Twitter-Account (1211 Follower, Stand 18. 08. 2020) und einen YouTube-Kanal (196 Abonnenten, Stand 18. 08. 2020).

427 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen, *Freiheit*.

Wissenschaftler*innen auf Fragen zur Freiheit der Forschung antworteten. Darüber hinaus stellte sie unter dem Hashtag #HirschhausenFragt eine Reihe von Videos online, in denen die Zuschauer*innen gemeinsam mit Wissenschaftsjournalist und Mediziner Eckart von Hirschhausen einige Wissenschaftler*innen aus Mitgliedsorganisationen der Allianz und ihre Forschung kennenlernen konnten. Im September mündete diese umfangreiche Kampagne schließlich in eine medial breit rezipierte Abschlussveranstaltung mit einer Festrede des Bundespräsidenten, Impulsbeiträgen der Präsidenten von MPG und WGL und schließlich einer Podiumsdiskussion, in der sich Vertreter*innen aus Wissenschaft, Industrie und Politik über die Zukunft freier Wissenschaft austauschten.⁴²⁸

Doch nicht nur mit solchen konzertierten Aktionen bemüht sich die Allianz seit der Jahrtausendwende darum, die Öffentlichkeit anzusprechen. Seither publiziert sie auch periodisch gemeinsame Stellungnahmen und Pressemitteilungen, was zuvor nur in einigen ganz wenigen Fällen vorkam.⁴²⁹

ÜBERSICHT ÜBER DIE ANZAHL ÖFFENTLICHKEITSWIRKSAMER GEMEINSAMER STELLUNGNAHMEN DER ALLIANZ ZWISCHEN 2000 UND 2020.



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis der auf den Websites der Mitgliedsorganisationen veröffentlichten Stellungnahmen.

428 Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen: »Erhellen Sie unsere Demokratie!« Bundespräsident Steinmeier spricht zum Abschluss der Kampagne »Freiheit ist unser System« der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Pressemitteilung, 26.9.2019.

429 Vgl. Klofat, Herrenhaus, 15.11.1991, 24.

Diese richten sich nun nicht mehr ausschließlich an die politische Exekutive. Vielmehr spricht die Allianz nun einen größeren Adressat*innenkreis an, darunter auch die interessierte Fachöffentlichkeit, um so ihre Rolle in wichtigen wissenschaftspolitischen Debatten öffentlichkeitswirksam zu akzentuieren. Entsprechend stark ist die Zahl gemeinsamer Stellungnahmen gewachsen: von insgesamt 16 für den Zeitraum 2003 bis 2010 auf nicht weniger als 54 in den Jahren 2011 bis 2019. Die aktuellen Stellungnahmen sind stets auf der Website der jeweils vorsitzenden Wissenschaftsorganisation verfügbar und können teilweise auch auf den Internetauftritten anderer Allianz-Mitglieder abgerufen werden.⁴³⁰

Seit der Einführung des jährlichen Rotationsprinzips und insbesondere seit der Zunahme öffentlichkeitswirksamen Handelns kommt der vorsitzenden Wissenschaftsorganisation mehr und mehr eine Sprecherfunktion gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu. So wird der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, die 2020 den Vorsitz innehatte, in gemeinsamen Pressemitteilungen ganz offiziell als »Allianz-Sprecher« betitelt.⁴³¹ Auch bei einigen ihrer thematischen Initiativen ist die Allianz inzwischen dazu übergegangen, eine Person jeweils als Sprecher*in zu benennen.⁴³² Sie hat damit die Funktionsbezeichnung offiziell, gegen die sie sich noch in den 1990er Jahren heftig gewehrt hatte.⁴³³ Der Begriff des Sprechers beziehungsweise der Sprecherin bringt den markanten Wandel im institutionellen Selbstverständnis und der wissenschaftspolitischen Bedeutung der Allianz semantisch auf den Punkt: Sie spricht über diese »Instanz« als Interessenvertreterin der gesamten deutschen Wissenschaft mit einer Stimme zu Politik und Öffentlichkeit.

430 Auf den Homepages der Leopoldina und des WR lassen sich die Stellungnahmen der Allianz bis in das Jahr 2003 zurückverfolgen. Viele der übrigen Mitglieder verweisen diesbezüglich lediglich auf die vorsitzende Institution und stellen keine weiteren Unterlagen zum Abruf bereit.

431 Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Anpassung hilft Betroffenen und Wissenschaft*. Pressemitteilung, 7. 5. 2020.

432 Als Beispiel sei hier insbesondere auf das Projekt DEAL verwiesen. Der ehemalige HRK-Präsident Horst Hippler fungiert als Sprecher der DEAL-Verhandlungsgruppe, und Antje Kellersohn ist Sprecherin der DEAL-Projektgruppe [Projekt DEAL: Über Projekt DEAL. <https://www.projekt-deal.de/aktuelles/>. Zuletzt aufgerufen am 8. 2. 2022]. Auch bei der Kampagne »Tierversuche verstehen« wird auf ihrer Homepage auf den Vorsitzenden der Steuerungsgruppe, Stefan Treue, und seinen Stellvertreter Gerhard Hedlmaier verwiesen [Tierversuche verstehen. Eine Informationsinitiative der Wissenschaft: Über uns. <https://www.tierversuche-verstehen.de/ueber-uns>. Zuletzt aufgerufen am 8. 2. 2022].

433 Bereits seit einigen Jahren wird der Präsident bzw. Vorsitzende der Wissenschaftsorganisation, die den Allianz-Vorsitz innehat, in der Presse auch als Sprecher der Allianz bezeichnet. Vgl. bspw. Prussky, Fürsten, 27. 7. 2017, 61. Zur abwehrenden Haltung der Allianz gegenüber der Einführung eines Sprecherpostens vgl. bspw. die Schilderung der DFG in Fragen der Repräsentanz der deutschen Wissenschaftsorganisationen in Europa im internen Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 31. 3. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 14. Auch in den Debatten über das Selbstverständnis der Allianz, auf die in diesem Kapitel bereits ausführlich eingegangen wurde, ging es um die Frage nach einem Sprecher: Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 6.

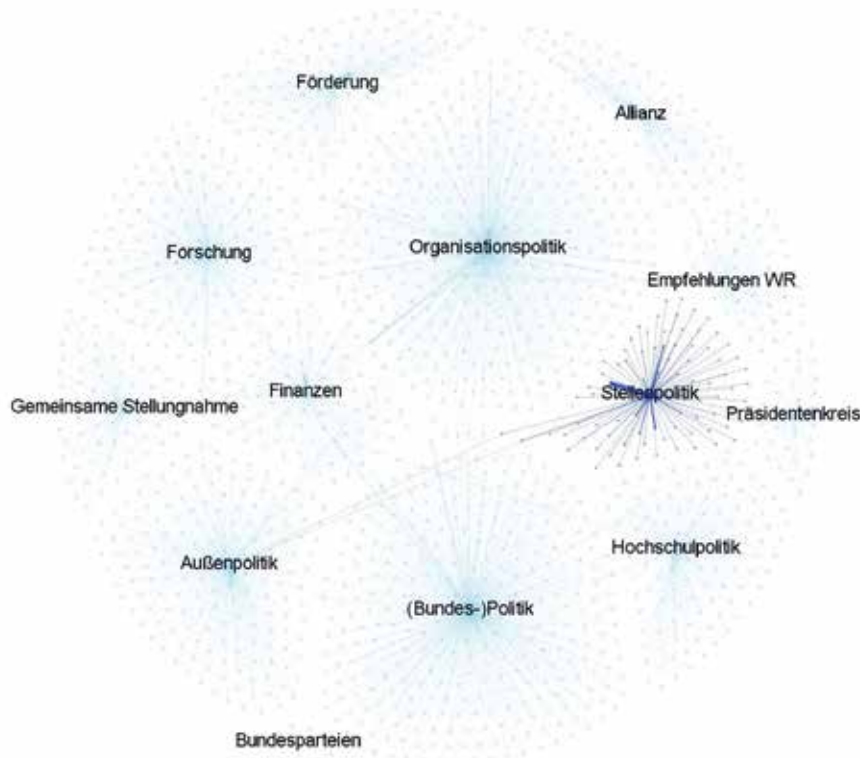
3 Betätigungsfelder der Allianz

Nachdem wir im vorigen Abschnitt die Entstehung und Festigung ebenso wie den Wandel der Allianz im chronologischen Überblick nachgezeichnet haben, werfen wir im Folgenden einen genaueren Blick auf verschiedene Betätigungsfelder der Allianz, um so ein besseres Verständnis für das Binnenverhältnis der Wissenschaftsorganisationen zu erlangen. Dabei werden wir analysieren, welche Themen überhaupt im Rahmen der Allianz besprochen und in Angriff genommen wurden und wie sich die Zusammenarbeit im Detail gestaltete.

3.1 Der Einfluss der Allianz auf personalpolitische Entscheidungen

Ein Blick auf die Tagesordnungen der Allianz offenbart, dass das Thema der Stellenpolitik bereits in ihren Anfängen ein wichtiges und vor allem regelmäßig wiederkehrendes Element der gemeinsamen Sitzungen war.

AUSWERTUNG UND VERSCHLAGWORTUNG DER TAGESORDNUNGSPUNKTE DER ALLIANZSITZUNGEN ZWISCHEN 1961 UND 2000 MIT SICHTBARKEIT DER SCHLAGWÖRTER ERSTER EBENE UND IHRER VERBINDUNG ZU DEN EINZELNEN (NICHT SICHTBAREN) TOPS. FARBlich HERVORGEHOBEN IST HIERBEI DAS CLUSTER „STELLENPOLITIK“



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis einer systematischen Auswertung aller Tagesordnungspunkte aus den Vermerken zu den einzelnen Sitzungen der Allianz in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, DFGA, AZ 0224, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis und AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen.

Wenngleich andere Themen, die sich etwa dem Feld der allgemeinen Bundespolitik zuordnen lassen – um nur ein Beispiel zu nennen –, durchaus häufiger in den jeweils internen Ergebnisvermerken auftauchen, kommt der Stellen- und Personalpolitik nichtsdestoweniger eine überaus zentrale Rolle in den gemeinsamen Besprechungen zu. In vielen Punkten dienen die Allianz-Sitzungen ihren Teilnehmer*innen in erster Linie als Diskussionsforum, in dessen Rahmen man sich gegenseitig über aktuelle Belange informiert und gegebenenfalls vage ein mögliches weiteres Vorgehen bespricht. Folglich liegt es in der Natur der Sache, dass es in vielen Fällen keine gemeinsamen Verlautbarungen oder gar offiziellen Beschlüsse im Nachgang der Sitzungen gab – eine Tatsache allerdings, die von Kritiker*innen immer wieder als Beweis für die vermeintlich fehlende Wirkmächtigkeit der Allianz angeführt wird.⁴³⁴ Doch gerade in diesem Punkt sticht die Personalpolitik hervor, da sich die Mitgliedsorganisationen hier vergleichsweise oft auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen einigten und beispielsweise Vorschläge zur Besetzung zentraler Posten im Wissenschaftsmanagement erarbeiteten – auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

Darüber hinaus war die Besetzung zentraler Schaltstellen im Wissenschaftsmanagement nicht nur für das Gefüge der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik im Speziellen, sondern auch für die Kooperationsbeziehungen der Allianz im Allgemeinen zentral. Denn die persönliche Vernetzung, auf die mitunter bei der Auswahl geeigneter Kandidat*innen für Spitzenpositionen geachtet wurde, erleichterte die Zusammenarbeit der Allianz mit externen Partner*innen, wie am Beispiel der ESF und ihres Generalsekretärs Friedrich Schneider deutlich werden wird. Hinzu kommt, dass es den Präsidenten der großen Wissenschaftsorganisationen auf informellem Wege auch möglich war, Vorschläge für die Besetzung in der Politikberatung tätiger Kommissionen zu unterbreiten und damit indirekt Einfluss auf die Gestaltung der bundesdeutschen Wissenschafts- und Forschungspolitik zu nehmen.

Die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats

In besonderem Maße institutionalisiert ist die Mitwirkung der Allianz in Personalfragen bei der Besetzung der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats, wo sich das informelle Gremium bereits früh seinen Einfluss in dieser zentralen personalpolitischen Angelegenheit sicherte. Schon im Entwurf zum Verwaltungsabkommen über die Errichtung des Wissenschaftsrats hatten sich Bund und Länder darauf geeinigt, der DFG, der MPG und der WRK das Vorschlagsrecht für 16 Mitglieder einzuräumen, die schließlich neben sechs Personen des öffentlichen Lebens – die gemeinsam von der Bundes- und den Landesregierungen vorgeschlagen wurden – durch den Bundespräsidenten berufen wurden. Obwohl sich sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als auch einzelne Bundesminister für eine Erweiterung der Runde der vorschlagsberechtigten Organisationen eingesetzt hatten, konnten die Mitglieder der »Proto-Allianz« ihre exklusive Position verteidigen. So berief sich CDU-Innenminister Gerhard Schröder in seinem Antwortschreiben an die Minister Strauß und Seebohm darauf,

434 Vgl. bspw. Sentker, Schrebergarten, 5. 2. 2004.

dass die drei Organisationen die deutsche Wissenschaft in ihrer Breite repräsentieren würden und von daher die Einbindung weiterer Akteure nicht vonnöten wäre.⁴³⁵ Ihren Wunsch nach einem Mitspracherecht bei der Benennung der sechs Personen des öffentlichen Lebens konnten die Präsidenten hingegen nicht durchsetzen.⁴³⁶ Nichtsdestoweniger erhielt die »Proto-Allianz« damit ein entscheidendes Mitspracherecht hinsichtlich der Besetzung der Wissenschaftlichen Kommission, insbesondere da der Bundespräsident bei der Berufung in der Regel der von den Wissenschaftsorganisationen aufgestellten Vorschlagsliste folgte.⁴³⁷ Dies ist von umso größerer Bedeutung, als es sich beim Wissenschaftsrat um eine zentrale »diskursive Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft«⁴³⁸ und ein wichtiges Beratungsgremium in wissenschaftspolitischen Fragen handelt. Wenngleich die Empfehlungen des Wissenschaftsrats für die Politik nicht zwangsläufig bindend sind und dem Gremium keine politischen Entscheidungsrechte zustehen, sollte dessen Einfluss nicht unterschätzt werden. Insbesondere da die vom Wissenschaftsrat geäußerten Stellungnahmen aufgrund seiner Zusammensetzung und Entscheidungsstruktur bereits einen Konsens zwischen den Vertreter*innen aus Wissenschaft und Politik darstellen,⁴³⁹ stoßen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats auch nach deren Verabschiedung auf breite Zustimmung bei den politischen Entscheidungsträger*innen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung erhöht.⁴⁴⁰ Diese institutionelle Einbindung der wissenschaftlichen ebenso wie der politischen Perspektive in die Ausarbeitung seiner Stellungnahmen unterscheidet den Wissenschaftsrat von anderen in der Politikberatung tätigen Akteur*innen und macht ihn zur »wichtigste[n] Beratungsarena für wissenschaftspolitische Fragen in der Bundesrepublik«.⁴⁴¹

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass die Beratungen über die Nominierungen für die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats ein wichtiger Bestandteil der Allianz-Sitzungen waren (und bis heute sind). Die Federführung in dieser Angelegenheit oblag der DFG, welche die anderen vorschlagsberechtigten Organisationen über freiwerdende Plätze informierte. Daran anschließend berieten die Wissenschaftsorganisationen jeweils separat in ihren Gremien über mögliche Kandidat*innen. Anschließend diskutierten die Präsi-

435 Vgl. dazu ausführlicher Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 36–38.

436 Zum Versuch weiteren Einfluss auf die Ausgestaltung des Verwaltungsabkommens zu nehmen: Interne Notizen der DFG für die Sitzung am 18. 7. 1957 (Wissenschaftsrat) vom 17. 7. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1; vgl. außerdem Benz: *Wissenschaftsrat*, S. 1667–1670.

437 Vgl. Röhl, *Wissenschaftsrat*, 1994, 14–15.

438 Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 410.

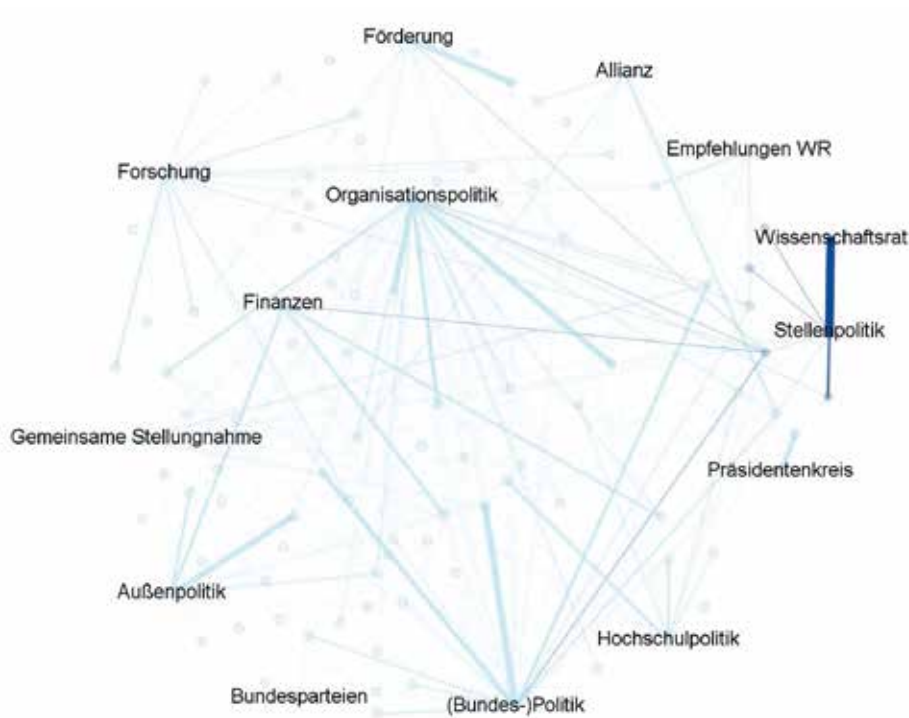
439 Denn zur Verabschiedung von Empfehlungen wird eine Zweidrittelmehrheit der Vollversammlung des Wissenschaftsrats benötigt. Weder die Wissenschaftliche noch die Verwaltungskommission des WR verfügen alleine über die erforderliche Mehrheit, folglich ist stets auch die Zustimmung von Teilen der jeweils anderen Kommission vonnöten.

440 Vgl. Benz, *Wissenschaftsrat*, 1996, 1667–1687, 1683–1687; Neidhardt, *Wissenschaftsrat*, 2012, 271–296, 271–276; Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 402–414; Andreas Stucke: Staatliche Akteure der Wissenschaftspolitik. In: Dagmar Simon et al. (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS 2016, 485–501, 490–492; Stucke, *Wissenschaftsrat*, 2006, 248–255, 252–254.

441 Stucke, *Staatliche Akteure*, 2016, 485–501, 490.

ten und Generalsekretär*innen in der Allianz ihre separat erstellten Vorschläge und einigten sich auf eine gemeinsame Liste für jeden der freiwerdenden Plätze, die schließlich dem Bundespräsidenten vorgelegt wird.⁴⁴² Da das Prozedere von der erstmaligen Information über ausscheidende Mitglieder bis zur Erstellung der finalen Vorschlagsliste einige Zeit in Anspruch nahm, ist es wenig verwunderlich, dass sich die Nominationen für den Wissenschaftsrat – insbesondere seit der Institutionalisierung der internen Zusammenarbeit in den 1970er Jahren – vergleichsweise häufig auf den Tagesordnungen der gemeinsamen Besprechungen finden.⁴⁴³

AUSWERTUNG UND VERSCHLAGWORTUNG DER TAGESORDNUNGSPUNKTE DER ALLIANZSITZUNGEN ZWISCHEN 1961 UND 2000 MIT SICHTBARKEIT DER SCHLAGWÖRTER ERSTER EBENE UND IHRER VERBINDUNG ZU DEN SCHLAGWÖRTERN ZWEITER EBENE. FARBLICH HERVORGEHOBEN IST HIERBEI DAS CLUSTER „STELLENPOLITIK“ UND DABEI DIE VERBINDUNG ZUM SCHLAGWORT ZWEITER EBENE „WISSENSCHAFTSRAT“



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis einer systematischen Auswertung aller Tagesordnungspunkte aus den Vermerken zu den einzelnen Sitzungen der Allianz in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, DFGA, AZ 0224, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis und AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen.

442 In der Regel legen die Wissenschaftsorganisationen dem Bundespräsidenten für jeden freiwerdenden Platz eine Dreierliste vor, wobei der Bundespräsident meist dem erstgenannten Vorschlag folgt. Häufig halten die Wissenschaftsorganisationen im Vorfeld einer Nominierung Rücksprache mit den gewünschten Kandidaten, um zu klären, ob der- oder diejenige für eine Mitarbeit in diesem Gremium zur Verfügung steht. Vgl. zum Prozedere bspw. Röhl, *Wissenschaftsrat*, 1994, 11–13.

443 Seit 1974 ist der TOP »Nominationen für den WR« zum festen Bestandteil zahlreicher Allianz-Besprechungen geworden, der meist bei mindestens zwei bis drei der mehrmals jährlichen Sitzungen auf der Tagesordnung stand.

Die Bedeutung, welche die Wissenschaftsorganisationen dem Wissenschaftsrat und damit auch den Plätzen in der Wissenschaftlichen Kommission einräumen, zeigte sich bereits bei dessen Gründung. Denn unter den ersten Mitgliedern des Wissenschaftsrats befanden sich hochrangige Vertreter aus den vorschlagsberechtigten Organisationen. WRK und DFG waren jeweils durch ihre aktuellen Präsidenten, Gerd Tellenbach und Gerhard Hess, ebenso wie durch deren Amtsvorgänger, Helmut Coing und Ludwig Raiser, vertreten; die MPG durch den Nobelpreisträger Richard Kuhn, nachdem sowohl Präsident Otto Hahn als auch Adolf Butenandt aufgrund vielfältiger anderer Verpflichtungen darum gebeten hatten, nicht in das Gremium berufen zu werden.⁴⁴⁴ Die direkte Zugehörigkeit zu einem der vorschlagsberechtigten Allianz-Mitglieder ist allerdings formal kein ausschlaggebender Grund für eine Nominierung; vielmehr sollen die Personen sich sowohl durch ihre fachliche Expertise auszeichnen, als auch Erfahrungen im Bereich von Wissenschaftspolitik oder -management vorweisen können, weswegen es nicht unüblich ist, dass die Nominierten beispielsweise bereits in den Gremien der DFG oder anderer Wissenschaftsorganisationen tätig waren. Folglich gelten die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission weniger als Vertreter*innen der sie vorschlagenden Wissenschaftsorganisation oder gewisser fachlicher Disziplinen, sondern vielmehr als Repräsentant*innen der Wissenschaft per se.⁴⁴⁵ Nichtsdestoweniger wird bei der Erstellung der Vorschlagsliste auf eine gewisse disziplinäre Streuung und eine Verteilung der Mitglieder »nach dem Gewicht der jeweiligen [vorschlagenden] Organisationen« geachtet.⁴⁴⁶

Doch für die Allianz war die Möglichkeit, die Mitgliederzusammensetzung des Wissenschaftsrats zu prägen, nicht allein im Hinblick auf die generelle Tätigkeit des Gremiums in der Politikberatung und auf dessen Funktion als Abstimmungsarena zwischen Wissenschaft und Politik von großer Bedeutung. Die Tragweite des Vorschlagsrechts für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats wurde in den frühen 1990er Jahren, als es zum offenen Konflikt zwischen dem WR und den übrigen Mitgliedern der Allianz kam, auf besondere Weise deutlich.⁴⁴⁷ Wie oben dargestellt, sahen in dieser bislang einmaligen Situation die vorschlagsberechtigten Mitglieder der Allianz ihre sorgsam austarierte Machtbalance durch die umfassende Evaluationstätigkeit und die diversen Ambitionen des Wissenschaftsrats in Gefahr. Sie nutzten ihre weitgehenden Befugnisse hinsichtlich der Nominierung der Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission, um erfolgreich zu intervenieren und dem amtierenden WR-Vorsitzenden, Gerhard Neuweiler, unmissverständlich seine Grenzen aufzuzeigen.

444 Schreiben von O. Hahn an T. Heuss vom 1. 11. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1; Schreiben von A. Butenandt an G. Hess vom 4. 11. 1957, DFGA, AZ 6, Bd. 1.

445 Vgl. Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 36–44; Benz, *Wissenschaftsrat*, 1996, 1667–1687, 1671–1673; Röhl, *Wissenschaftsrat*, 1994, 11–13.

446 Röhl, *Wissenschaftsrat*, 1994, 12.

447 Vgl. dazu ausführlicher Kapitel 2.4.1.

Personelle Verflechtungen zwischen den Allianz-Organisationen und dem DAAD

Neben diesen offiziellen Aufgaben in personalpolitischer Hinsicht tauschte sich die Allianz auch über die Besetzung ihrer eigenen Gremien aus. Diskutiert wurde dieser Themenkomplex beispielsweise anlässlich der Gründung der HGF und um die Jahrtausendwende im Zuge der umfassenden Reform in der Governance-Struktur der HGF im Hinblick auf eine möglichst gewinnbringende Zusammensetzung des HGF-Senats und eine mögliche Mitarbeit der Allianz-Mitglieder. Unter anderem mit dem Ziel, die personelle Vernetzung und den Austausch mit den übrigen Wissenschaftsorganisationen zu stärken, entschied man sich in den 1990er Jahren zunächst dafür, vier Repräsentant*innen – in der Regel die jeweiligen Präsident*innen – aus dem Kreis der Allianz (DFG, FhG, HRK, MPG) *ex officio* zu Mitgliedern des Senats zu machen, während dem Wissenschaftsrat Gaststatus eingeräumt wurde.⁴⁴⁸ Seit der Neuordnung der HGF und der Gründung des e.V. im Jahr 2001 sind nur mehr zwei Vertreter*innen aus der Allianz Mitglieder des Senats, während die übrigen vier Präsident*innen beziehungsweise Vorsitzenden als Gäste vertreten sind.⁴⁴⁹ Darüber hinaus sprach sich die Allianz bei Bedarf auch bezüglich der Zusammensetzung des Senats ihrer anderen Mitgliedsorganisationen ab, insbesondere in Fällen, in denen sich eines der Mitglieder von den anderen Wissenschaftsorganisationen Rat oder konkrete Unterstützung erhoffte.

Anders gelagert war die Beteiligung der Allianz an der Besetzung des Spitzengremiums des DAAD. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren beratschlagten die Allianz-Mitglieder intensiv über mögliche Kandidaten für das Amt des DAAD-Präsidenten. Obwohl der DAAD noch nicht in der Allianz vertreten war, existierten vielfältige Beziehungen, insbesondere mit der WRK. Im Jahr 1962 war der DAAD aus Platzgründen – denn mit dem Erfolg des akademischen Austauschs und der Ausweitung der Arbeitsgebiete war nicht nur finanzielles, sondern auch personelles Wachstum verbunden – in einen Neubau in Bonn in der heutigen Kennedyallee gezogen und befand sich damit in unmittelbarer Nähe zu den Geschäftsstellen der DFG und der WRK sowie zum 1973 erbauten Wissenschaftszentrum Bonn, in das 1976 unter anderem auch die Geschäftsstelle der AGF einziehen sollte.⁴⁵⁰ Doch nicht nur diese informellen und unbürokratischen Kontakte zwischen den Mitarbeiter*innen der Geschäftsstellen sollten seit den 1960er Jahren für eine zunehmende Annäherung zwischen den Wissenschaftsorganisationen sorgen. Auch die Arbeit des DAAD im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik, in der Förderung des akademischen Austauschs und in der Pflege außenpolitischer Kontakte war von großer Bedeutung.

448 Vgl. zu den allianzinternen Diskussionen in den 1990er Jahren bspw. Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 17. 3. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 619, fol. 35; interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 17. 3. 1995, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 18; interner Vermerk über die Sitzung der Allianz am 17. 3. 1995, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7.

449 Dabei bestimmen die sechs Wissenschaftsorganisationen (DFG, FhG, HRK, MPG, WGL, WR) selbst, welche zwei Personen als Mitglieder in den Senat der HGF entsendet werden. Vgl. zu den Diskussionen im Jahr 2000 anlässlich der bevorstehenden Änderungen in der HGF: Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 27. 9. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1424.

450 Vgl. Hoffmann und Trischler, Helmholtz-Gemeinschaft, 2015, 9–47, 23–24; Hubertus Scheibe: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1950 bis 1975. In: Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975*. Bonn: DAAD 1975, 35–110, 77–102.

So boten beispielsweise die vom DAAD etablierten Kooperationen mit ausländischen Hochschulen den Allianz-Mitgliedern vielfältige Möglichkeiten, ihre bestehenden internationalen Kontakte zu vertiefen und auszubauen.⁴⁵¹ Die zahlreichen Außenstellen des Austauschdienstes fungierten gar als offizielle Anlaufstellen für einige der Mitgliedsorganisationen der Allianz, darunter die DFG, die MPG, die WRK und der Wissenschaftsrat.⁴⁵² Aufgrund dieser wichtigen Verknüpfungen zwischen den Wissenschaftsorganisationen, aber insbesondere auch wegen der Bedeutung des Austauschdienstes als »Mittlerorganisation«⁴⁵³ in der internationalen Kultur- und Wissenschaftspolitik beschäftigte die Frage nach der Besetzung des DAAD-Präsidentenamts auch die Allianz-Mitglieder.⁴⁵⁴ Erstmals beriet die Allianz 1967 über diesen Themenkomplex, als feststand, dass für den aus Altersgründen ausscheidenden Emil Lehnartz ein Nachfolger gefunden werden musste.⁴⁵⁵ Dem damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, Hans Leussink, war offenbar im Vorfeld eine Kandidatur nahegelegt worden. Doch nachdem dieser sich dagegen entschieden hatte, erörterte die Runde andere in Frage kommende Persönlichkeiten. So übernahm schließlich Gerhard Kielwein 1968 das Präsidentenamt für vier Jahre, bevor dessen Nachfolge mit der Ernennung von Hansgerd Schulte intern und ohne Zutun der Allianz geklärt wurde. Als sich jedoch Schultes erste Amtszeit allmählich dem Ende näherte, begann die Allianz bereits wieder, über mögliche geeignete Kandidaten zu beratschlagen.⁴⁵⁶ Doch Amtsinhaber Schulte, der zuvor die Pariser Außenstelle des DAAD geleitet hatte, entschloss sich schließlich zu einer erneuten Kandidatur und wurde von der Mitgliederversammlung des DAAD im Amt bestätigt, was in der Allianz offenbar nicht sofort auf ungeteilte Begeisterung stieß.⁴⁵⁷ Ein ähnliches Prozedere sollte sich vier Jahre später wiederholen.⁴⁵⁸ Schulte sollte dem Austauschdienst bis einschließlich 1987 als Präsident vorstehen.

Anders als in den Jahren 1974/75 und 1978/79 wurde die Thematik der Nachfolge im Präsidentenamt des DAAD in den 1980er Jahren in der Allianz nicht mehr ausführlicher diskutiert, was darauf hindeutet, dass mögliche Bedenken in der Zwischenzeit vollständig ausgeräumt werden

451 Vgl. Peter Alter: Der DAAD seit seiner Wiedergründung 1950. In: Peter Alter (Hg.): *Spuren in die Zukunft. Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben – vierzehn Essays*. 4. Auflage. Bd. 1. Bonn: DAAD 2000, 50–105, 78–93; Christian Bode: Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). In: Christian Flämig et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. 2. Auflage. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1401–1408, 1403–1404; Scheibe, DAAD, 1975, 35–110, 77–102.

452 Vgl. Scheibe, DAAD, 1975, 35–110, 90.

453 Bode, DAAD, 1996, 1401–1408, 1405.

454 Vgl. dazu auch Hansgerd Schulte: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925/75. In: Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975. Beiträge zum 50jährigen Bestehen*. Bonn 1976, 15–30, 15–30.

455 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 4. 1967, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a.

456 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 27. 11. 1974, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a; interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 5. 2. 1975, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 2.

457 Zur Zurückhaltung in der Allianz: Interner Vermerk des WR zur Sitzung der Allianz am 27. 11. 1974, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1.

458 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 15. 12. 1978, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 4.

konnten. Das partnerschaftliche Verhältnis zwischen dem DAAD und der Allianz wurde ab 1989 weiter gestärkt, als Theodor Berchem zum DAAD wechselte – der ehemalige Präsident der WRK (und damit Mitglied der Allianz), dem schließlich auch sein langjähriger Generalsekretär Christian Bode folgte. Durch diese personellen Verflechtungen rückte der DAAD in den folgenden Jahren näher an die Allianz, und so wurde der Austausch zwischen den Wissenschaftsorganisationen zunehmend intensiviert, etwa im Rahmen der so genannten Internationalen Allianz und auch im Präsidentenkreis.⁴⁵⁹ Auch die gemeinsame Unterzeichnung des Aufrufs gegen den Fremdenhass in Deutschland zeugt von dieser engen Verbindung. Denn anders als der DAAD und die AvH (deren Präsident Reimar Lüst ebenfalls lange Jahre Mitglied der Allianz gewesen war) wurden andere Wissenschaftsorganisationen, wie beispielsweise die WBL oder die Konferenz der Akademien, bei der Erarbeitung der öffentlichkeitswirksamen Stellungnahme exkludiert. Dabei war, neben der internationalen Ausrichtung von DAAD und AvH, sicherlich auch das Bestehen von informellen Beratungsformaten und engen persönlichen Verbindungen wichtig, da Letztere maßgeblich zur schnellen Ausarbeitung und anschließenden Veröffentlichung dieses Aufrufs beitrugen.⁴⁶⁰

Die European Science Foundation

Doch profitierte nicht nur die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Wissenschaftsorganisationen in hohem Maße von den personellen Netzwerken der beteiligten Akteur*innen. Diese Kontakte waren auch auf dem internationalen Parkett von großer Bedeutung. Besonders deutlich wird dies bei einem Blick auf die Teilnehmerliste der Allianz-Sitzungen in den späten 1970er Jahren. Denn in diesem Zeitraum nahm mit Friedrich Schneider jemand an den Sitzungen teil, der als Generalsekretär der frisch gegründeten European Science Foundation (ESF) eigentlich qua Amt nicht diesem Gremium angehörte. Schneider war freilich kein Unbekannter im Kreis der Allianz: Zuvor war der Jurist zunächst von 1958 bis 1966 der erste Generalsekretär des Wissenschaftsrats und anschließend bis 1976 in gleicher Funktion in der MPG tätig gewesen. So hatte Schneider zur Zeit seines Wechsels in die ESF die Allianz bereits viele Jahre lang mitgeprägt.⁴⁶¹ In den frühen 1970er Jahren hatte die MPG die Gründung der ESF entschieden vorangetrieben und dabei oftmals die Initiative ergriffen, während sich andere Wissenschaftsorganisationen wie die DFG oder auch politische Akteure aus Furcht vor einem Verlust ihrer eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zunächst eher zurückhielten.⁴⁶² Dass sich die

459 Vgl. zur schrittweisen Einbindung des DAAD ausführlicher Kapitel 2.4.4.

460 Der Vorsitzende der Konferenz der Akademien, Gerhard Thews, äußerte sein Bedauern über den Ausschluss durch die Allianz in dieser Angelegenheit sogar schriftlich gegenüber DFG-Präsident Frühwald. Schreiben von G. Thews an W. Frühwald vom 22. 12. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 16.

461 Das Amt als Generalsekretär der ESF übernahm Schneider 1974, allerdings blieb er noch zwei weitere Jahre in gleicher Funktion auch in der MPG tätig, bevor mit Dietrich Ranft erneut ein Jurist dieses Amt übernahm.

462 Corinna Unger wies darauf hin, dass sich die anfänglichen Bedenken der DFG gegen die Gründung der ESF nicht nur aus Sorgen um die wissenschaftspolitische Eigenständigkeit speisten, sondern auch durch das Gefühl einer Konkurrenz zwischen den Wissenschaftsorganisationen, etwa um Sichtbarkeit in der europäischen Zusammenarbeit, bedingt war, vgl. Corinna R. Unger: Making Science European. Towards a History of the European Science Foundation. *Contemporanea* 23/3 (2020), 363–383, 372–374.

MPG, trotz der allgemein bei allen Allianz-Mitgliedern bis in die 1990er Jahre zu beobachtenden Skepsis gegenüber einer Institutionalisierung europäischer Gremien im Bereich von Wissenschaft und Technik, bei der Etablierung der ESF so engagierte, lag vor allem daran, dass die Stiftung gewissermaßen als nichtstaatliche Organisation von Wissenschaftler*innen für Wissenschaftler*innen zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit gedacht war. Mit ähnlichen wissenschaftsgesteuerten Bottom-up-Initiativen im Bereich der Wissenschaftskooperation hatte die MPG bereits Erfahrungen gesammelt und sah sie als Chance, im internationalen Wettbewerb erfolgreicher agieren zu können.⁴⁶³ Es ist kein Zufall, dass sich die MPG unter ihrem Präsidenten Reimar Lüst für die Förderung europäischer Zusammenarbeit einsetzte. Schließlich wusste der Astrophysiker um die Bedeutung gemeinsamer Forschungsinfrastrukturen, die zahlreiche Weltraumexperimente erst ermöglichten. Er hatte sich daher in den 1960er Jahren führend am Aufbau der European Space Research Organisation (ESRO) beteiligt. Daneben war es insbesondere der MPG-Generalsekretär, Friedrich Schneider, der sich dem Thema der internationalen Vernetzung verschrieben hatte. So trieb er nicht nur die Gründung der ESF entscheidend voran und sollte auch ihr erster Generalsekretär werden, sondern trug auch maßgeblich zum Erfolg weiterer internationaler Projekte und Institutionen bei, darunter beispielsweise das Institut Laue-Langevin (ILL) in Grenoble, das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL) in Heidelberg und das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien.⁴⁶⁴ Der MPG blieb Schneider auch nach der Abgabe seines Amtes als Generalsekretär eng verbunden; er fungierte als Berater in verschiedenen Angelegenheiten.⁴⁶⁵ Seine engen persönlichen Verbindungen zu den Wissenschaftsorganisationen – allen voran zur MPG, aber auch zum Wissenschaftsrat – und insbesondere seine umfassenden Kenntnisse und Erfahrungen im Wissenschaftsmanagement auf deutscher und internationaler Ebene machten ihn auch in der Allianz zum gern gesehenen Gast, der sich weiter aktiv in die gemeinsamen Diskussionen einbrachte.⁴⁶⁶

Solche engen personellen Verflechtungen, wie sie beispielsweise in Schneiders Person greifbar werden, waren eine wichtige Voraussetzung für die gut funktionierenden und informellen Kooperationsbeziehungen zwischen den Spitzenfunktionären der verschiedenen Wissen-

463 Vgl. Unger, *European Science*, 2020, 363–383, 374–375.

464 Für den Hinweis auf Schneiders Verbundenheit zum IIASA und seine Tätigkeit im Rat dieses Instituts danken wir Liza Soutschek, die derzeit im Rahmen der DFG-Forschungsgruppe »Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften« zur deutsch-deutschen Dimension des IIASA forscht.

465 Vgl. zu Schneider bspw. Curien, Hubert: *A Scientific Policy for Europe*. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5. München 1982, 16–20; Heppe, Hans von: *Denken und Handeln für die Wissenschaft*. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5. München 1982, 46–48; Lüst, *In Commemoration*, 1982.

466 Wengleich Schneider zwischen 1977 und 1980 vereinzelt an Sitzungen der Allianz aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen nicht teilnehmen konnte, wurde er in diesem Zeitraum dennoch zu allen gemeinsamen Besprechungen eingeladen. Vgl. bspw. zur Absage Schneiders den handschriftlichen Vermerk in der Einladung von H. Maier-Leibnitz zur Sitzung der Allianz am 14. 7. 1977, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 3. Darüber hinaus war Friedrich Schneider (und damit die ESF) sogar Gastgeber einer Allianz-Sitzung am 13. 05. 1977. Einladung von F. Schneider zur Sitzung der Allianz am 13. 5. 1977, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 604, fol. 125–128.

schaftsorganisationen. Als Schneider zum Jahresende 1979 aus seinem Amt als Generalsekretär der ESF ausschied, wurde damit zugleich diese wichtige personelle Verbindung zwischen der Wissenschaftsstiftung und der Allianz gekappt. So wurden in der Folge keine Vertreter*innen der ESF mehr zu den Sitzungen eingeladen, stattdessen war die Stiftung – allerdings lediglich gelegentlich – Gegenstand der gemeinsamen Beratungen, insbesondere wenn es um zentrale personalpolitische Entscheidungen ging, wie etwa die Nachfolge Schneiders, die Besetzung des Nomination Committee oder die Wahl eines neuen Präsidenten.⁴⁶⁷

3.2 Zwischen Konkurrenz und Abstimmung: die Frage nach der Finanzierung von Forschung

Die Aufgabe der Allianz erschöpfte sich freilich nicht allein in der Diskussion personalpolitischer Angelegenheiten. Ein weiteres, im eigenen Selbstverständnis zentrales Thema ihrer Beratungen war die Abstimmung ihrer »budgetären Interessen gegenüber der politischen Seite«.⁴⁶⁸ Tagesordnungspunkte, die sich mit Fragen der Finanzierung im weiteren Sinne befassen, finden sich dabei primär unter dem Schlagwort Finanzen und ebenso unter den Kategorien der Bundes- und der Organisationspolitik. Die besprochenen Aspekte reichten von der Besoldung der Mitarbeiter*innen über die Nachwuchsförderung und Fragen der Besteuerung beispielsweise der Drittmittelforschung bis hin zur Finanzierung einzelner Institute, wobei die Diskussionen über die Haushaltslage für den Bereich Wissenschaft und die Koordinierung der gemeinsamen Interessen, insbesondere im Vorfeld der Ministergespräche, den größten Raum einnahmen.

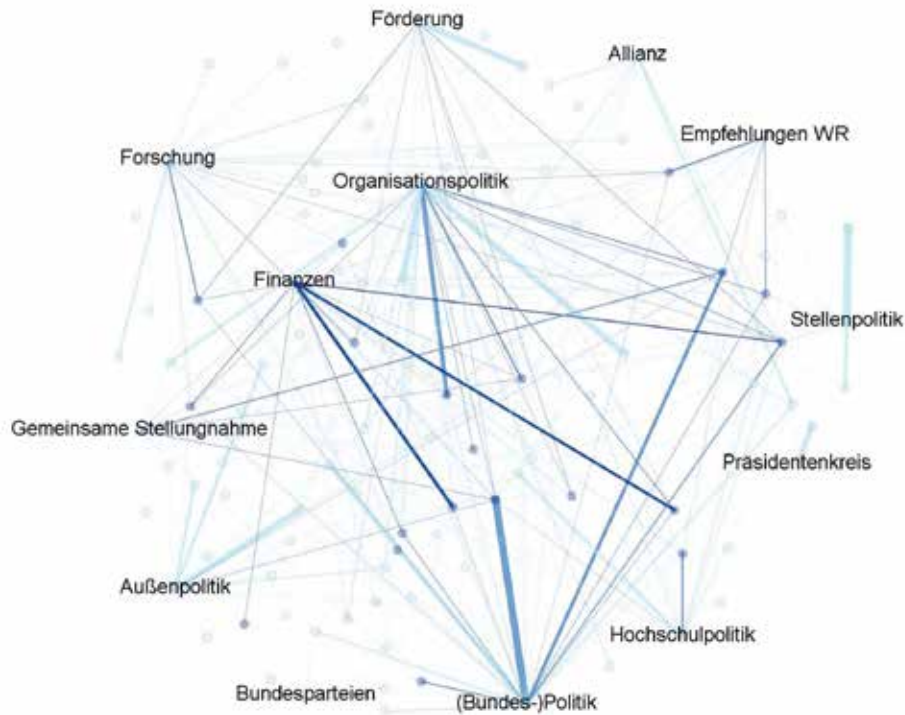
Im Präsidentenkreis waren finanzpolitische Fragen noch präsenter als in den Gesprächen zwischen den Wissenschaftsorganisationen. Das eher allgemein gehaltene Thema Haushalt wurde vom BMFT dabei äußerst regelmäßig vorgeschlagen und war häufig gar der erste Punkt auf der Tagesordnung. Der Forschungsminister informierte die Präsidenten über die Finanzplanung seines Ressorts, zu erwartende Probleme oder die künftige Schwerpunktsetzung in der Forschungsförderung und holte die Meinung der Allianz-Mitglieder zu seinem Bericht ein. Daneben wurden je nach Bedarf auch aktuelle Anliegen besprochen, etwa das Verhältnis von institutioneller und Projektförderung oder die Finanzierung konkreter Forschungsprojekte beispielsweise der Weltraumforschung.⁴⁶⁹

467 Zur Diskussion über einen geeigneten Nachfolger auf dem Posten des Generalsekretärs bspw. Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 23. 6. 1978, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 3; zur Entsendung eines Mitglieds in das Nomination Committee: Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 11. 5. 1981 DFGA, AZ 02219-04, Bd. 5; und zu den Überlegungen bezüglich der Wahl eines neuen Präsidenten: Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 19. 6. 1998, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 13.

468 Schreiben von D. Simon an G. Schettler vom 1. 9. 1989, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 11.

469 Für einen Überblick über die behandelten Themen siehe bspw. die angekündigten Tagesordnungen für die Sitzungen des Präsidentenkreises in BArch/B 196.

**AUSWERTUNG UND VERSCHLAGWORTUNG DER TAGESORDNUNGSPUNKTE DER ALLIANZSITZUNGEN ZWISCHEN 1961 UND 2000
MIT SICHTBARKEIT DER SCHLAGWÖRTER ERSTER EBENE UND IHRER VERBINDUNG
ZU DEN SCHLAGWÖRTERN ZWEITER EBENE. FARBlich HERVORGEHOBEN SIND
DIEJENIGEN SCHLAGWÖRTER ERSTER UND ZWEITER ORDNUNG, DIE SICH
FINANZPOLITISCHEN ERWÄGUNGEN ZUORDNEN LASSEN**



Quelle: Eigene Visualisierung auf Basis einer systematischen Auswertung aller Tagesordnungspunkte aus den Vermerken zu den einzelnen Sitzungen der Allianz in AMPG, II. Abt., Rep. 57, DFGA, AZ 02219-04, DFGA, AZ 0224, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis und AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen.

Die Diskussion über Fragen der Forschungsfinanzierung diente der Allianz, neben ihrer tagespolitischen Relevanz, in besonderem Maße als identitätsstiftendes Element und in gewisser Weise auch als Kriterium für die Aufnahme weiterer Mitglieder: Als der Vorsitzende der Konferenz der Akademien, Gotthard Schettler, gegenüber dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrats 1989 schriftlich den Wunsch geäußert hatte, an den Beratungen beteiligt zu werden, berief sich die Allianz in ihrem Antwortschreiben darauf, dass diese informellen Gespräche in erster Linie der Abstimmung in finanziellen Belangen dienten und daher die »Interessen der Akademie [sic!] der Wissenschaften so gut wie nicht tangiert« würden.⁴⁷⁰

⁴⁷⁰ Schreiben von D. Simon an G. Schettler vom 1. 9. 1989, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 11; die Bitte Schettlers findet sich bspw. im Schreiben von G. Schettler an D. Simon vom 29. 05. 1989, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 9.

Die Forschungsfinanzierung in der Bundesrepublik im Überblick

Da die Mitgliedsorganisationen der Allianz zu erheblichen Anteilen von staatlicher Seite finanziert werden, war die Verständigung in finanziellen Fragen für sie von großer Bedeutung. Um gegenüber den Geldgebern (insbesondere gegenüber dem Bund) im Bedarfsfall mit einer starken Stimme sprechen zu können, galt es, die divergierenden Interessen zu harmonisieren. Daher wurden die Beratungen zu budgetären Fragen in besonderer Weise zum Charakteristikum für die Allianz, deren gemeinsames Ziel – über alle Einzelinteressen der beteiligten Wissenschaftsorganisationen hinweg – dabei vor allem die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung war. Dem 1949 unterzeichneten Königsteiner Staatsabkommen zufolge war zunächst die Ländergemeinschaft (nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel) für die Finanzierung von Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung zuständig, zu denen die MPG, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft als Vorläufer der DFG⁴⁷¹ und die Einrichtungen der späteren Blauen Liste zählten.⁴⁷² Doch bereits in den 1950er Jahren stieg der Bund mit der Gewährung von Sonderhaushalten verstärkt in die Finanzierung von MPG und DFG ein, was 1964 durch das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, in welchem die paritätische Finanzierung festgehalten wurde, rechtlich formalisiert wurde.⁴⁷³ Bei der Verlängerung des Verwaltungsabkommens im Jahr 1968 wurde überdies vereinbart, dass beide Vertragspartner mit Zustimmung des jeweils anderen weitere Finanzmittel beispielsweise für bestimmte Programme bereitstellen könnten – dies sollte in der Folge aufgrund des finanziellen Ungleichgewichts zwischen Bund und Ländern vor allem Ersterem möglich sein. Die 1964 getroffenen Regelungen markieren Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank zufolge bereits den »Übergang vom Kompetenzkonflikt [...] zur Praxis des kooperativen Föderalismus« im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik,⁴⁷⁴ der mit der Finanzverfassungsreform 1969 Eingang ins Grundgesetz fand. Durch den neu geschaffenen Art. 91b GG wurden die Bildungsplanung und die Forschungsförderung zu Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, wobei die bereits etablierte Praxis der Mitfinanzierung von Seiten des Bundes damit verfassungsrechtlich legiti-

471 1951 fusionierten die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der Deutsche Forschungsrat nach langen Verhandlungen unter einem neuen Namen als Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Siehe dazu ausführlicher Orth, *Autonomie*, 2011, 29–65.

472 Vgl. Karlheinz Bentele: *Kartellbildung in der allgemeinen Forschungsförderung*. Meisenheim am Glan: Hain 1979, 69–76; Maria Osietzki: *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952*. Köln: Böhlau 1984, 238–271; Dieter Pfeiffer: Geschichtliche Entwicklung von den Höchster Vereinbarungen bis zur Blauen Liste. In: Albrecht Hahn und Joachim Homilius (Hg.): *40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung*. Stuttgart: Schweizerbart 1988, 9–38, 10–12; Vgl. zur historischen Entwicklung der Verwaltungszuständigkeiten auch Ernst-Joachim Meusel: *Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht*. 2. Auflage. Köln: Heymann 1999, 124–129; Hans-Willy Hohn: Wissenschaftspolitik im semi-souveränen Staat – die Rolle der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und ihrer Trägerorganisationen. In: Margrit Seckelmann, Stefan Lange und Thomas Horstmann (Hg.): *Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Analysen und Erfahrungen*. Baden-Baden: Nomos 2010, 145–168, 150–153; Trischler, *Koordinierte Kooperation und Konkurrenz*, im Erscheinen.

473 Vgl. Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 2020, 65–79; Bentele, *Kartellbildung*, 1979, 95–110; Braun, *Steuerung*, 1997, 215–222; Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 115–127.

474 Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 121.

miert wurde.⁴⁷⁵ Die jeweils befristeten und mehrfach verlängerten Abkommen, die beispielsweise die paritätische Finanzierung von außeruniversitären Forschungsorganisationen wie MPG und DFG regelten, wurden 1975 nach zähen Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern schließlich von der unbefristeten Rahmenvereinbarung Forschungsförderung abgelöst.⁴⁷⁶

Für die Analyse des Zusammenwirkens der Wissenschaftsorganisationen in der Allianz ist das Thema der Mittelakquise und -verteilung von besonderem Interesse, da es das Binnenverhältnis entscheidend beeinflusste: Da alle Allianz-Mitglieder (zu je unterschiedlichen Anteilen) aus den Mitteln des Bundes und der Länder finanziert werden, könnte man annehmen, dass es in der informellen Runde zu Verteilungskämpfen oder mindestens zu einer spürbaren Konkurrenz kommt – schließlich sind die Aufwendungen von Bund und Ländern für den Bereich von Wissenschaft und Forschung begrenzt. Darauf aufbauend stellt sich ferner die Frage, wie die Allianz es bewerkstelligte, trotz der strukturellen Konkurrenz und der nicht abzustreitenden Einzelinteressen ihre teils divergierenden Positionen in diesen Belangen erfolgreich zu koordinieren, was vor allem aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Gremiums als korporatistisches Element der Politikberatung immer wichtiger wurde.

Interne und externe Wahrnehmung der Konkurrenz um Finanzmittel

Aus der retrospektiven Einschätzung beteiligter Akteur*innen, aber auch aus den Sitzungsvermerken der Allianz geht hervor, dass sich die Wissenschaftsorganisationen selbst kaum als Teilnehmer eines Wettbewerbs um die finanziellen Mittel des Bundes und der Länder wahrgenommen haben. In den gemeinsamen Beratungen ging es vielmehr darum, Probleme zu erörtern, die alle Mitglieder gleichermaßen betrafen, während jede Organisation selbst für ihre Haushaltsverhandlungen zuständig war. Durch die anscheinend klar abgegrenzten Zuständigkeitsbereiche in Forschung und Forschungsförderung sahen sich die Mitglieder interessanterweise nicht in einer direkten Konkurrenzsituation.⁴⁷⁷ So stand beispielsweise eine Erhöhung des Budgets für die MPG und damit für die außeruniversitäre Grundlagenforschung nach Wahrnehmung der Akteur*innen zunächst einmal in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Etat der universitären Forschung und Lehre. Folglich wurden die budgetären Einzelinteressen in den Sitzungen der Allianz oftmals außen vor gelassen, sofern kein gemeinsames Vorgehen notwendig erschien.⁴⁷⁸ Ging es also um den Haushalt einer einzelnen Wissenschafts-

475 Vgl. Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 2020, 65–85; Bentele, *Kartellbildung*, 1979, 110–122; Guido Speiser: *Der deutsche Wissenschaftsföderalismus auf dem Prüfstand – der neue Art. 91b Abs. 1 GG*. Dissertation. Speyer: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaft 2016, 6–12; Ernst-Joachim Meusel: *Außeruniversitäre Forschung in der Verfassung*. In: Christian Flämig et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. 2. Auflage. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1235–1280, 1251–1254.

476 Vgl. dazu ausführlich Bentele, *Kartellbildung*, 1979, 133–251; Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 127–134; siehe dazu außerdem Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 93–95; Peter Collin: *Entwicklungslinien verfassungsrechtlicher Konturierung und verfassungsdogmatischer Problematisierung der Gemeinschaftsaufgaben im Bildungs- und Forschungsbereich*. In: Margrit Seckelmann, Stefan Lange und Thomas Horstmann (Hg.): *Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Analysen und Erfahrungen*. Baden-Baden: Nomos 2010, 37–64.

477 Vgl. zum Phänomen der Segmentierung bspw. Hohn, *Wissenschaftspolitik*, 2010, 145–168, 153–155.

478 Vgl. auch Bebbler, *Ritterrunde*, 2011, 34–37.

organisation, oblag es in erster Linie dem jeweiligen Präsidenten beziehungsweise Vorsitzenden, die finanziellen Interessen in Eigenregie gegenüber den Zuwendungsgebern zu vertreten.

Diesem Grundsatz folgend wandte sich MPG-Präsident Reimar Lüst im Juli 1975 schriftlich an Hans Matthöfer, um ihn als Bundesforschungsminister davon zu überzeugen, die zuvor von Bund und Ländern verkündete Entscheidung gegen einen Stellenzuwachs im folgenden Haushaltsjahr zu revidieren. Lüst verwies darauf, dass die MPG bereits im vergangenen Jahr »beträchtliche Stellenkürzungen [hatte] in Kauf nehmen« müssen, und betonte, dass seine Organisation sich natürlich darum bemühe, sparsam zu wirtschaften, und sich in ihrer »Etatgestaltung und Wirtschaftsführung der finanziellen Lage von Bund und Ländern« anzupassen versuche.⁴⁷⁹ Verweise auf die Situation anderer Wissenschaftsorganisationen finden sich in Lüsts Argumentation nicht, da sie für seine Bitte in diesem Zusammenhang keine Rolle spielten.

Doch in der äußeren Wahrnehmung wurde dem Wettbewerb um die finanziellen Mittel des Bundes und der Länder ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen als in den internen Gesprächen. Insbesondere dem Bundesforschungsministerium war daran gelegen, in der Mittelzuteilung für die jeweiligen Wissenschaftsorganisationen die Balance zu halten, weswegen der zuständige Minister explizit darauf achtete, keinen Zuwendungsempfänger zu übervorteilen. Dies zeigt sich auch in der Antwort Matthöfers auf Lüsts eben geschilderten Vorstoß. Denn trotz gründlicher Abwägung sah der Minister »keine Möglichkeit«, dem von der MPG geäußerten »Wunsch im nächsten Jahr zu entsprechen«. ⁴⁸⁰ Er begründete seine Entscheidung einerseits mit einem Hinweis auf den zu erwartenden Widerstand der Länder, auf deren Kooperation der Bund im verflochtenen Finanzierungssystem angewiesen war.⁴⁸¹ Diese Argumentation beinhaltete auch den Hinweis auf das Geleitzugprinzip, dem zufolge der finanzschwächste Partner die Höhe des Globalhaushalts der MPG bestimmte und somit als bremsender Faktor wirkte.⁴⁸² Andererseits führte der Minister das Verhältnis zu den anderen Wissenschaftsorganisationen als Grund für die Ablehnung von Lüsts Gesuch an:

479 Schreiben von R. Lüst an H. Matthöfer vom 18. 7. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 638, fol. 71.

480 Schreiben von H. Matthöfer an R. Lüst vom 11. 8. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 638, fol. 74.

481 Matthöfer zufolge wäre es »außerordentlich schwierig und wahrscheinlich unmöglich, die Länder in diesem Bereich zu einem Entgegenkommen gegenüber der MPG zu bewegen.« Schreiben von H. Matthöfer an R. Lüst vom 11. 8. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 638, fol. 74.

482 Vgl. ausführlich zum Geleitzugprinzip, den Vor- und Nachteilen für die MPG Balcar, *Wandel durch Wachstum*, 2020, 65–85, 133–170; Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 127–134; Hans-Willy Hohn: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. In: Dagmar Simon, Andreas Knie und Stefan Hornborstel (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 457–477, 470; Siehe außerdem zur Verflechtung von Bund und Ländern insbesondere bei der Finanzierung der MPG auch Uwe Schimank: *Hochschulfinanzierung in der Bund-Länder-Konstellation: Grundmuster, Spielräume und Effekte auf die Forschung*. Wissenschaftspolitik im Dialog, 11. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2014; Zur Theorie der Politikverflechtung vgl. bspw. Fritz W. Scharpf: Theorie der Politikverflechtung. In: Fritz W. Scharpf, Bernd Reissert und Fritz Schnabel (Hg.): *Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*. Kronberg im Taunus: Scriptor 1976, 13–70; Fritz W. Scharpf: Die Theorie der Politikverflechtung: ein kurzgefaßter Leitfaden. In: Hans Joachim Hesse (Hg.): *Politikverflechtung im föderativen Staat. Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden*. Baden-Baden: Nomos 1978, 21–31; Fritz W. Scharpf: Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 26/4 (1985), 323–356.

Auch gegenüber den anderen Forschungseinrichtungen, insbesondere den Großforschungseinrichtungen, ließe sich eine Stellenvermehrung bei der MPG nicht rechtfertigen, zumal in den vergangenen Jahren die MPG auf Kosten dieser Einrichtungen eine ganze Reihe von Stellen erhalten hat. Außerdem hat die MPG – anders als die meisten anderen Forschungseinrichtungen – eine Personalstellenreserve, auf die sie in ganz dringenden Fällen zurückgreifen kann [...].⁴⁸³

Der mehrmalige Hinweis auf die strukturellen Nachteile der »anderen Forschungseinrichtungen« verdeutlicht, dass der Bund als Zuwendungsgeber die Wissenschaftsorganisationen als Wettbewerber um eine knappe monetäre Prämie wahrnahm, über die er selbst zu entscheiden hatte. Das Forschungsministerium sah es als seine Aufgabe an, das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Organisationen zu wahren und keinen der Konkurrenten über Gebühr zu bevorzugen. Dabei sah sich das Ressort offenbar insbesondere den Großforschungseinrichtungen verpflichtet – dem Newcomer im Konzert der etablierten Wissenschaftsorganisationen, der zu diesem Zeitpunkt lediglich an den Beratungen des Präsidentenkreises, nicht aber an den Gesprächen der Allianz beteiligt war.

Erst ein Jahr nach dem Briefwechsel zwischen MPG-Präsident Reimar Lüst und Forschungsminister Matthöfer sollte die AGF schließlich erstmals zu einer Sitzung der Allianz eingeladen werden, ohne zunächst auch offiziell als Mitglied aufgenommen zu werden. In der Arbeitsgemeinschaft wertete man dies nichtsdestoweniger als Beleg für die allmähliche Festigung der noch jungen Dachorganisation, wenngleich ihr Verhältnis zu den etablierten Organisationen in den folgenden Jahren noch diversen Schwankungen unterworfen sein sollte. Wie oben dargestellt, traten diese besonders häufig im Zusammenhang mit personellen Wechseln an der Spitze der AGF auf.

Die Spannungen zwischen der AGF als neu in den erlesenen Kreis aufgenommener Institution und den etablierten Mitgliedern traten dabei in besonderer Weise zutage, wenn Fragen der Finanzierung und der Mittelzuteilung diskutiert wurden. Als es in einer Sitzung des Präsidentenkreises im Juni 1981 wie so häufig um die allgemeine Haushaltslage ging, kam das Gespräch bald auf die Haushaltsstagnation und Stellenkürzungen bei den Großforschungseinrichtungen. Zu Putlitz warb bei Bundesforschungsminister von Bülow und seinen Staatssekretären um Verständnis für »die besondere Lage der Großforschungseinrichtungen«, die einer erheblichen Kürzung unterworfen werden sollten. Von Bülow blieb jedoch bei seiner Entscheidung und ging nicht auf die Forderungen ein. Auch von seinen anwesenden Kollegen erhielt der AGF-Vorsitzende keinerlei Unterstützung. Sie fielen ihm sogar offen in den Rücken, indem sie die Gelegenheit nutzten, um in Anwesenheit der Gesprächspartner aus dem BMFT »in ein allgemeines Geheul über die Qualität der Großforschungszentren auszubrechen«.⁴⁸⁴

483 Schreiben von H. Matthöfer an R. Lüst vom 11. 8. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 638, fol. 74. Ebenso das folgende Zitat.

484 Interner Vermerk der AGF über die Sitzung des Präsidentenkreises am 11. 6. 1981, BArch, B 388/1.

Dass die Allianz-Mitglieder in den jeweils nur sie betreffenden Haushaltsverhandlungen primär als Einzelkämpfer agierten, ist zunächst wenig überraschend; der offene Affront der Präsidenten von DFG und MPG war hingegen keineswegs alltäglich. Denn statt sich in der Diskussion über die budgetären Spezifika der Großforschungseinrichtungen zurückzuhalten, diskreditierten sie die AGF. Der Hinweis auf qualitative Mängel der dort betriebenen Forschung kam in dieser Situation gar einem direkten Angriff auf die zuvor ausgeführte Argumentation zu Putlitz' gleich und schwächte dessen Verhandlungsposition gegenüber dem BMFT erheblich. Das kompetitive Verhalten der etablierten Allianz-Mitglieder in dieser Situation speiste sich aus der durchaus begründeten Befürchtung, ein Entgegenkommen des BMFT bei den Anliegen der AGF würde im Umkehrschluss zu Kürzungen in ihren eigenen Organisationen führen. Die vom Bund in die Großforschung investierten Summen überstiegen die Etats der anderen Wissenschaftsorganisationen um ein Vielfaches, da diese trotz starker Einsparungen rund die Hälfte aller Finanzmittel absorbierte, die dem Bund für die außeruniversitäre Forschung zur Verfügung standen.⁴⁸⁵ Nicht umsonst sahen sich die anderen Forschungseinrichtungen gelegentlich mit dem »Vorwurf der Eifersucht wegen ihrer geringeren Mittel« konfrontiert.⁴⁸⁶

Durch das Einbinden der AGF in die gemeinsamen Beratungen der Allianz hielten Elemente des Wettbewerbs um die Mittel des Bundes Einzug in dieses ansonsten höchst kooperative Gremium, was auch den beteiligten Akteuren auf- und zuweilen missfiel. So stellte zu Putlitz bereits im Spätsommer 1981 – und damit nur kurze Zeit, nachdem ihm seine Kollegen wiederholt ihre »beträchtlichen Vorbehalte gegen die Forschungszentren« vor Augen geführt hatten⁴⁸⁷ – in einer Allianz-Sitzung fest, eigentlich müssten alle Mitglieder gleichermaßen »daran interessiert sein, daß unsere Forschung auf dem allerhöchsten Niveau bleibt«. ⁴⁸⁸ Auch den anderen Wissenschaftsorganisationen dämmerte es allmählich, dass die nun intern auftretende Konkurrenz ihre Zusammenarbeit erheblich beeinträchtigen würde. Aus diesem Grund entschied sich MPG-Präsident Reimar Lüst, seinen Kollegen zu Putlitz zu einem klärenden Gespräch über »das Verhältnis zwischen Großforschung und Max Planck« einzuladen.⁴⁸⁹

In der MPG, die in der Allianz den Ton angab, hatte sich zu diesem Zeitpunkt offenbar der Eindruck verfestigt, dass sich die Unstimmigkeiten innerhalb des Gremiums und die gegenseitigen subtilen Angriffe negativ auf die Handlungsfähigkeit und die Wirkmächtigkeit des informellen Zusammenschlusses auswirken würden, was es im Umkehrschluss auch für die Mitglieder schwerer machen würde, im Einzelfall vorteilhafte Sonderregelungen auszuhandeln. Folglich zielten die Bemühungen der MPG in dieser Aussprache – ganz im Geiste der Allianz – darauf ab, die unterschiedlichen Ansichten der beiden Wissenschaftsorganisationen zu harmonisie-

485 Vgl. dazu Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 53–62.

486 Interner Vermerk der AGF über die Sitzung der Allianz am 11. 9. 1981, BArch B 388/1.

487 Interner Vermerk der AGF über die Sitzung der Allianz am 4. 3. 1981, BArch B 388/1.

488 Interner Vermerk der AGF über die Sitzung der Allianz am 11. 9. 1981, BArch B 388/1.

489 Interner Vermerk der AGF über den Neujahrsempfang des Bundespräsidenten vom 14. 1. 1982, BArch B 388/1.

ren und ein gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Wie oben bereits dargestellt, rückte zu Putlitz den Fokus des Gesprächs auf das gemeinsame Ziel aller Allianz-Mitglieder und mahnte,

daß die Demontage des Rufes der Großforschung durch Mitglieder der MPG letztlich auf diese zurückwirke, weil die Großforschung nun einmal den größten Block an Forschungsmitteln erhalte und eine Schwächung des Rufes der Großforschung klarerweise auf den Minister und dessen Wirksamkeit im Kabinett zurückschlagen müsse [...]. Hier saßen wir also vielleicht mehr in einem Boot[,] als manchmal bedacht würde.⁴⁹⁰

Mit seinem Appell brachte zu Putlitz – ob explizit oder implizit – das Kernanliegen der Allianz auf den Punkt. Denn bei den gemeinsamen Beratungen ging es, wie bereits Adolf Butenandt 1966 treffend zusammengefasst hatte, »nicht um die Erlangung von Vorteilen für einzelne Gruppen, sondern darum, die politischen Instanzen in Bund und Ländern auf ihre gemeinsame Verantwortung für die Wissenschaftsförderung und auf den Prioritätsanspruch der Forschung hinzuweisen.«⁴⁹¹ Nur auf diese Weise konnten, so auch zu Putlitz' Argumentation, die finanziellen Ressourcen für den Bereich von Wissenschaft und Forschung erhöht werden, was wiederum die zentrale Voraussetzung für entsprechende Zuwachsraten in den Haushalten der einzelnen Wissenschaftsorganisationen war.

Konkurrenz nach außen

Das Gespräch zwischen Lüst und zu Putlitz glättete die Wogen in der Allianz. In der Folge nahmen die Angriffe auf die AGF ab, und der kooperative Austausch konnte sich als Handlungsmodus reetablieren. Gegenüber Externen, also Wissenschafts- und Forschungsorganisationen, die nicht Teil der gemeinsamen Beratungen waren, zeigte die Allianz jedoch weiterhin ein vergleichsweise kompetitives Verhalten und nahm diese durchaus als Konkurrenten um die knappen Finanzmittel für die Forschung wahr. Besonders deutlich wird dies im Verhältnis zur Blauen Liste, die seit den 1980er Jahren ein ständig wiederkehrendes Thema der gemeinsamen Diskussionen war. So mahnte der DFG-Generalsekretär die anderen Allianz-Mitglieder bei der Vorbereitung des Präsidentenkreises zu den Perspektiven der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern eindringlich, dass sich »zum Beispiel unvermeidliche Baukosten bei den Instituten der Blauen Liste [...] mindernd auf die Zuschußfestsetzung der Forschungsgemeinschaft auswirken« würden. Und er warnte davor, »daß die durch verschiedene Zufälligkeiten in der Blauen Liste zusammengefaßten Institute zu einer Belastung der Forschungsförderung in der Max-Planck-Gesellschaft und der Forschungsgemeinschaft – und damit der

490 Aktennotiz von G. zu Putlitz zu einem Gespräch mit Reimar Lüst und Dietrich Ranft (MPG) am 21. 1. 1982, BArch, B 388/1.

491 Bericht des Präsidenten der MPG auf der Hauptversammlung der MPG am 22. 6. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 100.

Forschung in den Universitäten« werden könnten; deswegen sei »jetzt der Zeitpunkt, in dem deutlich gesagt werden muß, was man von der Blauen Liste halte«. ⁴⁹²

Das überdurchschnittliche Wachstum der Blauen Liste im Zuge der Wiedervereinigung sollte die Konkurrenz weiter verschärfen. Das durch die Aufnahme zahlreicher ehemaliger Akademie-Institute in die Blaue Liste rasant steigende Fördervolumen nährte in Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen seit langem bestehende Vorbehalte. Umso weniger hielt sich die Allianz nun mit öffentlicher Kritik an der Blauen Liste – auch gegenüber dem Forschungsministerium – zurück. ⁴⁹³

Die Analyse des Verhältnisses von Allianz und Blauer Liste veranschaulicht auf instruktive Weise, warum die in der Allianz versammelten Wissenschaftsorganisationen sich auch in finanziellen Angelegenheiten – einer Frage von eminenter Bedeutung, in der es um die je eigene Existenz ging – meist für ein kooperatives Vorgehen entschieden. Denn die gemeinsame Stimme der Allianz als kooperativer Verbund konnte eine hohe Wirkmächtigkeit entfalten und wurde daher entsprechend eingesetzt. Durch ihre einhelligen Äußerungen verschaffte sich die Allianz gewichtige Vorteile im Wettbewerb mit anderen, außenstehenden Wissenschaftsorganisationen, um so ihre Chance auf den Erhalt der monetären Prämie zu erhöhen. Gerade im Vergleich mit einer lange Zeit kaum gemeinschaftlich organisierten Institution wie der Blauen Liste wog das Wort der Präsidenten der einflussreichsten Wissenschaftsorganisationen umso schwerer.

Schulterschluss der Allianz mit dem Bundesforschungsministerium

Bei aller Kooperation in Finanzierungsfragen waren die Allianz-Mitglieder sich jedoch einig, dass sie sich in ihren »gemeinsame[n] Stellungnahmen auf wenige, aber entscheidende Punkte konzentrieren« sollten, »um ihren Einfluß nicht zu »verspielen«. ⁴⁹⁴ Eine Zunahme der gemeinsamen Verlautbarungen gegenüber Politik oder Öffentlichkeit würde sich, so die Befürchtung, nachteilig auf die Durchschlagskraft derselben auswirken. Diese Einschränkung bezog sich allerdings explizit auf die schriftlichen Stellungnahmen des Gremiums; für die informelle mündliche Kommunikation galten diese Bedenken nicht.

492 Schreiben von C. H. Schiel an die Mitglieder der Allianz vom 3. 11. 1983, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 606, fol. 390. Zum Verlauf der anschließenden Diskussion mit dem Minister siehe interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 29. 11. 1983, BArch, B 196/51380.

493 Ein entsprechender Vermerk findet sich etwa im internen Vermerk des BMFT zur Vorbereitung von TOP 2 des Präsidentenkreises am 16. 9. 1991, BArch, B 196/103451; interner Vermerk des WR über die Sitzung des Präsidentenkreises am 22. 3. 1993, AdWR, 6.1 – Präsidentenkreis, Bd. 3. Auch in den internen Beratungen der Allianz wurde diese Situation des Öfteren diskutiert und analysiert, so etwa im internen Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 16. 9. 1991, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 13; AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 11. Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 16. 09. 1991; Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 13. 12. 1993, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 615, fol. 3.

494 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 8.

Da die Entscheidungsgewalt im Bereich der Forschungsfinanzierung aufgrund der kooperativen Verflechtung der Zuständigkeiten nicht allein in der Hand des Bundes lag, rückten in Finanzierungsfragen die Ministerpräsident*innen der Länder verstärkt in den Fokus der Allianz. Als beispielsweise die Verhandlungen über die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung in den frühen 1970er Jahren zunächst ins Stocken gerieten und sich 1974 durch eine Intervention der Ministerpräsidenten gar ein Scheitern des Abkommens abzuzeichnen begann, nutzte die Allianz ihre Einflussmöglichkeiten. Nach einer eingehenden internen Beratung einigten sich die Präsidenten und Generalsekretäre darauf, »mit Minister Matthöfer und auch den Ministerpräsidenten über die Fragen der Finanzierung von Lehre und Forschung nachdrücklich« zu sprechen. Ihr Ziel war es, »eine ›offensive Information‹ über Zahlen, z. B. der Beteiligung der verschiedenen Länder und des Bundes an den einzelnen Organisationen und deren Förderungsmaßnahmen« zu geben, wobei »jedoch keine Information über die einzelne Organisation erfolgen [sollte], sondern immer der Gesamtbereich ins Gespräch gebracht werden« sollte.⁴⁹⁵ Die unmittelbare Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen über die künftige Finanzierung der gemeinsam getragenen Wissenschaftsorganisationen gab den Ausschlag für ein konzertiertes Vorgehen, das sich in besonderem Maße an die Bundesländer richtete. Denn eine Einigung in dieser heiklen Situation konnte nur erreicht werden, wenn sich die Fronten zwischen Bund und Ländern nicht weiter verhärteten und beide Verhandlungsparteien die fatalen Auswirkungen eines Scheiterns für den gesamten Bereich von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik erkannten.

Die 1975 unterzeichnete Rahmenvereinbarung Forschungsförderung verrechtlichte die kooperative Verflechtung zwischen Bund und Ländern. Daher wandte sich die Allianz in den folgenden Jahren und Jahrzehnten in finanziellen Belangen auch weiterhin an die politischen Vertreter*innen der Bundesländer.⁴⁹⁶ Allerdings lässt sich dabei beobachten, dass das Bundesforschungsministerium bei den meisten Anliegen der primäre Ansprechpartner blieb. Erst wenn auf diesem Weg keine Einigung erzielt werden konnte, nahmen die Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen auch andere politische Entscheidungsträger*innen ins Visier.

Doch auch auf Seiten des Bundes lag die Verfügungsgewalt in Fragen der Forschungsfinanzierung nicht allein beim Forschungsressort. Vielmehr wurden dessen Budgets unter anderem unter Beteiligung des Kabinetts festgelegt, und in diesen komplexen Aushandlungsprozessen kam dem Bundesfinanzministerium eine Schlüsselrolle zu. Diese politischen Rahmenbedingungen waren den Akteuren in der Allianz nur allzu gut bekannt, da sie sich bereits seit deren Frühphase in ihren gemeinsamen Gesprächen mit dem Forschungsministerium mit Fragen der Forschungsfinanzierung auseinandergesetzt hatten. Schon in den 1960er Jahren gab Bundesforschungsminister Stoltenberg beispielsweise in einer Sitzung des Präsidentenkreises zu erkennen, dass er mit einigen im Vorfeld der Finanzverfassungsreform diskutierten Regelun-

495 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 27. 11. 1974, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a.

496 Siehe exemplarisch Schreiben der Allianz an H. Kohl und U. Barschel vom 17. 5. 1983, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 3.

gen »nicht zufrieden sei, der Finanzminister sich aber im Kabinett mit seiner abweichenden Auffassung durchgesetzt habe«. ⁴⁹⁷ Die als wissenschaftsschädliche Austeritätspolitik wahrgenommenen Bestrebungen des Finanzministeriums um eine stärkere Ausgabendisziplin der Ressorts liefen den Wünschen der Wissenschaftsorganisationen zuwider; sie waren ein viel beklagtes Thema in den so genannten Kaminrunden. Nicht selten resultierte daraus die mehr oder minder offen formulierte Bitte des Ministers an die Präsidenten, dem gemeinsamen Interesse entsprechend die eigenen Netzwerke zu mobilisieren, um sein Ressort in den Bestrebungen um eine Etaterhöhung flankierend zu unterstützen. ⁴⁹⁸ Dies ist insofern bemerkenswert, als das Forschungsministerium in diesen Situationen nicht primär als die über die Prämie entscheidende Instanz, also als der Dritte in triadischen Konkurrenzsituationen, auftrat, sondern vielmehr als Kooperationspartner der Allianz. Denn trotz des strukturell asymmetrischen Machtverhältnisses von Wissenschaft und Politik vertraten diese gemeinsame Ziele, darunter vor allem die Erhöhung des Budgets für Forschung und Wissenschaft und dessen möglichst flexible Verwendung. Gestützt auf das Sozialprestige und die gesellschaftliche Autorität der Wissenschaft verliehen die flankierenden Appelle der Allianz der Argumentation des Forschungsministers gegenüber seinen Kabinettskolleg*innen politischen Nachdruck. Sie verschafften dem politischen Kooperationspartner der Allianz Vorteile in der übergeordneten finanzpolitischen Wettbewerbssituation. Dies ist insofern von Bedeutung, als die Forschungspolitik abseits ihrer direkten Zielgruppe lange Zeit eine eher geringe mediale Aufmerksamkeit genoss und darüber hinaus in diesem Politikfeld getroffene Entscheidungen für viele Bevölkerungsgruppen kurzfristig keine spürbaren Veränderungen bedeuteten. ⁴⁹⁹ Umso wichtiger war es für das Forschungsministerium, seine Forderungen als gemeinsames Anliegen der gesamten nationalen Wissenschaftslandschaft ausgeben zu können.

3.3 Der lange Abschied vom Primat nationaler Wissenschaftspolitik: die Europäisierung der Forschung

Der Aufstieg der Europäischen Union (EU) zu einer forschungspolitischen Akteurin von globaler Bedeutung gleicht einer »Cinderella Story«. Für ihr die Jahre 2021 bis 2027 überspannendes 9. Forschungsrahmenprogramm *Horizont Europa* hat die EU ein Budget von 96 Milliarden Euro

497 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung des Präsidentenkreises am 30. 8. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 603, fol. 42.

498 In der bereits zitierten Augustsitzung des Präsidentenkreises wurde im Ergebnisvermerk festgehalten, dass Minister Stoltenberg »ein Tätigwerden der vier Organisationen« begrüßen würde, um »eine Änderung des Ergebnisses in den kommenden Verhandlungen zu erreichen.« Interner Vermerk der MPG über die Sitzung des Präsidentenkreises am 30. 8. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 603, fol. 43. Noch deutlicher fiel ein ähnlicher Hinweis im Jahr 1979 aus: »St Granzow macht auf das Streben der Finanzminister aufmerksam, die Zahl der Hochschulstellen an der zu erwartenden niedrigeren Studentenzahl [...] zu orientieren. [...] [E]s wäre nützlich, wenn sich die Präsidenten dazu äußern würden.« Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 31. 10. 1979, BArch, B 136/33238. Ähnlich liest sich ein Bericht aus dem Jahr 1982: »Der Minister fordert den Präsidentenkreis auf, flankierend zu seinem Widerstand gegen den Haushaltsausschuß auch den eigenen Widerstand voranzutragen und direkt an die Parlamentarier heranzutreten.« Interner Vermerk der AGF über die Sitzung des Präsidentenkreises am 25. 1. 1982, BArch, B 388/1.

499 Vgl. zu den Besonderheiten der Forschungspolitik und der Konkurrenz mit anderen Ressorts bspw. Hintze, *Wissenschaftspolitik*, 2020, 351–354.

vorgesehen.⁵⁰⁰ Dies bedeutet trotz der enormen Belastungen durch die Coronakrise und den Brexit einen erheblichen Zuwachs gegenüber dem 80 Milliarden Euro starken 8. Rahmenprogramm *Horizont 2020* für die Jahre 2014 bis 2020 und gar dem 7. Rahmenprogramm, das für die Jahre 2007 bis 2013 rund 56 Milliarden Euro für die Förderung von Forschung und Technik in Europa mobilisierte. Noch imposanter wirkt diese Erfolgsgeschichte, setzt man sie in Bezug zum 1. Rahmenprogramm, das für die Jahre 1984 bis 1987 nur gerade 3,3 Milliarden Euro vorsah, und erst recht zur Protophase der Herausbildung einer europäischen Forschungspolitik in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, in der nur Berufsoptimist*innen der europäischen Integration Geld darauf gewettet hätten, dass die Europäische Gemeinschaft sich zur zentralen Akteurin europäischer Wissenschaftspolitik entwickeln würde. Vielmehr war die Europäische Kommission in diesem Politikfeld ein Spätkömmling, der erst die politische Bühne betrat, als sich andere institutionelle Akteur*innen längst platziert hatten. Unter diesen waren die bereits 1954 gegründete European Organization for Nuclear Research (CERN), die in Wissenschaftskreisen als Musterbeispiel für eine erfolgreiche Kooperation Europas in der Spitzenwissenschaft galt, sowie die European Space Agency (ESA), die 1973 aus der Fusion ihrer 1962 in Reaktion auf den Sputnikschock und die drohende Dominanz der USA in der Raumfahrt geschaffenen Vorläuferorganisationen European Space Research Organisation (ESRO) und European Launcher Development Organisation (ELDO) hervorgegangen war und aus deren wissenschaftlich-technischen Fehlschlägen und politischen Schwächen erfolgreich gelernt hatte.

Der Prozess der Etablierung der EU als forschungspolitische Akteurin von erstrangiger Bedeutung taugt nicht gerade als Beispiel für eine lineare Erfolgsgeschichte wachsender europäischer Integration im Bereich von Wissenschaft und Forschung, wiewohl sich zahlreiche Darstellungen nicht nur von Seiten führender wissenschaftspolitischer Akteur*innen, sondern auch von historischer Seite an solchen Narrativen versucht haben.⁵⁰¹ Wie Kiran Klaus Patel jüngst überzeugend nachgewiesen hat, war die »europäische Integration à la EG/EU« längst nicht »die einzige Alternative zu einem nationalzentrierten Kurs gewesen«. Vielmehr stellte sie bis in die 1980er Jahre hinein »nur eine – noch dazu eher marginale und unwahrscheinliche – Option unter anderen« dar. Patel sieht dabei neben historischen Kontingenzen auch »Kairos« am Werk, die günstige Gelegenheit, die von den handelnden Akteur*innen freilich auch genutzt werden

500 Vgl. Website der Europäischen Kommission: Horizon Europe. https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe_de. Zuletzt aufgerufen am 10. 6. 2021; European Commission: Commission Welcomes Political Agreement on Horizon Europe, the Next EU Research and Innovation Programme, 10. 12. 2020. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2345. Zuletzt aufgerufen am 10. 6. 2021; siehe hierzu und zum Folgenden, mit weiterführender Literatur, Kiran Klaus Patel: Kooperation und Konkurrenz. Die Entstehung der europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik seit 1945. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69/2 (2021), 183–209; Martin Kohlrausch und Helmuth Trischler: *Building Europe on Expertise. Innovators, Organizers, Networkers*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2014, 277–297.

501 Vgl. Michel André: L'espace européen de la recherche: histoire d'une idée. *Journal of European Integration History* 12/2 (2006), 131–150, 131–150; Luca Guzzetti: *A Brief History of European Union Research Policy*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities 1995; Pierre Papon: *L'Europe de la science et de la technologie*. Saint-Martin-d'Hères: Presses Universitaires de Grenoble 2001; Pierre Papon: L'espace européen de la recherche (1960–1985): entre science et politique. In: Corine Defrance (Hg.): *La construction d'un espace scientifique commun. La France, la RFA et l'Europe après le »choc du Sputnik«*. Brüssel: Peter Lang 2012, 37–54.

musste.⁵⁰² Und auch hier gilt, dass der Aufstieg der EU zur dominanten Plattform europäischer Forschungspolitik sich in der Interaktion von Konkurrenz und Kooperation zwischen zahlreichen individuellen und institutionellen Akteur*innen vollzog.

Die Interaktionsdynamik von kooperativen und konkurrierenden Faktoren zeigt sich in einem der Scharniermomente europäischer Forschungsk Kooperation: der Debatte um die »technologische Lücke« zwischen den USA und Europa, die der französische Publizist Jean-Jacques Servan-Schreiber mit seinem 1967 veröffentlichten Essay »Le défi américain« (»Die amerikanische Herausforderung«) lancierte. Das Buch wurde ein Bestseller: Allein in Frankreich wurden 600.000 Exemplare verkauft, und auch die mit einem emphatischen Vorwort von Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß versehene deutsche Ausgabe zirkulierte breit in Politik und Öffentlichkeit.⁵⁰³ Und es aktivierte auf beiden Seiten des Rheins erhebliche Anstrengungen, nicht nur die nationalen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung massiv zu steigern, sondern auch in Wissenschaft und Technik noch enger als zuvor zusammenzuarbeiten. In dieser Phase scherten die beiden Führungsländer europäischer Integration gleichsam im Geiste des Élysée-Vertrags von 1963 bisweilen aus der sich formierenden westeuropäischen Kooperationskonstellation aus und betrieben bilaterale Projekte.

Heute wissen wir längst, dass die transatlantische Lücke in Wissenschaft und Technik sich bereits wieder zu schließen begann, als sie Servan-Schreiber zu entdecken begann.⁵⁰⁴ Gleichwohl wurde Servan-Schreibers eingängige Formel zu einem Mantra europäischer Politiker*innen und in der Folge zu einem Motor wissenschaftlich-technischer Integration. Noch im Erscheinungsjahr des Essays schlug die hochrangige Expertengruppe zum Thema »Politique de Recherche Scientifique et Technologique« (PREST) dem Europarat vor, die Lücke durch die Förderung europaweiter Zusammenarbeit in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehr, Ozeanographie, Materialwissenschaften, Umweltwissenschaften und Meteorologie zu schließen. Als die Europäische Kommission zögerte, ergriff der Ministerrat die Initiative und schuf 1970 das COST-Programm (European Cooperation in Science and Technology), ein damals noch recht loser Verbund von nationalen Repräsentant*innen, der zwar über kein eigenes Budget verfügte, aber hochfliegende Pläne der Förderung transnationaler Wissenschaft und Technik hatte. In der Folge erlebte Europa zahlreiche Ansätze einer intergouvernementalen Wissenschafts- und Technikpolitik jenseits des geltenden Subsidiaritätsprinzips, das den Handlungsspielraum der Europäischen Kommission teils

502 Patel, Kooperation, 2021, 183–209, 184–185.

503 Vgl. Jean-Jacques Servan-Schreiber: *Le Défi Américain*. Paris: Denoël 1967; Jean-Jacques Servan-Schreiber: *Die amerikanische Herausforderung*. Übersetzt von Friedrich A. Kloth und Anjuta Dünwald. 2. Auflage. Hamburg: Hoffmann und Campe 1968; vgl. hierzu und zum Folgenden Helmuth Trischler und Andreas Wirsching: Wettbewerb durch Kooperation und Konsens. Modernisierungsstrategien im europäischen Forschungs- und Innovationssystem und bundesdeutsche Reaktionsdynamik ca. 1970–2000. In: Karin Nickelsen (Hg.): *Konkurrenz und Kooperation in den Wissenschaften der 1970er–1990er Jahre*. München, im Erscheinen.

504 Vgl. Gerhard A. Ritter, Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den »langen« siebziger Jahren*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1999.

einengte, teils ausweitete. Die breitgefächerten Initiativen reichten von der Gründung der ESF 1974 über die Einheitliche Europäische Akte 1986, welche Forschung und technologische Entwicklung offiziell als Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft verankerte, bis zum Maastricht-Vertrag von 1992, der die Kommission schließlich ermächtigte, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um aktiv europäisch integrierend wirkende Forschung zu fördern.⁵⁰⁵

Einmal mehr wird dabei deutlich, dass sich Europas vielfältige Wissenschafts- und Techniknetzwerke zwischen den Polen nationalen Wettbewerbs und transnationaler Kooperation formiert haben. Vier historische Fundamentalprozesse sind hier vor allem in Anschlag zu bringen: Erstens sind Globalisierung und Europäisierung der Wissensproduktion zwei eng verknüpfte Prozesse, die sich wechselseitig bedingen. Expert*innengemeinschaften organisierten sich in zunehmendem Maße auf der Ebene der Kontinente. Die Europäisierung ist mithin Teil dieser »Kontinentalisierung« der weltweiten Wissensproduktion.⁵⁰⁶ Zweitens variiert die Dynamik des Europäisierungsprozesses von Wissenschaftsdisziplin zu Wissenschaftsdisziplin, von Technikfeld zu Technikfeld. Während etwa die Informations- und Kommunikationstechnik einschließlich der Computerindustrie sowohl auf der europäischen als auch auf der globalen Ebene hochgradig integriert war, verlief das Innovationsgeschehen in der Werkzeugmaschinen-technik vornehmlich in nationalen und regionalen Bahnen.⁵⁰⁷ Drittens variiert der Grad der europäischen Integration der Wissensproduktion von Staat zu Staat. Grob gesagt waren Expert*innen kleiner Länder, wie etwa Luxemburg und die Slowakei, abhängiger von internationaler Kooperation als ihre Kolleg*innen in großen europäischen Staaten, wie Frankreich und Deutschland.⁵⁰⁸ Viertens schließlich erwächst Kooperation jenseits aller politischer Rhetorik sehr viel häufiger organisch aus der Gemeinschaft wissenschaftlich-technischer Expert*innen selbst als aus staatlich offerierten Programmen. Kurzum, die wissenschaftsgeleitete Bottom-up-Initiative von Expert*innen, ihre Disziplinen und Felder durch transnationale Kooperation zu befördern und damit zugleich ihre jeweilige Position im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Wettbewerb zu stärken, spielt eine maßgebliche Rolle.

Reaktionsdynamik der Allianz auf die Europäisierung der Forschung

Wie nun reagierten die Akteur*innen des bundesdeutschen Forschungs- und Innovationssystems auf diesen Prozess? Bei der Beantwortung dieser Frage interessiert uns insbesondere, welche Strategien die in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zusammengeschlossenen

505 Vgl. dazu mit weiterführender Literatur Patel, *Kooperation*, 2021, 183–209, 195–196; vgl. insbesondere zur ESF jüngst Unger, *European Science*, 2020, 363–383.

506 Michel Leclerc und Jean Gagné: *International Scientific Cooperation. The Continentalization of Science. Scientometrics* 31/3 (1994), 261–292.

507 Vgl. dazu besonders John Peterson und Margaret Sharp: *Technology Policy in the European Union*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 1998.

508 Vgl. Wolfgang Glänzel, András Schubert und Hans-Jürgen Czerwon: *A Bibliometric Analysis of International Scientific Cooperation of the European Union (1985–1995). Scientometrics* 45/2 (1999), 185–202; Wolfgang Glänzel und Balázs Schlemmer: *National Research Profiles in a Changing Europe (1983–2003). An Exploratory Study of Sectoral Characteristics in the Triple Helix. Scientometrics* 70/2 (2007), 267–275.

Forschungseinrichtungen entwickelten, um sich an die durch die Europäisierung des Wissens wachsende Interaktionsdynamik von Kooperation und Konkurrenz anzupassen. Wir gehen dabei von der These aus, dass die kooperative Suche der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen nach einem Konsens in Sachen europäische Forschungspolitik im Rahmen der Allianz einem doppelten Ziel diene: Erstens sollte eine drohende Schwächung des nationalen Forschungs- und Innovationssystems durch eine Verlagerung von finanziellen Ressourcen von der nationalen auf die europäische Ebene vermieden werden, und zweitens sollte die gemeinsame Konkurrenzfähigkeit der deutschen Forschung im sich dynamisierenden europäischen Wettbewerb gestärkt werden. Diesem Ziel diene die enge Abstimmung der Allianz mit dem BMFT, die in den periodischen Arbeitstreffen der Präsidenten der großen Forschungsorganisationen mit dem jeweiligen Bundesforschungsminister sichergestellt wurde.

Beginnen wir mit dem weichenstellenden Jahr 1967, als Servan-Schreiber die »technologische Lücke« erfand. Zeitgleich bat die Arbeitsgruppe »Politik auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung« des EWG-Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik die Mitgliedstaaten um thematische Vorschläge für eine mögliche Zusammenarbeit. Das Bundesforschungsministerium wandte sich daraufhin an die Allianz-Organisationen und bat diese um eine abgestimmte Position, um diese dann in die europäische Arbeitsgruppe einbringen zu können. Die Allianz-Mitglieder reagierten in hohem Maße skeptisch. Zunächst müsse es um den Austausch von Informationen gehen. Erst wenn die Wissenschaft selbst die Notwendigkeit einer Planung und Durchführung gemeinsamer Programme betone, solle man einen solchen Schritt erwägen. Die Allianz beeilte sich, auf »den Misserfolg« bilateraler Kooperationen mit der französischen Wissenschaft im Bereich der Meeres- und Wasserforschung hinzuweisen, der »primär in der unterschiedlichen Struktur von Forschungsverwaltung und Forschungsfinanzierung in beiden Ländern« läge, und verwies im Übrigen darauf, dass die Inanspruchnahme sowohl der Forschung als auch der Forschungsadministration auf nationaler Ebene »bereits jetzt bei weitem die vorhandenen Kapazitäten« übersteige.⁵⁰⁹

Der Primat des Ausbaus des nationalen Wissenschafts- und Innovationssystems und die abwartend-skeptische Haltung gegenüber allen Bestrebungen, Europa im Bereich von Wissenschaft und Technik eine institutionalisierte Stimme zu verleihen, blieben über die langen 1970er Jahre hinweg ungebrochen. Etwas überspitzt lässt sich formulieren, dass Europa für die bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen weitgehend ein Un-Thema war. Man beteiligte sich hier und da am sich formierenden Europa der Wissenschaft, so etwa in den Gremien der 1974 gegründeten ESF, aber auf kleiner Flamme, und dies stets unter Betonung des Subsidiaritätsprinzips als eiserner Regel: Nur was auf nationaler Ebene nicht organisiert und finanziert werden konnte, sollte europäisch geleistet werden. Das galt aus Sicht der Allianz für einzelne Gebiete der Großforschung, die Weltraum- und Raumfahrtforschung, die Kernphysik und die Fusionsforschung, unter keinen Umständen aber für die Grundlagenforschung.

509 Schreiben von C. H. Schiel an K. F. Scheidemann vom 22. 3. 1967, AMPG, II. Abt., Rep 57, Nr. 603, fol. 83.

Als die Europäische Kommission auf Initiative des russisch-belgischen Physikochemikers, Philosophen und Nobelpreisträgers Ilya Prigogine zu Beginn der 1980er Jahre die seit längerem kursierende Idee konkret zu verfolgen begann, auf Gemeinschaftsebene Maßnahmen zur Stimulierung von Forschung und Entwicklung durchzuführen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu steigern, reagierte die bundesdeutsche Wissenschaft zunächst kaum weniger zurückhaltend. Die Fraunhofer-Gesellschaft etwa äußerte in einer ersten Reaktion auf den 1982 konkretisierten Vorschlag der Kommission, neben Beihilfen für nationale und internationale Forscher*innengruppen sowie zusätzlichen Personalmitteln für einzelne Laboratorien zur Steigerung transnationaler Mobilität auch Programme für industrierelevante Forschung auf Feldern wie Laserentwicklung, Verbundwerkstoffe oder Biomaterialien aufzulegen, erhebliche Zweifel und hielt die vorgeschlagenen Themen »in ihrer Mehrzahl nicht für geeignet«, um kooperative Forschung über nationale Grenzen hinweg zu erproben.⁵¹⁰ DFG-Präsident Eugen Seibold bescheinigte der Kommission gar, »ein unverständliches Papier« vorgelegt zu haben, das er »vorwiegend skeptisch« beurteilte und dem BMFT deshalb »große Zurückhaltung« gegenüber dem Vorschlag empfahl, europäische Forschungsprogramme aufzulegen. Als amtierender Vizepräsident – und späterer Präsident – der ESF gab er zudem »seiner« ESF den Vorzug vor der Brüsseler Kommission, »wenn ein Programm nicht aus guten Gründen auf gouvernementaler Ebene angesiedelt werden« müsse.⁵¹¹ Die Ministerialbürokratie des BMFT sah dies ganz ähnlich. Überrascht von dem Ergebnis der Verhandlungen über den EG-Haushalt für 1983, als sich alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland bereit zeigten, Mittel für eine einjährige Testphase zu bewilligen, um bereits im Folgejahr mit einem ersten Forschungsprogramm beginnen zu können, verlegte man sich auf die Strategie, die Testphase auf mehrere Jahre auszudehnen und der Kommission allenfalls eine kleine »Spielwiese«, keinesfalls aber eine »systematische Förderung bestimmter Bereiche« zu ermöglichen.⁵¹²

Im Kreis der Allianz meldeten sich aber auch andere Stimmen zu Wort, allen voran MPG-Präsident Reimar Lüst, der sich geweigert hatte, den im Tenor negativen Entwurf einer Stellungnahme seiner Generalverwaltung abzuschicken. Er begrüßte im Kern die Offerte der Kommission, aus ihrem gewaltigen Budget zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung verfügbar zu machen. Lüst gelang es, seine Allianz-Kollegen davon zu überzeugen, dem Kommissionsvorhaben eine Chance zu geben, und der im Oktober 1982 neu berufene Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber konnte in seiner ersten Sitzung im Rat der europäischen Forschungsminister immerhin durchsetzen, dass die Experimentierphase auf zwei Jahre verlängert wurde.⁵¹³

510 Schreiben von H. Keller an MD G. Lehr (BMFT) vom 25. 8. 1982, BArch, B 196/51377.

511 Schreiben von E. Seibold an MD G. Lehr (BMFT) vom 25. 8. 1982, BArch, B 196/51377.

512 Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung von TOP 5 des Präsidentenkreises am 9. 9. 82, BArch, B 196/51377.

513 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 9. 9. 1982, BArch, B 196/51377; Interner Vermerk des BMFT zur Vorbereitung von TOP 1 des Präsidentenkreises am 16. 11. 1982, BArch, B 196/51378.

Es war kein Zufall, dass gerade Lüst die ablehnende Haltung der Spitzen von Forschungspolitik und Wissenschaft durchbrach. Als Astrophysiker, dessen Weltraumexperimente davon abhängig waren, dass Trägerraketen als Forschungsinfrastrukturen zur Verfügung gestellt wurden, wusste er um die Bedeutung der ESA für sein Forschungsfeld; zudem hatte er deren Vorgängerorganisation ESRO zunächst als Technischer Direktor und dann als Vizepräsident selbst mit aufgebaut. Wenig später, 1984, sollte er dann gar die Position des Generaldirektors der ESA übernehmen.⁵¹⁴ Im Bereich der europäischen Weltraum- und Raumfahrtforschung galt das Subsidiaritätsprinzip bereits seit den 1960er Jahren mit umgekehrten Vorzeichen: Sie war zum weit überwiegenden Teil europäisch organisiert und finanziert; nationale Programme hatten nur noch unterstützende Funktion und sollten es den jeweiligen Wissenschaftler*innenteams ermöglichen, sich für europäische Projekte zu qualifizieren.⁵¹⁵

Die Raumfahrtforschung mit ihrem gewaltigen Ressourcenbedarf sorgte Mitte der 1980er Jahre im bundesdeutschen Wissenschaftssystem für erhebliche Irritationen: Als Lüst, nun als ESA-Generaldirektor, im Schulterschluss mit Bundesforschungsminister Riesenhuber ein großes Zukunftspaket für die ESA zu schnüren begann, geriet die Strategie der bundesdeutschen Forschung, durch Konsensfindung im Rahmen der Allianz Konkurrenz und Konflikt zu vermeiden, für einmal in Gefahr. Die Max-Planck-Gesellschaft erhoffte sich, mit ihrem großen astrophysikalischen Forschungskomplex von den Ausbauplänen der ESA zu profitieren, und auch in der Biotechnologie war eine ganze Reihe von Anträgen ihrer Institute im seit 1984 laufenden 1. Rahmenprogramm Forschung der Europäischen Kommission bewilligt worden.⁵¹⁶ Demgegenüber zeigten sich große Teile des bundesdeutschen Wissenschaftssystems überaus besorgt darüber, dass die durch die ESA gebundenen Mittel das Budget des BMFT enorm belasten würden und somit der nationalen Wissenschaft entzogen wären. In einem nie zuvor gekannten Maße hagelte es Protestbriefe aus der Wissenschaft, und selbst der Spitzenmanager der bundesdeutschen Industrie, Jürgen Heraeus, sprach öffentlich von einer »eklatante[n] Fehlentscheidung«.⁵¹⁷

Auch in der Allianz herrschte tiefe Besorgnis. Riesenhuber beeilte sich zu versichern, dass die geplanten europäischen Großprojekte Hermes, Ariane 5, Spacelab und Columbus »nur mit zusätzlichem BMFT-Geld zu realisieren« seien. Die Mehrheit der Allianz-Organisationen

514 Vgl. Reimar Lüst und Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C. H. Beck 2008.

515 Vgl. Niklas Reinke: *Geschichte der deutschen Raumfahrtspolitik. Konzepte, Einflussfaktoren und Interdependenzen 1923–2002*. München: Oldenbourg 2004; John Krige, Arturo Russo und Lorenza Sebesta: *A History of the European Space Agency. 1958–1987*. Bd. 1. Noordwijk: ESA Publications Division 2000; John Krige, Arturo Russo und Lorenza Sebesta: *A History of the European Space Agency. 1958–1987*. Bd. 2. Noordwijk: ESA Publications Division 2000; Helmuth Trischler: *The »Triple Helix« of Space. German Space Activities in a European Perspective*. Noordwijk: ESA Publications Division 2002.

516 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung des Präsidentenkreises am 13. 10. 1986, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 644.

517 Sch.: »Förderung der Weltraumforschung eklatante Fehlentscheidung«. Heraeus kritisiert den neuen Schwerpunkt staatlicher Unterstützung / Geringer Innovationseffekt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 181 (8. 8. 1987), 11.

mochte an diese Argumentation umso weniger glauben, als zeitgleich bereits die Planungen für das 2. Rahmenprogramm Forschung der Europäischen Kommission zu laufen begannen. War das 1. Rahmenprogramm (1984–1987) mit 3,3 Milliarden Euro ausgestattet gewesen, so sollten die Mittel für das 2. Rahmenprogramm (1987–1991) bereits um ein Drittel höher ausfallen. Das gab den Befürchtungen der Allianz, »die kostenaufwändigen Pläne der Brüsseler Kommission [seien] kaum vernünftig« umsetzbar und gefährdeten »die Grundsätze der Subsidiarität«,⁵¹⁸ neue Nahrung. Gar zu einer Grundsatzkritik an der europäischen Forschungsförderung hob DFG-Präsident Hubert Markl an: Die Ausschreibungsfristen seien zu kurzfristig, die Informationen an die Wissenschaft unzureichend und die Entscheidungen zu wenig transparent; in der Konsequenz würden sich »die wirklich guten Forscher« nicht beteiligen. Statt die europäischen Programme weiter auszubauen, gelte es, die nationale Förderung zu verstärken, und hier brachte der DFG-Präsident interessengeleitet zuvorderst die Sonderforschungsbereiche seines Hauses ins Spiel.⁵¹⁹

Primat des nationalen Forschungssystems

Trotz oder gerade wegen der anhaltenden Dynamik des Ausbaus der europäischen Programme betrachteten die Allianz-Mitglieder die Brüsseler Forschungspolitik auch im weiteren Verlauf der 1980er Jahre nicht so sehr als Chance, die eigenen Forschungsbudgets zu erhöhen, sondern vielmehr als anhaltende Bedrohung für den von ihnen angestrebten Ausbau der nationalen Forschungsförderung. Die Wahrnehmung der europäischen Initiativen durch die nationale Brille dominierte daher auch das 1985 gestartete EUREKA-Programm. EUREKA wurde im Unterschied zu den supranationalen Rahmenprogrammen Forschung und auch zu dem ein Jahr früher begonnenen ESPRIT-Programm (European Strategic Programme on Research in Information Technology) nicht von der EG-Kommission aufgelegt, sondern stellte eine weitgehend neue Form der kooperativen intergouvernementalen Politikgestaltung dar. EUREKA verstand sich als Netzwerk, das Unternehmen und Forschungsinstitute verknüpfen und in einer europäischen Innovationskultur verbinden sollte, als europäische Antwort auf den sich intensivierenden globalen Technologiewettbewerb und auf die Strategic Defense Initiative (SDI) des US-Präsidenten Ronald Reagan, durch die europäische Spitzenforscher*innen in die USA abzuwandern drohten. In gründlicher Verkennung der technologiepolitischen Ziele nahm das Plenum der Westdeutschen Rektorenkonferenz EUREKA zunächst als »ein langfristig wirksames Programm mit einem an der Grundlagenforschung orientierten Ansatz« wahr, das »unter anderem die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekte« miteinbeziehe, und erklärte die ausdrückliche Bereitschaft der deutschen Universitäten, aktiv an dessen Ausgestaltung mitzuwirken.⁵²⁰ Ähnlich argumentierte WRK-Präsident Theodor Berchem im Präsidentenkreis, musste sich aber sowohl vom BMFT als auch von seinen Allianz-Kollegen eines Besseren beleh-

518 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 23. 6. 1986, BArch, B 196/103435.

519 Interner Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 13. 10. 1986, BArch, B 196/103436.

520 Entschließung des 147. Plenums der WRK vom 4./5. 11. 1985, BArch, B 196/103432.

ren lassen.⁵²¹ Zwar öffnete sich EUREKA einer Beteiligung der Universitäten, die sich aber, wie die EUREKA-Ministerkonferenz Ende Juni 1986 ernüchternd klarstellte, in der überwiegenden Zahl in Form von Unteraufträgen von Projektpartnern materialisierte.⁵²²

Die intensivste Debatte des bundesdeutschen Wissenschaftssystems um die Europäische Union als forschungspolitische Akteurin wurde zu Beginn der 1990er Jahre geführt, als zwei weichenstellende Prozesse zusammenfielen: Erstens zwang die Wiedervereinigung die Forschungspolitik und die Forschungsorganisationen, das durch die Eingliederung der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft gewandelte Wissenschaftssystem in seinem Aufbau, seinen Strukturen und seinen Funktionen von Grund auf zu überdenken. Hatte man in den Jahren 1990 und 1991 gleichsam in der Hitze des Gefechts agiert und unter dem Druck der politischen und öffentlichen Einigungsdebatten pragmatische Lösungen gesucht und gefunden, so galt es nun, das Wissenschaftssystem als Ganzes und seine Schnittstellen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie auch seine Positionierung im europäischen Raum systematisch zu überprüfen. Zweitens erweiterte der Vertrag über die Europäische Union, der am 7. Februar 1992 im niederländischen Maastricht vom Europäischen Rat unterzeichnet wurde, den Aktionspielraum der Kommission auch in der Forschungspolitik in erheblichem Maße.

In der Max-Planck-Gesellschaft wurde die Diskussion noch vor dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertragswerks intensiv geführt. Hans Zacher, der Reimar Lüst 1990 als Präsident nachgefolgt war, kündigte dem MPG-Senat im November 1991 an, dass die Allianz der Wissenschaftsorganisationen sich in Kürze intensiv mit der Gestaltung der europäischen Forschungspolitik zu befassen habe. Es gelte, »ein Gegengewicht« zu dem zu erwartenden Anspruch der Kommission »auf eine umfassende Zuständigkeit für die Forschungsorganisation« zu schaffen. Zacher befürchtete gar, dass die wachsende EU-Förderung »eine Desintegration des hiesigen Systems bewirken« könnte.⁵²³

Wenige Wochen später führten die Wissenschaftsorganisationen die Debatte in der Allianz in aller Schärfe und bekräftigten dabei einmal mehr den Primat des Nationalen. Bundesforschungsminister Riesenhuber wurde auf die Strategie eingeschworen, in den europäischen Gremien »die Förderung der Grundlagenforschung als ausschließlich nationale Aufgabe zu reklamieren«.⁵²⁴ Einig war man sich auch in der Fundamentalkritik an der ESF, die es gerade nicht vermocht habe, ein aus der Wissenschaft heraus agierendes Korrektiv zur bürokratischen Forschungssteuerung Brüssels zu bilden. MPG-Präsident Zacher und DFG-Präsident Frühwald kündigten gar an, im Kreis ihrer europäischen Kolleg*innen nach Mitstreiter*innen für die Idee

521 Interner Vermerk über die Sitzung des Präsidentenkreises am 4. 12. 1985, BArch, B 196/103432.

522 Auswertung des Dritten forschungspolitischen Gesprächs der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung am 16. Dezember 1985 durch das BMFT vom 5. 8. 1986, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 607, fol. 255.

523 Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Senates vom 22. 11. 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 70.

524 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611.

einer europäischen Interessenvertretungsorganisation der Grundlagenforschung suchen zu wollen. Riesenhuber entließ die Präsidenten seinerseits mit einem Arbeitsauftrag: Sie sollten eine konkrete Konzeption für eine Neugestaltung des europäischen Forschungsraums in ihrem Sinne erarbeiten, die er dann im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament vertreten könne.⁵²⁵

Nun wurde in den Stäben der Wissenschaftsorganisationen fieberhaft an einer gemeinsamen Position gearbeitet. Als Grundlage diente dabei ein Memorandum der Bundesregierung zur europäischen Forschungspolitik, in dem sie diese fünf programmatischen Eckpfeiler verankert hatte: erstens die Konzentration auf Programme der vorwettbewerblichen anwendungsorientierten FuE; zweitens die Integration der Klimaforschung nach dem Vorbild der Fusionsforschung; drittens die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an den Programmen; viertens die Dezentralisierung der Programmverwaltung der Kommission und fünftens einen mittelfristigen Anteil für FuE am Gesamthaushalt der EG von 6 Prozent. Die HRK insistierte darauf, dass die Grundlagenforschung allein nationale Aufgabe sei. Die DFG sekundierte die HRK und antizipierte geradezu hellseherisch die Gründung eines »European Research Council«, der eineinhalb Jahrzehnte später Wirklichkeit werden sollte.⁵²⁶ Der Wissenschaftsrat kündigte für den Mai umfassende Empfehlungen zur Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen an. Besonders intensiv waren die Vorarbeiten für ein gemeinsames Papier der Allianz-Organisationen in der Generalverwaltung der MPG, wo man das Subsidiaritätsprinzip nach den Maastrichter Verträgen als weitgehend irrelevant betrachtete; es sei mittlerweile ein »stumpfes Schwert«, und es werde nicht mehr lange dauern, »bis es auch verrostet« sei.⁵²⁷ Und MPG-Präsident Zacher entwickelte in einem umfangreichen Papier höchstselbst ein Konzept zur Weiterentwicklung der ESF, der es gelingen müsse, sich auf der Basis »wissenschaftlicher Selbstverwaltung und Qualitätsbestimmung« in Konkurrenz zum politisch-bürokratischen Apparat der Kommission in die Gestaltung und Durchführung der europäischen Forschungsprogramme einzuschalten.⁵²⁸

Als die Wissenschafts- und Finanzminister der Bundesländer im Mai 1992 der Konferenz der Ministerpräsidenten einen alarmistisch gehaltenen Bericht über die schwierige Situation von Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland vorlegten, wuchs der Druck auf die Alli-

525 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 20. I. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611; Vermerk des BMFT über die Sitzung des Präsidentenkreises am 20. I. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611.

526 Die ebenso lange wie komplexe Entstehungsgeschichte des ERC ist noch völlig ungeschrieben, und es wäre ahistorisch argumentiert, würde man eine lineare Entwicklung vom European Research Council, wie er der DFG und den Allianz-Akteur*innen zu Beginn der 1990er Jahre vorschwebte, zu der Organisation konstruieren, die 2007 ihre Arbeit aufnahm. Sie hatte in dem deutschen Biochemiker Ernst-Ludwig Winnacker ihren ersten Generalsekretär; zur schwierigen Gründungsgeschichte aus dessen Sicht siehe Ernst-Ludwig Winnacker: *Europas Forschung im Aufbruch. Abenteuer in der Brüsseler Bürokratie*. Berlin: Berlin University Press 2012.

527 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 31. 3. 1992 mit Anlagen, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 22.

528 Interner Vermerk von MPG-Präsident H. Zacher zur Reform der ESF vom 20. 7. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 613, fol. 94.

anz, sich nicht nur zur europäischen Forschung, sondern ganz generell auch zur Entwicklung und Lage des deutschen Wissenschaftssystems seit der Wiedervereinigung zu äußern, und dies umso mehr, als auch Bundeskanzler Helmut Kohl das Gespräch mit den Wissenschaftseinrichtungen suchte. Anfang September legte die Allianz ein gemeinsames Papier vor, das dem Kanzler und sämtlichen Ministerpräsidenten zuing. Sie legte der Politik darin einen »Komplex von Problemen« dar, die nur durch eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Wissenschaft gelöst werden könnten. Mit besonders großer Sorge erfüllte die Allianz dabei das »Problem« Europa. Sie insistierte einmal mehr auf ihrer Position, die Finanzierung der Grundlagenforschung müsse in erster Linie Sache einzelstaatlicher Förderung bleiben. Zudem dürfe das Wachstum der europäischen Forschungsförderung »unter keinen Umständen zu Lasten der Ressourcen für die nationale Grundlagenforschung gehen«. Eine verlässliche Partnerschaft in internationalen Kooperationen setze eine starke nationale Basis und deren kontinuierlichen Ausbau voraus. Und welche Ausdehnung die europäische Forschungsförderung auch annehme, in jedem Falle solle »das deutsche System mit seiner bewährten prinzipiellen Trennung von gesellschaftspolitischer und wissenschaftlicher Entscheidung auch in Europa zur Geltung gebracht werden«.⁵²⁹

Der Primat des Nationalen in der Grundlagenforschung, die Kritik an der politisch-bürokratischen Entscheidungsfindung der Brüsseler Kommission und das Insistieren auf der Ressourcenallokation nach innerwissenschaftlichen Kriterien und dem Prinzip der wissenschaftlichen Selbstverwaltung blieben auch im weiteren Verlauf der 1990er Jahre die argumentativen Eckpfeiler der Allianz. Dabei musste die Allianz aber manch bittere Pille schlucken, etwa als das BMFT sie im Vorfeld der Diskussionen über das 4. EU-Rahmenprogramm Forschung (1994–1998) um programmatische Stellungnahmen gebeten hatte, die die Akteur*innen der Allianz dann auch aufwändig erarbeitet und abgestimmt hatten, um schließlich feststellen zu müssen, dass die Bundesregierung im EU-Ministerrat bereits den thematischen Schwerpunkten des Programmentwurfs zugestimmt und ihre Arbeit damit torpediert hatte.⁵³⁰

Öffnung gegenüber Europa an der Jahrtausendwende

Frustrierende Erfahrungen wie diese bestärkten die Spitzen der Forschung, neue Bündnispartner jenseits des nationalen politischen Systems zu suchen; dies umso mehr, als die Allianz im Januar 1993 mit dem Ausscheiden von Heinz Riesenhuber ihren verlässlichen Partner an der Spitze des Bundesforschungsressorts verlor. Auf den unverwechselbaren Mann mit der Fliege folgten in kurzen Abständen Matthias Wissmann und Paul Krüger, ehe mit Jürgen Rüttgers ab 1994 für einige Jahre wieder personelle Kontinuität und programmatische Stabilität auf der Ebene der Bundesforschungspolitik einkehrten. Die Allianz bemühte sich nun auch um eine Vorwärtsverteidigung wissenschaftlicher Autonomie gegenüber Brüsseler Einflussnahme

529 Schreiben der Allianz an Bundeskanzler Kohl vom 4. 9. 1982, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 612, fol. 44; weitgehend gleichlautendes Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder vom 4. 9. 1982, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 612, fol. 51

530 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung von TOP 8 der Sitzung der Allianz am 2. 3. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 616, fol. 214.

durch die Kooperation mit ihren Kolleg*innen in den Forschungseinrichtungen anderer europäischer Staaten. Neben der ESF, der von 1985 bis 1990 der langjährige DFG-Präsident Eugen Seibold vorgestanden hatte, bot sich dafür ein verstärktes Engagement bei den European Heads of Research Councils (EUROHORCS) an.

In diesem anfänglich eher informell gehaltenen Gremium mussten die Allianz-Vertreter allerdings rasch die ernüchternde Erfahrung machen, dass ein Gutteil ihrer Kolleg*innen die forschungspolitische Situation Europas anders beurteilte als sie selbst. Ein Treffen in Madrid Mitte November 1994 eröffnete DFG-Präsident Wolfgang Frühwald mit einem flammenden Plädoyer für die Notwendigkeit einer stärkeren Formalisierung der EUROHORCS in einer sich dynamisch entwickelnden europäischen Forschungslandschaft, um den Wissenschaftsorganisationen einen stärkeren Einfluss auf den Kurs der Union zu ermöglichen. Die Teilnehmer*innen waren sich zwar darin einig, dass die EUROHORCS eine gemeinsame forschungspolitische Linie formulieren und die Stimme der Wissenschaft in Europa vertreten sollten. In der Sitzung trat jedoch der fundamentale Gegensatz in der Zielsetzung, die die Führungsspitzen der europäischen Wissenschaft mit der Formalisierung ihres Gremiums verfolgen wollten, in aller Deutlichkeit zutage: Während die deutsche Seite durch wissenschaftliche Konsensfindung ein Gegengewicht zur Politik aufbauen wollte, vertraten die Spitzen des Research Council des Vereinigten Königreichs in aller Entschiedenheit den Standpunkt, die EUROHORCS sollten sich auf keinen Fall in Widerspruch zu den jeweiligen Regierungen begeben, die völlig unbestritten die Forschungspolitik der Union definierten – eine Position, der sich auch die französischen und italienischen Repräsentanten anschlossen. Nach einer »full and frank debate« einigte man sich auf den Minimalkonsens, für die kommende Sitzung die Wahl eines Steering Committee anzusetzen, und Frühwald konnte zum Sitzungsende hin nur noch den Beschluss erwirken, dass der Vorsitzende des künftigen Steering Committee an den Sitzungen des ESF Boards und umgekehrt der Generalsekretär der ESF an den EUROHORCS-Versammlungen teilnehmen solle.⁵³¹

Dieses magere Ergebnis ernüchterte die deutschen Vertreter. Die Hoffnung, im engen Schulterschluss mit ihren europäischen Präsidentenkollegen ein Gegengewicht der Wissenschaft zur Europäischen Kommission aufzubauen, scheiterte an den konkurrierenden nationalen Interessen. Auf nationaler Ebene ging die Strategie auf, innerwissenschaftliche Konkurrenz durch institutionalisierte Kooperation zu vermeiden und durch organisierte Konsensfindung im forschungspolitischen Diskurs mit einer Stimme sprechen zu können. Auf europäischer Ebene dagegen entstand aus der Vielfalt der wissenschaftlichen Stimmen kein wohlklingender Gleichklang, sondern eine Kakophonie.

531 Tagesordnung, Teilnehmerliste, Protokoll und Abschluss-Statement des IV EUROHORCS Plenary Meeting am 14./15. 11. 1994, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 619, fol. 243, 247; im Ergebnisvermerk des Leiters der KOWI (Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen), Martin Grabert, vom 16. 11. 1994 werden die massiven Gegensätze überaus deutlich angesprochen, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 619, fol. 242.

Als im Jahr 2000 die Spitzen der europäischen Forschungspolitik in Lissabon in einer zwischen Aplomb und Euphorie oszillierenden Atmosphäre die Vision einer europäischen Wissenschaftsgesellschaft und eines integrierten europäischen Forschungsraums schufen,⁵³² hatte sich auch in den Allianz-Organisationen die Positionierung zu Europa spürbar verändert. In Ansätzen war gar eine Art europäischer Aufbruchsstimmung zu erkennen. Die Spitzenvertreter der Wissenschaftsorganisationen mochten sich nach wie vor um eine Einhegung des Einflusses der Kommission und das eherne Gebot der Subsidiarität bemühen und Schwierigkeiten haben, »ihre bisher in der Allianz vertretenen« Meinungen zu Europa zu korrigieren.⁵³³ In den Stäben der Wissenschaftsorganisationen und den Forschungsinstituten selbst aber hatten die rasant wachsenden Volumina der Rahmenprogramme Forschung nicht nur eine hohe Anziehungskraft, sondern auch eine die transnationalen Wissenschaftskooperationen in Europa enorm verstärkende Wirkung entfaltet. In den Konsultationen zur Vorbereitung des 6. Rahmenprogramms Forschung wurde gar das Ziel ausgegeben, »einen europäischen Wissenschaftsraum auch mit der Unterstützung durch die Europäische Kommission zu schaffen«.⁵³⁴ Konsequenterweise verstand etwa die MPG nun die Beteiligung ihrer Institute an den Förderprogrammen der EU als Beitrag zu einer Vernetzung der Grundlagenforschung in Europa. Sie begriff sich nicht mehr nur »als passive ›Abnehmerin‹ finanzieller Möglichkeiten der europäischen Forschungsförderung«, sondern wollte sich »aktiv an ihrer Fortentwicklung und Qualitätssteigerung« beteiligen. Mehr noch, die Generalverwaltung forderte die Institute dezidiert auf, die europäischen Programme »verstärkt zu nutzen«.⁵³⁵ Expliziter konnte man die Neubewertung der EU-Forschungspolitik kaum formulieren. Der Referenzrahmen der Allianz-Organisationen hatte sich an der Jahrtausendwende über das nationale Wissenschaftssystem hinaus auf den europäischen Forschungsraum auszuweiten begonnen.

Deutlicher noch als in der MPG wird diese Dynamik in der Fraunhofer-Gesellschaft sichtbar. Nach Anfängen in den 1980er Jahren weitete Fraunhofer ab den frühen 1990ern sein Netzwerk von Verbundprojekten, strategischen Kooperationen, Projektzentren im Ausland und eigenständigen Tochtergesellschaften ständig aus und passte es an die Dynamik der Europäisierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Märkte Europas an. Im Zentrum stand dabei das Ziel, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und damit zugleich zur Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Deutschland beizutragen. An der Jahrtausendwende formulierte der Fraunhofer-Vorstand gar das Ziel, sich »hin zu einer europäisch agierenden Forschungseinrichtung« zu orientieren. Der Bezugsrahmen sollte von der Förderung der Region und der Standortsicherung Deutschlands auf die Gestaltung des europäischen Binnenmarktes erweitert werden. Die »Vision einer europäischen Fraunhofer-Gesellschaft« ging nicht so weit,

532 Siehe dazu ausführlich mit weiterführender Literatur Kohlrausch und Trischler, *Building Europe*, 2014, 277–297.

533 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 28. 1. 2000, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 636, fol. 3.

534 Entwurf eines Allianz-Positionspapiers zum 6. Rahmenprogramm als Anlage zum internen Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 11. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 637, fol. 162.

535 Positionspapier der MPG zur Europäischen Forschungsförderung vom 16. 6. 1999, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 637, fol. 17.

sich flächendeckend mit Instituten über ganz Europa auszubreiten.⁵³⁶ Vielmehr wollte Fraunhofer sich breitflächig mit der europäischen Scientific Community vernetzen und neben projektbezogenem Chancenmanagement stabile Kooperationen in Form von Joint Ventures aufbauen, um so das Zusammenwachsen des europäischen Forschungsraums mitzugestalten. Eine Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit durch die Intensivierung der Kooperation auf europäischer Ebene war auch bei Fraunhofer die zentrale Modernisierungsstrategie in Reaktion auf die Europäisierung der Wissensmärkte.

4 Fazit

Die Allianz erlebte keine instantane Geburt. Es ist nicht einmal möglich, ihren Geburtstermin genau zu bestimmen. Das ist nicht weiter verwunderlich, liegt es doch in der Natur solcher informellen intermediären Organisationen, sich in längeren historischen Prozessen herauszubilden, allmählich zu verfestigen und in Anpassung an ihre sozialen Umwelten dynamisch zu verändern. Die Suche nach den Anfängen der Allianz bietet somit keinen Fluchtpunkt eines konkret zu bestimmenden Gründungsdatums, von dem aus historische Wurzeln und Vorgeschichte(n) analysiert werden können. An die Stelle eines Gründungsnarrativs tritt vielmehr eine Erzählung, die erstens historische Kontexte, Prozesse und Ereignisse in ihrer Interaktionsdynamik zusammenführt und dadurch zweitens ein vertieftes Verständnis für die Weichenstellungen sowie Scharnier- und Kippmomente gewährt, die den Weg der Formierung der Allianz als Akteurin mit wissenschaftspolitischer Gestaltungsmacht markieren. Zwar läge die Versuchung nahe, sozialwissenschaftliche Varianten der Emergenztheorie heranzuziehen, von Norbert Elias über Talcott Parsons bis Niklas Luhmann, um die Herausbildung der Allianz als sozialen Prozess des Zusammenspiels ihrer Elemente zu bestimmen. Aber ein solcher Ansatz würde eine Lesart befördern, welche die Allianz als soziales Phänomen einer emergenten Selbstorganisation begreift. Gründlicher denn als autopoietische Organisation könnte man die Allianz allerdings kaum missverstehen. Machen wir uns also stattdessen nochmals auf den – schwierigeren – Weg, Weichenstellungen sowie Scharnier- und Kippmomente in der Herausbildung und Entwicklung der Allianz als Schlüsselakteurin der korporatistischen Aushandlung von Wissenschaftspolitik in Deutschland zu bestimmen, und dies immer mit dem Fokus auf der Max-Planck-Gesellschaft.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befand sich die Max-Planck-Gesellschaft für einige Jahre unter alliierter Kontrolle, verlor auf Druck der Alliierten ihren ursprünglichen Namenspatron und musste sich unter neuem Namen an einem neuen Sitz (Göttingen) und unter großen Einbußen an Ressourcen und Netzwerken neu gründen. Trotz all dieser Verwerfungen und Problemlagen gelang es der MPG bemerkenswert rasch, sich »zu einem Eckpfeiler des Forschungs-

⁵³⁶ Fraunhofer-Gesellschaft: *Jahresbericht 2000*. München 2001, 16. <http://publica.fraunhofer.de/documents/B-69965.html>. Zuletzt aufgerufen am 27. 1. 2022; siehe dazu ausführlich Trischler, Helmuth: *Europa als Wissensgesellschaft – Fraunhofer als Innovationstreiber*. Jahresbericht. München: Fraunhofer-Gesellschaft 2018, 49–53; Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999.

systems der entstehenden Bundesrepublik« zu entwickeln, wie Jaromír Balcar mit Recht in seinem instruktiven Überblick über ihre Wiedergründungsphase bis Mitte der 1950er Jahre resümiert.⁵³⁷ Weichenstellend wirkte dabei das zum 1. April 1949 in Kraft tretende Königsteiner Staatsabkommen, das die gemeinsame Finanzierung der Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung durch die Bundesländer fixierte. Dieses gleichsam forschungspolitische Grundgesetz der jungen Bundesrepublik sicherte der MPG »ein zuvor nie gekanntes Maß an forschungspolitischer Unabhängigkeit«, die jedoch durch die hohe Abhängigkeit von den Zuwendungen der öffentlichen Hand erkaufte wurde.⁵³⁸ Der Primat der Bundesländer in der staatlichen Forschungsförderung wurde im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre immer stärker ausgehöhlt, und der Bund übernahm mit seiner überlegenen Finanzkraft rasch wachsende Anteile an der Finanzierung der Wissenschaftseinrichtungen im Allgemeinen und der MPG im Besonderen. Die großen Forschungsorganisationen von überregionaler Bedeutung konnten die Konkurrenzkonstellation von Bund und Ländern im Bereich der Forschungspolitik zu ihren Gunsten nutzen. Doch waren sie seit dem Königsteiner Abkommen auf Gedeih und Verderb an den Staat gebunden, und aus dieser Grundkonstellation heraus entwickelte sich ab Mitte der 1950er Jahre, als mit dem Bundesministerium für Atomfragen ein administrativer Nukleus für bundesstaatliche Belange der Forschung geschaffen wurde, ein korporatistisch geprägter wissenschaftspolitischer Aushandlungsprozess.⁵³⁹

Als Aushandlungsprozess lässt sich auch die Geschichte der Neuformierung des (bundes-)deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems verstehen, die keineswegs nur eine »Restauration« der bereits aus dem Kaiserreich und der Zwischenkriegszeit stammenden Forschungseinrichtungen darstellte.⁵⁴⁰ Neben die KWG/MPG, die Notgemeinschaft/DFG und den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft traten neue Akteur*innen wie die 1949 gegründete Fraunhofer-Gesellschaft. Dabei zeugt der ebenso konfliktreiche wie langwierige Prozess, den Letztere durchlaufen musste, ehe sie zu Beginn der 1970er Jahre einen gefestigten Platz als »Säule« für die marktorientierte Vertragsforschung im nationalen Forschungssystem einnehmen konnte, von dem Hierarchiegefälle zwischen den etablierten und den neuen Akteur*innen im bundesdeutschen Wissenschaftssystem.

In den massiven Versuchen von MPG und DFG während der ersten Hälfte der 1950er Jahre, im Verbund mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft die Fraunhofer-Gesellschaft als ungeliebten Konkurrenten um staatliche Förder- und industrielle Stiftungsgelder abzuwi-

537 Jaromír Balcar: *Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung*. Berlin: GMPG-Preprint 2019, 144.

538 Balcar, *Ursprünge*, 2019, 148.

539 Siehe dazu ausführlicher und mit weiterführender Literatur Trischler, *Koordinierte Kooperation und Konkurrenz*, im Erscheinen.

540 Osietzki, *Wissenschaftsorganisation*, 1984; zur vielstimmigen Kritik am Restaurationsparadigma vgl. u. a. Hans Günter Hockerts: *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriffe, Methoden, Themenfelder. Historisches Jahrbuch 113* (1993), 98–127; Gerhard A. Ritter: *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*. München: C. H. Beck 1998.

ckeln, lässt sich eine weitere Weichenstellung auf dem Weg zur Allianz identifizieren.⁵⁴¹ Im Verlauf dieser konzertierten Aktion wurden die Netzwerke der führenden Akteur*innen des Wissenschaftssystems restabilisiert, gemeinsame Interessen identifiziert und mit den politischen Verantwortlichen abgestimmt sowie bestehende Konfliktlagen – etwa die zwischen MPG und Stifterverband⁵⁴² – entschärft. Auf diese Weise wurden Modi des kooperativen Agierens über die Organisationen hinweg eingeübt, die sich rasch bewähren sollten.

Eine erstrangige Bewährungsprobe – und wichtige Weichenstellung – war, wie oben ausführlich dargestellt, die Gründung des Wissenschaftsrats. Ab Mitte des Jahres 1956 stimmten sich die drei großen Wissenschaftsorganisationen MPG, DFG und WRK in intensivem Austausch untereinander ab, um mit einer gemeinsamen Position in die Verhandlungen mit der Politik über die Ausgestaltung eines Zentralrats für die Wissenschaft zu gehen. Der gelungene Schulterschluss der Wissenschaft war eine notwendige Voraussetzung, um die Gespräche mit der Politik mit einigen Erfolgsaussichten führen zu können. Zwar gelang es den drei Wissenschaftsorganisationen nicht, alle ihre Vorstellungen in dem schließlich beschlossenen Verwaltungsabkommen zur Geltung zu bringen. Ihr gemeinsam ausgeübtes Vorschlagsrecht für die Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission sicherte ihnen aber eine maßgebliche wissenschaftspolitische Gestaltungsmacht. Die jeweils durchaus aufwändige Abstimmung der Vorschlagsliste für die neu zu wählenden Mitglieder der Kommission erforderte einen kontinuierlichen Dialog zwischen MPG, DFG und WRK. Hier zeigen sich erste Konturen einer Allianz *avant la lettre*, für die sich der Begriff der »Proto-Allianz« anbietet.

Eine zweite Bewährungsprobe, in deren Verlauf sich der Dialog der Wissenschaftsorganisationen untereinander verfestigte und sich die Aushandlungen mit der Politik intensivierten, war die Transformation des Bundesatomministeriums zu einem vollwertigen Ressort für Forschung. Als sich Bundesatomminister Siegfried Balke 1961 an die Präsidenten der drei großen Wissenschaftsorganisationen wandte, um ihre Unterstützung für seine Ausbaupläne zu gewinnen, erkannte MPG-Präsident Adolf Butenandt, dass ein Bundesressort für Forschung weitreichende Konsequenzen für die gesamte bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft haben würde. Auf Betreiben der MPG intensivierten die Wissenschaftsorganisationen ihren Dialog und stimmten sich eng miteinander ab. Im August 1961, zwei Tage vor dem Mauerbau, wandten sie sich in gleichlautenden Briefen an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder und nach der Bundestagswahl auch an die Parteivorsitzenden, verwiesen auf die grundgesetzlich verbrieftete Freiheit der Forschung und forderten, in Entscheidungen zu so wichtigen Fragen wie der Notwendigkeit eines Forschungsressorts einbezogen zu werden.⁵⁴³

541 Vgl. dazu Winfried Schulze: *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995*. Berlin: Akademie Verlag 1995, 170–210; Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 30–170; Wagner, *Notgemeinschaften*, 2021, 304–319.

542 Zum »außerordentlich gespannt[en]« Verhältnis von MPG und Stifterverband in den frühen 1950er Jahren siehe Schulze, *Stifterverband*, 1995, 160–168. Zitat auf S. 167.

543 Vgl. Stamm, *Staat*, 1981, 238; Orth, *Autonomie*, 2011, 112; Balcar, *Ursprünge*, 2019, 103.

Als Ende 1962 schließlich das Bundesforschungsministerium installiert wurde, zeigte sich der um den Vorsitzenden des Wissenschaftsrats erweiterte Kreis der Spitzenvertreter der Wissenschaft zunächst nicht erfreut über die nun geschaffenen Tatsachen, arrangierte sich allerdings recht rasch mit der Situation und bemühte sich um Kontakte zum neuen Ressort. Die Mitglieder der sich herausbildenden Allianz erkannten, dass die Freiheit der Forschung von politischen Lenkungsansprüchen nicht, wie zunächst befürchtet, unmittelbar bedroht war. Anstelle einer offenen Konfrontation mit der Politik wählten sie den korporatistischen Weg einer wechselseitigen Abstimmung. Durch ihr geschlossenes Auftreten konnten die Präsidenten der Selbstverwaltungsorganisationen ihr politisches Umfeld aktiv mitgestalten und auf die Ausgestaltung der deutschen Forschungspolitik deutlichen Einfluss nehmen.

Hier liegt der historische Kippmoment, der die »Proto-Allianz« zur Allianz werden ließ. Der Dialog der Wissenschaftsorganisationen untereinander intensivierte sich neuerlich, und zugleich wich deren Abwehrfront gegen vermeintlich drohende Steuerungsansprüche der Einsicht, mit dem Bundesforschungsminister einen Ansprech- und Verhandlungspartner auf Regierungsebene zu haben, dessen Kabinettsrang ihnen Gehör und Einfluss auf höchster politischer Ebene verschaffte. Auch die Politik erkannte die Vorteile der neu geschaffenen korporatistischen Konstellation. Die Herausbildung der Allianz als Abstimmungsgremium der großen Wissenschaftsorganisationen war von den staatlichen Akteuren nicht intendiert worden. Sie arrangierten sich jedoch rasch mit der neuen Situation und lernten die Vorzüge einer koordinierten Einbindung der selbstverwalteten Wissenschaft in die Forschungspolitik schätzen.⁵⁴⁴

Dies gilt im Übrigen auch für auf Bundesebene konkurrierende Ressorts, insbesondere für das Bundesverteidigungsministerium, das unter dem ehrgeizigen Franz Josef Strauß eine Art Nebenforschungsförderung in verteidigungspolitisch relevanten Technikfeldern wie Luft- und Raumfahrt betrieb. Auch Strauß traf sich 1962 mit den Präsidenten von MPG, DFG und WRK zu einer Kaminrunde, äußerte dabei seine »größte Enttäuschung« über die Etatkürzungen in den Bereichen Raumfahrt- und Kernforschung und regte abschließend an, »in der heutigen Zusammensetzung von Zeit zu Zeit zusammenzukommen und dieses als sehr fruchtbar empfundene Gespräch fortzusetzen«.⁵⁴⁵ Dazu sollte es durch die Entlassung von Strauß infolge der SPIEGEL-Affäre wenige Monate später nicht mehr kommen. Zwar entwarfen die drei Wissenschaftsorganisationen ein Memorandum zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Verteidigung und glaubten, damit »eine äußerst hoffnungsvolle Basis für eine neue Förderung der Forschung« gefunden zu haben, doch blieb unter Strauß' Nachfolger Kai-Uwe von Hassel die Kommunikation zunächst eher sporadisch.⁵⁴⁶ Später musste sich die Allianz dann von Hassels

544 Vgl. Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 405–406; Braun, *Steuerung*, 1997, 222–234; Stucke, *Institutionalisierung*, 1993, 54–67.

545 Protokoll der Sitzung von BMVg Strauß mit den Präsidenten von MPG, DFG und WRK am 5. 6. 1962, AMPG, III. Abt., Rep. 84-2, Nr. 6812, fol. 7 – Zu Strauß als Forschungspolitiker siehe Johannes Weyer: Akteurstrategien und strukturelle Eigendynamiken. Raumfahrt in Westdeutschland 1945 - 1965. Göttingen 1993, S. 173–197.

546 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 14. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1941, fol. 15.

Ansinnen erwehren, in die Gründung eines eigenen Beratungskreises seines Ressorts eingebunden zu werden.⁵⁴⁷ Auch dies unterstreicht, welche wichtige Rolle die Allianz als Dialogpartnerin der Politik bereits in dieser frühen Phase ihrer Entwicklung eingenommen hatte.

Die zweite Hälfte der 1960er Jahre sah schließlich die Verstetigung des Dialogs mit der Politik und dessen semantische Ausprägung als Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Während Bundesforschungsminister Hans Lenz sich nur gelegentlich mit den Präsidenten der vier großen Wissenschaftsorganisationen (MPG, DFG, WRK und Wissenschaftsrat) ausgetauscht hatte, intensivierte sein Nachfolger Gerhard Stoltenberg den Dialog, um »laufend über Probleme der Wissenschaftspolitik« sprechen zu können.⁵⁴⁸ Die Verstetigung und Routinisierung des korporatistischen Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik zeigt sich auch in der begrifflichen Verfestigung der »Besprechungen der Präsidenten und des Vorsitzenden sowie der Generalsekretäre der Wissenschaftsorganisationen« als »Allianz« beziehungsweise »Heilige Allianz«.

Stoltenberg zeigte sich zunächst freilich verschnupft darüber, dass MPG-Präsident Adolf Butenandt und dann auch DFG-Präsident Julius Speer nach der Bundestagswahl vom September 1965 nicht ihm als neu ernanntem Bundesforschungsminister der Großen Koalition, sondern Bundeskanzler Ludwig Erhard ihre Aufwartung gemacht hatten.⁵⁴⁹ Die Verärgerung wich jedoch rasch einem intensiven, von wechselseitigem Vertrauen geprägten Dialog. Wir wollen diese kurze Episode einer anfänglichen Verstimmung nutzen, um die Position der MPG im Konzert der bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen bis zur historischen Zäsur der späten 1960er Jahre zu resümieren.

Es mag ein gutes Stück Zufall gewesen sein, dass es MPG-Präsident Butenandt war, der sich als Erster aus dem Kreis der Allianz bei Ludwig Erhard angesagt hatte, um ihm im Vorfeld der als ebenso schwierig wie weichenstellend beurteilten Etatberatungen die Interessen der Wissenschaft im Allgemeinen und der MPG im Besonderen nahezubringen. Und es mag ebenfalls ein Zufall gewesen sein, dass ihm wenig später DFG-Präsident Julius Speer auf dem Fuß gefolgt war. Kontingenterweise bildet sich in dieser Konstellation aber das Reputationsgefüge der bundesdeutschen Forschung ab. Denn auch unter den drei Gründungsmitgliedern der »Proto-Allianz« – MPG, DFG und WRK –, die sich durch die Kooptation des Wissenschaftsrats zu jener Allianz erweiterte, die sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre als Dialogpartnerin der Politik stabilisierte, herrschte weder in der internen Selbstwahrnehmung noch in der Fremdwahrnehmung durch die Politik Gleichstellung. Es war BMwF-Staatssekretär Hans von Heppe, der

547 Die MPG zog aus Hassels Ansinnen den Schluss, die Allianz für »eine Gesamtberatung der Bundesregierung« in Stellung zu bringen, was jedoch »eine Institutionalisierung der bisher in lockerer Form geführten Besprechungen zwischen dem Bundesminister für wissenschaftliche Forschung und den Präsidenten der wissenschaftlichen Organisationen« voraussetzte. Vermerk über das Treffen der Allianz mit dem BMVg am 5. 9. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 373, fol. 142–143.

548 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Senates vom 14. 12. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, fol. 133.

549 Interner Vermerk der DFG über ein Treffen der DFG mit MD Scheidemann (BMwF) am 28. 10. 1965, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1b.

die politische Wahrnehmung eines Reputationsgefälles in der Allianz auf den Punkt brachte: Als der SPD-Bundestagsabgeordnete und Chefredakteur der SPD-Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft*, Ulrich Lohmar, 1967 den Vorschlag machte, eine gemeinsame Pressestelle der Allianz-Organisationen einzurichten, stieß er allein in der WRK auf offene Ohren. MPG-Generalsekretär Schneider zeigte sich alles andere als »glücklich bei dem Gedanken an eine Public-Relations-Stelle« der Allianz, und der Generalsekretär der DFG pflichtete ihm vollauf bei.⁵⁵⁰ Heppe kommentierte den Vorfall gegenüber seinem Minister mit den Worten, zu den »alten Wunschträumen« der WRK gehöre es von jeher, die eigene Organisation »durch mögliche Gleichstellung mit den anderen großen Wissenschaftsorganisationen innerlich und äußerlich aufzuwerten«.⁵⁵¹

Die »anderen großen Wissenschaftsorganisationen«, das waren die MPG und die DFG – in dieser Reihenfolge. In den späten 1960er Jahren hatte die MPG ihre Führungsposition in der bundesdeutschen Forschung wieder gefestigt, nicht zuletzt in der hoch erfolgreichen Selbstpositionierung als *die* nationale Wissenschaftssäule für Grundlagenforschung von internationaler Strahlkraft. Die Praxis der Forschung in der MPG mochte in dieser Phase zu einem nicht geringen Teil eine andere sein. In der Selbst- und Fremdwahrnehmung sicherte ihr der Rekurs auf die idealistische Idee der reinen Wissenschaft beziehungsweise Grundlagenforschung jene wissenschaftliche Führungsposition, die sie sich selbst zuschrieb.⁵⁵² Wie Désirée Schauz aufgezeigt hat, »konnte das Konzept der Grundlagenforschung mit seiner semantischen Flexibilität bei der Max-Planck-Gesellschaft seine ganze rhetorische Kraft entfalten«.⁵⁵³ Der realitätsprägende Begriff der Grundlagenforschung half der MPG dabei, sowohl ihre prekäre Vergangenheit im Nationalsozialismus elegant zu entsorgen, als auch sich erfolgreich als Garant von Fortschritt und Wohlstand zu stabilisieren. Komplementär dazu gelang es der DFG, sich als die das gesamte bundesdeutsche Wissenschaftssystem abbildende, autonome und selbstorganisierte Forschungsförderorganisation zu konsolidieren und mit neuen Förderformaten wie den Sonderforschungsbereichen innovative Forschung zu ermöglichen.⁵⁵⁴ Ab den 1960er Jahren konnten MPG und DFG nun auch die Allianz als Plattform für ebenso informelle wie effektive Arrangements der Kooperation durch wechselseitige Interessenabstimmung nutzen. MPG und DFG verstärkten sich in ihrer nationalen Führungsposition in Forschung und Forschungsförderung. Umso mehr war den anderen Wissenschaftsorganisationen innerhalb der Allianz daran gelegen, den Konsens mit MPG und DFG zu suchen, und denjenigen Einrichtungen, die außerhalb standen, in den herausgehobenen wissenschaftspolitischen Zirkel der Allianz aufgenommen

550 F. Schneider (MPG) an StS H. von Heppe (BMwF) vom 28.9.1967, BAArch, B 138 / 6536. Nach einem Telefonat mit der DFG berichtete von Heppe seinem Minister, dass deren Einstellung »ähnlich wie die von Dr. Schneider« sei. Interner Aktenvermerk von StS von Heppe für Minister G. Stoltenberg vom 6.10.1967, BAArch, B 138/6536.

551 Interner Aktenvermerk von StS von Heppe für Minister G. Stoltenberg vom 6.10.1967, BAArch, B 138/6536.

552 Vgl. dazu die Studie von Carola Sachse: *Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970)*. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2014.

553 Désirée Schauz: *Nützlichkeit und Erkenntnisfortschritt. Eine Geschichte des modernen Wissenschaftsverständnisses*. Göttingen: Wallstein Verlag 2020, 377.

554 Siehe dazu Orth, *Autonomie*, 2011, 182–202.

und von Politik und Öffentlichkeit als auf gleicher Augenhöhe agierend wahrgenommen zu werden. Die Verstärkerrolle der Allianz für die verflochtene Führungsposition von MPG und DFG zeigte sich bereits in den 1960er Jahren. Sie sollte sich aber noch deutlicher in den folgenden Jahrzehnten manifestieren, als das Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion die institutionelle Dynamik der Allianz, wie dargestellt, in erheblichem Maße prägte.

Für das BMFT war die Allianz sowohl in der Konkurrenz mit anderen Bundesressorts als auch in der Auseinandersetzung mit den Ländern ein wichtiger Partner, wie sich insbesondere auch, wie oben dargestellt, im Ringen um die Rahmenvereinbarung Forschungsförderung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zeigte.

Mit der Rahmenvereinbarung ist ein weiteres Scharnier- und Kippmoment in der Geschichte der bundesdeutschen Forschungspolitik benannt – mit weichenstellenden Auswirkungen sowohl auf das politische als auch auf das Wissenschaftssystem. Die Allianz-Organisationen verfolgten die machtpolitische Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern hoch alarmiert. Vor allem MPG und DFG betrachteten die Entwicklung mit großer Sorge. Der von den Ländern vorgelegte Gesetzentwurf bedeutete gegenüber »dem jetzigen Zustand [...] eine Verschlechterung in jeder Hinsicht«. ⁵⁵⁵ Für den Fall der Einführung des von den Ländern reklamierten Vetorechts sahen sie nicht weniger als ihre Autonomie in Gefahr. Als sich im November 1975, nach jahrelangen Verhandlungen, immer noch keine politische Einigung abzeichnete, erwogen MPG und DFG gar, die Allianz zu einem Schritt zu bewegen, der die ungeschriebenen Regeln des korporatistischen Aushandlungsprozesses mit der Politik verletzte, nämlich dazu, die »Presse [...] zu mobilisieren«. ⁵⁵⁶

In dieser Phase standen weitere Herausforderungen an, die für die Allianz von essenzieller Bedeutung waren. In Konsultationen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) über Mitbestimmungsfragen musste zwar selbst der planungs- und reformverliebte Forschungsminister Horst Ehmke konzedieren, dass er auf die MPG – im Unterschied zu den Großforschungseinrichtungen – nur einen geringen Einfluss hatte; er könne »lediglich Ratschläge und Empfehlungen geben«. ⁵⁵⁷ Umso mehr war der SPD-Minister aber bestrebt, seine forschungspolitische Macht durch eine Reform des ministeriellen Beratungswesens zu stärken. MPG-Präsident Reimar Lüst hatte in Gesprächen mit Ehmke in Erfahrung bringen können, dass diesem ein beratender Ausschuss für die Forschungspolitik der Bundesregierung vorschwebte, wie er bereits in den 1960er Jahren bestanden hatte. Im Unterschied zu diesem sollte der neue Ausschuss mit erheblich mehr Einfluss und erweiterten Befugnissen ausgestattet werden. Für die Allianz war ein solcher beratender Ausschuss für Bildung und Wissenschaft »oder wie auch immer der Name lauten möge« ein Schreckensszenario ersten Ranges, drohte er doch die eigene

555 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 25. 4. 1973, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1.

556 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 5. 11. 1975, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 2.

557 Internes Gedächtnisprotokoll über ein Gespräch zwischen der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Minister H. Ehmke (BMFT) am 9. 5. 1973, DA GMPG, BC 108053.

Position zu unterminieren.⁵⁵⁸ Die Gründung dieses Beratenden Ausschusses für Forschung und Technologie (BAFT) konnte die Allianz zwar trotz Ehmkes Ausscheiden aus dem Amt im Zuge des Rücktritts von Willy Brandt im Zusammenhang mit der Guillaume-Affäre nicht verhindern. Jedoch verstetigten sich in diesem Zeitraum gleichsam die Gespräche zwischen den vergleichsweise häufig wechselnden Forschungsministern und den Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen. Entgegen ihren Befürchtungen hatte die Allianz, trotz der Schaffung dieses beratenden Ausschusses, ihren Platz am Tisch des BMFT behaupten und sich als gewichtige Gesprächspartnerin in Fragen der Forschungspolitik etablieren können. Als sich einige Jahre später unter Ehmkes Nachfolger Volker Hauff wieder die Frage nach der Fortführung verschiedener Beratungsformate stellte, gelang es der Allianz gar, das BMFT von seinen Plänen zur erneuten Installation eines zentralen beratenden Ausschusses abzubringen. Stattdessen einigte man sich darauf, den Präsidentenkreis künftig häufiger einzuberufen, »vielleicht in etwas erweiterter Besetzung«.⁵⁵⁹ Und auch als im Zuge des Regierungswechsels von 1982 die christlich-liberale Koalition unter dem agilen Forschungsminister Heinz Riesenhuber grundlegende forschungspolitische Reformen ansteuerte, konnte die Allianz die im Raum stehende Planung für einen neuen beratenden Ausschuss neuerlich von der Tagesordnung nehmen. Lüst und MPG-Generalsekretär Ranft überzeugten Riesenhuber davon, sich in der Beratung auch künftig der Allianz zu bedienen.⁵⁶⁰

Deutlich wird in diesem hartnäckig geführten Abwehrkampf einmal mehr, dass auch in den langen 1970er Jahren MPG und DFG in der Allianz den Ton angaben. Vor allem in der Ära Lüst wurde in allen wichtigen Initiativen der durchsetzungsstarke MPG-Präsident vorgeschickt, wenn es um drohende Haushaltskürzungen oder auch um neue Programme ging. Und wenn es einmal nicht die MPG selbst war, welche die Führung übernahm, spielte sie den Ball der DFG zu, so etwa 1983, als die Verlängerung des Heisenberg-Programms anstand.⁵⁶¹ Ohne die MPG lief in der Allianz nichts. Wenn ihr Präsident und Generalsekretär verhindert waren, wurden anberaumte Sitzungen kurzerhand abgesagt beziehungsweise verschoben.⁵⁶²

Auf einer anderen Ebene begannen sich jedoch die Gewichte im Gefüge der Wissenschaftsorganisationen zu verschieben. Das von Volker Hauff und dem Politikwissenschaftler Fritz Scharpf Mitte der 1970er Jahre geprägte Leitbild der Forschungs- und Technologiepolitik als regionale Strukturpolitik wurde von den Bundesländern rasch aufgegriffen und die Forschung fortan als Motor zur Bewältigung des Strukturwandels »nach dem Boom« wahrgenommen.⁵⁶³

558 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 26. 2. 1974, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a.

559 Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 15. 12. 1978, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 604, fol. 48.

560 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 16. 11. 1982, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 6.

561 Schreiben von R. Lüst (MPG) an E. Seibold (DFG) vom 1. 6. 1983, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 606, fol. 469.

562 Schreiben von G. Turner (WRK) an die Mitglieder der Allianz vom 7. 12. 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 605, fol. 222.

563 Volker Hauff und Fritz Wilhelm Scharpf: *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1975; Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven*

Die Länder nahmen dabei insbesondere die Fraunhofer-Gesellschaft ins Visier, deren industriebezogene Vertragsforschung technische Innovationen und in der Folge arbeitsmarktwirksame Wertschöpfung versprach. Vor allem Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern lieferten sich unter ihren agilen Ministerpräsidenten Johannes Rau, Lothar Späth und Franz Josef Strauß einen intensiven Konkurrenzkampf um die Ansiedlung neuer Fraunhofer-Institute in als Schlüsseltechnologien geltenden Bereichen wie Mikroelektronik, Lasertechnik oder Robotik. Bayern hatte zunächst vor der Gefahr einer föderativen Überbietungsdynamik gewarnt, streckte aber gegen Ende der 1970er Jahre die Waffen und beteiligte sich nun besonders intensiv an dem Wettbewerb, was umso leichter fiel, als der Bund mit einem Anteil von 90 Prozent an der Grundfinanzierung den Löwenanteil der Kosten übernahm. Die Fraunhofer-Gesellschaft konnte in Ruhe abwägen, welches Bundesland durch hohe Sonderfinanzierungen die besten Bedingungen bei der Standortwahl für neue Institute bot.

Die rasant wachsende Attraktivität der Fraunhofer-Gesellschaft bedeutete sowohl eine strukturelle Schwächung der anderen bundesgeförderten Forschungseinrichtungen, und damit auch der MPG, als auch eine Gefährdung der kooperationsbezogenen Arbeitskultur der Allianz – dies umso mehr, als sich auch die MPG des Instruments von Sonderfinanzierungen bediente. Die Konkurrenzkonstellation um Sondermittel, in diesem Fall des Bundes, drohte Mitte der 1980er Jahre für einmal sogar die bis dato stets funktionierende Kooperationsachse von MPG und DFG zu sprengen. Nachdem DFG-Präsident Seibold in einer Sitzung des Präsidentenkreises den Vorstoß der MPG auf Gewährung von Sondermitteln kritisiert hatte, forderte MPG-Präsident Staab in der darauffolgenden Allianz-Sitzung die solidarische Unterstützung der anderen Allianz-Mitglieder ein. In dieser heiklen Situation einigte man sich schließlich darauf, sich bei gravierenden finanziellen Fragen wie Sonderfinanzierungen für ein Mitglied künftig vorab in der Allianz abzustimmen. Nach einer larmoyanten Diskussion, wem es wohl am schlechtesten gehe, einigte man sich auf die Formel, »daß es allen schlecht gehe« und man daher umso mehr die Pläne der MPG unterstützen müsse.⁵⁶⁴ Einmal mehr, wenn auch mit einem erheblichen argumentativen Aufwand, hatte sich die MPG durchsetzen können, dabei jedoch nur mit Mühe den Zerfall der Kooperationskultur der Allianz vermieden. Es verwundert nicht, dass alle Beteiligten daraus die Konsequenz zogen, sich in Zukunft noch enger abzustimmen. Die darauffolgende Allianz-Sitzung endete »in einem gegenseitigen Schwur«, gegenüber der Politik im Allgemeinen und dem BMFT im Besonderen künftig ebenso geschlossen wie aktiv aufzutreten.⁵⁶⁵

Dem BMFT blieb die latente Konkurrenz der Allianz-Mitglieder um öffentliche Mittel nicht verborgen und es wusste diese im forschungspolitischen Konfliktfall durchaus für sich zu nutzen. Als Bundesminister Riesenhuber in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gemeinsam mit dem nun als ESA-Generaldirektor fungierenden Reimar Lüst um das hohe Aufwendungen für die

auf die Zeitgeschichte seit 1970. 3. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012; siehe dazu ausführlich Trischler und Bruch, *Forschung für den Markt*, 1999, 293–309; Trischler, *Innovationspolitik*, 2004, 117–194.

564 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 19. 2. 1986, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 9.

565 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 8. 10. 1986, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 2.

Mitgliedstaaten bedeutende Zukunftsprogramm der ESA kämpfte, sah er sich massivem Widerstand von einzelnen deutschen Wissenschaftsorganisationen wie der WRK und -verbänden wie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) gegenüber. In dieser heiklen Lage versuchte die Allianz einmal mehr, ihren internen Konsens zu wahren, und ventilierte, auf Anregung der Ministerialen im BMFT, einen eigenen Ansprechpartner für Raumfahrtfragen gegenüber der Politik zu installieren. Riesenhuber nahm diesen Vorstoß als mögliche Gefährdung seiner europäisch orientierten Raumfahrtpolitik wahr und sprach der Allianz die Berechtigung ab, eine gemeinsame Position der Wissenschaftsorganisationen in Fragen der Raumfahrtforschung zu erarbeiten.⁵⁶⁶ In machtpolitischen Konfliktkonstellationen solch grundlegender Art und europäischer Dimension geriet die korporatistische Konsenskultur von Allianz und Präsidentenkreis für einmal an die Grenzen ihrer Regulierungsfähigkeit.

Die sich hier manifestierenden Begrenzungen der Allianz resultierten aus divergierenden Interessen ihrer Mitgliedsorganisationen, mehr noch aber aus der Kluft zwischen wissenschaftlicher und politischer Handlungsrationalität. Riesenhuber hatte bei der Festlegung des ESA-Budgets zwar auch forschungs- und innovationspolitische Ziele, primär jedoch genuin staatspolitische Ziele im Visier. In Abstimmung mit seinen Kabinettskolleg*innen und Bundeskanzler Kohl vertrat er als Vorsitzender des ESA-Ministerrats europapolitische Ziele, die darin bestanden, die europäische Integration durch eine enge Kooperation in der Raumfahrt unter Einbindung von Großbritannien als gemeinhin *Reluctant Partner* voranzutreiben.

Deutlicher noch konfligierten forschungspolitische und staatspolitische Zielvorstellungen im Prozess der deutschen Wiedervereinigung und manifester noch zeigte sich hier der Primat der Politik gegenüber der Wissenschaft, wie die Allianz im Allgemeinen und die MPG im Besonderen erfahren mussten. Wie Mitchell Ash zuletzt ebenso detail- wie kenntnisreich herausgearbeitet hat, geriet die MPG bei der Integration der ostdeutschen Forschungslandschaft in das bundesdeutsche Wissenschaftssystem unter massiven Druck.⁵⁶⁷ Sie verlor einen Gutteil ihrer Handlungsautonomie und musste sich in essenziell wichtigen Fragen ihrer Strategiefähigkeit politischen Handlungsrationitäten unterordnen. Im Prozess der Wiedervereinigung geriet der forschungspolitische Korporatismus schon insofern aus den Fugen, als der Bundesforschungsminister als autonomer forschungspolitischer Aushandlungspartner der Allianz gleichsam ausfiel. Riesenhuber hatte sich an den staatspolitischen Vorgaben der Bundesregierung zu orientieren und die gaben der Einigungskanzler Helmut Kohl und sein Vizekanzler und Partner in der christlich-liberalen Koalition Hans-Dietrich Genscher vor. Im Wiedervereinigungsprozess sah sich die MPG mit ihrem im Vergleich zu anderen Allianz-Akteur*innen, zuvorderst der Fraunhofer-Gesellschaft, vorsichtig-zurückhaltenden, am Kriterium der wissen-

566 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzungen von Allianz und Präsidentenkreis am 29. 2. 1988, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 608, fol. 285; interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 29. 2. 1988, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 10; interner Vermerk von H. Riesenhuber zur TO der Sitzung des Präsidentenkreises am 29. 2. 1988, BArch, B 196/103440. Zum Konflikt um das ESA-Zukunftsprogramm vgl. Trischler, *Triple Helix*, 2002; Reinke, *Raumfahrtpolitik*, 2004.

567 Vgl. Ash, *Max-Planck-Gesellschaft*, 2020, 281–316.

schaftlichen Exzellenz orientierten Integrationskurs »auf geradezu peinliche Weise« in das Zentrum der forschungspolitischen Aufmerksamkeit gerückt und zum »vollen Gehorsam« gegenüber der Politik verpflichtet.⁵⁶⁸ Interessanterweise ist freilich festzuhalten, dass die innere Konsenskultur der Allianz dem einigungspolitischen Stresstest einigermaßen standhielt: Als die MPG dem BMFT ihre von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Evaluation der ost-deutschen Forschung abweichende Position bezüglich der Aufnahme der so genannten Geisteswissenschaftlichen Zentren in ihren Forschungsverbund vortrug, sprangen ihr sowohl der Wissenschaftsratsvorsitzende Dieter Simon als auch der HRK-Vorsitzende Hans-Uwe Erichsen und der DFG-Präsident Hubert Markl zur Seite. Gemeinsam konnten sie dem ob dieser konzentrierten Aktion überraschten Forschungsminister »klarmachen, daß durch unser Vorgehen vielleicht Erwartungen im Osten enttäuscht würden, daß dadurch jedoch ein Konflikt im Westen über die geisteswissenschaftlichen Zentren vermieden und die Chance einer harmonischen Lösung eröffnet würde.«⁵⁶⁹ Es kennzeichnet einmal mehr den wissenschaftlichen Führungsanspruch der MPG, dass ihre Spitzen in dieser Situation registrieren mussten, es sei »peinlich genug, daß die Max-Planck-Gesellschaft so viel Unterstützung gut gebrauchen konnte«, kurzum, dass sie schmerzliche Abstriche von ihrem Anspruch machen musste, ihre Angelegenheiten im Konfliktfall mit der Politik selbst regeln zu können.⁵⁷⁰

Das MPG-seitige Eingeständnis der politischen Begrenztheit ihrer Handlungsautonomie verweist *in nuce* auf die Wiedervereinigung als evidenter forschungspolitischer Scharnier- und Kippmoment. Die insbesondere für die MPG-Spitze geradezu traumatische Erfahrung einer Überwältigung wissenschaftlicher Handlungsrationitäten durch den Primat der Politik prägte das Vorgehen der Allianz in den 1990er Jahren. Mehr denn je waren die Wissenschaftsorganisationen um den inneren Konsens als Voraussetzung für den forschungspolitischen Aushandlungsprozess mit den Regierungsspitzen auf Bundes- und auch Landesebene bemüht. Wenn es zu inhaltlich gelagerten Konflikten in Sachfragen kam, wie etwa bei einem öffentlich ausgetragenen Streit zwischen dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrats und dem Präsidenten der HRK über die Lage der Hochschulen zu Beginn des Jahres 1992, diente die Allianz als Plattform der Konflikteinhegung. Man einigte sich auf den Kommentar, im Falle von unvermeidbaren Kontroversen darauf zu achten, dass die jeweiligen Debattenbeiträge »nicht der Wissenschaft insgesamt schaden« würden.⁵⁷¹ Und bezeichnenderweise war es MPG-Präsident Hans Zacher, der den weitergehenden Vorschlag machte, Thesenpapiere der Mitgliedsorganisationen zu formulieren und diese anschließend zu harmonisieren, um dann mit einer gemeinsamen »Erklärung aller Wissenschaftsorganisationen zur Situation der Wissenschaft in der Bundes-

568 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 9. 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 159.

569 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 9. 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 160.

570 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung des Präsidentenkreises am 16. 9. 1991, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 646, fol. 160.

571 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 59.

republik« an Politik und Öffentlichkeit herantreten zu können.⁵⁷² Und auch Walter Kröll, der Vorsitzende der Helmholtz-Gemeinschaft, kämpfte in »mandarinenhafter« Manier um Geschlossenheit: »Intern könnten gelegentlich schon einmal die Fetzen fliegen, aber nach außen müsse die Allianz, konzentriert auf Allianz-Angelegenheiten, ein geschlossenes Bild abgeben.«⁵⁷³

Drei Tendenzen, die sich mit den Begriffen Selbstreflexivität, Exklusivität und Führungsrolle überschreiben lassen, seien abschließend als signifikant für die Weiterentwicklung der Allianz in den 1990er Jahren und die Position der MPG innerhalb des Gremiums festgehalten.

Erstens zeigt sich eine kontinuierliche Selbstreflexion über die Effizienz der Allianz als informelle, konsensbezogene Akteurin der Wissenschaft. Trotz mehrfacher, ebenso intensiv wie ergebnisoffen geführter Diskussionen über eine stärkere Formalisierung blieb die Allianz, wie oben gezeigt, ein informelles Clearinghaus der institutionalisierten Wissenschaft. Sie verstand sich weder als »Lobby-Veranstaltung« noch als »Interessensvertretung«; vielmehr sah sie sich als zuständig für »zentrale wissenschaftspolitische Aufgabenstellungen, die alle Wissenschaftsorganisationen betreffen«, an.⁵⁷⁴ DFG-Präsident Wolfgang Frühwald wartete dabei mit einigen kreativen Vorschlägen auf, das Selbstverständnis der Allianz neu zu fassen: als »eine Art beruflichen Freundeskreis«⁵⁷⁵ oder auch als »Frühwarnsystem« der Wissenschaftsorganisationen untereinander.⁵⁷⁶ Wie weitgehend die kritische Selbstreflexion gehen konnte, zeigte sich 1996 in einer von MPG-Präsident Hans Zacher anlässlich seines Ausscheidens angeregten »Selbstverständnisdiskussion«,⁵⁷⁷ in der dieser die Tendenz zur Fokussierung auf Posterioritäten auf Kosten der Prioritäten kritisierte, von »Problemen des Verschweigens« sprach und auf »Kommunikationsdefizite zwischen der Spitze einer Wissenschaftsorganisation und deren Stäben« aufmerksam machte. Erichsen schlug in dieselbe Kerbe, indem er »Anzeichen eines Bedeutungsabbaus der Allianz-Sitzungen« konstatierte und den Mut »zu vorbehaltlosen Äußerungen in der Allianz« einforderte.⁵⁷⁸

572 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 611, fol. 59.

573 Interner Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 20. 1. 1992, AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 11.

574 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

575 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 11. 1992, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 15.

576 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 8.

577 Interner Vermerk der DFG über die Sitzung der Allianz am 4. 9. 1996, DFGA, AZ 02219-04, Bd. 19. Nachdem das Selbstverständnis der Allianz erstmals im Februar 1996 offen zur Sprache gekommen war, beharrte Zacher auf einer weiteren Klärung dieser Frage – allerdings wurde die dafür anberaumte Sitzung im Juni desselben Jahres primär zur Besprechung anderer Themen genutzt. Doch Zachers mahnende Worte verhallten nicht und so wurde im November, auch angeregt durch ein Schreiben des Generalsekretärs des WR erneut darüber beraten. Schreiben von W. Benz (WR) an die Mitglieder der Allianz vom 8. 11. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1414, fol. 12; interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 11. 11. 1996, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1414, fol. 11A.

578 Vermerk des WR über die Sitzung der Allianz am 6. 2. 1996, DFGA, AZ 0224, Bd. 16.

Zwei Jahre später gab der Wechsel der Bundesregierung neuerlichen Anlass, die eigene Rolle zu hinterfragen. Dabei zeigten sich auch die Schwachstellen der Informalität: Da keine regelmäßige Aktenführung bestand, ließen sich keine Informationen darüber finden, ob es in der Vergangenheit bei einem Minister- oder gar Regierungswechsel ein abgestimmtes Herantreten der Allianz an die neue politische Spitze gegeben hatte. Dass dies fast bei jedem Ministerwechsel der Fall gewesen war, war im löchrigen kollektiven Gedächtnis der Allianz verloren gegangen. Dagegen war sich die Allianz bewusst, dass sie von der Regierung Schröder durchaus mit einem gewissen Maß an Skepsis betrachtet wurde: »wie eine Geheimloge [...], die es prächtig verstehe, der Politik ihren Einfluß auf die Wissenschaft zu berauben [sic!]«. ⁵⁷⁹ Kritisch gesehen wurde intern auch das eigene, mit heißer Nadel gestrickte Memorandum *Aufgaben für die Zukunft* und dabei bemerkenswerterweise auch »der gewählte korporative Ansatz«; denn er könnte von der neuen Regierung »durchaus mißverstanden werden«. ⁵⁸⁰ Damit stand nicht weniger als das Gründungsfundament der Allianz auf dem Prüfstand.

Zweitens legte die Allianz großen Wert auf Exklusivität. Diese bezog sich, wie oben ausführlich dargelegt, auf die eigene Mitgliedschaft. Stets von Neuem bestärkten sich die Mitglieder darin, keine weiteren Forschungseinrichtungen aufzunehmen, um die Exklusivität ihrer korporatistischen Kultur nicht zu gefährden. Die Exklusivität bezog sich aber auch auf den Adressaten ihres Handelns: die Politik. Dabei wurde zwischen der Allianz und dem Präsidentenkreis unterschieden. Letzterer sollte sich künftig in seinen Stellungnahmen rarmachen und sich auf forschungspolitische Kernanliegen konzentrieren. Präsidiale Stellungnahmen sollten auf Bundesebene an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und ausgewählte Bundesminister*innen gehen, auf Länderebene allein an die Ministerpräsident*innen. Stellungnahmen zu spezifischen wissenschaftlichen Themen sollten von den »jeweils zuständigen Vizepräsidenten« ausgehen, wobei darauf zu achten sei, »nicht eine Inflation der Vizepräsidentenbriefe« auszulösen. ⁵⁸¹ Der HRK-Vorsitzende Hans-Uwe Erichsen wurde zudem gebeten, bei seinem anstehenden Gespräch mit Kanzleramtsminister Anton Pfeifer die Bitte der Allianz zu übermitteln, »einmal pro Jahr ein Gespräch über Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik mit dem Bundeskanzler zu führen«. ⁵⁸²

Das Interesse an einem periodischen Austausch mit Bundeskanzler Helmut Kohl resultierte nicht zuletzt auch aus einer schleichenden Entfremdung der Allianz vom BMFT unter Jürgen Rüttgers. Dieser hatte die Allianz durch unabgestimmte Stellungnahmen in zentralen forschungspolitischen Vorhaben düpiert. Besonders enttäuscht zeigte sich die Allianz, als der Forschungsminister die neuen Leitprojekte seines Hauses der Presse vorstellte, noch bevor er

579 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 10. 1998 und zum geplanten Memorandum der Allianz zum Thema Aufgaben der Zukunft, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1418, fol. 45.

580 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung der Sitzung der Allianz am 22. 10. 1998 und zum geplanten Memorandum der Allianz zum Thema Aufgaben der Zukunft, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1418, fol. 45.

581 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 9. 1. 1995, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 1418, fol. 45.

582 Interner Vermerk der HRK über die Sitzung der Allianz am 9. 1. 1995, AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 7.

diese in einem mit Vertretern von Wissenschaft und Wirtschaft anberaumten Gespräch mit diesen erörtert hatte. Die Allianz zeigte sich über »diese Art des Umgangs« tief verärgert und nahm sich vor, sich in ihrem nächsten Kamingespräch mit dem Forschungsminister dagegen »zur Wehr [zu] setzen«. ⁵⁸³ Gleiches galt für die von Rüttgers entwickelten neuen Leitlinien der Forschungspolitik, die insbesondere auch auf eine Verstärkung des Wettbewerbs in der Wissenschaft zielten. Die Allianz wertete die Leitlinien als »Ankündigung einer gravierenden Veränderung in der Forschungspolitik«, ⁵⁸⁴ und auch hier hatte der Minister sich nicht mit der Allianz abgestimmt. Kein Wunder, dass sich diese tief enttäuscht zeigte und nach alternativen Wegen der Kommunikation mit der Politik zu suchen begann.

Drittens setzte sich die Führungsrolle der MPG in der Allianz trotz deren Ausweitung sowohl in der Selbstwahrnehmung als auch in der Fremdzuschreibung fort. Vor allem wenn es um Fragen der Budgetierung und Flexibilisierung der staatlichen Mittel ging, hegten sowohl das BMFT als auch die anderen Allianz-Organisationen »ausnahmslos große Erwartungen an die Vorreiterrolle der MPG«. ⁵⁸⁵ Die Hoffnungen in die forschungspolitische Durchsetzungsfähigkeit der MPG konnten jedoch auch als Schuss nach hinten losgehen, denn in der staatlichen Finanzbürokratie herrschte ein hoher Grad an Verärgerung über den als unstillbar wahrgenommenen Ressourcen hunger der MPG. HGF-Präsident Joachim Treusch trug in diesem Zusammenhang eine erstaunliche Geschichte vor: »Er sei von Berichterstattern für den HGF-Haushalt im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages aufgefordert worden, öffentlich gegen den 5%-Zuwachs der MPG aufzutreten, damit sie eine Handhabe hätten, diesen zu kürzen.« ⁵⁸⁶ Treusch hatte Solidarität bewiesen und dies als Zumutung zurückgewiesen. DFG-Präsident Wolfgang Frühwald wusste jedoch zu berichten, dass der MPG eine Rückstufung von 5 auf 3 Prozent und damit auf das Niveau der Helmholtz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft drohte.

Insiderinformationen wie diese taten dem Anspruch der MPG auf eine in der eigenen Einschätzung als auskömmlich verstandene Finanzierung keinen Abbruch. Die MPG setzte dabei ihr Eigeninteresse unbescheiden mit dem kollektiven Interesse der Wissenschaft gleich. Die MPG-Führung legte größten Wert darauf, sowohl dem BMFT als auch den übrigen Allianz-Mitgliedern in aller Deutlichkeit zu vermitteln, dass sie den Aufbau ihrer Institute in den neuen Bundesländern nur dann in der geplanten und politisch gewünschten Weise werde realisieren können, wenn sie »einen gesicherten Finanzierungskorridor« mit nominellen Haushaltszuwächsen zur Verfügung gestellt bekomme. ⁵⁸⁷ Die MPG war stets bereit, ihre Führungsrolle im

583 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 4. 9. 1996, DA GMPG, BC 108645.

584 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz am 4. 9. 1996, DA GMPG, BC 108645.

585 Interner Vermerk der MPG über die Sitzung der Allianz und des Präsidentenkreises am 17. 12. 1997, DA GMPG, BC 108647.

586 Interner Vermerk der MPG über ein Gespräch der Allianz mit H. Mai (ÖTV) am 30. 9. 1997, AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 628, fol. 82.

587 Interner Vermerk der MPG zur Vorbereitung von TOP 1 der Sitzung der Allianz am 4. 9. 1996, DA GMPG, BC 108645.

bundesdeutschen Wissenschaftssystem offensiv wahrzunehmen, verband dies aber mit dem verbrieften Anspruch auf eine privilegierte Ressourcenausstattung.

5 Quellen- und Literaturverzeichnis

5.1 Quellenverzeichnis – Archivalien

Digitales Archiv GMPG

DA GMPG, BC 108053, 108243, 108244, 108645, 108647, 108649

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

Generalverwaltung: Finanzen

AMPG, II. Abt., Rep. 69, Nr. 334, 373

Nachlass von Adolf Butenandt

AMPG, III. Abt., Rep. 84-2, Nr. 6812

Präsident/Präsidialbüro

AMPG, II. Abt., Rep. 57, Nr. 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 619, 621, 622, 624, 625, 628, 633, 634, 636, 637, 638, 644, 646, 649, 792, 1398, 1399, 1401, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1411, 1414, 1416, 1417, 1418, 1419, 1422, 1423, 1424

Senat

AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, 41.SP, 42.SP, 44.SP, 52.SP, 67.SP, 127.SP, 144.SP

Wissenschaftlicher Rat

AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1821

Archiv der DFG, Bonn

Wissenschaftsrat

DFGA, AZ 6, Bd. 1

Der Präsident: Sitzungen der Allianz

DFGA, AZ 02219-04, Bd. 1a, 1b, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22

Präsidium: Sitzungen der Allianz

DFGA, AZ 0224, Bd. 16, 18

Archiv der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn

Generalsekretär: Allianz-Gespräche

AdHRK, Allianz und Präsidentenkreis, Bd. 2, 4, 6, 7, 8, 11, 13, 15, 17

Archiv des Wissenschaftsrats, Köln

Präsidentenkreis

AdWR, 6.1 – Präsidentenkreis, Bd. 3

Allianz-Sitzungen

AdWR, 6.2 – Allianz-Sitzungen, Bd. 1, 2, 3, 9, 10, 11, 12, 13, 15

Bundesarchiv Koblenz

Bundeskanzleramt

B 136/33238

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

B 138/6536

Bundesministerium für Forschung und Technologie

B 196/16341, 19557, 51377, 51378, 51380, 103432, 103435, 103436, 103439, 103440, 103447, 103448, 103449, 103451

Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren

B 388/1, 2

5.2 Literaturverzeichnis

- Abelshausen, Werner: Der »Rheinische Kapitalismus« im Kampf der Wirtschaftskulturen. In: Volker R. Berghahn und Sigurt Vitols (Hg.): *Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Tradition und globale Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2006, 186–199.
- Adam, Konrad: Morsche Kähne. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (19. 2. 1991), 33.
———: Der Einjährige. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 16 (20. 1. 1994), 27.
- Alexander von Humboldt-Stiftung, Leopoldina, DFG, DAAD, FhG, Helmholtz-Gemeinschaft, HRK, et al.: *Open Access und Urheberrecht: Kein Eingriff in die Publikationsfreiheit*. Gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsorganisationen, 25. 3. 2009.
- Allianz der Wissenschaftsorganisationen: *Strategische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft*. Berlin 12. 11. 2007.
———: *Schwerpunktinitiative »Digitale Information«*. Berlin 11. 6. 2008.
———: *»Tierversuche verstehen« – Allianz der Wissenschaftsorganisationen startet Informationsinitiative zu tierexperimenteller Forschung*. Pressemitteilung, 6. 9. 2016.
———: *Zehn Thesen zur Wissenschaftsfreiheit. Forschungsorganisationen legen Selbstverpflichtung vor*. Pressemitteilung, 27. 8. 2019.
———: *»Erhellen Sie unsere Demokratie!« Bundespräsident Steinmeier spricht zum Abschluss der Kampagne »Freiheit ist unser System« der Allianz der Wissenschaftsorganisationen*. Pressemitteilung, 26. 9. 2019.
———: *Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Anpassung hilft Betroffenen und Wissenschaft*. Pressemitteilung, 7. 5. 2020.
———: *Freiheit ist unser System. 70 Jahre Grundgesetz – 70 Jahre Freiheit der Wissenschaft. Wissenschaftsfreiheit*. <https://wissenschaftsfreiheit.de/>. Zuletzt aufgerufen am 10. 12. 2021.
——— (Hg.): *Wir erforschen: Energie*. Broschüre. München 2010. <https://www.mpg.de/9048584/allianzbroschuere-energie.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.
——— (Hg.): *Wir erforschen: Gesundheit*. Broschüre. München 2011. <https://www.mpg.de/9048639/allianzbroschuere-gesundheit.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.
——— (Hg.): *Wir erforschen: Kommunikation*. Broschüre. München 2011. <https://www.mpg.de/9048375/allianzbroschuere-kommunikation.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.
——— (Hg.): *Wir erforschen: Mobilität*. Broschüre. München 2012. <https://www.mpg.de/9048419/allianzbroschuere-mobilitaet.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.
——— (Hg.): *Wir erforschen: Sicherheit*. Broschüre. München 2011. <https://www.mpg.de/9048463/allianzbroschuere-sicherheit.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.
———: *Projekt DEAL: Über Projekt DEAL*. <https://www.projekt-deal.de/aktuelles/>. Zuletzt aufgerufen am 8. 2. 2022.
———: *Tierversuche verstehen. Eine Informationsinitiative der Wissenschaft: Über uns*. <https://www.tierversuche-verstehen.de/ueber-uns>. Zuletzt aufgerufen am 8. 2. 2022.

- Alter, Peter: Der DAAD seit seiner Wiedergründung 1950. In: Peter Alter (Hg.): *Spuren in die Zukunft. Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben – vierzehn Essays*. 4. Auflage. Bd. 1. Bonn: DAAD 2000, 50–105.
- André, Michel: L'espace européen de la recherche: histoire d'une idée. *Journal of European Integration History* 12/2 (2006), 131–150.
- Arnold, Natalie: The Application of the Concept of Governance to the Structures of German Extra-University Research Organizations from a Legal Perspective. In: Dorothea Jansen (Hg.): *New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration*. Dordrecht: Springer 2007, 177–185.
- Arnold, Natalie und Thomas Groß: Die Entscheidungsstrukturen der Leibniz-Gemeinschaft. Ein Beitrag zur Governance-Diskussion im Forschungsbereich. *Wissenschaftsrecht* 38 (2005), 238–263.
- Aronova, Elena und Simone Turchetti (Hg.): *Science Studies During the Cold War and Beyond. Paradigms Defected*. New York, NY: Palgrave Macmillan 2016.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 32–51.
- : Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 11–46.
- : Reflexionen zum Ressourcenansatz. In: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmaltz (Hg.): *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Göttingen: Wallstein Verlag 2016, 535–553.
- : *Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Vereinigung 1989–1995*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.
- Baethge, Martin: Staatliche Berufsbildungspolitik in einem korporatistischen System. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 435–469.
- Balcar, Jaromír: *Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung*. Berlin: GMPG-Preprint 2019.
- : *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/57 bis 1972*. Berlin: GMPG-Preprint 2020.
- Bartz, Olaf: *Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975*. Dissertation. Universität zu Köln 2006.

———: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2007.

Bebber, Frank van: Ritterrunde im Verborgenen. *DUZ* 67/2 (2011), 34–37.

Beleidigter Stolz. *Der Spiegel* 5 (30. I. 1994), 190.

Bentele, Karlheinz: *Kartellbildung in der allgemeinen Forschungsförderung*. Meisenheim am Glan: Hain 1979.

Benz, Winfried: Der Wissenschaftsrat. In: Christian Flämig, Hartmut Krüger, Otto Kimminich, Ernst-Joachim Meusel, Hans Heinrich Rupp, Dieter Scheven, Hermann Josef Schuster, et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. 2. Auflage. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1667–1687.

Bierwisch, Manfred: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß – Versuch einer Bilanz. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 485–507.

Bode, Christian: Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). In: Christian Flämig, Hartmut Krüger, Otto Kimminich, Ernst-Joachim Meusel, Hans Heinrich Rupp, Dieter Scheven, Hermann Josef Schuster, et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. 2. Auflage. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1401–1408.

Bogner, Alexander: Politikberatung im Politikfeld der Biopolitik. In: Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 483–495.

Bourdieu, Pierre: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA Verlag 1992.

Braun, Dietmar: *Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum »kooperativen Staat«*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1997.

Brill, Ariane: *Von der »Blauen Liste« zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2017.

Bundesministerium für Forschung und Technologie: *Weichenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft*. Pressemitteilung. Bonn 3. 7. 1990.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: *BLK Jahresbericht 1999*. Bonn 2000.

- Busch, Alexander: *Friedrich Schneider – Generalsekretär des Wissenschaftsrates*. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5, 1982, 41–45.
- Bush, Vannevar: *Science, the Endless Frontier. A Report to the President*. Washington, DC: National Science Foundation 1945.
- Collin, Peter: Entwicklungslinien verfassungsrechtlicher Konturierung und verfassungsdogmatischer Problematisierung der Gemeinschaftsaufgaben im Bildungs- und Forschungsbereich. In: Margrit Seckelmann, Stefan Lange und Thomas Horstmann (Hg.): *Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Analysen und Erfahrungen*. Baden-Baden: Nomos 2010, 37–64.
- Curien, Hubert: *A Scientific Policy for Europe*. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5. München 1982, 16–20.
- Dettmar, Rainer: Haltet den Dieb. *DUZ* 21 (1993), 4.
- Deutscher Bauernverband: Homepage. <https://www.bauernverband.de/>. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.
- Deutscher Bundestag: *Bericht der Bundesregierung zur zukünftigen Entwicklung der Großforschungseinrichtungen*. Drucksache 10/1327. Bonn 16. 4. 1984.
- : *Ergänzende Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung zur zukünftigen Entwicklung der Großforschungseinrichtungen – Drucksache 10/1327*. Drucksache 10/1771. Bonn 20. 7. 1984.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft: Allianz der Wissenschaftsorganisationen. https://www.dfg.de/dfg_profil/allianz/index.html. Zuletzt aufgerufen am 17. 1. 2022.
- Doering-Manteuffel, Anselm und Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. 3. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012.
- Donges, Patrick: *Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Donges, Patrick und Otfried Jarren: *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer 2017.
- Erhardt, Manfred: Die freundliche Dampfwalze. In: Katja Kohlhammer (Hg.): *Joachim Treusch – Das Gehirn von Jülich*. Leinfelden-Echterdingen: Konradin Medien 2005, 30–31.

Europäische Kommission: Horizon Europe. https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe_de. Zuletzt aufgerufen am 10. 6. 2021.

European Commission: Commission Welcomes Political Agreement on Horizon Europe, the Next EU Research and Innovation Programme, 10. 12. 2020. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2345. Zuletzt aufgerufen am 10. 6. 2021.

Fehrenbach, Elisabeth: *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß*. 5. Auflage. München: Oldenbourg 2008.

Feldman, Gerald D.: *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*. New York, NY: Oxford University Press 1993.

Feldman, Gerald D. und Irmgard Steinisch: *Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1985.

Foemer, Ulla: *Zum Problem der Integration komplexer Sozialsysteme am Beispiel des Wissenschaftsrats*. Berlin: Duncker & Humblot 1981.

Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft. Hannover: Scherrer 1999.

Fraunhofer-Gesellschaft: *Jahresbericht 2000*. München 2001. <http://publica.fraunhofer.de/documents/B-69965.html>. Zuletzt aufgerufen am 27. 1. 2022.

Fraunhofer-Gesellschaft. 14 Institute in der DDR. Staat und Wirtschaft lassen mehr forschen. *Handelsblatt* 186 (26. 9. 1990), 20.

Füssel, Marian: Von der akademischen Freiheit zur Freiheit der Wissenschaft. *Georgia Augusta* 7 (2010), 22–28.

Gehring, Thomas: Er will vor allem die Kontinuität wahren. *Der Tagesspiegel* (2. 2. 1994).

Gillessen, Christina: Hans Leussink – Seiteneinsteiger für (fast) unlösbare Aufgaben. In: Robert Lorenz und Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteidemokratie*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 402–409.

Glänzel, Wolfgang und Balázs Schlemmer: National Research Profiles in a Changing Europe (1983–2003). An Exploratory Study of Sectoral Characteristics in the Triple Helix. *Scientometrics* 70/2 (2007), 267–275.

- Glänzel, Wolfgang, András Schubert und Hans-Jürgen Czerwon: A Bibliometric Analysis of International Scientific Cooperation of the European Union (1985–1995). *Scientometrics* 45/2 (1999), 185–202.
- Groß, Thomas und Natalie Arnold: *Regelungsstrukturen der außeruniversitären Forschung. Organisation und Finanzierung der Forschungseinrichtungen in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2007.
- Guston, David H. und Kenneth Keniston (Hg.): *The Fragile Contract. University Science and the Federal Government*. Cambridge, MA: The MIT Press 1994.
- Guzzetti, Luca: *A Brief History of European Union Research Policy*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities 1995.
- Hall, Peter A. und David W. Soskice (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press 2001.
- Hauff, Volker und Fritz Wilhelm Scharpf: *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1975.
- Heinze, Thomas und Natalie Arnold: Governanceregimes im Wandel. Eine Analyse des außeruniversitären, staatlich finanzierten Forschungssektors in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60/4 (2008), 686–722.
- Helling-Moegen, Sabine: *Forschen nach Programm. Die programmorientierte Förderung in der Helmholtz-Gemeinschaft: Anatomie einer Reform*. Marburg: Tectum 2009.
- Heppe, Hans von: *Denken und Handeln für die Wissenschaft*. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5. München 1982, 46–48.
- Hintze, Patrick: *Kooperative Wissenschaftspolitik. Verhandlungen und Einfluss in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern*. Wiesbaden: Springer VS 2020.
- Hochschulrektorenkonferenz: Allianz der Wissenschaftsorganisationen. <https://www.hrk.de/hrk/allianz-der-wissenschaftsorganisationen/>. Zuletzt aufgerufen am 15. 7. 2021.
- Hochschulrektorenkonferenz: Dr. Jens-Peter Gaul. Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz seit 11. Januar 2016. <https://www.hrk.de/hrk/geschaeftsstelle/jens-peter-gaul/>. Zuletzt aufgerufen am 7. 2. 2022.
- Hockerts, Hans Günter: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriffe, Methoden, Themenfelder. *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), 98–127.

- Hoffmann, Dieter und Helmuth Trischler: Die Helmholtz-Gemeinschaft in historischer Perspektive. In: Jürgen Mlynek und Angela Bittner (Hg.): *20 Jahre Helmholtz-Gemeinschaft*. Bonn: Helmholtz-Gemeinschaft 2015, 9–47.
- Hohn, Hans-Willy: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. In: Dagmar Simon, Andreas Knie und Stefan Hornborstel (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 457–477.
- : Wissenschaftspolitik im semi-souveränen Staat – die Rolle der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und ihrer Trägerorganisationen. In: Margrit Seckelmann, Stefan Lange und Thomas Horstmann (Hg.): *Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Analysen und Erfahrungen*. Baden-Baden: Nomos 2010, 145–168.
- Hohn, Hans-Willy und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990.
- Jansen, Dorothea: Forschungspolitische Thesen der Forschergruppe »Governance der Forschung«: Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige öffentlich finanzierte Forschung. In: Dorothea Jansen (Hg.): *Neue Governance für die Forschung. Tagungsband anlässlich der wissenschaftspolitischen Tagung der Forschergruppe »Governance der Forschung«, Berlin, 14.–15. März 2007*. Baden-Baden: Nomos 2009, 131–143.
- : Von der Steuerung zur Governance. Wandel der Staatlichkeit? In: Dagmar Simon, Andreas Knie und Stefan Hornborstel (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 39–50.
- Jarren, Otfried: Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel. In: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998, 74–94.
- : »Mediengesellschaft« – Risiken für die politische Kommunikation. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41–42 (2001), 10–19.
- Jessen, Ralph: Konkurrenz in der Geschichte – Einleitung. In: Ralph Jessen (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014, 7–32.
- (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014.
- Johnson, David W. und Roger T. Johnson: *Cooperation and Competition. Theory and Research*. 2. Auflage. Edina, MN: Interaction Book 1989.
- Kaiser, Christian: *Korporatismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine politikfelderübergreifende Übersicht*. Marburg: Metropolis Verlag 2006.

- Karlson, Peter: *Adolf Butenandt. Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1990.
- Klofat, Rainer: Herrenhaus der Wissenschaft. *Rheinischer Merkur Christ und Welt* 46 (15. 11. 1991), 24.
- Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*. Berlin: Akademie Verlag 1998, 435–459.
- Kohlrausch, Martin und Helmuth Trischler: *Building Europe on Expertise. Innovators, Organizers, Networkers*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2014.
- Korbmann, Reiner: Der Weckruf für die Wissenschaftskommunikation – 20 Jahre PUSH. Interview mit einem der Väter von PUSH, Prof. Joachim Treusch. *Wissenschaft kommuniziert*, 20. 5. 2019. <https://wissenschaftskommuniziert.wordpress.com/2019/05/20/der-weckruf-fuer-die-wissenschaftskommunikation-20-jahre-push/>. Zuletzt aufgerufen am 8. 7. 2021.
- Kreyenberg, Peter: Die Rolle der Kultusministerkonferenz im Zuge des Einigungsprozesses. In: Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 191–204.
- Krige, John, Arturo Russo und Lorenza Sebesta: *A History of the European Space Agency. 1958–1987*. Bd. 1. Noordwijk: ESA Publications Division 2000.
- : *A History of the European Space Agency. 1958–1987*. Bd. 2. Noordwijk: ESA Publications Division 2000.
- Krull, Wilhelm: Neue Strukturen für Wissenschaft und Forschung. Ein Überblick über die Tätigkeit des Wissenschaftsrates in den neuen Ländern. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51 (1992), 15–28.
- : Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In: Renate Mayntz (Hg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 205–225.
- Krull, Wilhelm und Simone Sommer: Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation der deutschen Wissenschaftsorganisationen. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 200–235.
- Kuhlmann, Stefan: Leistungsmessung oder Lernmedium? Evaluation in der Forschungs- und Innovationspolitik. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 12/1 (2003), 11–19.

- Küpper, Mechthild: »Wenn es kein Eigentor ist, dann ist es Heuchelei«. Interview mit Dieter Simon, dem scheidenden Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, über Reformen, Studiengebühren und andere Lebenslügen der Bildungspolitik. *Der Tagesspiegel* (21. 1. 1993), 17.
- : Ein Sonntagskind des Föderalismus. Der einstige Vorsitzende Gerhard Neuweiler gratuliert dem Wissenschaftsrat zum vierzigsten Geburtstag und wünscht ihm mehr Schärfe. *Süddeutsche Zeitung* (29. 9. 1997), 34.
- Kursell, Georg: »Eine verzwickte hochinteressante Situation«. DUZ-Interview mit dem neuen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Professor Gerhard Neuweiler, über die Perspektiven seines Amtes. *DUZ* 5 (1993), 20–21.
- Lax, Gregor: *Das »lineare Modell der Innovation« in Westdeutschland. Eine Geschichte der Hierarchiebildung von Grundlagen- und Anwendungsforschung nach 1945*. Baden-Baden: Nomos 2015.
- Leclerc, Michel und Jean Gagné: International Scientific Cooperation. The Continentalization of Science. *Scientometrics* 31/3 (1994), 261–292.
- Leslie, Stuart W.: *The Cold War and American Science. The Military-Industrial-Academic Complex at MIT and Stanford*. New York, NY: Columbia University Press 1993.
- Lindner, Angela: Mit Stichwort Leistung in die Reform. *DUZ* 3 (1993), 4.
- Lorenz, Robert: Siegfried Balke – Spendenportier und Interessenpolitiker. In: Robert Lorenz und Matthias Micus (Hg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteidemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 175–205.
- : *Siegfried Balke. Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik in der Ära Adenauer*. Stuttgart: ibidem 2010.
- Ludwig-Maximilians-Universität München: DFG-Forschungsgruppe »Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften«. <https://www.kooperation-und-konkurrenz.geschichte.uni-muenchen.de/index.html>. Zuletzt aufgerufen am 15. 7. 2021.
- Lüst, Reimar: *In Commemoration of Friedrich Schneider*. Problems of Science Policy in Europe. Symposium zum Gedenken an Friedrich Schneider, Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen 5. München 1982, 11–15.
- : Blaue Listen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (27. 3. 1993), 44.
- : Brüderliche Härte. Zum Abschied des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates. *Die Zeit* 6 (4. 2. 1994).
- Lüst, Reimar und Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C. H. Beck 2008.

- Maasen, Sabine und Sascha Dickel: Partizipation, Responsivität, Nachhaltigkeit. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornborstel und Karin Zimmermann (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS 2016, 225–242.
- Marsch, Edmund: Adolf Butenandt als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1960–1972. Zum 100. Geburtstag am 24. März 2003. In: Eckart Henning (Hg.): *Dahlemer Archivgespräche*. Bd. 9. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 2003, 134–145.
- Mayer, Alexander: *Universitäten im Wettbewerb. Deutschland von den 1980er Jahren bis zur Exzellenzinitiative*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2019.
- Mayntz, Renate: Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 20/1 (1992), 64–82.
 ———: *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994.
- Merton, Robert King: The Normative Structure of Science. In: Norman W. Storer (Hg.): *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago, IL: University of Chicago Press 1973, 267–278.
- Meulen, Volker ter (Hg.): *Jahrbuch der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina 2008*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2010.
- Meusel, Ernst-Joachim: Außeruniversitäre Forschung in der Verfassung. In: Christian Flämig, Volker Grellert, Otto Kimminich, Ernst-Joachim Meusel, Hans Heinrich Rupp, Dieter Scheven, Hermann Josef Schuster, et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. 2. Auflage. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1235–1280.
 ———: *Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht*. 2. Auflage. Köln: Heymann 1999.
- Meyer, Petra: Waren Sie zu kritisch, Herr Neuweiler? *Süddeutsche Zeitung* 24 (31. I. 1994), 36.
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina: Allianz-Publikationen bis 2015.
<https://www.leopoldina.org/ueber-uns/kooperationen/allianz-der-wissenschaftsorganisationen/allianz-stellungnahmen-bis-2015/>. Zuletzt aufgerufen am 20. I. 2021.
- Neidhardt, Friedhelm: Institution, Organisation, Interaktion. Funktionsbedingungen des Wissenschaftsrats. *Leviathan* 40/2 (2012), 271–296.
- Neumann, Ariane: *Die Exzellenzinitiative. Deutungsmacht und Wandel im Wissenschaftssystem*. Wiesbaden: Springer VS 2015.
- Neuweiler, Gerhard: Wer hindert uns an einer Hochschulreform? *Gewerkschaftliche Monatshefte* 44/11 (1993), 692–702.

- : Der Wissenschaftsrat nach 1990. In: Lothar Mertens (Hg.): *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?* Berlin: Duncker & Humblot 2001, 263–276.
- Nickelsen, Karin: Kooperation und Konkurrenz in den Naturwissenschaften. In: Ralph Jessen (Hg.): *Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014, 353–379.
- Nickelsen, Karin und Fabian Krämer: Introduction: Cooperation and Competition in the Sciences. *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften Technik und Medizin* 24/2 (2016), 119–123.
- Oreskes, Naomi und John Krige (Hg.): *Science and Technology in the Global Cold War*. Cambridge, MA: MIT Press 2014.
- Orth, Karin: *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2011.
- Osietzki, Maria: *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952*. Köln: Böhlau 1984.
- Papon, Pierre: *L'Europe de la science et de la technologie*. Saint-Martin-d'Hères: Presses Universitaires de Grenoble 2001.
- : L'espace européen de la recherche (1960–1985): entre science et politique. In: Corine Defrance (Hg.): *La construction d'un espace scientifique commun. La France, la RFA et l'Europe après le »choc du Soutnik«*. Brüssel: Peter Lang 2012, 37–54.
- Parthier, Benno (Hg.): *Jahrbuch 1992. Leopoldina*. Halle an der Saale: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina 1993.
- Patel, Kiran Klaus: Kooperation und Konkurrenz. Die Entstehung der europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik seit 1945. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69/2 (2021), 183–209.
- Patzwaldt, Katja und Kai Buchholz: Politikberatung in der Forschungs- und Technologiepolitik. In: Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 460–471.
- Paulig, Wolfgang: Forschungseinrichtungen der »Blauen Liste«. In: Christian Flämig, Volker Grellert, Otto Kimminich, Ernst-Joachim Meusel, Hans Heinrich Rupp, Dieter Scheven, Hermann Josef Schuster, et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts*. Bd. 2. Berlin: Springer 1996, 1325–1338.

- Peterson, John und Margaret Sharp: *Technology Policy in the European Union*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 1998.
- Pfeiffer, Dieter: Geschichtliche Entwicklung von den Höchster Vereinbarungen bis zur Blauen Liste. In: Albrecht Hahn und Joachim Homilius (Hg.): *40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung*. Stuttgart: Schweizerbart 1988, 9–38.
- Popp, Manfred: Erste Schritte in die Programmorientierte Förderung – Ein Abenteuerbericht. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 12/1 (2003), 51–55.
- Präsidium der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.): *Festakt zur Ernennung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zur Nationalen Akademie der Wissenschaften. Ceremony to Mark the Nomination of the German Academy of Sciences Leopoldina to the National Academy of Sciences*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2009.
- Prussky, Christine: Fürsten unter sich. Noch immer gibt es keine Plattform für wissenschaftliche Integrität. *Die Zeit* 31 (27. 7. 2017), 61.
- Pyta, Wolfram: Idee und Wirklichkeit der »Heiligen Allianz«. In: Frank-Lothar Kroll (Hg.): *Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1996, 315–345.
- Radkau, Joachim: Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 33–63.
- Rehling, Andrea: *Konfliktstrategie und Konsenssuche in der Krise. Von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Konzentrierten Aktion*. Baden-Baden: Nomos 2011.
- : Demokratie und Korporatismus – eine Beziehungsgeschichte. In: Tim B. Müller und Adam Tooze (Hg.): *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*. Hamburg: Hamburger Edition 2015, 133–153.
- Reinke, Niklas: *Geschichte der deutschen Raumfahrtspolitik. Konzepte, Einflußfaktoren und Interdependenzen 1923–2002*. München: Oldenbourg 2004.
- Reumann, Kurt: »Wir haben die Nazis und Kommunisten überlebt, jetzt drohen wir am Wissenschaftsrat zu scheitern«. Polemik im Streit um die Universitäten in Rostock und Greifswald. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. 7. 1991), 4.
- Ritter, Gerhard A.: *Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick*. München: C. H. Beck 1992.
- : *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*. München: C. H. Beck 1998.

- Ritter, Gerhard A., Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den »langen« siebziger Jahren*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1999.
- Röbbecke, Martina und Dagmar Simon: *Zwischen Reputation und Markt. Ziele, Verfahren und Instrumente von (Selbst)Evaluationen außeruniversitärer, öffentlicher Forschungseinrichtungen*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1999.
- Röhl, Hans Christian: *Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre rechtlichen Determinanten*. Baden-Baden: Nomos 1994.
- Ronzheimer, Manfred: Mut zur wahren Reform. Interview mit Gerhard Neuweiler, dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates von 1993. *DUZ* 3 (1994), 14–15.
- Ruck, Michael: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg: Christians Verlag 2000, 362–401.
- Rudloff, Wilfried: Einleitung: Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen. In: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hg.): *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Berlin: Duncker & Humblot 2004, 13–57.
- : *Does Science Matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des »Bildungsboom«*. FÖV Discussion Papers, 19. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung 2005.
- Rusinek, Bernd-A.: *Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996.
- Sachse, Carola: *Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970)*. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte 2014.
- Saxer, Ulrich: Mediengesellschaft: Verständnisse und Mißverständnisse. In: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998, 52–73.
- Sch.: »Förderung der Weltraumforschung eklatante Fehlentscheidung«. Heraeus kritisiert den neuen Schwerpunkt staatlicher Unterstützung / Geringer Innovationseffekt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 181 (8. 8. 1987), 11.

- Scharpf, Fritz W.: Theorie der Politikverflechtung. In: Fritz W. Scharpf, Bernd Reissert und Fritz Schnabel (Hg.): *Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*. Kronberg im Taunus: Scriptor 1976, 13–70.
- : Die Theorie der Politikverflechtung: ein kurzgefaßter Leitfaden. In: Hans Joachim Hesse (Hg.): *Politikverflechtung im föderativen Staat. Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden*. Baden-Baden: Nomos 1978, 21–31.
- : Die Politikverflechtungs-Fälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 26/4 (1985), 323–356.
- Schauz, Désirée: *Nützlichkeit und Erkenntnisfortschritt. Eine Geschichte des modernen Wissenschaftsverständnisses*. Göttingen: Wallstein Verlag 2020.
- Scheibe, Hubertus: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1950 bis 1975. In: Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975*. Bonn: DAAD 1975, 35–110.
- Schimank, Uwe: Politische Steuerung und Selbstregulation des Systems organisierter Forschung. In: Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1995, 101–139.
- : Planung – Steuerung – Governance: Metamorphosen politischer Gesellschaftsgestaltung. *Die Deutsche Schule: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis* 101/3 (2009), 231–239.
- : *Hochschulfinanzierung in der Bund-Länder-Konstellation: Grundmuster, Spielräume und Effekte auf die Forschung*. Wissenschaftspolitik im Dialog, 11. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2014.
- Schneider, Martin: Eine Ordnung für die Blaue Liste? Die fünfte Säule staatlicher Forschungsförderung wird neu bewertet. *Süddeutsche Zeitung* (30. 4. 1992), 67.
- Schönstädt, Marie-Christin: »Eine neue, gesamtdeutsche zukunftsweisende Wissenschaftswelt«. Über ein implizites Versprechen des Wissenschaftsrates infolge der ›Wende‹. In: Jan-Hendryk de Boer (Hg.): *Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2019, 392–405.
- Schulte, Hansgerd: Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925/75. In: Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): *Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975. Beiträge zum 50jährigen Bestehen*. Bonn 1976, 15–30.
- Schulze, Winfried: *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995*. Berlin: Akademie Verlag 1995.
- Seefried, Elke: Experten für die Planung? »Zukunftsforscher« als Berater der Bundesregierung 1966–1972/73. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 109–152.

- Sentker, Andreas: Krieg im Schrebergarten. Die deutsche Wissenschaft ist heillos zersplittert. Eine nationale Akademie könnte die Kräfte bündeln. *Die Zeit* 7 (5. 2. 2004). https://www.zeit.de/2004/07/Dt__Nationalakademie/komplettansicht?print. Zuletzt aufgerufen am 17. 8. 2020.
- Servan-Schreiber, Jean-Jacques: *Le Défi Américain*. Paris: Denoël 1967.
 ———: *Die amerikanische Herausforderung*. Übersetzt von Friedrich A. Kloth und Anjuta Dünnwald. 2. Auflage. Hamburg: Hoffmann und Campe 1968.
- Simmel, Georg: Soziologie der Konkurrenz (1903). In: Heinz-Jürgen Dahme und Otthein Rammstedt (Hg.): *Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986, 173–193.
- Simon, Dieter: Dompteur im Zoo der Forschungslobby. Über die bisherige und die zukünftige Rolle des Wissenschaftsrates. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 301 (30. 12. 1991), 23–24.
 ———: Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärts-gewandte Rückschau. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51/92 (1992), 29–36.
- Spangenberg, Michael: *Rheinischer Kapitalismus und seine Quellen in der katholischen Soziallehre*. Münster: Aschendorff Verlag 2011.
- Speiser, Guido: *Der deutsche Wissenschaftsföderalismus auf dem Prüfstand – der neue Art. 91b Abs. 1 GG*. Dissertation. Speyer: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaft 2016.
- Staab, Heinz A.: Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung müssen gewahrt bleiben. Ansprache des scheidenden Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 53–63.
- Stamm, Thomas: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*. Köln: Wissenschaft und Politik 1981.
- Stucke, Andreas: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51/92 (1992), 3–14.
 ———: *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1993.
 ———: Der Wissenschaftsrat. In: Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. Wiesbaden: Springer VS 2006, 248–255.
 ———: Staatliche Akteure der Wissenschaftspolitik. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornborstel und Karin Zimmermann (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS 2016, 485–501.
- Syrbe, Max: Zum Gedenken an Professor Karl Heinz Beckurts. *Physikalische Blätter* 42/10 (1986), 357.

- Szöllösi-Janze, Margit: *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen 1958–1980*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990.
- : »Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flaschel!« Der Exzellenzwettbewerb zwischen den deutschen Universitäten in historischer Perspektive. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14 (2011), 49–73.
- : Archäologie des Wettbewerbs. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69/2 (2021), 241–276.
- Szöllösi-Janze, Margit und Helmuth Trischler: Einleitung: Entwicklungslinien der Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 13–20.
- Treusch, Joachim: Nur wer sich öffnet, kann sich behaupten. *Frankfurter Allgemeine* (2. 12. 2008). <https://www.faz.net/aktuell/wissen/50-jahre-nuw/wissenschaftsgeschichte-nur-wer-sich-oeffnet-kann-sich-behaupten-1741080.html>. Zuletzt aufgerufen am 21. 12. 2021.
- Trischler, Helmuth: Koordinierte Kooperation und Konkurrenz. Staatliche Forschungsförderung im Spannungsfeld von Bundes- und Länderkompetenzen. In: Daniela Hettstedt, Thomas Raithel und Niels Weise (Hg.): *Im Spielfeld der Interessen. Das bundesdeutsche Atom- und Forschungsministerium zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, 1955–1972*. Göttingen: Wallstein Verlag, im Erscheinen.
- : Planungseuphorie und Forschungssteuerung in den 1960er Jahren in der Luft- und Raumfahrtforschung. In: Margit Szöllösi-Janze und Helmuth Trischler (Hg.): *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1990, 117–139.
- : *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1992.
- : Großforschung und Großforschungseinrichtungen. In: Peter Frieß und Peter M. Steiner (Hg.): *Deutsches Museum Bonn. Forschung und Technik in Deutschland nach 1945*. München: Deutscher Kunstverlag 1995, 112–123.
- : *The »Triple Helix« of Space. German Space Activities in a European Perspective*. Noordwijk: ESA Publications Division 2002.
- : Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. Bd. 3. München: Oldenbourg 2004, 117–194.
- : Problemfall – Hoffnungsträger – Innovationsmotor: Die politische Wahrnehmung der Vertragsforschung in Deutschland. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 236–267.
- : Verteidigungsforschung und ziviles Innovationssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Festkörperphysik in Freiburg. In: Erk Volkmar Heyen (Hg.): *Technikentwicklung zwischen Wirtschaft und Verwaltung in Großbritannien und Deutschland (19./20. Jh.) = Le développement technique entre économie et administration en Grande-Bretagne et Allemagne*

- (19e/20e s.) = *Technological development between economy and administration in Great Britain and Germany (19th/20th c.)*. Baden-Baden: Nomos 2008, 187–208.
- : *Europa als Wissensgesellschaft – Fraunhofer als Innovationstreiber*. Jahresbericht. München: Fraunhofer-Gesellschaft 2018, 49–53.
- Trischler, Helmuth und Rüdiger vom Bruch: *Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C. H. Beck 1999.
- Trischler, Helmuth und Andreas Wirsching: Wettbewerb durch Kooperation und Konsens. Modernisierungsstrategien im europäischen Forschungs- und Innovationssystem und bundesdeutsche Reaktionsdynamik ca. 1970–2000. In: Kärin Nickelsen (Hg.): *Konkurrenz und Kooperation in den Wissenschaften der 1970er–1990er Jahre*. München, im Erscheinen.
- Unger, Corinna R.: Making Science European. Towards a History of the European Science Foundation. *Contemporanea* 23/3 (2020), 363–383.
- Vavakova, Blanka: The New Social Contract Between Governments, Universities and Society: Has the Old One Failed? *Minerva* 36/3 (1998), 209–228.
- Verband der Automobilindustrie: Homepage des VDA. <https://www.vda.de/de.html>. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.
- Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Hochschulrektorenkonferenz, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Wissenschaftsrat, et al.: Memorandum »Dialog Wissenschaft und Gesellschaft«. *Dialog Wissenschaft und Gesellschaft. Symposium »Public Understanding of the Sciences and Humanities – International and German Perspectives«*, 27. 5. 1999. Bonn 1999, 58–61.
- Wagner, Patrick: *Notgemeinschaften der Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in drei politischen Systemen, 1920 bis 1973*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2021.
- Weingart, Peter: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 12/3 (1983), 225–241.
- : *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Studienausgabe. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2005.
- : Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. In: Barbara Hölscher und Justine Suchanek (Hg.): *Wissenschaft und Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2011, 45–61.
- Weingart, Peter und Niels C. Taubert: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 11–29.

- Werron, Tobias: *Zur sozialen Konstruktion moderner Konkurrenzen. Das Publikum in der »Soziologie der Konkurrenz«*. Workingpaper des Soziologischen Seminar, 5. Luzern: Universität Luzern 2009.
- : Why Do We Believe in Competition? A Historical-Sociological View of Competition as an Institutionalized Modern Imaginary. *Distinktion: Journal of Social Theory* 16/2 (2015), 186–210.
- : Form und Typen der Konkurrenz. In: Karin Bürkert, Alexander Engel, Timo Heimerdinger, Markus Tauschek und Tobias Werron (Hg.): *Auf den Spuren der Konkurrenz. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Münster: Waxmann 2019, 17–44.
- Weßels, Bernhard: Die deutsche Variante des Korporatismus. In: Max Kaase und Günther Schmid (Hg.): *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*. 2. Auflage. Berlin: edition sigma 1999, 87–114.
- : Die Entwicklung des deutschen Korporatismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27 (2000), 16–21.
- Weyer, Johannes: Space Policy in West Germany 1945–1965: Strategic Action and Actor Network Dynamics. In: Uwe Schimank und Andreas Stucke (Hg.): *Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1994, 333–356.
- : Die Raumfahrtpolitik des Bundesforschungsministeriums. In: Peter Weingart und Niels C. Taubert (Hg.): *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, 64–91.
- Wilms, Dorothee: Thesen zu einer Hochschulpolitik für die 90er Jahre. *Mitteilungen des Hochschulverbands* 31/6 (1983), 306.
- Winnacker, Ernst-Ludwig: *Europas Forschung im Aufbruch. Abenteuer in der Brüsseler Bürokratie*. Berlin: Berlin University Press 2012.
- Wissenschaft im Dialog: *10 Jahre Wissenschaft im Dialog*. Berlin 2009.
- Wissenschaftsrat: *Wissenschaftsrat, 1957–1982*. Köln 1983.
- (Hg.): *Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem*. Köln 1985.
- : *Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen*. Drucksache 9847/90. Berlin 6. 7. 1990.
- : *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. 4 Bde.* Köln 1992.
- : *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. 10 Bde.* Köln 1992.
- : *Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste*. Drucksache 1342/93. Wiesbaden 12. 11. 1993.
- (Hg.): *Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland. 2 Bde.* Köln 1994.

- : *Wissenschaftsrat verabschiedet umfassende Stellungnahme zur Umweltforschung*. Pressemitteilung 10/94. Köln 26. 5. 1994.
- : *Empfehlungen zu einer Prospektion für die Forschung*. Drucksache 1645/94. Berlin 8. 7. 1994.
- : *Wissenschaftsrat verabschiedet umfassende Stellungnahme zur Materialforschung in Deutschland*. 7/96. Köln 29. 1. 1996.
- : *Wissenschaftsrat verabschiedet weitere fünf Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Listen*. Pressemitteilung 13/97. Berlin 15. 7. 1997.
- : *Wissenschaftsrat verabschiedet weitere drei Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste*. Pressemitteilung 19/97. Berlin 14. 11. 1997.
- : *Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland*. Drucksache 4594/00. Berlin 7. 7. 2000.
- : *Systemevaluation der Blauen Liste*. Drucksache 4703/00. Leipzig 17. 11. 2000.
- : *50 Jahre Wissenschaftsrat. Dokumentation der 50-Jahr-Feier am 5. September 2007 im Deutschen Historischen Museum Berlin*. Köln 2008.

Wissenschaftsrat: Publikationen. https://www.wissenschaftsrat.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Publikationssuche_Formular.html. Zuletzt aufgerufen am 17. 8. 2020.

Wolf, Hans-Georg: *Organisationsschicksale im deutschen Vereinigungsprozess*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996.

Wolfe, Audra J.: *Freedom's Laboratory. The Cold War Struggle for the Soul of Science*. Baltimore, MD: John Hopkins University Press 2018.

Zachary, Gregg Pascal: *Endless Frontier. Vannevar Bush, Engineer of the American Century*. New York, NY: Free Press 1997.

Zacher, Hans F.: Herausforderungen an die Forschung. Ansprache des neuen Präsidenten der MPG. *MPG-Spiegel* 4 (1990), 63–68.

Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag 1968.

6 Personenverzeichnis

A

Adenauer, Konrad 23

Aufderheide, Enno 92

B

Balke, Siegfried 17, 21, 23, 37, 131

Ballreich, Hans 30

Bartz, Olaf 21, 74

Beckurts, Karl Heinz 45, 46, 47

Benz, Winfried 67, 83, 89

Berchem, Theodor 85, 104, 123

Bludau, Barbara 89

Bode, Christian 104

Brandt, Willy 35, 136

Breitenbach, Diether 68

Brook, Richard 77

Budig, Peter-Klaus 55

Bülow, Alexander von 111

Bülow, Andreas von 39

Bush, Vannevar 7

Butenandt, Adolf 20, 22, 27, 101, 113, 131, 133

C

Coing, Helmut 19, 101

E

Ehmke, Horst 35, 38, 43, 44, 52, 135, 136

Erhard, Ludwig 133

Erhardt, Manfred 93

Erichsen, Hans-Uwe 61, 62, 139, 140, 141

F

Frühwald, Wolfgang 74, 124, 127, 140, 142

G

Gabriel, Helmut 68

Gaul, Jens-Peter 90

Genscher, Hans-Dietrich 138

Grunwald, Reinhard 89

H

Hahn, Otto 20, 101

Hasemann, Karl-Gotthart 29

Hasenclever, Wolfgang 82

Hassel, Kai-Uwe von 132

Hauff, Volker 38, 136

Heppe, Hans von 133, 134

Heraeus, Jürgen 122

Hertel, Ingolf Volker 83, 84

Hess, Gerhard 19, 22, 23, 66, 101

Heuss, Theodor 20

Hischhausen, Eckhardt von 94

Hoegner, Wilhelm 18

Hoffmann, Karl-Heinz 68

K

Kaufmann, Michael 45

Keller, Heinz 51, 52

Kielwein, Gerhard 103

Kohl, Helmut 126, 138, 141

Kröll, Walter 91, 140

Krüger, Paul 126

Kuhn, Richard 101

L

Lehnartz, Emil 103

Lenz, Hans 24, 37, 133

Leussink, Hans 22, 33, 34, 38, 45, 66, 103

Lüst, Reimar 36, 46, 48, 49, 51, 60, 65, 66, 70,
72, 85, 104, 105, 110, 111, 112, 113, 121, 122,
124, 135, 136, 137

M

Maier-Leibnitz, Heinz 46

Markl, Hubert 66, 83, 88, 89, 94, 123, 139

Matthöfer, Hans 35, 38, 110, 111, 115

Merton, Robert K. 11

Meyer, Hans Joachim 57

N

Neuweiler, Gerhard 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69,
70, 101

P

Parthier, Benno 86, 87

Patel, Kiran Klaus 117

Pfeifer, Anton 141

Pobell, Frank 88

Prigogine, Ilya 121

Putlitz, Gisbert zu 37, 48, 49, 111, 112, 113

R

Raiser, Ludwig 21, 23, 66, 101

Ranft, Dietrich 104, 136

Rau, Johannes 137
Riesenhuber, Heinz 36, 38, 39, 40, 56, 58, 121,
122, 124, 125, 126, 136, 137, 138
Rüttgers, Jürgen 126, 141, 142

S

Scharpf, Fritz 136
Schaumann, Fritz 68
Schettler, Gotthart 107
Schmidt, Helmut 35
Schneider, Friedrich 29, 98, 104, 105, 106, 134
Schopper, Herwig 48
Schröder, Gerhard 98, 141
Schultes, Hansgerd 103
Seebohm, Hans-Christoph 98
Seibold, Eugen 36, 48, 121, 127, 137
Servan-Schreiber, Jean-Jaques 118, 120
Simon, Dieter 62, 66, 139
Späth, Lothar 137
Speer, Julius 133
Staab, Heinz A. 36, 54, 137
Stoltenberg, Gerhard 14, 24, 25, 33, 35, 37, 39,
115, 133
Strauß, Franz Josef 6, 16, 17, 37, 98, 118, 132,
137
Syrbe, Max 55, 56

T

Tellenbach, Gerd 21, 101
Terpe, Frank 57, 58
Thews, Gerhard 104
Treue, Stefan 96
Treusch, Joachim 93, 142

V

Vits, Ernst H. 19

W

Winnacker, Ernst-Ludwig 125
Wissmann, Matthias 126

Z

Zacher, Hans F. 55, 56, 73, 82, 124, 125, 139,
140

7 Abkürzungsverzeichnis

AdW	Akademie der Wissenschaften der DDR
AGF	Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
AvH	Alexander von Humboldt-Stiftung
BAFT	Beratender Ausschuss für Forschung und Technologie
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BL	Blaue Liste
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMAt	Bundesministerium für Atomfragen
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMwF	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung
CERN	Conseil européen pour la recherche nucléaire / Europäische Organisation für Kernforschung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-soziale Union in Bayern
COST	European Cooperation in Science and Technology
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DESY	Deutsches Elektronen-Synchrotron
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFVLR	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt
DPG	Deutsche Physikalische Gesellschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
ELDO	European Launcher Development Organisation / Europäische Entwicklungsorganisation für Trägerraketen
EMBL	European Molecular Biology Laboratory / Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie
ERC	European Research Council / Europäischer Forschungsrat
ESA	European Space Agency / Europäische Weltraumorganisation
ESF	European Science Foundation / Europäische Wissenschaftsstiftung
ESPRIT	European Strategic Programme on Research in Information Technology / Europäisches Strategisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der Informationstechnologie
ESRO	European Space Research Organisation / Europäische Weltraumforschungsorganisation
EU	Europäische Union
EUROHORCS	European Heads of Research Councils / Europäische Leiter der Forschungsräte
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
FuE	Forschung und Entwicklung
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz
GKSS	Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung
GMPG	Forschungsprogramm »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (1948–2002)«
GSF	Gesellschaft für Strahlenforschung
GSI	Gesellschaft für Schwerionenforschung
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
HGF	Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
HMI	Hahn-Meitner-Institut
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
IIASA	Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse
ILL	Institut Laue-Langevin
IPP	Max-Planck-Institut für Plasmaphysik
KFA Jülich	Kernforschungsanlage Jülich
KfK	Kernforschungszentrum Karlsruhe
KMK	Kultusministerkonferenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KoWi	Kooperationsstelle EG (heute: EU) der Wissenschaftsorganisationen
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
NS	Nationalsozialismus
PREST	Politique de Recherche Scientifique et Technologique / Politik auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung
SDI	Strategic Defense Initiative / Strategische Verteidigungsinitiative
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TOP	Tagesordnungspunkt
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
WBL	Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste
WGL	Leibniz-Gemeinschaft (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz)
WiD	Wissenschaft im Dialog
WR	Wissenschaftsrat
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz

Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« – Preprints

Thomas Steinhauser, Hanoeh Gutfreund und Jürgen Renn: »A Special Relationship: Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation«. Preprint 1: 2017.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext: Die Ära Heimpel«. Preprint 2: 2017.

Birgit Kolboske: »Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen«. Preprint 3: 2018.

Jaromír Balcar: »Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH«. Preprint 4: 2018.

Gregor Lax: »Von der Atmosphärenchemie zur Erforschung des Erdsystems. Beiträge zur jüngeren Geschichte des Max-Planck-Instituts für Chemie (Otto-Hahn-Institut), 1959–2000«. Preprint 5: 2018.

Doris Kaufmann: »Konrad Lorenz: Scientific persona, »Harnack-Pläncker« und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre«. Preprint 6: 2018.

Jaromír Balcar: »Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung«. Preprint 7: 2019.

Juliane Scholz: »Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft«. Preprint 8: 2019.

Ulrich Magnus: »Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949-2000«. Preprint 9: 2020.

Felix Lange: »Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945-2002«. Preprint 10: 2020.

Eberhard Eichenhofer: »Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, 1975-2000«. Preprint 11: 2020.

Gregor Lax: »Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000«. Preprint 12: 2020.

Mitchell G. Ash: »Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995«. Preprint 13: 2020.

Jaromír Balcar: »Wandel durch Wachstum in ›dynamischen Zeiten‹. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/1957 bis 1972«. Preprint 14: 2020.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft«. Preprint 15: 2020.

Bezugsadresse

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin

E-Mail: gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Sie finden alle Preprints auch online auf der Website des Forschungsprogramms unter:

<http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/publikationen>

gmpg

FORSCHUNGSPROGRAMM
GESCHICHTE DER
MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

